NEUES ROTES FORUM

1/72

Kommentar zu einer Stellungnahme der DKP zum Berufsverbo
Zur Außenpolitik der Volksrepublik China
Eskalation des Indochinakrieges
Der Weg der ägyptischen Bourgeoisie zur "friedlichen Lösung'
Kunene und Cabora Bassa – Zeichen der neuen portugiesischen Siedlungspolitik
Kontroverse um Il Manifesto

3. Jahrgang Februar 1972 Preis 1,50 DM

INHALT:

	S.
W.D. Kommentar zu einer Stellungnahme der DKP zum Berufsverbot	3
Joscha Schmierer Prinzipien und Strategie der Außenpolitik der Volksrepublik China	7
H.L. Friedensmanöver und verschärfte Aggression - die nächste Eskalation in Indochina hat bereits begonnen	19
Sami Khaldun Der Weg der ägyptischen Bourgeoisie zur "friedlichen Lösung"	32
Eduardo Ferreira Kunene und Cabora Bassa - Zeichen der neuen portugiesischen Siedlungspolitik	43
Uwe H. Il Manifesto - Versuch einer Überwindung des Reformismus (Replik auf NRF 5/71)	47
Anhang: Die objektiven Grundlagen der zweiten Verfolgungswelle	64

Das Neue Rote Forum erscheint 6mal im Jahr. Es umfaßt jeweils mindestens 52 Seiten. Auflage 7500.

Erscheint im Verlag: Verlag "Neues Rotes Forum"

Redaktion: Joscha Schmierer (verantwortlich), Dietrich Hildebrandt, Werner Freund

Anzeigenverwaltung: Frank Pohlers, 69 Heidelberg, Hans Thoma Platz 38, Tel.: 40812

Anschrift: Neues Rotes Forum, 69 Heidelberg, Bahnhofstraße 17

Druck: Caro-Druck Heidelberg

Das Neue Rote Forum ist in allen VLB-Buchläden erhältlich. Im Abonnement 1.50 DM plus Porto.
Bestellungen an: D. Hildebrandt, 69 Heidelberg, Postfach 83

Nachdruck von Artikeln nur nach Rücksprache mit der Redaktion erlaubt.

NEUES ROTES FORUM 1/72 , Februar 1972

Bei Redaktionsschluß dieses Heftes war das Urteil in dem Prozeß gegen neun Genossen wegen "schweren Landfriedensbruchs" u.a. ,der am 12.1.72 begonnen hatte, noch nicht gesprochen. Der Staatsanwalt hat Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr beantragt.

Die Demonstration vom 19.6.70 richtete sich gegen eine Entwicklungshilfeministerkonferenz in Heidelberg unter der Anwesenheit des Kriegverbrechers McNamara, die für die "nächste Dekade" die Entwicklungshilfepolitik, d.h. die Ausbeutung, kriegerische Unterdrückung und auch Vernichtung der Völker der "Dritten Welt" festlegen sollte. Der SDS Heidelberg hatte vorher angekündigt, er werde "zunächst versuchen", das "geplante Seminar zur 'Entwicklungspolitik' zu verhindern." (Rotes Forum 3/70,3.6.70)

Der Staatsanwalt machte eine einfache Rechnung auf: Eine Verhinderung sei mit legalen Mitteln nicht möglich gewesen, also sei die Demonstration von Anfang an gewalttätig geplant gewesen, die Polizei habe zum Schutz von Recht und Ordnung eingreifen müssen. Die Verhältnisse werden auf den Kopf gestellt: Das, wogegen die Demonstranten protestierten, die Durchführung und der Schutz dieser "Entwicklungshilfe"konferenz, die Gewalt mit der eine Ordnung der Ausbeutung und der organisierten Kriegsverbrechen geschützt und aufrechterhalten wird, soll als Reaktion auf den Protest, nicht als dessen Ursache erscheinen.

Die Polizei hatte die Demonstranten von Anfang an in eine "Sandwich-Demonstration" eingekeilt, um, so erklärte der Zeuge Polizeioberrat Kohler u.a., die Demonstranten davon abzuhalten, Kaufhäuser in Brand zu setzen. Wofür die Polizei in Wirklichkeit immer wieder als Bürgerkriegstruppe eingesetzt werden muß, zeigte sich am 17.2.72 in Heidelberg anläßlich eines Vortrages von Peter Brückner in der Universität. Kultusminister Hahn ließ 500 Polizeibeamte in Heidelberg aufmarschieren, um nichts zu verhindern als einen Vortrag, was freilich nicht gelang. Zur Begründung erklärte er hinterher, man habe vorraussehen können, was Peter Brückner sagen werde. Eine offenherzige Begründung für den ebenso offenen Versuch terroristischer Unterdrükkung oppositioneller Meinungen, für die Vorbeugekriminalisierung sozialistischer Hochschullehrer.

Der Prozeß gegen die neun Genossen dient der Rechtfertigung des SDS-Verbots von 1970. Nach den Berufsverboten für Sozialisten und Kommunisten im öffentlichen Dienst wird weiter mit Verbotsdrohungen gearbeitet. In einer Resolution zum Berufsverbot, verabschiedet auf der Universitätsvollversammlung in Heidelberg, die eine Woche nach der Demonstration mit 1500 Teilnehmern gegen die Bonner Konferenz stattfand, heißt es u.a.: "Die Verfolgungswelle der 50er Jahre gipfelte in dem Verbot der KPD. Auch heute wird das Verbot der sozialistischen und kommunistischen Organisationen vorbereitet. Das SDS-Verbot in Heidelberg war nur der Anfang. Auf Grundlage des KPD-Verbots, das auch dem Verbot des Heidelberger SDS zugrundeliegt, kann jede Organisation, die die Diktatur der Bourgeoisie bekämpft und ihre Beseitigung durch die Diktatur des Proletariats als Voraussetzung der klassenlosen Gesellschaft propagiert und aktiv vorbereitet, von heute auf morgen verboten werden. Der demokratische Kampf gegen die Vorbereitung der umfassenden politischen Unterdrückung muß deshalb zum Kampf gegen das KPD-Verbot zugespitzt werden. Die hier versammmelten Studenten fordern:

- Schluß mit den Verfolgungsmaßnahmen der politischen Justiz
- Schluß mit dem Berufsverbot für Demokraten und Kommunisten im Staatsdienst
- Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf
- Weg mit dem KPD-Verbot
- Weg mit dem SDS-Verbot
- Kampf den Verbotsvorbereitungen gegen fortschrittliche und kommunistische Organisationen "

Es ist durchaus nicht sicher, ob die noch schwache kommunistische Bewegung der neuen Verfolgungswelle kurzfristig standhalten kann. Uns scheint jedenfalls weder der illusionäre Appell an die bürgerliche Gesetzlichkeit (vgl. den Kommentar zur DKP) noch die Verwechslung der eigenen Militanz mit der Verschärfung der Klassenkämpfe überhaupt geeignet zu sein, dem Angriff der Staatsmacht zu begegnen. Nur der beharrlich verfolgte Weg der Vereinigung der sozialistischen Bewegung in Westdeutschland mit den Bewegungen in der Arbeiterklasse wird den Widerstand gegen den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates ermöglichen.

Wir widmen dieses Heft den politischen Gefangenen und Verfolgten in Westdeutschland und Westberlin.

Redaktion

Kommentar zu einer Stellungnahme der DKP zum Berufsverbot

Im folgenden veröffentlichen wir ein Flugblatt, das die DKP -Hochschulgruppe Heidelberg am 30.1.72 an der Universität verteilt hat, und das im wesentlichen identisch ist, mit einer Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden der DKP Herbert Mies, abgedruckt in der UZ vom 4.2.72. Mit dieser Erklärung antwortete die DKP auf die Beschlüsse der Ministerpräsid.Konferenz zur Tätigkeit sog. verfassungsfeindlicher Kräfte im öffentlichen Dienst. In Bezug auf die Agitation und Propaganda der DKP ist es kein besonders ausgefallenes Dokument. Wer regelmäßig die UZ liest, und hier vor allem die Leitartikel, wird finden, daß die verblüffend offen opportunistische Argumentation der Erklärung der allgemeinen Übung entspricht. Es wird zu zeigen sein, daß sich in dieser konkreten Frage einer kommunistischen Politik gegenüber Verbotsmaßnahmen des bürgerlichen Staates nicht Fehler der Partei offenbaren, sondern deren eigentlicher Charakter.

„Berufsverbote für Kommunisten sind eindeutig verfassungswidrig

Die Innenminister und Ministerpräsidenten der Bundesländer haben am Freitag beschlossen," Bewerber, die verfassungsfeindliche Aktivitäten verfolgen, nicht mehr in den öffentlichen Dienst" einzustellen.

Bei dieser Konferenz ging es nicht um die innere Sicherheit, sondern um die Diskriminierung der DKP und ein eventuelles Verbot der Beschäftigung von Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kräften im öffentlichen Dienst. Diese Konferenz ist ein zusätzlicher Beweis dafür, daß sich die Bundesregierung immer mehr von ihren im Regierungsprogramm gegebenen Versprechungen "mehr Demokratie wagen zu wollen" entfernt.

Was auf beiden Konferenzen hinter verschlossenen Türen beraten wurde und zunächst als interne, aber verbindliche Richtlinie anvisiert wurde, zielt auf die weitere Verleumdung der DKP, auf die Ausschaltung von Kommunisten und anderen demokratischen Bürgern, die Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen üben, aus den öffentlichen Ämtern. Wer wie die Innenminister und Ministerpräsidenten der von der CDU oder CSU regierten Länder auf ein Berufsverbot für Kommunisten drängt und ein Verbot der DKP fordert, der ist ein erklärter Gegner einer Friedens-und Entspannungspolitik. Der ist ein unverbesserlicher Antikommunist und notorischer kalter Krieger, der die ersten Schritte auf dem Wege der Normalisierung der Beziehungen mit den Sozialistischen Staaten rückgängig machen und den kalten Krieg erneut anheizen möchte.

Wer wie der Hamburger SPD - Innensenator Ruhnau im Vorgehen gegen Kommunisten und andere Demokraten den Vorreiter macht, beweist einmal mehr, daß er den Antikommunismus verstärkt und bereit ist, mit den Scharfmachern Barzel und Strauß, den erklärten Gegnern der Brandt/ Scheel-Regierung, eine gemeinsame Sache zu machen.

Die Innenminister und Ministerpräsidenten der Länder und Bundeskanzler Brandt hätten genug Anlaß gehabt, sich mit dem verfassungswidrigen Treiben der reaktionären militaristischen Rechtskreise zu befassen und deren verfassungswidrige Hetze gegen die Verträge von Moskau und Warschau und gegen die europäische Sicherheitskonferenz gemäß den Erfordernissen des Grundgesetzes zu stoppen. Sie hätten endlich darüber beschließen müssen, daß der fanatische Diener Hitlers, der heutige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Schrübbers, sofort aus seinem Amt entlassen wird und mit ihm alle schwerbelasteten Nazi-Diener, die heute den Staatsapparat fortsetzen, was sie im faschistischen Unrechtsstaats in verbrecherischer Weise zum Schaden unseres Volkes gegen die Demokraten praktizierten.

Aber anstatt Grundgesetz und Grundrechte zu schützen, haben die Ministerpräsidenten der Länder Maßnahmen besprochen, die im Widerspruch zum Grundgesetz stehen. Die DKP teilt daher die in den letzten Tagen von einsichtigen Politikern und Persönlichkeiten, von Massenveranstaltungen und einigen Zeitungen geäußerten Befürchtungen , daß die Drohung mit dem Berufsverbot für Kommunisten im öffentlichen Dienst eine antikommunistische Stimmung anheizen soll, die nicht nur die Kommunisten, sondern alle Demokraten trifft. Sie ist gleichfalls der Auffassung, daß die Drohung gegen Mitglieder der DKP undemokratisch, politisch unhaltbar und eindeutig verfassungswidrig ist. Die DKP macht darüberhinaus aufmerksam darauf, daß Verbotsmaßnahmen gegen Kommunisten nicht nur die Verteidigung der demokratischen Rechte im Inneren des Landes erschweren, sondern auch die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik belasten würden. Die DKP hat sich seit ihrer Gründung nicht nur als eine konsequente Verteidigerin der demokratischen Rechte und der Forderungen der arbeitenden Bevölkerung ausgewiesen, sondern auch als eine Partei, die ihre freundschaftlichen Beziehungen zu den regierenden Parteien der sozialistischen Länder in den Dienst einer friedlichen Entwicklung der Bundesrepublik und der Herstellung normaler und friedlicher Beziehungen zu den sozialistischen Ländern stellt.

Die DKP steht als Partei auf dem Boden der im Grundgesetz niedergelegten demokratischen Rechte und Freiheiten. Alle ihre Mitglieder kämpfen dafür, daß die Demokratischen Grundrechte wiederhergestellt, ausgebaut und erweitert werden. Sie kämpft für eine demokratische Grundordnung, in der, wie es das Grundgesetz vorschreibt, alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und die illegale Vormacht der Großkonzerne und Großbanken eingeschränkt ist. Wir kämpfen für eine Verfassungswirklichkeit, in der es den revanchistischen und militaristischen Kräften, den Kriegs-und Rüstungsgewinnlern untersagt ist, das Grundgesetz zu mißachten und das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören."

Es ist schon einigermaßen überraschend, wenn eine kommunistische Partei ihre Stellungnahme zu den Plänen des kapi-

talistischen Staates, ihre Mitglieder und sie selbst zu illegalisieren, damit einleitet, bei der betreffenden Konferenz "ging es nicht um die innere Sicherheit, sondern um die Diskriminierung der DKP."

Aus dieser Formulierung erhellt zweierlei: erstens, daß die Verfasser der Stellungnahme davon ausgehen, daß es so etwas wie "innere Sicherheit" gibt, als Frage, die sich allen in dieser Gesellschaft ohne Rücksicht auf etwaige Klasseninteressen gleichermaßen stellt, und deshalb legitimerweise zu den Aufgaben einer Regierung schlechthin gehört; und zweitens, daß sie davon ausgehen und bereits sind, es jederzeit zu beteuern, daß ihre Partei die "innere Sicherheit" nicht gefährdet. Was dahinter steckt, sieht man gleich, wenn man bedenkt, daß "innere Sicherheit", ein Schlagwort der Bourgeoisie, in diesem Falle und auch sonst nichts anderes meint, als die Sicherheit der Herrschaft der Kapitalistenklasse in diesem Lande, die Sicherung des bürgerlichen Eigentums und der sich daraus ergebenden Gesetzlichkeit, und daß nur diese Interpretation allein nicht nur den jüngsten Schritt der Landesregierungen zusammen mit dem Bundeskanzler erklären, sondern auch die richtigen Abwehrmaßnahmen einleiten kann. Durch die Formulierung der DKP-Erklärung aber wird der Vorwurf, eine Gefährdung für die kapitalistische Ordnung darzustellen, entrüstet zurückgewiesen auf dem Hintergrund einer für allgemeingültig gehaltenen Gesetzlichkeit.

Daß der Hinweis auf die Klassenbedeutung der Gesetze und der "inneren Sicherheit" nicht zufällig fehlt, zeigt ein zweites: Noch deutlicher als die Entrüstung über die "Verleumdung der DKP" weist das Wort von der "Diskriminierung der DKP" daraufhin, daß der Verfasser nicht vom Klassengegensatz in dieser Gesellschaft, von der Unversöhnlichkeit von Bourgeoisie und Proletariat ausgeht, sondern von allgemeinen demokratischen Verhältnissen, auf die sich alle gleichermaßen beziehen. "Diskriminierung" heißt in der Wortbedeutung "Herabsetzung durch Absonderung, durch unterschiedliche Behandlung". Wie kann also der bürgerliche Staat eine kommunistische Partei, deren Ziel die Zerstörung und Überwindung der bürgerlichen Ausbeuterordnung ist, "diskriminieren", wenn er sie angreift? Wie kann eine "Absonderung" durch die unterdrückerischen Maßnahmen des kapitalistischen Staates eine kommunistische Partei "herabsetzen", sogar in ihren eigenen Augen? Der Verfasser hegt die kleinbürgerliche Illusion, der Kommunismus könne im Rahmen der herrschenden Gesetzlichkeit widerspruchsfrei seinen Platz finden, er geht nicht von den notwendigen Bedingungen des Klassenkampfes aus, von wo aus es erst möglich wäre, den demokratischen Kampf gegen die repressiven Maßnahmen des bürgerlichen Staates erfolgreich zu führen.

In der Frage des Berufsverbots läßt sich das im einzelnen nachweisen. Der Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz ist nicht zu Unrecht in Parallele gesetzt worden zu dem Adenauererlaß vom 19. September 1950, mit dem schon einmal der öffentliche Dienst von Kommunisten und allen fortschrittlichen Kräften gesäubert wurde.

Damit wurde damals eine erste Verfolgungswelle eingeleitet, die sich im Zuge der Restauration in Westdeutschland gegen die nach 45 vorhandene antifaschistische Bewegung richtete, die sie schließlich in der Unterdrückung ihrer konsequentesten Verfechter liquidierte. Außenpolitische Gesichtspunkte waren ebenfalls von Bedeutung. Der militante gegen die Sowjetunion und die SBZ/DDR gerichtete Antikommunismus war der Geburtshelfer der Restauration in der Bundesrepublik und wurde gerade bei Ausbruch des Koreakrieges zur Waffe einer wieder aggressiven Politik der (west)deutschen Monopole.

Heute zeigt die Tatsache, daß ja das Berufsverbot nicht die einzige Unterdrückungsmaßnahme ist, eine erneute Verfolgungswelle nach einer Phase relativer Stabilität an. Die Verschärfung der inneren Widersprüche in der BRD und die Herausbildung einer neuen sozialistischen Bewegung, die sich mit den Bewegungen der Arbeiterklasse zunehmend verbindet, verweist die herrschende Klasse auf den Ausweg der offenen Unterdrückung.

Außenpolitisch ist weniger die Parallele des Vietnamkrieges bedeutsam als vielmehr die sog. neue Ostpolitik. Wie die verstärkte Aufrüstung ist die neue Verfolgungswelle eine Komplementärmaßnahmen, zu den Abkommen mit den Staaten des RGW, weil damit ja keineswegs eine Aufweichung gegenüber dem Sozialismus gemeint ist. Diese Maßnahmen stehen also gerade nicht im Gegensatz zur Ostpolitik der SPD, wie die DKP meint, die naiverweise mit diesem Hinweis einen Keil in das bürgerliche Lager zu treiben versucht.

Der DKP ist der Blick für die wirklichen Verhältnisse verstellt. Sie erweist sich den Entwicklungen imperialistischer Herrschaft gegenüber, die sie mit allgemeinen Formeln beschwört, in Wirklichkwit als blind; weil sie offensichtlich Interessen dient, die nicht anders bezeichnet werden können, als der Versuch, mit dem Imperialismus entgegen allem revolutionären Jargon zum Ausgleich zu kommen.

Gegen die Maßnahmen des bürgerlichen Staates droht die DKP mit dem politischen Gewicht der Sowjetunion. Verbotsmaßnahmen gegen Kommunisten, darauf "macht" die DKP "aufmerksam", würden " die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik belasten". Und gegenüber der einheimischen herrschenden Klasse wuchert sie nicht schlecht mit ihren "freundschaftlichen Beziehungen zu den regierenden Parteien der sozialistischen Länder. Die DKP tut alles, um das Gerücht, Breschnew habe Brandt in Oreanda auf die Schulter geklopft und um weitere Lizensierung der DKP gebeten, zumindest als gut erfunden erscheinen zu lassen. Es entsteht ein seltsames Wechselspiel. Aus dem Interesse der westdeutschen Monopole nach profitableren Handelsbeziehungen zur SU und den Ländern des RGW, das wiederum auf das Interesse der SU nach globaler Zusammenarbeit von "Ländern verschiedener sozialer Systeme", wird die Bewegungsfreiheit für eine kommunistische Partei geschunden, deren Politik nun wiederum darin besteht, diese Interessen der Länder des RGW am Ausgleich mit dem Imperialismus als gesellschaftsverändernde Politik in Westdeutschland selber zu propagieren.

Der westdeutschen Arbeiterklasse verspricht die DKP von den verbesserten Beziehungen zur Sowjetunion aufblühende Wirtschaft, verbesserte soziale Verhältnisse, sichere Arbeitsplätze.

Die freundschaftlichen Beziehungen der DKP zur regierenden Partei der SU werden als Trumpf eingesetzt gegen Verbotsmaßnahmen für kommunistische Lehrer, deren kommunistische Haltung sich wiederum daran messen lassen soll, ob sie positiv zur sowjetischen Politik stehen. Die Agitation der DKP für die Verträge von Moskau und Warschau endet folgerichtig da, wo sie ihren eigentlichen Ausgangspunkt hat: bei der bürgerlichen Kaufmannsmoral: "Unser Land braucht Handel und Wandel!" (UZ zum Moskauer Vertrag).

In den Thesen des Düsseldorfer Parteitages wird nicht die Analyse geliefert, die dieser Taktik zugrunde liegt, son-

dern die nachträgliche Rationalisierung. Die These von der "Anpassung des Imperialismus an das veränderte internationale Kräfteverhältnis" und von den "realistischen Kräften innerhalb der Bourgeoisie, was auch zu "flexibleren Methoden" im Klassenkampf führen soll(1), erweist in der Frage der Berufsverbote aber sofort ihre Untauglichkeit. Durch das Interesse der SU am Ausgleich mit dem Imperialismus an die Seite der SPD, die die "realistischere" Ostpolitik verantwortet, getrieben, vermag die DKP in den Berufsverboten nur noch den Anschlag hoffnungslos veralteter Kalter Krieger zu sehem, die den Zug der Zeit zur Entspannung aufhalten wollen. Der Vorsitzende der DKP Bachmann erklärte zu den Berufsverboten:"Der Beschluß der Ministerpräsidenten ist ein Rückfall in die Zeit des Kalten Krieges. Und das zu einem Zeitpunkt, da immer deutlicher wird, daß in Europa kein Schritt zur Sicherheit und Entspannung getan werden kann, ohne oder gar gegen die Kommunisten." (UZ 11.2.72)

Die Einheit von Ostpolitik und politischer Repression vermag die DKP gar nicht mehr zu analysieren, sie darf sich die wesentliche Rolle der SPD/FDP-Regierung bei den Verbotsmaßnahmen nicht mehr eingestehen.

Natürlich ist die DKP nicht einfach der Agent des sowjetischen Außenhandelsministeriums, auch wenn es so scheint. Sie sowjetische Politik des Ausgleichs mit dem Imperialismus trifft sich mit der Generallinie der DKP in der eigentlich klassenversöhnlerischen Tendenz, in der Taktik des Kampfes um "die antimonopolistische Demokratie". Die DKP hat auch einige Mühe, sie als revolutionäre Politik in den Thesen zu begründen.

Hier in den Fragen des antimonopolistischen Kampfes, der antimonopolitischen Reformen, der antimonopolistischen Strategie hat die DKP ja keineswegs ihre Strategie und Taktik durch die Thesen des Düsseldorfer Parteitages "präzisiert", wie Joachim Bischoff kürzlich in der SoPo meinte (2), sondern gegen alle möglichen Einwendungen ein Gebäude sich gegenseitig stützender Absicherungen geschaffen, das auf nichts ruht als auf seiner verschleiernden Phraseologie. In der Praxis der täglichen Agitation freilich, wie etwa in der Frage des Berufsverbots, führt die spitzfindige Sophistik der Thesen zur schonungslosen Offenlegung des opportunistischen, ja kleinbürgerlich-illusionistischen Charakters der Parteilinie der DKP. Auf einer abstrakten Ebene der Auseinand ersetzung mögen die Argumente, die nur Ausflüchte sind, manchmal scheinbar hinreichen. So wird in den Thesen mit dem wiederholtem Hinweis auf die Notwendigkeit einer "grundlegenden Umgestaltung" der Gesellschaft eine mögliche Verwechslung etwa mit der Strategie der systemüberwindenden Reformen, der Vorwurf des Reformismus selbst zurückgewiesen. Aber es ist Sophisterei, den Unterschied zwischen sozialistischer Revolution und sozialer Reform mit dem Hinweis zu verwischen, daß das eine in das andere umschlagen kann. (3) Es geht nicht darum, diesen Zusammenhang zu leugnen, sondern die wirkliche Dialektik von Reform und Revolution wiederherzustellen gegen das bloße Ausspielen von Begriffen.

Wie dagegen die allgemeine Taktik des Marsches zum Sozialismus über die antimonopolistische Demokratie in der konkreten Politik sich auswirkt, zeigt die Erklärung zu den Berufsverboten, die die Unklarheiten der Thesen in Bezug auf den Weg zur politischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten im Verhältnis zu den antimonopolistischen Reformen - von einer Parlamentsreform über wirksame Mitbestimmung bis zur Nationalisierung der Monopole usw. - in einfacher Klarheit auflöst: Das alles geschieht in einem Appell an die Verfassung, an die Gesetzlichkeit, von der nicht mehr klar gesagt wird, daß sie die bürgerliche ist, und daß damit ihr einziger Zweck ist, das Eigentum - und gerade das der Monopole - zu schützen. Die Aufforderung an die Regierung "gemäß den Erfordernissen des Grundgesetzes" "das verfassungswidrige Treiben der reaktionären militaristischen Rechtskreise", die "verfassungswidrige Hetze gegen die Verträge von Moskau und Warschau" einfach zu verbieten, also auf Grundlage des bürgerlichen Rechtes das ohne revolutionäre Anstrengung loszuwerden, was an anderer Stelle als politischer Ausdruck der Monopolherrschaft analysiert ist, der Wunsch, die "illegale Vormacht der Großkonzerne und Großbanken" "wie es das Grundgesetz vorschreibt" einzuschränken (Hervorhebung von mir W.D.), also der Traum, eine historisch notwendige Entwicklung des Kapitalverhältnisses nach der Vorstellung von Gerechtigkeit und Gleichheit einfach untersagen zu können, statt sie revolutionär zu überwinden, - all das mag durch die Konzeption der "antimonopolistischen Demokratie" nicht mehr gedeckt sein, ist aber deren direkte Konsequenz. Ein Konzept, das darauf aus ist, die mögliche Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft nicht aus deren eigener Negation, aus der wachsenden revolutionären Kraft des kämpfenden Proletariats herzuleiten, sondern aus abstrakten der bürgerlichen Gesellschaft selbst abgewonnenen Begriffen von Gleichheit und Gerechtigkeit, bekämpft schließlich folgerichtig auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung deren tägliche Praxis nur noch als Auswüchse. Der Sozialismus ist dann nicht mehr eine aus der kapitalistischen Anarchie entspringende notwendige Emanzipation, die das Proletariat sich erkämpft, sondern eine ge-

---

(1) vgl. die Thesen 7 und 23

(2) SoPo Nr.14/15, Dezember 1971, S.103ff
Im Übrigen ist B.s Aufsatz ein durchaus kurioses Dokument einer konvertierenden Schreibtischseele. B.unternimmt zunächst nichts Geringeres als den Versuch der Destruktion des Begriffes "Marxismus-Leninismus" selber und dessen, was er bedeuten soll. In der schematischen und unhistorischen Gegenüberstellung zweier allgemeiner revolutionärer Taktiken für Gesellschaften mit unentwickeltem bzw. entwickeltem Kapitalverhältnis macht er Lenin (wie Linkskommunisten und Menschewisten auch) zum bloß noch russischen Revolutionär und unterschlägt, was sowohl Marx als auch in seinem Gefolge Lenin, dessen "Weiterentwicklung des Marxismus" nichts als die historische Differenz zu Marx reflektiert, zur Grundlage revolutionärer Taktik machten, nämlich die Entwicklung des Kapitalismus im Weltmaßstab, die es schließlich erst erlaubte, die sozialistische Revolution in unterentwickelten Ländern auf die Tagesordnung zu setzen. Obwohl er so die eigentliche Revision marxistischer Theorie bei der DKP nicht mehr kritisieren kann, trifft seine Kritik, die in einer Variante der "Zurück-zu-Marx"-Parole endet, wohlverstanden dieGrundlagen der DKP-Politik selbst und entzieht ihr vollständig den Boden. Dann aber als Facit die "Genossen von der DKP'einfach einfach so aufzufordern, "ihre Thesen zu präzisieren", grenzt schon ein bißchen an intellektuelle Unredlichkeit.

(3)z.B. These 9:"Die DKP geht davon aus, daß die antimonopolistische und die sozialistische Umwälzung miteinander verbundene Entwicklungsstadien in dem einheitlichen revolutionären Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sind. Deshalb(!) ist der Kampf um die antimonopolistische Demokratie Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus."

gen Auswüchse und Mißbrauch abstrakt gesetzte bessere Ordnung. So erklärte die DKP den streikenden Metallern in Baden-Württemberg die "Notwendigkeit" des Sozialismus aus dem möglichen Mißbrauch (!), den Kapitalisten mit ihrer Macht treiben:

"Es ist eine Lüge, wenn Frankenberger die Aussperrung als legales Mittel der Unternehmer bezeichnet! Die Aussperrung dient dem Zweck, die Arbeiter und Angestellten einzuschüchtern, einen moralischen und finanziellen Druck auf sie auszuüben und dient damit ganz eindeutig dem Ziel, mit brutaler Macht und Gewalt, die die Unternehmer auf Grund ihres Besitzes an den Produktionsmitteln ausüben können, Lohnerhöhungen zu verhindern. Die Unternehmer dürfen die Produktionsmittel aber nicht besitzen, um Mißbrauch mit ihnen zu treiben, wie es bei der Aussperrung der Fall ist. Tun sie es, dann muß ihnen die Macht über die Produktionsmittel genommen werden!" (Der DKP-Metaller, Sonderausgabe 12.11.71)

Es besteht kein Zweifel, daß die Diktatur der Bourgeoisie in dem Maße, wie die Klassenkämpfe sich verschärfen, ihre eigene Gesetzlichkeit verletzt, weil mit dem Auftreten einer revolutionären Bewegung der Bourgeoisie die eigenen Gesetze und Verfassungen zum Hindernis werden, die sie skrupellos beiseite schieben kann. Aber es ist blutleeres Geschwätz etwa den Notstandsgesetzen entgegenzuhalten, sie seien verfassungswidrig (4), Gesetze, die auf normalem bürgerlich-demokratischen Wege Teil der Verfassung geworden sind. Statt also advokatenmäßig Paragraph dem Paragraphen gegenüberzustellen und mit solchen Illusionen nur der bürgerlichen Klassenherrschaft zu nützen, müssen die Illusionen zerstört und die Klasseninteressen schonungslos aufgedeckt werden. Es besteht kein Zweifel, daß die Gesetze der bürgerlichen Demokratie von den revolutionären Kräften ausgenutzt werden, daß jede wirklich revolutionäre Partei die Vorteile dieser Gesetze gegenüber der offenenen faschistischen Diktatur zu verteidigen sucht, ja daß es zum Programm der revolutionären Partei gehören muß um demokratische Positionen gegen die Angriffe der zutiefst antidemokratischen imperialistischen Herrschaft zu kämpfen. Wenn die allgemeine Tendenz des Imperialismus zum Abbau demokratischer Rechte, zur Aushöhlung der bürgerlich-demokratischen Verfassung im Verlaufe der politischen Auseinandersetzung immer wieder zu repressiven terroristischen Maßnahmen des Staatsapparates führt, wenn diese Maßnahmen auch immer wieder aus dieser notwendigen Tendenz erklärt werden können, so ist andererseits klar, daß allein das jeweilige Kräfteverhältnis der kämpfenden Klassen darüber entscheidet, wie weit der imperialistische Staat in seinen Unterdrückungsmaßnahmen gehen kann.

Es geht also nicht darum, der Politik der DKP ein sektiererisches "Alles oder Nichts" entgegenzuhalten, wie sie selber immer wieder demagogisch behauptet. Es geht vielmehr darum, aus den aufbrechenden Widersprüchen der kapitalistischen Geyellschaft die revolutionäre Konsequenz zu ziehen, die dem Gang der Entfaltung dieser Widersprüche selber entspricht. Der Versuch freilich der Eingengung und Einschränkung des Monopolkapitals mit Hilfe einer breiten demokratischen Bewegung im Rahmen und selbst mit dem Ziel bürgerlicher Gesetzlichkeit wird auf die Zuspitzung der Widersprüche im Imperialismus und die verschärfte Repression kaum die richtige Antwort finden können. In der Frage der Berufsverbote jedenfalls entspricht die hilflose Beschwörung des Grundgesetzes der mangelnden, ja falschen Annalyse der politischen Entwicklung, die zu diesen Berufsverboten geführt hat.

Das Konzept der "antimonopolistischen Demokratie" ist damit nicht einer konsistenten Analyse als notwendige Konsequenz erwachsen sondern die Rationalisierung einer bestehenden Praxis mit revolutionärer Phraseologie. Ihre scheinbare revolutionäre Legitimation findet diese Taktik dadurch, daß sie sich verbal in eine leninistische Tradition stellt. Sie überträgt die Aufgaben des russischen Proletariats: Bündnis mit den revolutionären Bauern, Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution in bloßer Analogie auf das Proletariat der europäischen Metropolen, das zunächst das Zwischenstadium der "antimonopolistischen Demokratie" anzustreben habe. Wie wenig sich es hier um marxistisch-leninistische Analyse der konkreten Wirklichkeit und wie sehr es sich um eine Rechtfertigungsideologie im eigentlichen Sinne kleinbürgerlicher antimonopolistischer Politik handelt, zeigt ein Blick auf die revisionistischen Analysen selber. Gerade die revisionistische Klassenanalyse behauptet ja die "Verproletarisierung" der übergroßen Masse der Bevölkerung. (5) Die Thesen des Düsseldorfer Parteitages schlagen 80% des Volkes zum Proletariat. Dennoch besteht die Taktik der DKP in hauptsächlicher Linie nicht in der Vereinheitlichung der Klassenfraktionen des Proletariats, dennoch setzt die DKP nicht "die sozialistische Revolution an die erste Stelle der Taktik" (Bischoff a.a.O.S.141), sondern strebt ein breites demokratisches Bündnis an, dem sie die "demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft" als Aufgabe zuweist. Es bleibt die Frage, wo dieses Bündnis und dessen Strategie seine materielle Basis hat?

Das sei keine konsistente Praxis, schreibt DKP-Sympatisant Bischoff, der freilich nicht in der Lage ist,diese doch bedeutenden Widersprüche anders zu erklären, als daß sich die Genossen nicht deutlich genug ausgedrückt haben.

Die Erklärung findet sich darin, daß hier tatsächlich eine antimonopolistische Politik vorliegt, die aber keine proletarische ist. Diese Politik bringt sich durch ihren Appell an Recht und Gesetzlichkeit, durch ihren Kampf bloß gegen Auswüchse des "spätkapitalistischen Systems" in eine auffallende Parellele zu kleinbürgerlich-demokratischen Reformbewegungen. Ihre klassenmäßige Basis kann sie nur in den neuen Mittelklassen finden, deren Interessen in den globalen Mitbestimmungsforderungen adäquat aufgenommen sind. Mit der Behauptung der breiten "Verproletarisierung" werfen sich Teile der objektiv in Gegensatz zum Monopolkapital stehenden Mittelklassen zum Proletariat auf, um diesem dann selber im proletarischen Mäntelchen eine Bündnispolitik anzutragen, die gerade gegen eine proletarische Linie die Führung der Mittelklassen durchsetzen soll. So wird verständlich, warum die DKP immer bei so unterschiedlichen Gelegenheiten wie der Metalltarifrunde und der Berufsverbote, der spontanen Bewegung wie den bunten Schmetterlingen nachjagt, um sie in die Botanisiertrommel der antimonopolistischen Demokratie zu fangen. W.D.

(4) So geschehen in: "Der Charakter des Grundgesetzes", in: Rote Blätter, Organ des MSB Spartakus, Nr.4, 14.1.72,S.7. Dort wird u.a. auch unter die "wichtigsten Verstöße gegen das Grundgesetz" gerechnet: "die Umdeutung des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gem.Art.2 GG in ein Recht auf kapitalistische Ausbeutung." Diese kleine Blüte mag genügen, um zu zeigen, wie bar jedes Verständnisses selbst für die einfachsten Grundlagen marxistischer Theorie dieser Artikel ist, der durchaus keine Ausnahme sondern typisch ist. Als ob zuerst das Recht da war, das von den bösen Kapitalisten gebeugt wird, und nicht zuerst die materiellen Produktionsverhältnisse, die kapitalistischen, deren Spiegel das Recht nur ist.

(5) vgl.dazu NRF 4/71: Neue Mittelklassen und Proletariat

Prinzipien und Strategie der Außenpolitik der VR China

Vorbemerkung

Der folgende Artikel zur Aussenpolitik der VRCH berührt programmatische Fragen, die in unserer programmatischen Erklärung nicht abschließend geklärt sind: die Frage des Sozialimperialismus und des Klassencharacters der SU. Insofern der Artikel in diesen Fragen über die programmatische Erklärung hinausgeht, ist er nicht Abschluß sondern Einleitung der weiteren Programmdiskussion in der KG(NRF).
Der Artikel geht nicht auf die innenpolitische Entwicklung der VRCH während und nach der Kulturrevolution ein; das wird nachzuholen sein.
(Der Artikel wurde am 15.2.72 abgeschlossen)

Red.

Die junge marxistisch-leninistische Bewegung in der BRD ist nicht aus der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung hervorgegangen. Zur marxistisch-leninistischen Bewegung wurde sie jedoch vor allem durch die Ausrichtung an der Position der KP Chinas in ihrer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und die Erfahrung der Kulturrevolution in der VR Chinas. Die Entwicklungen in der VR China hatten auf die junge revolutionäre Bewegung in Westdeutschland einen ähnlich entscheidenden Einfluß wie seinerzeit die Oktoberrevolution auf die revolutionären Bewegungen des Ostens. Dieser Einfluß war zunächst keineswegs durch marxistische Reflexion vermittelt und glich vielmehr einem spontanen Aha-Erlebnis. Mao tse-tungs Schriften wurden weniger studiert als plakativ zitiert, die Peking-Rundschau wurde kaum gelesen, aber snobistisch plagiiert und der Begriff "Kulturrevolution" schuf zusätzliche Verwirrung. Jedenfalls war die Stellungnahme für die KP Ch im Kampf gegen den modernen Revisionismus und die Bewunderung für die große proletarische Kulturrevolution eher Ausdruck der Begeisterungsfähigkeit der jungen revolutionären Bewegung als Ausdruck marxistisch-leninistischer Analyse. Die Gründung verschiedener marxistisch-leninistischer Parteien und die offene Hinwendung großer Teile der neuen revolutionären Bewegung zum Marxismus-Leninismus hob diese mangelnde theoretische Fundierung ihre Entscheidungen natürlich nicht auf. Das führte dazu, daß sich gegenüber der tatsächlichen Politik der KPCh und der VR Ch schwankende und unsichere Einstellungen zunehmend bemerkbar machten. Wegen dieser Schwankungen und Unsicherheiten haben die modernen Revisionisten und die Trotzkisten Verwirrung stiften können und teilweise beträchtliche Einbrüche in die marxistisch-leninistische Bewegung erzielen können. Die Grundlage dafür ist die blinde Übernahme der Sozialimperialismus-These der KPCh und die leichtsinnige Einschätzung der Fragen der Außenpolitik sozialistischer Staaten durch die westdeutsche marxistisch-leninistische Bewegung. Die blinde Übernahme der Sozialimperialismus-These machte viele Genossen hilflos gegenüber dem Vorwurf des "Anti-Sowjetismus" der modernen Revisionisten, die leichtsinnige oder überhaupt fehlende Auseinandersetzung mit den Fragen der Außenpolitik sozialistischer Staaten machte den demagogischen Rodomontaden der Trotzkisten leichtes Spiel. Einerseits ist ganz klar, daß wir gerade in Westdeutschland den sozialimperialistischen Charakter der Sowjetunion sehr sorgfältig belegen müssen, wenn wir nicht einfach opportunistische Zugeständnisse an die solide antikommunistische Tradition in Westdeutschland machen wollen (Zugeständnisse, die natürlich nichts bringen!!), andererseits ist nicht weniger einleuchtend, daß unsere Einschätzung der Außenpolitik der VR Ch nicht auf einer falschen Kritik der Außenpolitik der Sowjetunion (1) und der Unkenntnis der außenpolitischen Generallinie der KPCh beruhen darf. Beides aber, der Klassencharakter der SU und die Generallinie der staatlichen Außenpolitik der KPCh müssen geklärt werden, wenn wir gegenüber aktuellen außenpolitischen Entscheidungen und Aktionen der VR Ch einen richtigen und festen Standpunkt einnehmen wollen. Das ist bisher keineswegs der Fall. Die Außenpolitik der VRCh bereitet manchen Genossen zunehmendes Unbehagen, weil sie sie nicht mit der Innenpolitik in Einklang bringen können. Sie klären diesen Widerspruch für sich entweder, indem sie die angeblich opportunistische Außenpolitik mit der konsequent sozialistischen Innenpolitik konfrontieren oder indem sie die angebliche Rechtsentwicklungen in der Außenpolitik auch für die Innenpolitik der VRCh behaupten. Alle Unklarheiten in diesen Fragen traten vor allem bei drei Ereignissen hervor: bei der Pakistan-Indien-Krise, beim Juli-Putsch im Sudan und bei der Einladung der VRCh an Nixon. Der Staatsbesuch Haile Selassis und der Schwester des Schahs in China bildeten untergeordnete Glieder in der Kette außenpolitischer Ereignisse, die viele Genossen schockierten und in große Verwirrung stürzten.

I

Grundlage für die Probleme der Außenpolitik sozialistischer Staaten ist die ungleichzeitige Entwicklung des Kapitalismus und der sozialistischen Revolution. Der Kapitalismus kann durch die Weltrevolution nicht auf einen Schlag beseitigt werden, sondern die Weltrevolution selbst entwickelt sich in verschiedenen Schritten und Etappen. Mit Herausbildung des imperialistischen Weltsystems gelang es in bestimmten Ländern, den jeweils schwächsten Kettengliedern des imperialistischen Weltsystems, die Diktatur der Proletariats zu errichten, ohne daß diese Erfolge der sozialistischen Revolution vorübergehende Stabilisierungsphasen des imperialistischen Weltsystems hätten ver-

(1) Tatsächlich war die Kritik an der Außenpolitik der SU oft eine prinzipielle Kritik an der Politik der friedlichen Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

hindern können. Auf die russische Revolution folgte eine gewisse Stabilisierungsphase des Imperialismus, und auch die chinesische Revolution führte nicht zu einem raschen Zusammenbruch des imperialistischen Weltsystems. Obwohl Lenin schon vor der russischen Revolution dieses Entwicklungsgesetz der Weltrevolution klar erkannt hatte (2), zeigten sich die konkreten Probleme, die sich daraus für das siegreiche Proletariat ergaben, erst nach und nach. Die staatlich organisierte Diktatur des Proletariats ist nicht nur ständigen Angriffen der Bourgeoisie der imperialistischen Länder ausgesetzt, gegen die sie sich politisch und militärisch verteidigen muß. Sie muß auch, trotz dieser ständigen Angriffe versuchen, ihre Beziehungen zu den imperialistischen Ländern zu "normalisieren", um Spielraum für den Aufbau des Sozialismus zu gewinnen und ihre Verteidigungsfähigkeit gegenüber den unaufhebbar aggressiven Bestrebungen des Imperialismus stärken zu können. Die staatlich organisierte Diktatur des Proletariats ist also zur Diplomatie und Außenpolitik gegenüber den imperialistischen Staaten gezwungen und sie kommt dabei nicht um die Anerkennung der kapitalistischen und imperialistischen Staaten und ihrer Regierungen herum. Daraus ergeben sich Widersprüche zwischen den Zielen der kommunistischen Weltbewegung und den Vorraussetzungen der Außenpolitik der proletarischen Staaten. gegenüber den kapitalistischen und imperialistischen Staaten. Die siegreichen proletarischen Parteien der sozialistischen Länder können diese Widersprüche nicht verleugnen, sondern müssen sie richtig behandeln. Aber auch die kommunistische Bewegung in Ländern, in denen die Diktatur der Bourgeoisie fortbesteht, müssen eine klare Auffassung dieser Widersprüche erarbeiten, wenn sie nicht zu bloßen Agenten der Außenpolitik der sozialistischen Länder werden oder sektiererische Positionen gegenüber der Außenpolitik der sozialistischen Länder einnehmen wollen.

Erst nach dem Sieg der proletarischen Revolution in Rußland und der relativen Stabilisierung des Imperialismus wurden diese Widersprüche in der kommunistischen Bewegung voll bewußt. Die Auseinandersetzungen in der KPdSU und in der KOMINTERN sind großenteils gerade Auseinandersetzungen um die richtige Behandlung dieser Widersprüche. Sie begannen in der bolschwistischen Partei schon während der Friedensverhandlungen mit dem deutschen Imperialismus. Während Lenin die Unterzeichnung des imperialistischen Raubfriedensvertrages von Brest-Litowsk von vornherein befürwortete, um eine Atempause für die Stabilisierung der Revolution in Rußland und die Vorbereitung des revolutionären Krieges zu gewinnen, denunzierten andere Genossen den Abschluß des Vertrages als Verrat an der Revolution, und zwar nicht nur der russischen Revolution, sondern der Weltrevolution und speziell der deutschen Revolution. (3)

So hieß es in dem erläuternden Text einer Resolution des Moskauer Gebietsbüros gegen den Friedensschluß (24.2.18) "Das Moskauer Gebietsbüro hält die Spaltung in der nächsten Zeit für kaum abwendbar und macht es sich zur Aufgabe, alle konsequenten revolutionär-kommunistischen Elemente zusammenzufassen, die in gleicher Weise sowohl gegen die Anhänger des Abschlusses eines Separatfriedens als auch gegen alle gemäßigten opportunistischen Elemente der Partei kämpfen. Im Interesse der internationalen Revolution halten wir es für zweckmäßig, es auf die Möglichkeit ankommen zu lassen, der Sowjetmacht , die jetzt rein formal wird, verlustig zu gehen. Wir sehen nach wie vor die Hauptaufgabe in der Ausbreitung der sozialistischen Revolution auf alle Länder und in der entschiedenen Durchführung der Arbeiterdiktatur, in der schonungslosen Unterdrükkung der bürgerlichen Konterrevolution in Rußland." (zitiert nach Lenin, Seltsames und Ungeheuerliches, W27, S.52f.) Lenin stellte an die Verfasser der Resolution u.a. folgende Fragen : " Vielleicht sind die Verfasser der Meinung, daß die Interessen der internationalen Revolution jeden wie immer gearteten Frieden mit den Imperialisten verbieten? Eine solche Auffassung ist von einigen Gegnern des Friedensin einer Petrograder Beratung vertreten worden, wurde aber nur von einer verschwindenden Minderheit derjenigen unterstützt, die sich gegen den Separatfrieden wandten. Es ist klar, daß diese Auffassung dazu führt, die Zweckmäßigkeit der Brester Verhandlungen zu leugnen und den Frieden abzulehnen, "selbst " wenn Polen, Lettland und Kurland zurückgegeben werden. Die Unrichtigkeit derartiger Ansichten (die beispielsweise von der Mehrheit der Petrograder Friedensgegner abgelehnt werden) springt ins Auge. Nach diesen Auffassungen könnte eine sozialistische Republik, die von imperialistischen Mächten umgeben ist, überhaupt keine Wirtschaftsverträge schließen, sie könnte nicht existieren, es sei denn auf dem Mond. Vielleicht sind die Verfasser der Meinung, die Interessen der internationalen Revolution erforderten es, daß man sie anpeitscht, und daß nur ein Krieg ein solches Anpeitschen sein kann, auf keinen Fall der Frieden, der imstande wäre, bei den Massen den Eindruck zu erwecken, als ob der Imperialismus "legitimiert" werden solle. Eine solche Theorie wäre ein völliger Bruch mit dem Marxismus, denn dieser hat stets das "Anpeitschen" von Revolutionen abgelehnt, die sich in dem Maße entwickeln, wie die Klassengegensätze, die Revolutionen hervorrufen, immer größere Schärfe gewinnen. Eine solche Theorie wäre gleichbedeutend mit der Auffassung, der bewaffnete Aufstand sei eine Kampfform, die stets und unter allen Umständen obligatorisch wäre. Tatsächlich erfordern die Interessen der internationalen Revolution, daß die Sowjetmacht, die die Bourgeoisie ihres Landes gestürzt hat, dieser Revolution helfe , daß sie aber die Form dieser Hilfe entsprechend ihren Kräften wähle. Daß man der sozialistischen Revolution im internationalen Maßstab hilft, wenn man es auf die Niederlage dieser Revolution in dem betreffenden Lande ankommen läßt - eine solche Auffassung ergibt sich nicht einmal aus der Theorie des Anpeitschens." (a.a.O., S.55 f.)

Aufgrund der "Berücksichtigung der objektiven Bedingungen und ihrer Veränderung" war Lenin damals der Auffassung, daß in der konkreten Situation "sowohl für uns als auch vom international -sozialistischen Standpunkt aus gesehen, die Erhaltung dieser Republik, die die sozialistische Revolution bereits begonnen hat, das allerwichtigste ist.". (Lenin, Zur Geschichte..., a.a.O.,S.452) und befürwortete deshalb aus taktischen Gründen die Unterzeichnung des Brester Friedens.

Das Ausbleiben bzw. Scheitern der proletarischen Revolution in Westeuropa zwang die Bolschewiki, die Fragen der pro-

(2) "Die Entwicklung der Kapitalismus geht höchst ungleichmäßig in den verschiedenen Ländern vor sich. Das kann nicht anders sein bei der Warenproduktion. Daraus die unvermeidliche Schlußfolgerung: "Der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen, andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben." (Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, W 23, S.74; vgl. auch: Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus, W. 23, S.52 f.)

(3) vgl. u.a. Lenin, Zur Geschichte der Frage eines unglücklichen Friedens, W 26, S.442 - 452

letarischen Außenpolitik konkret zu entwickeln. Gerade weil die Bolschewiki, ausgehend von dem unaufhebbaren und auf wechselseitige Vernichtung zielenden Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus (4), neueAggressionen der imperialistischen Staaten für unvermeidlich hielten, versuchten sie durch Normalisierung der Beziehungen zu den imperialistischen und kapitalistischen Ländern die unmittelbare Kriegsgefahr einzuschränken:
"Die Erfahrung der Geschichte der Revolutionen, der großen Konflikte, lehrt, daß Kriege, daß eine lange Kette von Kriegen unvermeidlich ist. Eine solche Frage aber wie die Existenz der Sowjetrepublik neben den kapitalistischen Ländern - der Sowjetrepublik in der Umkreisung der kapitalistischen Länder - ist etwas so Unzulässiges für den Kapitalismus, daß er nach jeder Möglichkeit zur Wiederaufnahme des Krieges greifen wird. Jetzt sind die Völker des imperialistischen Krieges müde, sie drohen mit Empörung, wenn der Krieg fortgesetzt wird. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Kapitalisten nach Ablauf weniger Jahre den Krieg wieder aufnehmen können. Eben deshalb müssen wir alle Kräfte darauf richten, von jeder Möglichkeit, die sich bietet, Gebrauch zu machen und Handelsverträge abzuschließen." (5)
Diese Ansätze einer Politik der friedlichen Koexistenz hatten die Aufgabe, einheitliche Aktionen der imperialistischen Staaten durch die Verschärfung der Gegensätze zwischen ihnen zu erschweren und Zeit zu gewinnen, für den Aufbau des Sozialismus und die ökonomische, politische und militärische Stärkung der SU. (6)
Gleichzeitig verlangte diese Politik große Zugeständnisse an die imperialistischen Staaten, mit denen Handelsbeziehungen aufgenommen werden sollten. (7)
Wenn unter ihr nicht die Zielklarheit der kommunistischen Weltbewegung leiden sollte, dann setzte das starke selbständige kommunistische Parteien in den imperialistischen Ländern voraus, die die Außenpolitik der SU erklären konnten, ohne ihre revolutionäre Politik den taktischen Zwängen dieser Außenpolitik aufzuopfern.
Das Instrument zur Schaffung dieser Parteien war die KOMINTERN. Und die KOMINTERN sollte auch das Instrument sein, mit dessen Hilfe der Widerspruch zwischen

---

(4) vgl. Lenin, Rede auf der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR(B) W 31, S.452
(5) Lenin, Rede auf dem VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß, W.31, S.469
(6) "Können wir aber bei einer solchen Lage der Dinge (der zunehmenden Verschärfung der Gegensätze zwischen imperialistischen Staaten, J.S.) und als Kommunisten einfach erklären: Wir werden in diesen Ländern Propaganda treiben? Das ist richtig, das ist aber nicht alles. Die praktische Aufgabe der kommunistischen Politik besteht darin, diese Feindschaft der Kapitalisten auszunutzen und sie aufeinander zu hetzen." (Lenin, Rede auf der Aktivversammlung, a.a.O., S.439; vgl. Rede auf dem VIII. Gesamtruss. Sowjetkongreß, a.a.O., S.467)
(7) "Unsere Politik im Zentralkomitee bewegt sich auf der Linie maximaler Zugeständnisse an England. Und wenn diese Herren uns auf irgendwelche Versprechungen festnageln wollen, so erklären wir, daß unsere Regierung keinerlei offizielle Propaganda treiben wird, daß wir keinerlei Interesse Englands im Osten anzutasten gedenken. Wenn sie hoffen, dabei ihr Süppchen zu kochen, sollen sie es nur versuchen, wir werden davon nicht Schaden nehmen." (Lenin, Rede auf dem VIII. Gesamtruss..., a.a.O., S.470)

INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION

1. Charles Bettelheim
Über das Fortbestehen von Warenverhältnissen in den "sozialistischen Ländern" DM 2,–

2. Lucio Colletti/Lucio Libertini/Livio Maitan/Lucio Magri
Über Lenins "Staat und Revolution" – heute DM 5,–

3. Martin Nicolaus
Konkurrenz und Mehrwert. Zur Klassentheorie bei Marx DM 4,–

4. Eduarda Masi
Der Marxismus von Mao und die europäische Linke DM 2,–

5. Partei und Klasse. Eine Diskussion zwischen Jean-Paul Sartre und "II Manifesto". Einleitung: R. Rossanda DM 3,–

6. Jean Laplanche
Marcuse und die Psychoanalyse DM 2,–

7. Lucio Colletti
Zur Stalin-Frage DM 2,–

8. Maurice Godelier
System, Struktur und Widerspruch im "Kapital" DM 2,–

9. Ernest Mandel/Martin Nicolaus
Kontroverse über die Möglichkeit einer Revolution in den USA DM 4,–

10. Louis Althusser
Freud und Lacan DM 2,–

11. Notwendigkeit des Kommunismus. Die Plattform von "II Manifesto" DM 5,–

12. Mario Tronti
Extremismus und Reformismus DM 4,–

13. Martin Nicolaus
Die Objektivität des Imperialismus. Anti-Mandel
Ernest Mandel
Die Widersprüche des Imperialismus DM 8,–

15. Ralph Miliband
Marx und der Staat DM 2,–

17. Rossana Rossanda
Der Marxismus von Mao Tse-tung DM 2,–

18. Adriano Sofri/Luciano Della Mea
Zur Organisation und Strategie von Lotta Continua DM 5,–

19. Alfred Sohn-Rethel
Materialistische Erkenntniskritik und Vergesellschaftung der Arbeit. 2 Aufsätze DM 4,–

20. "Classe e Stato"
Frederico Stame, Nicoletta Stame, Luca Meldolesi
Die Dialektik von Partei und Massen in der chinesischen Theorie – Bericht eines FIAT-Arbeiters über die Arbeitsorganisation in der chinesischen Fabrik DM 2,–

21. Massimo Salvadori/Vittorio Rieser
Rätesystem und Maoismus. DM 5,–

ARBEITSPAPIERE

1. Serafini/Magri/Pintor
Die Einheit der Klassenlinken herstellen
Nationale Arbeiter-Konferenz der Gruppe "II Manifesto"
Mailand 30. - 31. Jan. 1971 DM 1,80

2. Giampiero Mughini
Die KP Italiens und die nicht-reformistischen Gruppen DM 2,80

3. Revolutionärer Kampf (ehem. BPG Frankfurt)
a) Untersuchung-Aktion-Organisation
b) Zur politischen Einschätzung von Lohnkämpfen DM 1,50

4. Woher kommen die richtigen Ideen
Eine Kontroverse zwischen "II Manifesto" und "Lotta Continua" DM 2,30

Merve Verlag
1 Berlin 15
Postfach 327

der Außenpolitik der SU und den Zielen der kommunistischen Weltbewegung in einer einheitlichen internationalistischen revolutionären Strategie aufgehoben werden konnte. Die Zugeständnisse der SU an die imperialistischen Staaten durften nicht zu einem Stillhalteabkommen der KOMINTERN und der in ihr zusammengeschlossenen Parteien gegenüber diesen Staaten führen. Dies konnte nur gewährleistet werden, wenn die Politik der KOMINTERN von den Interessen der Weltrevolution ausging und nicht die außenpolitischen Interessen der SU einfach mit diesen gleichsetzte. Da die KPdSU die stärkste Partei der KOMINTERN gewesen ist, hing die Frage, inwieweit der Widerspruch zwischen Außenpolitik der SU und revolutionären Zielen der kommunistischen Weltbewegung richtig behandelt werden konnte, wesentlich von der Entwicklung der KPdSU selber ab. Stalin sah 1925 im Zusammenhang mit der Stabilisierung des Kapitalismus, falls diese Stabilisierung lange andauern würde, folgende drei Hauptgefahren der Entartung für die KPdSU:

"a) Die Gefahr des Verlustes der sozialistischen Perspektive beim Aufbau unseres Landes und das damit verbundene Liquidatorentum;

b) Die Gefahr des Verlustes der internationalen revolutionären Perspektive und den damit verbundenen Nationalismus;

c) Die Gefahr, daß die Partei ihre führende Rolle einbüßt und die damit verbundene Möglichkeit, daß sich die Partei in ein Anhängsel des Staatsapparats verwandelt." (8)

Inwieweit diese Gefahren der Entartung der Partei schon oder gerade unter Stalins Führung eingetreten sind und inwiefern sich dies in einem falschen Verhältnis der Komintern (9) zur Außenpolitik der Sowjetunion niederschlug, kann hier nicht untersucht werden. Jedenfalls hat Stalin die schwierige Frage der widersprüchlichen Einheit von Außenpolitik der Sowjetunion und revolutionärer Weltbewegung besser gesehen (10) als seine linken Kritiker, die die ganze Frage auf abenteuerliche Weise vom Tisch wischen wollten. So heißt es etwa in der "Plattform der Linken" der KPD von 1926: "Anstatt durch eine internationale proletarische Politik die vereinigten Sowjetrepubliken der Union, gestützt auf das internationale Weltproletariat und die unterdrückten Kolonialvölker, der gesamten kapitalistischen Umwelt in unversöhnlichem Gegensatz entgegenzustellen, verpflichtet der 14. Parteitag das ZK der KP der Sowjetunion, eine 'Friedenspolitik zu führen, die im Zentrum der gesamten Außenpolitik der Sowjetregierung stehen und allen ihren internationalen Aktionen zugrunde liegen soll'. Und der Volkskommissar für Heer und Flotte erklärt zum 8. Jahrestag der Gründung der Roten Armee die Behauptung, daß die russischen Kommunisten' daran denken, wie man mit bewaffneter Hand und in kürzester Frist die kommunistische Gesellschaftsordnung in der ganzen Welt einführen könne', für eine unverschämte Lüge. Ganz nach der Phraseologie des bürgerlichen Militarismus sollen die Rote Armee und die Rote See- und Luftflotte sowie die mit einzelnen kapitalistischen Mächten abgeschlossenen Bündnisverträge keinen anderen Zweck als der 'Festigung der Defensivkraft' und der 'Verbürgung des Friedens' dienen." (11)

Hier liegt der Ablehnung der friedlichen Koexistenzpolitik der SU im Grunde dasselbe undialektische und subjektivistische Denken zugrunde wie der späteren Verabsolutierung der Politik der friedlichen Koexistenz durch die Chruschtschowrevisionisten. Subjektivistisch ist dieses Denken deshalb, weil es an die Stelle des unversöhnlichen, objektiven Gegensatzes von Sozialismus und Kapitalismus, der gerade die Aggressivität der imperialistischen Staaten gegenüber der damaligen SU erklärt und das konkrete Problem der Abwehr der objektiv bedingten ständigen Drohung des Aggressionskrieges stellt, die Forderung setzt, dem Imperialismus "durch eine internationale proletarische Politik" die SU "in unversöhnlichem Gegensatz entgegenzustellen". Undialektisch ist dieses Denken deshalb, da es die unterschiedlichen Probleme der Verteidigung der proletarischen Staatsmacht und der Zerschlagung des kapitalistischen Staates und der Erorberung der Macht durch das Proletariat einfach gleichsetzt. Methodisch vergleichbar ist dieses Denken mit dem Chruschtschowschen Revisionismus deshalb, weil dieser umgekehrt auf Grund der Möglichkeit und Notwendigkeit der Politik der friedlichen Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf die Möglichkeit der Versöhnung von Imperialismus und Sozialismus und des friedlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus schloß.

II.

Systematisch herausgearbeitet und in Beziehung gesetzt zu den Aufgaben der Weltrevolution wurde die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten erst durch die KPCh. Sie wurde 1963 durch den Chruschtschowrevisionismus dazu gezwungen und war auf Grund der fast 50-jährigen Geschichte der SU und ihrer eigenen Erfahrungen auch in der Lage, diese Frage programmatisch zu lösen. Die Chruschtschowrevisionisten hatten einerseits die Politik der friedlichen Koexistenz zur kommunistischen Politik schlechthin erklärt (12) und andererseits die Politik der friedlichen Koexistenz aus einem Kampfinstrument gegen den Imperialismus zum Versöhnungsmittel mit dem Imperialismus erhoben. Demgegenüber zeigte die KPCh, daß die Politik der friedlichen Koexistenz weder die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer

---

(8) Fragen und Antworten. Rede in der Swerdlow-Universität, 9. Juni 1925, W 7, S.142

(9) Sie wurde auf Empfehlung des EKKI 1943 aufgelöst. Die Gründe dieser Auflösung, die, wie es hieß, "Unter Berücksichtigung des Wachstums und der politischen Reife der kommunistischen Parteien und ihrer leitenden Kader" durchgeführt wurde, können hier ebenfalls nicht untersucht werden.

(10) vgl. Rechenschaftsbericht des ZK auf dem XV. Parteitag der KPdSU (B) 1927, W 10, S.235 ff.

(11) zitiert nach Karl Korsch, Der Weg der Komintern, 1926, Anhang, S.22f.

(12) Chruschtschow sagte 1960 in der UNO-Vollversammlung, "daß diese Prinzipien (der friedlichen Koexistenz) zum grundlegenden Lebensgesetz der ganzen Gesellschaft unserer Zeit werden" sollen. zitiert nach: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 304; weitere Belege siehe dort S.307 ff. und passim. Zum Programm erhoben wurde diese Politik der friedlichen Koexistenz auf dem XXII. Parteitag der KPdSU; vgl. speziell Abschnitt VIII "Die friedliche Koexistenz und der Kampf für den Weltfrieden", in: Programm und Statut der KPdSU angenommen auf dem XXII. Parteitag, Oktober 1961, 1. Auflage Berlin 1961, S.53-58

Staaten sein könne, noch und erst recht nicht Generallinie der kommunistischen Weltbewegung. Die KPCh stellte in ihrem programmatischen Brief an das ZK der KPdSU vom 14. Juni 1963 fest: "Die von den sozialistischen Ländern verfolgte Politik der friedlichen Koexistenz begünstigt die Schaffung einer friedlichen internationalen Umwelt für den sozialistischen Aufbau, ist günstig, um die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik aufzudecken und die imperialistischen Angreifer und Kriegstreiber zu isolieren. Wenn aber die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten auf die friedliche Koexistenz beschränkt wird, ist die richtige Behandlung der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten ebenso unmöglich wie die richtige Behandlung der Beziehungen der sozialistischen Staaten mit den unterdrückten Völkern und Nationen. (13) Deshalb ist es falsch, die friedliche Koexistenz zur Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten zu machen. Unserer Ansicht nach muß die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten folgende Punkte zum Inhalt haben: In Übereinstimmung mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, Beziehungen der Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit mit den Ländern des sozialistischen Lagers entwickeln; auf Grundlage der fünf Prinzipien (14) die friedliche Koexistenz mit Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anstreben und die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik bekämpfen; alle unterdrückten Völker und Nationen in ihrem revolutionären Kampf unterstützen. Diese drei Dinge sind miteinander verbunden und kein einziges darf ausgelassen werden." (15)

Wenn die friedliche Koexistenz nicht die Generallinie der Aussenpolitik sozialistischer Länder sein kann, dann kann sie erst recht nicht die Politik der kommunistischen und revolutionären Weltbewegung bestimmen:
"Die friedliche Koexistenz darf nie als Hauptinhalt des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus beschrieben werden. Noch weniger darf die friedliche Koexistenz zum Weg, der die ganze Menschheit zum Sozialismus führt gemacht werden. Der Grund ist, daß friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung eine Sache für sich ist. Es ist absolut unzulässig und unmöglich, daß Länder, die miteinander in friedlicher Koexistenz leben, sich gegenseitig auch nur ein Härchen ihres gesellschaftlichen Systems antasten.

Der Klassenkampf, der nationale Befreiungskampf und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in den verschiedenen Ländern jedoch sind eine völlig andere Sache. Alle diese Kämpfe sind erbitterte revolutionäre Kämpfe auf Leben und Tod, um die Gesellschaftsordnung zu verändern. Die friedliche Koexistenz kann den revolutionären Kampf der Völker in keiner Hinsicht ersetzen. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kann in jedem Land nur durch die proletarische Revolution und die proletarische Diktatur im eigenen Lande erfolgen." (16)
So klar wie die KPCh einerseits die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten herausgearbeitet hat und wie sie andererseits den Widerspruch zwischen friedlicher Koexistenz und den Aufgaben der proletarischen Revolution in nichtsozialistischen Ländern herausgearbeitet hat, ist dies vorher nirgends in der kommunistischen Weltbewegung geschehen. Dieser Widerspruch kann nach Auffassung der KPCh nicht durch eine einheitliche kommunistische Weltorganisation, eine neue Internationale, richtig behandelt werden, sondern nur durch die jeweils spezifische Politik der kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder auf der allgemeinen Grundlage des Marxismus-Leninismus, wobei diese Parteien, ob klein oder groß, gleichberechtigte Konsultationen durchführen, sich nicht in innere Angelegenheiten einmischen und sich gegenseitig auf Basis des proletarischen Internationalismus unterstützen. Die Auffassungen der KPCh sind damit das genaue Gegenteil jener vollkommen unmarxistischen Theorie des "Anpeitschens" der Weltrevolution, die Lenin seinerzeit bei den Genossen des Moskauer Gebietskommitees vermutet hatte. Sie betrachten die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, gemäß deren sie bereit sind mit jedem Staat staatliche Beziehungen aufzunehmen, nicht als vorübergehende taktische Zugeständnisse an eine bestimmte Weltsituation, sondern, genau wie sie sagen, als Prinzipien der Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, die nach Auffassung der KPCh auch den Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern zugrundeliegen müssen und durch die Prinzipien des proletarischen Internationalismus, Beziehungen der Freundschaft, gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit ergänzt werden.
Die VR China strebt auf der "Grundlage der fünf Prinzipien der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens sowie der friedlichen Koexistenz die friedliche Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung" an und bekämpft die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus. (17)
Die fünf Prinzipien stehen deshalb nicht im Gegensatz zu den Interessen der Weltrevolution, weil die Weltrevolution nicht von irgendeinem sozialistischen Staat gemacht oder auch nur angeleitet werden kann, sondern nur durch die Völker der betreffenden Länder unter Anleitung ihrer eigenen proletarischen Organisationen. "Wir treten von jeher dafür ein, daß die inneren Angelegenheiten jedes Landes durch sein Volk selbst geregelt werden sollen. Alle Staaten und Parteien, ob groß oder klein, müssen ihre gegenseitigen Beziehungen auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aufbauen." (18)
Lenin hat gegenüber den Genossen des Moskauer Gebietskomitees hervorgehoben, daß ihrer Theorie der Anpeitschung der Weltrevolution letzten Endes ein grenzenloser Pessimismus sowohl gegenüber den Möglichkeiten der Verteidigung des Sieges der proletarischen Revolution in Russland als auch der schrittweisen Entfaltung der Weltrevolution auf Grund der Entwicklung der Widersprüche des Kapitalismus und des Imperialismus zugrundelag. Den Auffassungen der KPCh liegt ein grenzenloser Optimismus in bezug auf die strategische Überlegenheit der Völker und des Sozialismus über

---

(13) entfällt
(14) entfällt
(15) Polemik..., S.36 f.
(16) Polemik..., S.36
(17) Lin Biao, aus dessen Rechenschaftsbericht auf dem IX. Parteitag der KPCh, wir zitieren, stellt ausdrücklich fest, daß auch dieser Teil der proletarischen Außenpolitik der VRCh "kein zeitweiliger Notbehelf, sonderr eine Politik, an der wir festhalten," ist. "Wir haben es früher so getan, wir werden es auch in Zukunft unbeirrbar so tun." Peking 1969, S.108
(18) a.a.O., S.108 f.

den Kapitalismus und den Imperialismus zugrunde. Dieser Optimismus speist sich aus den historischen Erfahrungen der letzten 100 Jahre und aus der wissenschaftlichen Analyse der gegenwärtigen Entwicklungstendenzen in der Welt.

III.

Mit Prinzipien allein kann keine kommunistische Partei und kein sozialistisches Land eine revolutionäre Politik machen. Und die Kenntnis allein der Generallinie der KPCh für die Außenpolitik und die kommunistische Politik überhaupt, reicht nicht aus für die Einschätzung der konkreten Politik und Außenpolitik der VRCh. Die KPCh bestimmt ihre Politik nicht allein nach den Prinzipien, die sie als verbindlich herausgearbeitet hat, sondern sie handelt auf Grundlage der marxistisch-leninistischen Analyse der Widersprüche, die eine konkrete Situation bestimmen. 1963 ging die KPCh von folgenden grundlegenden Widersprüchen in der Welt aus:

" Die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager;
die Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder;
die Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus;
die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und zwischen den monopolkapitalistischen Gruppierungen." (19)

Diese Widersprüche müssen verschieden behandelt werden. Konkret stellt sich jeweils die Frage, wer auf welcher Seite des jeweiligen Widerspruches steht und welche Stellung er in diesem Widerspruch einnimmt. Es muß sowohl zwischen Freund und Feind als auch innerhalb des Lagers der Feinde auf Grundlage marxistisch-leninistischer Analyse genau unterschieden werden. So war z.B. eine der zentralen Fragen in der Polemik zwischen der KPdSU und der KPCh die Stellung Jugoslawiens in den Widersprüchen zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager. (20) Die KPCh betrachtete das Jugoslawische Regime als "Sondertrupp der USA" und war dementsprechend nicht bereit, gegenüber Jugoslawien und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens die Prinzipien des proletarischen Internationalismus gelten zu lassen.

Es mußte auch herausgearbeitet werden, welcher Widerspruch in der konkreten Situation der wichtigste ist und wer der Hauptfeind in der bestimmten Etappe der internationalen proletarischen Revolution ist. Die KPCh stellte 1963 fest, daß "in einem gewissen Sinne" die "ganze Sache der internationalen proletarischen Revolution letztlich von den revolutionären Kämpfen der Völker in diesen Gebieten (Asiens, Afrikas u. Lateinamerikas, Anm.d.Verf.), der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung" abhängt. (21) Der Hauptfeind der internationalen proletarischen Revolution waren für die KPCh (wie auch in der Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960) die USA. Entsprechend meinte die KPCh auch, daß die Arbeiterklasse und die Werktätigen der "kapitalistischen Länder, die der Kontrolle des USA-Imperialismus unterstehen oder die er seiner Kontrolle zu unterwerfen versucht", "in erster Linie gegen den USA-Imperialismus" ihre Angriffe richten müßten, "dann aber auch gegen die Monopolbourgeoisie und andere reaktionäre Kräfte, die die nationalen Interessen ihrer Länder verkaufen". (22)

Als Hauptstoßrichtung der revolutionären Weltbewegung legte die KPCh also fest:

"Die USA-Imperialisten haben sich so zu den Völkern der ganzen Welt in Opposition gestellt und werden von ihnen eingekreist. Das internationale Proletariat muß und kann alle Kräfte vereinigen, mit denen Einheit möglich ist. Es muß die inneren Widersprüche der Feinde ausnutzen und die breiteste Einheitsfront gegen die USA-Imperialisten und ihre Lakaien errichten.

Der realistische und korekte Kurs ist, das Schicksal der Völker aller Welt und der Menschheit der Einigkeit und den Kämpfen des Weltproletariats, der Einheit und den Kämpfen der Völker aller Länder anzuvertrauen." (23)

Dieser Hauptstoßrichtung der revolutionären Weltbewegung mußte natürlich auch die Außenpolitik der sozialistischen Länder folgen. Der Angriff auf die Chrutschow-Revisionisten beschränkte sich deshalb auch nicht auf ihre prinzipienlose Verabsolutierung der Politik der friedlichen Koexistenz, sondern richtete sich speziell dagegen, daß die friedliche Koexistenz zur Rechtfertigung einer Politik der allseitigen Zusammenarbeit im internationalen Maßstab mit dem Hauptfeind, dem US-Imperialismus, herangezogen wurde. Denn wenn auch selbst mit den USA eine Politik der friedlichen Koexistenz angestrebt werden muß, dann kann deren Inhalt ja nicht die Regelung der Probleme im Weltmaßstab sein: Sonst würde sie ja leugnen, daß der US-Imperialismus gerade deshalb der Hauptfeind ist, weil er überall in der Welt die Interessen der Völker unterdrückt. Eine Politik der zweiseitigen Gipfelgespräche zwecks Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder, der Absprechung von gegenseitigen Interessenssphären und des Handels mit den Lebensinteressen anderer Völker kann niemals als Politik der friedlichen Koexistenz, sondern nur als Großmachtchauvinismus bezeichnet werden. Chrutschow ging seinerzeit soweit, daß er die Probleme von Krieg und Frieden ausgerechnet auf Grundlage des Bündnisses mit den USA lösen wollte. Er sagte z.B.:"Wir (die USA und die Sowjetunion) sind die mächtigsten Staaten der Welt. Wenn wir für den Frieden zusammenstehen, wird es keinen Krieg geben. Wenn es dann doch noch einen Besessenen gibt, der einen Krieg vom Zaun zu brechen versucht, sollte es genügen, wenn wir ihm mit dem Finger drohen, um ihn zum Schweigen zu bringen." (24)Daß eine solche Politik mit Marxismus-Leninismus nichts zu tun hat, ist klar. Die Politik der"friedlichen Koexistenz" dient hier nicht der Bekämpfung der Aggressivität des Hauptfeindes, sondern der Verschleierung seines aggressiven Charakters. So ist es auch kein Wunder, daß die Sowjet-Revisionisten die KPCh und die PdA Albaniens, die an der marxistisch-leninistischen Linie der friedlichen Koexistenz festhielten, als Kriegstreiber denunzierten und denunzieren. (25)

---

(19) Polemik,S.8
(20) vgl. "Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?", III.Kommentar zum offenen Brief des ZK der KPdSU (26.9.1963) in: Polemik..., S.157 ff.
(21) Polemik.., S.14
(22) Polemik ..., S. 20
(23) Polemik ,S.13f.
(24) Gespräche mit C.L.Sulzberger am 5.9.1961 zitiert nach: Polemik..., S.273
(25) so die revisionistische Literatur zur VRCh, z.B. Moskau contra Mao, Sowjetische Materialien, hrs. und kommentiert von Klaus Detlev von Grothusen, Düsseldorf 1971; N.Simonija, Peking und der Befreiungskampf der Völker, Moskau 1970; Die Außenpolitik der VRCh, Berlin 1971; Robert Fahrle, Peter Schöttler, Chinas Weg - Marxismus oder Maoismus, Ffm 1969

IV.

In inoffiziellen Dokumenten ging die KPCh und vor allem Mao-tse-tung (26) schon während der Polemik vom bürgerlichen Klassencharakter der SU aus. Offiziell beschränkten sie sich jedoch auf die Entlarvung der revisionistischen Auffassungen und Taten der Machthaber in der SU, wobei deren Annäherungsversuche an den US-Kapitalismus im Zentrum des Angriffs standen.

Seit dem IX. Parteitag geht die KPCh offiziell vom sozialimperialistischen Charakter der SU aus. Dies hat, obwohl sich an den Prinzipien der chinesischen Außenpolitik nichts geändert hat, weitreichende außenpolitische Konsequenzen. 1963 wurde als ein Charakteristikum des Chrutschowrevisionismus herausgearbeitet, daß er in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern die Prinzipien des proletarischen Internationalismus in den Wind schlägt. Aber es wurde von der Existenz des sozialistischen Lagers ausgegangen und die SU wurde diesem Lager zugerechnet. Noch in Lin Biaos Buch "Es lebe der Sieg im Volkskrieg"(27) wurde als Kern des Chrutschowrevisionismus die Kapitulation vor dem US-Imperialismus herausgearbeitet und folgende Konsequenz gezogen: "Um den Kampf gegen den USA-Imperialismus zu führen, müssen die Marxisten-Leninisten und die revolutionären Völker in der ganzen Welt entschieden den Chrutschowschen Revisionismus bekämpfen." Aber die SU wurde noch nicht als sozialimperialistischer Staat begriffen, sondern als sozialistisches Land, in dem die modernen Revisionisten die Macht usurpiert haben; und das im Kampf gegen den US-Imperialismus Kapitulantentum betreibt. Auch auf dem 11. Plenum des VIII. ZK der KPCh (12.Aug.1966) wurde der "revisionistischen Führungsclique der Sowjetunion" zwar vorgeworfen, sie diene "mit großem Eifer dem USA-Imperialismus", eine selbständige imperialistische Politik der SU wurde jedoch nicht festgestellt. Im Kommunique wurde die Notwendigkeit betont, eine "möglichst breite internationale Einheitsfront" gegen den US-Imperialismus, dem "bösartigsten gemeinsamen Feind der Völker der ganzen Welt" aufzubauen. Die "revisionistische Führungsclique" dürfe "selbstverständlich nicht in diese Einheitsfront eingeschlossen werden". Zusammenfassend hieß es: "Wir müssen uns mit allen Menschen der Welt, die gegen den Imperialismus und Kolonialismus kämpfen, vereinigen und den Kampf gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien bis zum Ende führen. Wir müssen zusammen mit den revolutionären Marxisten-Leninisten der ganzen Welt den Kampf gegen den modernen Revisionismus bis zum Ende führen und die revolutionäre Sache des Weltproletariats und der Völker der Welt vorwärtstreiben." (Wichtige Dokumente der Großen Proletarischen Kulturrevolution, Peking 1970, S.193f.)

Die Politik der Revisionisten wird voll angegriffen, sie wird jedoch noch nicht als Ausdruck des veränderten Klassencharakters des sowjetischen Staates begriffen. Diese Auffassung wird in den öffentlichen Dokumenten erst seit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts und der SU in der Tschechoslowakei vertreten, wobei in Anlehnung an Lenin behauptet wird, daß der Opportunismus in den Imperialismus hinübergewachsen sei und daß die Taten der SU trotz aller sozialistischen Phrasen imperialistische Taten sind und ihre Beziehungen zu anderen Ländern

(26) z.B. Mao Tse-tung, 1964, in einem Gespräch, zitiert in: "Leninismus oder Sozialimperialismus", Peking Rundschau Nr. 17, 1970, S.7

(27) September 1965, deutsch Peking 1968

CAVE 54
Heidelberg tel. 27840
Krämergasse 2

DIE 22. FEB. GEORGE MAYCOCK TRIO / PANAMA
DIE 29. FEB. WASHINGTON DEE CEE
DIE 7. MÄ. ACTION 71
DIE 14. MÄ. ASSOCIATION
DIE 21. MÄ. INTERACTION
DIE 28. MÄ. ALLAN MC CARTHY GROUP
DIE 4. APR. FREE JAZZ GROUP / WIESBADEN
DIE 11. APR. "SEELOW"

imperialistischen Charakter haben, der Ausbeutung und Unterdrückung dienen. Es wird gezeigt, daß die "Entwicklungshilfe" der SU seinem Wesen nach Kapitalexport ist, (28)
und daß die sog. sozialistische Arbeitsteilung in den Comeconstaaten in Wahrheit auf die Bedürfnisse der SU zugeschnittene imperialistische Arbeitsteilung ist. (29)
Auf der Ebene der Außenpolitik entsprechen diesen ausbeuterischen Beziehungen der SU zu den sozialistischen und den Entwicklungsländern die "Breschnew-Doktrin" der begrenzten Souveränität der sozialistischen Länder, die Schaffung von Interessensphären und der Versuch, mit den USA-Imperialisten die Welt zu teilen.

Da die Sozialimperialismusthese die Einschätzung der Widersprüche in der Welt durch die KPCh entscheidend veränderte und entscheidend ist für die Beurteilung der prinzipiell unveränderten Außenpolitik der VRCh, muß diese These genauer untersucht werden. Schließlich kann der sozialimperialistische Charakter der SU nicht aus seinen Außenbeziehungen abgeleitet werden. Vielmehr müssen diese Beziehungen als sozialimperialistische aus der Restauration des Kapitalismus in der SU selbst erklärt werden. Mao tse-tung hat schon 1964 festgestellt: "Der Machtantritt des Revisionismus bedeutet den Machtantritt der Bourgeoisie" und "Die Sowjetunion von heute steht unter der der Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, der Diktatur von der Art Hitlers." (30)

Ist diese Kennzeichnung bloß metaphorisch oder besteht sie aus wissenschaftlichen Begriffen? Die KPCh hält diese Aussagen für wissenschaftlich gültig. "Mit seinen weisen Feststellungen hat Genosse Mao tse-tung das Klassenwesen und den sozialen Ursprung des sowjet-revisionistischen Sozialimperialismus tiefschürfend aufgezeigt und auf die faschistische Natur des sowjetischen Sozialimperialismus hingewiesen. Nach der Usurpation der Macht in Partei und Staat der Sowjetunion durch die sowjet-revisionistische Renegatenclique hat die bürgerliche privilegierte Schicht ihre politische wie wirtschaftliche Macht beträchtlich ausgedehnt, in der Partei, der Regierung, der Armee und in ökonomischen und kulturellen Sektoren die herrschenden Positionen besetzt, und aus dieser Schicht hat sich eine bürokratische Monopolbourgeosie gebildet, nämlich, eine Großbourgeoisie neuen Typs, die den gesamten Staatsapparat beherrscht und sämtlichen gesellschaftlichen Reichtum kontrolliert. Diese Monopolbourgeoisie neuen Typs hat unter Mißbrauch der von ihr kontrollierten Staatsmacht das sozialistische Eigentumssystem in das Eigentum der den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber, die sozialistische Wirtschaft in eine staatsmonopolkapitalistische Wirtschaft umgewandelt. Unter Mißbrauch des Namens "Staat" plündert sie rücksichtslos die Staatskasse, bemächtigt sich mit allen Mitteln nach Belieben der Früchte der Arbeit des Sowjetvolkes, führt damit ein herrschaftliches und luxuriöses, liederliches und müßiges Leben und schaltet und waltet, wie es ihr beliebt." (a.a.O. S.7f)
Als äußerliche Kennzeichen der Restauration des Kapitalismus werden von der KPCh u.a. die Ausdehnung der Ware-Geld-Beziehung durch das "Neue ökonomische System" und die Festigung des Profitprinzips genannt. (31)

Die KPCh geht also nicht davon aus, daß mit Chrutschows Machtantritt sich schlagartig der Charakter der Gesellschaft der SU gewandelt hat, sondern daß mit seinem Machtantritt die bestehende "bürgerlich privilegierte Schicht" ihre bestehende "politische wie wirtschaftliche Macht" beträchtlich ausgedehnt hat und den Klassencharakter des Sowjetstaates qualitativ verändert und sich mittels des Staatsapparats zu einer "bürokratischen Monopolbourgeoisie", einer "Großbourgeoisie neuen Typs" entwickelt hat. Mit Hilfe der Staatsmacht hat diese faktisch die sozialistischen Eigentumsverhältnisse aufgehoben und die sozialistische Wirtschaft in eine staatsmonopolistische verwandelt. Der fortdauernde Klassenkampf in der Gesellschaft der SU hat sich also vorübergehend zugunsten der Bourgeoisie entschieden. Diese Möglichkeit der Rückverwandlung der Diktatur der Arbeiterklasse in die Diktatur der Bourgeoisie ist in den Widersprüchen der Übergangsphase zum Sozialismus selbst angelegt und zwar sowohl im Fortbestehen der Kleinbourgeoisie als auch in der Verstaatlichung der Großproduktion, insofern diese auf bürgerliche Spezialisten angewiesen ist, auf der alten staatlichen Verwaltung beruht und diese ausdehnen muß. Der Klassenkampf findet also auch im Staatsapparat statt und eine Gewähr gegen den Sieg der Bourgeoisie ist die Reinhaltung der Partei, ihre Vorherrschaft über den Staatsapparat, ihre marxistisch-leninistische Linie und ihre Verbindung mit den Massen. Indem Chrutschow diese Gewähr der Diktatur des Proletariats endgültig beseitigte, und den proletarischen Charakter der Partei liquidierte, ermöglichte er den Sieg einer bürokratischen Monopolbourgeoisie, einer Großbourgeoisie neuen Typs. Aber handelt es sich in der SU tatsächlich um die Herrschaft einer Großbourgeoisie neuen Typs und nicht einfach, wie die Trotzkisten sagen, um die Herrschaft der Bürokratie, oder wie die bürgerlichen und manche Linksradikale sagen, um die Herrschaft der Technokratie? Einerseits ist die Bürokratie und die Technokratie stets eine bürgerliche Erscheinung und nicht klassenneutral, und andererseits entsteht aus der Bürokratie in dem Maße eine bürokrati sche Monopolbourgeoisie, wie die Büro-

(28) vgl. Die Sowjetrevisionisten betreiben in Indien Neokolonialismus, Peking Rundschau 4, 1972, S.19 f.
(29) vgl. Leninismus oder Sozialimperialismus, a.a.O., S.11f; vgl. auch die zahlreichen Artikel über den Comecon in den letzten Jahrgängen der Peking Rundschau.
(30) zit. nach Leninismus oder Sozialimperialismus, a.a.O. S.7
(31) Für uns westdeutsche Kommunisten, die wir im erbitterten Kampf gegen den Antikommunismus immer und immer wieder gegen ahistorische Konvergenztheorien, gegen reaktionäre Imperialismusvorwürfe an die SU und gegen die rechts-gleich-links-These führen müssen, ist die Analyse der SU durch die KPCh zunächst erschütternd. Genausowenig aber wie wir dem Antikommunismus, der gerade der revolutionären Vergangenheit der SU gilt, entgegenkommen dürfen, indem wir pauschale und ahistorische "Abrechnungen" mit der KPdSU und der SU durchführen, darf uns der Kampf gegen den Antikommunismus zur apologetischen Haltung gegenüber der heutigen SU führen und uns daran hindern, den Klassencharakter des heutigen Sowjetstaates und der Politik der KPdSU zu erkennen. Vor dieser wahrscheinlich schwersten Niederlage der internationalen Arbeiterbewegung und der revolutionären Weltbewegung, der Eroberung des ersten Sowjetstaates durch den Kapitalismus von Innen her, dürfen wir keineswegs die Augen verschließen, auch wenn in Westdeutschland die ersten Schritte der politischen Bewußtwerdung wohl immer noch über die Einsicht in die Verlogenheit der bürgerlichen Propaganda gegen die SU und die DDR verlaufen.

kratie zum Funktionär der Verwertungszwänge des Kapitals wird und über den produzierten Mehrwert im Sinne der Selbstverwertung des Kapitals verfügt. Ein zusätzliches und nicht das wesentliche Kennzeichen ist es, daß sie sich einen Teil des Mehrwerts privat aneignet, für Luxusausgaben etc. In diesem Sinne kann man heute sagen, daß in der Sowjetunion eine bürokratische Monopolbourgeoisie herrscht, die, wie Stalin befürchtete, die sozialistische Perspektive beseitigt, den Internationalismus in Großmachtchauvinismus, die Partei in ein Anhängsel des Staates und den Staat in ihr Ausbeutungs- und Unterdrückungsinstrument verwandelt hat.

Insofern der Faschismus die gewaltsame, von den Rechts- und Verfassungsnormen der bürgerlichen Demokratie befreite Herrschaftsform der Monopolbourgeoisie ist, verliert die zitierte Aussage Mao tse-tungs auch ihren scheinbar metaphorischen Charakter. Die neue Einschätzung des Klassencharakters der SU als "sozialimperialistischem Hegemoniestaat" (a.a.O., S.9) zwang die KPCh zu einer Neueinschätzung der wichtigsten Widersprüche in der gegenwärtigen Epoche. Auf dem IX. Parteitag nannte Lin Biao in seinem Bericht als die vier großen Widersprüche in der Welt:

" Der Widerspruch zwischen den unterjochten Nationen einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits; der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern; der Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten und dem sozialimperialistischen Staat sowie der Widerspruch unter den imperialistischen Staaten; der Widerspruch zwischen den sozialistischen Staaten einerseits und Sozialimperialismus andererseits." (Peking 1969)

Die Reihenfolge in der Aufzählung der Widersprüche brachte nun deutlich zum Ausdruck, daß "in gewissem Sinn" der Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus, entscheidend für den Gang der sozialistischen Weltrevolution, der gegenwärtige Hauptwiderspruch ist (Lin Biao, Es lebe der Sieg im Volkskrieg, S.60).

Unter den Imperialismus wird nun aber der zum Sozialimperialismus gewordene Sowjetrevisionismus subsumiert, wobei die USA und die SU jeweils die Zentren dieser verschiedenen Spielarten des Imperialismus sind, die miteinander zusammenarbeiten und gegeneinander kämpfen:

"Um die Revolution der unterdrückten Nationen und Völker der Welt zu unterdrücken, kollidieren USA-Imperialismus und Sozialimperialismus; aber zur Befriedigung ihrer eigenen imperialistischen Interessen liegen sie in erbittertem Wettstreit." (Vereinigung des Volkes, Besiegung des Feindes; von einer Verfassergruppe des Provinzparteikomitees Hupeh der KPCh, Peking Rundschau 35/71, S.7)

Es gilt nun nicht mehr nur eine breite internationale Einheitsfront der Völker der Welt gegen den Imperialismus mit den USA an der Spitze aufzubauen, und den Kampf gegen das revisionistische Kapitulantentum zu führen, sondern eine Einheitsfront gegen jeden Imperialismus, allen voran der US-Imperialismus und der Sozialimperialismus der SU, zu schaffen. Es ist klar, daß die neue Einschätzung der Widersprüche in der Welt auf Grund der Neueinschätzung der SU zwar nicht die Prinzipien der chinesischen Außenpolitik über den Haufen werfen konnte, aber die konkrete Außenpolitik der VRChina entscheidend verändern mußte. Das Ziel dieser Außenpolitik kann jetzt nur sein, den US- Imperialismus und den sozialimperialistischen Staat maximal zu isolieren, die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten sowie zwischen den imperialistischen Staaten und dem sozialimperialistischen Staat maximal auszunutzen und ein breites internationales Bündnis gegen USA - und SU - Imperialismus zu schmieden, deren gemeinsames Kennzeichen der "Großmachtchauvinismus" ist (32). Die Prinzipien dieser Aussenpolitik sind nach wie vor der proletarische Internationalismus als Basis der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, die friedliche Koexistenz als Basis der Beziehungen zu Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung mit Einschluß der USA und der SU und die Unterstützung der Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker und der Unabhängigkeitsbestrebungen der in Abhängigkeit gehaltenen Nationen. Dabei werden die revisionistischen Parteien als außenpolitische Agenturen des Sowjet-Imperialismus betrachtet, weil der Revisionismus, wenn er die Staatsmacht in Händen hält, die von ihm beherrschten Länder "wie die Tschechoslowakei und die mongolische Volksrepublik zu einem Vasallenstaat bzw. einer Kolonie" des Sozialimperialismus herabdrückt (a.a.O. S. 9).

Wir können nun die konkrete Außenpolitik der VR China erklären. Nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz strebt sie Beziehungen zu jedem Staat an, sei es selbst die USA. Der Nixon- Besuch dient der VR China zur Erreichung dieses Ziels, das für die USA die Aufgabe der Provinz Taiwan und den vertraglichen Verzicht auf Subversionen und Aggressionen gegenüber China bedeuten würde. Dieses Ziel ist auf die Dauer, wenn die VR China fest bleibt, durchaus erreichbar, weil die Widersprüche zwischen dem US - Imperialismus und den übrigen imperialistischen Staaten, der Widerspruch zwischen den imperialistischen Ländern und dem Sozialimperialismus, und die Siege der Befreiungsbewegungen die USA u.U. zur Normalisierung ihrer Beziehungen zur VR China zwingen werden. Für diese Normalisierung werden die USA der VR China natürlich nicht den Verzicht auf die Unterstützung der Völker Indochinas und der ganzen Welt abhandeln können, die gegen den US - Imperialismus kämpfen. Nachdem die bürgerliche Presse anläßlich der Vorbereitung des Nixon - Besuchs sich in Hoffnungen auf einen "gigantischen Polithandel" (SPIEGEL) zwischen China und den USA erging, mußte sie diese Hoffnungen inzwischen offensichtlich zu Grabe tragen. Inzwischen ist nämlich bekannt geworden, daß die Indochinafrage, wie nicht anders zu erwarten, gar nicht auf der Tagesordnung der Verhandlungen zwischen Tschou En-lai und Nixon steht. Und es ist auch klar, daß die VR China eine solche Bevormundung der Völker Indochinas strikt ablehnt (33). In dieser Frage besteht ihre Position schlicht in der

---

(32) Die Revisionisten werfen der KPCh vor, diese Politik verlasse den Boden der Klassenanalyse der jeweiligen Politik. Wir meinen gezeigt zu haben, daß der Großmachtchauvinismus eben der außenpolitische Ausdruck des bürgerlichen Klassencharakters der USA und der SU ist.

(33) Selbst manche Sprecher der US-Bourgeoisie haben inzwischen erkannt, daß die Zeiten, in denen man mit den Interessen der Völker Schacher treiben konnte, vorbei sind, und daß der US-Imperialismus sich darüber klar sein muß, daß gerade die VRCh einen solchen Schacher prinzipiell ablehnt. vgl. das Spiegel-Gespräch mit dem US-"Asien-Experten":

Spiegel: Was wird Nixon nach ihren Vorstellungen bestenfalls aus Peking mit nach Hause bringen?

Reischauer: Sich selbst - das ist das Beste, was er mitbringen kann.

Spiegel: Keine Lösung für Vietnam?

Reischauer: Nein, ich habe es von Anfang an für eine Illu-

Unterstützung der kämpfenden Völker Indochinas; von der Zuverlässigkeit dieser Unterstützung wird sich Nixon aufs neue überzeugen können.
Auch die anderen außenpolitischen Schritte der VR China, die in der westdeutschen marxistisch- leninistischen Bewegung zumindest unterschwellig viel Aufregung hervorgerufen haben, lassen sich leicht erklären.
Die VR China hat zum Iran diplomatische Beziehungen auf Grundlage der fünf Prinzipien aufgenommen und hat die Schwester des Schahs in China empfangen. Sie ist bestimmt nicht schlimmer als Nixon. Was bedeuten die diplomatischen Beziehungen der VR China zum Iran ?
Einerseits verzichtet die VR China auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Iran (was selbstverständlich ist, denn die Beseitigung des Schah- Regimes ist die Aufgabe des persischen Volkes) und andererseits ermutigt die VR China das bestehende Regime soweit es sich, wie in dem Konflikt um die Ölpreise, objektiv in Widerspruch zu den imperialistischen Ländern und v.a. zum USA - Imperialismus stellt und die nationalen Interessen wenigstens teilweise vertritt.
Der Kampf des persischen Volkes gegen das Schahregime könnte nur dann unter der Außenpolitik der VR-China leiden, wenn die iranischen Marxisten-Leninisten die aussenpolitischen Beziehungen der VR China zum Iran auf die Klassenbeziehungen im Iran übertragen würden. Genau gegen solche unzulässigen Übertragungen kämpfen die Marxisten-Leninisten in ihrer Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus gegen den Revisionismus.

Genau gleich verhält es sich mit den diplomatischen Beziehungen zu Äthiopien und mit dem Staatsbesuch Haile Selassies in der VRCH.
Wie steht es aber mit der Außenpolitik der VR China in der Pakistan - Frage ? Ebenso wie die VR China zu Indien diplomatische Beziehungen hat, so auch zu Pakistan. Das bedeutet nicht die Rechtfertigung der bestehenden Regime, sondern die grundsätzliche Garantie, daß die VR China diese Regime nicht von außen zu stürzen versucht. Das bedeutet auch die Anerkennung der territorialen Integrität der betreffenden Länder. Die VR China unterstützte und unterstützt die Versuche Pakistans, sich aus den Netzen imperialistischer Bündnissysteme zu befreien, indem es ihm günstige Wirtschafts- und Militärhilfe gewährt. Die VR China bekämpft und entlarvt die Bündnisabkommen zwischen Indien und dem Sozialimperialismus, deren Stoßrichtung einerseits die Einkreisung Chinas und andererseits die Neuaufteilung der Welt in Interessensphären des US- und SU - Imperialismus ist. Wäre der "west- ostpakistanische Konflikt" eine innere Angelegenheit geblieben, dann wäre er auch niemals zum Anlaß irgendwelcher außenpolitischer Schritte der VR China geworden: Aber der "west-ostpakistanische Konflikt" wurde durch die Einmischung der indischen Regierung von vorneherein zum Konflikt zwischen Staaten und letzten Endes zu einem Manöver des Sozialimperialismus zwecks Ausdehnung seiner Einflußsphäre und der Verstärkung des Einkreisungsringes um die VR China. Da war es nur selbstverständlich, daß die VR China der pakistanischen Regierung ihre Unterstützung gegen die indische Einmischung zusagte, genauso wie sie die objektive Funktion der "Bangla-Desh"-Bewegung als Separatisten-Manöver zugunsten des indischen Expansionismus entlarvte und die Unterstützung Indiens durch die SU als Teil der sozialimperialistischen Strategie brandmarkte. Diese Aussenpolitik der VR China hat zur maximalen Entlarvung und Isolierung der indischen Aggressoren und des Sozialimperialismus beigetragen (104 UNO- Staaten stimmten für eine entsprechende Resolution - 11 dagegen), ohne der selbständigen antifeudalistischen und neudemokratischen Bewegung in Ost- Pakistan zu schaden
Soweit es in Ost-Pakistan eine selbstständige revolutionäre Bewegung und selbstständige revolutionäre Organisationen gibt, die im Vertrauen auf die eigene Kraft den Kampf gegen das Regime der halbkolonialen, halbfeudalen und bürokratisch-kapitalistischen Ausbeutung aufgenommen haben, läuft deren Kampf die Aussenpolitik der Volksrepublik China auch nicht zuwieder. Im Gegenteil: Gerade sie sind an einer Nichteinmischung Indiens in diesen Kampf interessiert und wehren sich gegen diese Einmischung.
Die revisionistische Kritik an der Außenpolitik der VR China, die der Volksrepublik vorwirft, sie hätte durch ihre Außenpolitik die Ausbeutung Ost-Pakistans durch West-Pakistan gestützt, ist lächerlich.
Wenn man durch die Außenpolitik sozialistischer Staaten die innere Ausbeutung in bestimmten Staaten abschaffen wollte, könnte diese Außenpolitik nur in ständigen "revolutionären Expansionskriegen" bestehen, einem Widerspruch in sich selbst also. Wenn man aber die Außenpolitik sozialistischer Staaten von der Nichtexistenz von Ausbeutung und Unterdrückung in den Staaten abhängig machen würde, mit denen sie diplomatische Beziehungen aufnehmen, dann wäre die Außenpolitik sozialistischer Länder auf sozialistische Länder beschränkt, die ganze Politik friedlicher Koexistenz grundsätzlich Unsinn. Die revisionistischen Argumente gegen die Außenpolitik der VR China im Indien-Pakistan-Konflikt sind also blanke, rein demagogische Schutzbehauptungen für die sozialimperialistische Unterstützung der indischen Aggression.
Wie sieht es nun mit den trotzkistischen Argumenten aus? Sie leben zunächst davon, daß sie von dem objektiven Charakter der Bangla-Desh-Bewegung absehen und die Politik der strikten Nichteinmischung der VR China in die inneren Angelegenheiten anderer Länder als Unterstützung der betreffenden Regimes gegen die revolutionäre Bewegung begreifen. Wenn aber die Bangla-Desh-Bewegung tatsächlich eine innere Angelegenheit Pakistans gewesen wäre, dann hätten sich die Trotzkisten gegen jene Staaten wenden müssen, die sich einmischten, um ihr Süppchen zu kochen. Das taten sie nicht. Die Trotzkisten erkannten also weder den objektiven Charakter der Bangla-Desh-Bewegung, noch konnten sie die Politik der Nichteinmischung der VR China und ihren Protest gegen den Eingriff anderer Staaten irgendwie schlüssig kritisieren
Ihre Weigerung eine konkrete Situation konkret zu analysieren, ihre Weigerung die Probleme sozialistischer Außenpolitik zu untersuchen und ihre pauschale

---

Anm. 33

sion gehalten, zu glauben, eine Reise nach Peking hätte irgendetwas mit Vietnam zu tun. In Vietnam wird von den Vietnamesen entschieden werden und von niemandem sonst. Spiegel 8/14.2. 1972, S. 94
Um so dümmer die Propaganda der Revisionisten und Trotzkisten, die aus längst zerstobenen Hoffnungen Nixons und Kissingers, einen Verratsvorwurf gegen die VRCh ableiten wollen; vgl. die Zitate im selben Spiegel, S.44 aus Neues Deutschland; vgl. Was tun? 1/72: "Nixon und Mao beim diplomatischen Spiel - US-Imperialismus und"revolutionäre Diplomatie": Vietnam soll die Zeche bezahlen," S.20 f. vgl. dagegen das Interview mit Norodom Sihanouk in konkret 3/ 27.1.1972, S.45 und die Erklärung der FNL-Delegation in Paris, Le Monde 18.7.71

Anwendung der Bürokratiethese auf die VR-China trieben sie schließlich zur Apologetik gegenüber der Aggressionspolitik Indiens und den sozialimperialistischen Manövern der SU. (34)

Auch in der chinesischen Außenpolitik gegenüber dem Sudan ist der Kern die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Es ist aber die Frage, ob der Putsch vom 19. Juli 1971 gegen das Regime Numeiris einfach als "ausländisches subversives Komplott" bezeichnet werden kann, wie es Tschou En-lai in seiner Ansprache auf einem Bankett zu Ehren einer sudanesischen Regierungsdelegation tat (17.12.1971, PR 52 vom 28.12. 71). Diese These stützt sich einerseits auf den nachweisbaren Einfluß der SU auf den Putsch vom 19. Juni und andererseits auf die Einschätzung der revisionistischen Parteien als außenpolitischen Agenturen der sozialimperialistischen SU, deren Machteroberung die betreffenden Länder notwendig in Vasallenstaaten oder Kolonien der SU verwandle. Das führt dazu, daß Regimes wie das Numeiris gegenüber Regimen, die unter stärkerem Einfluß der SU und revisionistischer Parteien stehen, offensichtlich als progressiv eingeschätzt werden, weil sie für bessere Garanten der nationalen Unabhängigkeit, der staatlichen Souveränität und der Entwicklung der nationalen Wirtschaft ihrer Länder gehalten werden. Inwieweit diese Einschätzung konkret auf den Sudanzutrifft, bleibt aber zweifelhaft. Zumindest differiert sie von der Einschätzung fortschrittlicher arabischer Journalisten und der Mitglieder unabhängiger arabischer kommunistischer Organisationen wie der FPDLP (vgl. Ismail Diab, Soudan - Numeiry reigne par terreur, in: Africasia 46/Aug. 1971, S. 29 - 32; s. dort auch das Editorial von Ahmed Baba Miské, S. 28; vgl. Die Partei des Genossen Mahgoub wird siegen!, in: Al Djabha 13/1972, S. 3ff., Übersetzung aus: Al Haquiequah, Zeitschrift der Arbeiter- und Studentengruppen der FPDLP in Westeuropa).

Wenn man allerdings die Politik der SU im Nahen Osten berücksichtigt und den negativen Einfluß revisionistischer Organisationen auf den nationalen Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und den antiimperialistischen und antizionistischen Kampf der arabischen Völker, wenn man berücksichtigt, daß die Abhängigkeit revisionistischer Parteien von der SU sie zum Spielball der sozialimperialistischen Politik der SU macht, gerade wenn sie an die Macht kommen, dann ist die Einschätzung der KPCh plausibel. Diese kann aber zu Fehlurteilen über den Charakter solcher Regimes wie des Numeiriregimes führen. Um so wichtiger ist der Aufbau von unabhängigen marxistisch-leninistischen Organisationen in den arabischen Ländern, die sich in ihrer Strategie und Taktik natürlich nicht durch die chinesische Außenpolitik bestimmen lassen dürfen. Generell müßten sie sich aber wohl an die Thesen halten, die die KPCh 1963 für die Tätigkeit der Kommunisten in den jungen nationalistischen Staaten aufgestellt hat, wobei eben der Kampf um politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit heute den Kampf gegen den Sozialimperialismus und den modernen Revisionismus mitbeinhalten muß.(s. 9. These von "Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", in: Polemik ... S. 16 - 18). Die chinesische Außenpolitik, die darauf abzielt, die Unabhängigkeit dieser Staaten zu stärken, trägt angesichts des weltweiten Kampfes um Einflußsphären zwischen den USA und der SU zur Schaffung und Erhaltung von günstigen Bedingungen des Befreiungskampfes der Völker und des Klassenkampfes des Proletariats bei, wobei es nur die Aufgabe dieser Völker selbst und ihres Proletariats sein kann, die Herrschaft zu erobern.

Gegenüber den Ländern, die direkt im Einflußbereich der SU liegen und in denen Revisionisten die Macht haben, ermutigt und unterstützt die VR China alle Tendenzen, die gegen die Ausdehnung des Einflusses der SU gerichtet sind. Das erklärt die Politik der VR China gegenüber Rumänien und der KPR. Gerade in diesen Ländern hat der Kampf um nationale Unabhängigkeit durch die Veränderung des Klassencharakters der SU eine neue Qualität bekommen, die eindeutig progressiv ist. Von daher müssen auch die westeuropäischen Marxisten-Leninisten, zumal nach der Intervention und Besetzung der Tschechoslowakei durch Truppen des Warschauer Pakts ihre Einschätzung dieser Länder und ihrer Parteien neu überdenken. Während viele Genossen angesichts des Empfangs von Nixon in Bukarest nur den Kopf schüttelten, müssen sie jetzt nachgerade zur Kenntnis nehmen, daß sich gerade Rumänien die Freiheit nimmt, enge staatliche Beziehung zur VR China zu unterhalten und daß gerade die KPR mit der feindseligen Isolierungspolitik der KPdSU gegenüber der KPCh und der PAA offen Schluß gemacht hat. Eine der Hauptzüge des Revisionismus ist, nachdem der sozialimperialistische Charakter der SU immer deutlicher zutage tritt, gerade die Berufung auf den proletarischen Internationalismus, um einen Rauchvorhang von Phrasen vor die tatsächlich stattfindende nationale Unterdrückung zu legen. Wenn die KPR den Kampf des rumänischen Volkes für nationale Unabhängigkeit anleitet, dann hat sie in diesem Punkt gerade mit dem Revisionismus gebrochen, im Gegensatz etwa zu der Dubcek-Gruppe, die freiwillig die Waffen gestreckt hat vor den Pressionen der SU-Führer. Viele Genossen fürchten sich noch vor dem radikalen Umdenkungsprozeß, den wir aufgrund der Veränderung des Klassencharakters des Sowjetstaates vollziehen müssen.

Diese Furcht hat ehrenwerte Motive, denn sie beruht auf der Scheu, dem herrschenden Antikommunismus der BRD Zugeständnisse zu machen, und in dem abschreckenden Beispiel verschiedener "Marxisten-Leninisten", denen dieser Umdenkungsprozeß nur deshalb keinerlei Schwierigkeit bereitet, weil ihnen die Bedeutung des ganzen Problems nicht klar ist, das darin liegt, daß die Führer der KPdSU und der SU die gemeinsten Lügen über den ersten proletarischen Staat wahrgemacht haben, indem sie seinen proletarischen Charakter zerstört haben. Aber wenn Begriffe wie sozialistisches Lager für die Staatengruppe im Gefolge der SU ihre Bedeutung verloren haben, dann dürfen diese Begriffe auch nicht länger unseren Verstand vernebeln. Gerade die scheinbaren "Unverständlichkeiten" der chinesischen Außenpolitik können den notwendigen Umdenkungsprozeß beschleunigen, ohne den wir auch zu keinem konsequenten ideologischen und politischen Kampf gegen die DKP in der Lage sein werden.

Die Außenpolitik der Volksrepublik China dient der Errichtung einer breiten Einheitsfront gegen die imperialistischen Staaten und den sozialimperialistischen Staat und der Isolierung des USA-Imperialismus und des SU-Imperialismus. Diese Außenpolitik beruht auf der Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Länder und der Neueinschätzung der Wi-

(34) Was tun? 1/70 S.23 lobt die "unnachgiebige Haltung" der SU in der UNO, die "entschiedene materielle und politische Unterstützung" Indiens durch die SU und die "objektiv fortschrittliche Rolle", die die SU so gespielt habe.

dersprüche in der heutigen Welt, wie sie China aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen 1969 endgültig vollzogen hat. Diese Politik ist keineswegs "pragmatisch", wie bürgerliche Journalisten vermuten, sondern beruht auf festen Prinzipien und einer wissenschaftlichen Analyse der Widersprüche der heutigen Welt. Die Außenpolitik sozialistischer Staaten kann den proletarischen Klassenkampf in Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nicht direkt unterstützen, weder in den imperialistischen Staaten, der SU, den revisionistischen Ländern, noch in den neuen Nationalstaaten, sondern kann ihm nur durch die Durchsetzung einer Politik der Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten Spielraum schaffen; sie kann den Befreiungskampf der Völker gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung nicht ersetzen, sondern nur unterstützen. Aber diese Kämpfe sind "eine ganz andere Sache" als die Politik der friedlichen Koexistenz der VRCH. Das haben z.B. die Marxisten-Leninisten der KPI(ML) erkannt, die scharf und kompromißlos alle jene Kräfte in der kommunistischen Bewegung des Subkontinents bekämpfen, die glauben, die Politik der friedlichen Koexistenz der VRCH mit Pakistan auf die inneren Verhältnisse übertragen zu können und sie durch eine Zusammenarbeit mit dem herrschenden Regime ergänzen zu müssen. (Siehe Dokumente der KPI(ML) in: NRF 6/71, S.58-62) Das wäre der blanke Revisionismus. Die Außenpolitik der VRCH wendet sich gegen jede Einmischung fremder Staaten in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Das kann die Marxisten-Leninisten dieser Länder keineswegs davon abhalten, den Kampf gegen die herrschenden Klassen entsprechend den Widersprüchen in ihrem Land konsequent zu Ende zu führen. Wenn die KPCH die Prinzipien der friedlichen Koexistenz für die Außenpolitik der VRCH gegenüber Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung als unbedingt verbindlich erklärt und sich streng an sie hält, dann deshalb, weil sie weiß, daß die Klassenwidersprüche in diesen Ländern selbst die Revolution hervorbringen werden und daß die Revolution von den Völkern dieser Länder im Vertrauen auf die eigene Kraft geführt werden muß. Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz können niemals auf die Klassengegensätze übertragen werden. Nur weil diese Klassengegensätze letztlich die Revolution hervorbringen werden, können sozialistische Länder ehrlich eine Politik der friedlichen Koexistenz betreiben, während Imperialisten und Sozialimperialisten niemals grundsätzlich auf die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Völker verzichten können und die Politik der friedlichen Koexistenz bestenfalls vorübergehend als Politik der augenblicklichen Schwäche betreiben. Der Weltgendarmenrolle der USA für die Aufrechterhaltung der Herrschaft des Imperialismus entspricht auf der Seite des Sozialismus keine Weltrevolutionärrolle irgendeines und sei es noch so mächtigen sozialistischen Staates. Die KPCH hat grundsätzlich darauf verzichtet, unter dem Deckmantel einer solchen Rolle chinesische Großmachtpolitik zu betreiben und hat durch die Kulturrevolution die Grundlagen geschaffen, um jede Großmachtpolitik auszuschließen.

Die Politik der friedlichen Koexistenz ist für die KPCH die prinzipiell und nicht nur taktisch richtige außenpolitische Linie gegenüber Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Die Politik der friedlichen Koexistenz selbst gegenüber den imperialistischen Ländern und dem sozialimperialistischen Staat kann deshalb für die KPCH mehr als bloße Taktik sein, weil sie davon ausgeht, daß die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen den Kampf gegen ihre Ausbeuter selbstständig aufnehmen und im Vertrauen auf die eigene Kraft siegreich beenden können, wenn sie mit den revisionistischen Führungen brechen und vor dem Bürgerkrieg nicht zurückschrecken. Gegenüber den jungen nationalistischen Staaten, die nach dem 2. Weltkrieg entstanden sind, beschränkt sich die VRCH nicht auf eine Politik der friedlichen Koexistenz, sondern unterstützt sie, soweit möglich, gegen die imperialistische Einmischung und die neokoloniale Ausbeutung. Diese gezielte Unterstützung kann für die Marxisten-Leninisten in diesen Ländern niemals bedeuten, auf den Kampf zu verzichten, wo dieser notwendig ist. Dieser Kampf steht inhaltlich nicht in Widerspruch zur Außenpolitik der VRCH, weil er sich einerseits gegen die mangelnde Konsequenz in der Abwehr imperialistischer und neokolonialistischer Einflüsse wendet und andererseits gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die herrschenden Klassen richtet. Die eine Seite dieses Kampfes steht in direktem Einklang mit der Außenpolitik der VRCH, die andere Seite dieses Kampfes ist von der Außenpolitik der VRCH vollkommen unabhängig und kann nur im Vertrauen auf die eigene Kraft im selbständigen revolutionären Kampf gelöst werden.

Dort aber, wo wie in Süd-Vietnam, Laos, Kambodscha, Süd-Korea, den portugiesischen Kolonialgebieten und in Palästina die nationalen Befreiungsbewegungen direkt durch den Imperialismus unterdrückt werden, kann es auch nur die Unterstützung der Befreiungsbewegung geben und die Ablehnung jeder "politischen" Lösung, die auf die politische Anerkennung der Herrschaft des Imperialismus hinausläuft.

Die Außenpolitik der VRCH steht nicht im Gegensatz zur sozialistischen Weltrevolution, die sich Schritt für Schritt durch den Kampf der Völker unter Führung des internationalen Proletariats vollzieht. Mao Tse-tung stellte 1962 auf der erweiterten Arbeitskonferenz des ZK der KPCH fest:

"Sei es in China, sei es in den anderen Ländern der Welt, mit einem Wort, mehr als 90 % der Menschen werden schließlich den Marxismus-Leninismus unterstützen. In der Welt gibt es heute noch viele Menschen, die betrogen von der Sozialdemokratie, von dem Revisionismus, von dem Imperialismus und von den Reaktionären aller Länder, noch nicht erwacht sind. Doch sie werden schließlich mehr und mehr aufwachen, werden schließlich den Marxismus unterstützen. Die Wahrheit des Marxismus-Leninismus ist unwiderstehlich. Die Volksmassen wollen notwendigerweise die Revolution. Die Weltrevolution wird letzten Endes siegen."

Nur auf Grundlage dieser wissenschaftlich begründeten Einsicht wird man keine unzulässigen Kriterien an die Außenpolitik sozialistischer Länder anlegen und dennoch angesichts der taktischen Stärke des Imperialismus und des Sozialimperialismus nicht in Defaitismus verfallen.

Joscha Schmierer

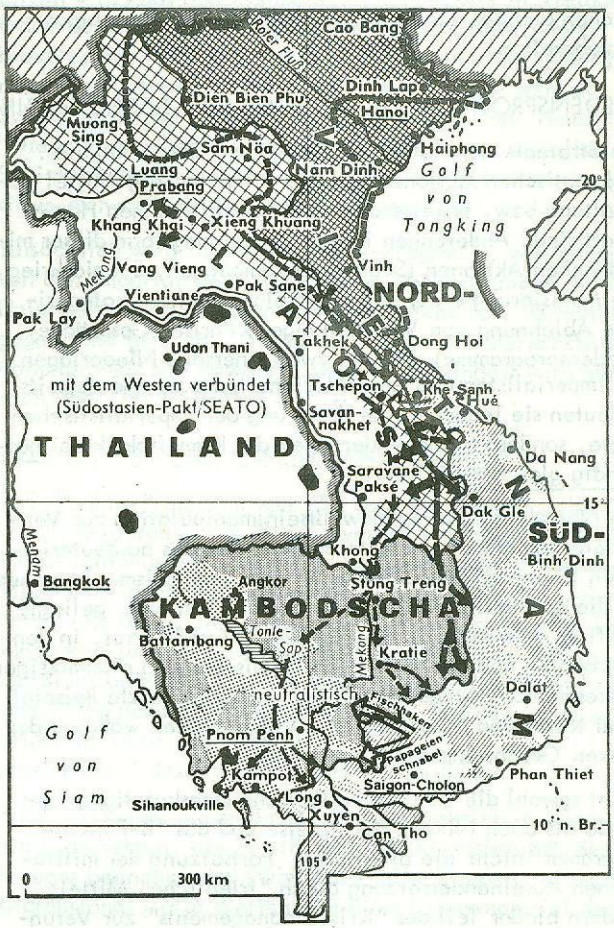
NIXONS POLITIK:

FRIEDENSMANÖVER UND VERSCHÄRFTE AGGRESSION

DIE NÄCHSTE ESKALATION IN INDOCHINA HAT BEREITS BEGONNEN

Vorbemerkung

Der folgende Beitrag wurde für ein Indochina-teach-in geschrieben, daß anläßlich des Nixonschen Acht-Punkte-Programms veranstaltet wurde und der Verunsicherung, die dieses Programm allgemein auslöste, entgegenwirken sollte. Die Stellungnahmen der Provisorischen Revolutionsregierung, der Demokratischen Republik Vietnams und der Volksrepublik China dazu waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht veröffentlicht. Wir drucken das Referat hier ab, obwohl es teilweise durch die Erklärungen dieser Regierungen überholt ist, da wir glauben, daß Nixons Propaganda-Offensive nicht nur die negativen Auswirkungen einer Niederlage auf seine mögliche Wiederwahl im Herbst 1972 auffangen soll, sondern daß sie der demagogische Teil des Kampfes gegen die Massen in den Metropolen zur Vorbereitung der nächsten Eskalation in Indochina darstellen wie z.B. Johnsons Bombenstop als Änderung der Politik zu einer tatsächlichen Deeskalation hin erscheinen sollte und auch so interpretiert wurde. Tatsächlich jedoch wurden nach den Wahlen die Bombardements verschärft wieder aufgenommen.
In dem Referat wird weiterhin die Notwendigkeit verstärkter Agitation und Aufklärung aufgezeigt, was auch bedeutet, daß überregionale Aktionen und Kampagnen weiterhin nicht allein revisionistischen Organisationen überlassen bleiben dürfen. Es soll deshalb als Diskussionsgrundlage dienen für die Schaffung überregionaler Aktionsbündnisse zur Unterstützung der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt, insbesondere Vietnams.
(Der Zweck eines teach-in-Referates führte zu teilweise ungenauer Zitierweise, was jedoch die Richtigkeit nicht beeinträchtigt.)



MIT GOTT ZU MAO

Präsident Nixon hat seine Landsleute aufgefordert, für göttlichen Beistand bei seinen bevorstehenden Reisen nach Peking und Moskau zu beten. Auf dem 19. jährlichen "Nationalen Gebetsfrühstück" in Washington äußerte Senator Strom Thurmond (Republikaner) im Anschluß an eine Rede Nixons, daß der Präsident Gebete nötiger brauche als jemals zuvor, da er mit Staatsmännern verhandeln werde, "die Gott nicht fürchten und auch Gottes Segen nicht suchen". (SZ, 3.2.1972)

"Der Widerstand gegen die amerikanische Aggression kann noch lange dauern, unsere Landsleute müssen vielleicht neue Opfer an Gütern und Menschen bringen. Wie dem auch sei, seien wir entschlossen, die Yankee-Aggressoren bis zum völligen Sieg zu bekämpfen". (Ho Chi Minh, 1969)

In Fortsetzung der 1969 eingeleiteten Deeskalationspropaganda versucht Nixon mit seinem "8-Punkte-Friedensprogramm" erneut, sich dem amerikanischen Volk und der Weltöffentlichkeit als Friedensapostel zu präsentieren und das vietnamesische Volk als Aggressor gegen das vietnamesische Volk darzustellen.

Bereits vorher war es ihm gelungen, durch aus taktischen Gründen langsamer angekündigte als durchgeführte Truppenreduzierungen den Eindruck entstehen zu lassen, als wolle er die Aggression in Indochina tatsächlich beenden. Verbunden mit den permanenten Siegen der Befreiungsfronten in Indochina, am deutlichsten bei den Invasionen in Kambodscha und der in Laos, haben auch große Teile der linken Bewegung in den Metropolen die Vorgänge einseitig als Ausdruck einer, durch die sich verschärfenden Widersprüche im imperialistischen Lager, sich abzeichnenden totalen Niederlage des Imperialismus in Indochina interpretiert. Die Ankündigung von Nixons Peking-Reise, die Aufnahme der VR-China in die UNO und zuletzt sein "8-Punkte-Friedensprogramm" haben in Erwartung eines kurz bevorstehenden Sieges der Befreiungsbewegungen ein gefährliches "Abwarten" aufkommen lassen.

Hier soll nun versucht werden, den imperialistischen Charakter des Indochinakrieges und, damit verbunden, die

notwendige Permanenz der Strategie der Konterrevolution erneut zu betonen und deutlich zu machen, daß die Erwartung auf ein baldiges Ende des imperialistischen Vernichtungskrieges ungerechtfertigt erscheint. Die offizielle imperialistische Propaganda für die Massen war stets begleitet von Versicherungen des Festhaltens an den "eingegangenen Verpflichtungen" für die Marionetten und die Satelliten. Mit der Deeskalationspropaganda versucht Nixon sich für die Präsidentschaftswahlen im Herbst dieses Jahres als "ehrlicher Friedensbringer" aufzubauen, um gleichzeitig aus den erlittenen Niederlagen in Vietnam, wie bisher immer, die nächste Eskalation der Kriegsverbrechen und des Terrors an der Bevölkerung Indochinas vorzubereiten.

FRIEDENSPROPAGANDA ALS IMPERIALISTISCHE TAKTIK

Die Strategie der Konterrevolution bedeutet, daß die diplomatischen Aktionen wie die militärischen, Mittel zur Erhaltung bzw. Erweiterung der imperialistischen Herrschaft sind. Änderungen in der Erscheinungsform dieser militärischen Aktionen (Säuberungskampagnen, Spezialkrieg, Vietnamisierung etc.) und die diplomatischen (kategorische Ablehnung von Verhandlungen, Pariser Gespräche, Friedensprogramme) drücken zwar einerseits Niederlagen der Imperialisten und ihrer Marionetten aus, andererseits bedeuten sie jedoch keine Änderung der imperialistischen Ziele, sondern bloße Änderungen der Kampftaktik bei notwendig gleicher Zielsetzung.

Die Notwendigkeit der Bewußtseinsmanipulation zur Verschleierung der eigenen Verbrechen und des ausbeuterischen Charakters des Systems ist dem Kapitalismus immanent, wo die Manipulation des Bewußtseins nicht mehr gelingt, greift er notwendig zu nackter Gewalt und Terror, in den Metropolen und der Dritten Welt, bis hin zum planmässigen Völkermord. Vietnam ist nur das vorläufig letzte Beispiel einer Kette von Massakern und Völkermorden während der ganzen Geschichte des Kapitalismus.

So ist sowohl die US-imperialistische Deeskalationspropaganda als auch Nixons Pekingreise und das "8-Punkte-Programm" nicht die alternative Fortsetzung der militärischen Auseinandersetzung durch "friedliche" Mittel, sondern bloßer Teil des "Krisenmanagements" zur Verunsicherung und Schwächung der anti-Kriegsbewegung in den USA und der ganzen Welt.

DIE ERFAHRUNGEN DER VÖLKER INDOCHINAS IN VERTRÄGEN MIT DEN IMPERIALISTEN

- 1945 hatte ein Volksaufstand unter der Führung des Viet Minh die japanischen Besatzer vertrieben. In Wahlen wurde eine unabhängige Regierung unter der Führung von Ho Chi Minh gebildet. Von den Franzosen wurde diese Regierung und die Unabhängigkeit Vietnams zunächst auch anerkannt; aber schon wenige Monate danach versuchten die Franzosen erneut, die alte Kolonialherrschaft zu errichten. Der erste Indochinakrieg (1946-1954) war die Folge.

- 1954, nach der vernichtenden Niederlage von Dien Bien Phu waren die Franzosen wegen ihrer Schwächung durch den 2. Weltkrieg nicht mehr in der Lage den Krieg weiterzuführen. Im gleichen Jahr wurde das Genfer Waffenstillstandsabkommen geschlossen, das den vorübergehenden Rückzug der kämpfenden Armeen nördlich bzw. südlich des 17. Breitengrades vorsah. 1956 sollten freie Wahlen stattfinden, aus denen die Regierung eines freien und unabhängigen Gesamtvietnam hervorgehen sollte und wonach alle imperialistischen Truppen das Land verlassen sollten. Da klar war, daß Wahlen in Vietnam einen überwältigenden Sieg für ein unabhängiges, anti-imperialistisches und sozialistisches Vietnam gebracht hätten (1), sahen die USA, die bis dahin Frankreich nur finanziell unterstützt hatten, ihre imperialistische Strategie der Sicherung ihrer Herrschaft um jeden Preis in ganz SO-Asien und ihre Politik der Zurückeroberung Chinas für den Imperialismus gefährdet. Aus diesen Zielen folgt notwendig eine Strategie, die den Bruch der Abkommen durch Verhinderung der Wahlen, Etablierung von Marionettenregimen, angefangen mit Diem, Invasion imperialistischer Truppen, Aufbau eines ungeheuren Militär-, Polizei- und Geheimdienstapparates zur Unterdrückung der Völker Indochinas und gewaltsame Festsetzung der provisorischen Demarkationslinie entlang dem 17. Breitengrad als Staatsgrenze, beinhaltet.

- Um Kambodscha zum Bruch der Abkommen von 1954 und 1962 zu zwingen, wurde es permanenten Erpressungen und Repressalien ausgesetzt. Die Politik hatte 1970 mit dem Sturz Sihanouks vorläufig Erfolg.

- In Laos haben die USA als Teil der eskalierenden Interventionspolitik das Zerbrechen der Koalitionsregierung zwischen der Marionette Souvannou Vong und dem Pathet Lao betrieben.

FRIEDENSPROPAGANDA ALS TEIL DER STRATEGIE DER PROVOKATION

In der ersten Phase des Vietnamkrieges erhofften die Imperialisten sich, durch den Ausbau des Herrschaftsapparates des Diem-Regimes bei relativ geringen eigenem Truppeneinsatz Bedingungen schaffen zu können, die es ermöglichen, "freie Wahlen", deren Ergebnis man vorherbestimmen konnte, zu inszenieren. Während dieser Zeit blieben deshalb alle Friedens- und Verhandlungsangebote der DRV unbeantwortet bzw. wurde bedingungslose Kapitulation des beginnenden Widerstandes gegen das Diem-Regime gefordert.

Als die Hoffnung auf den Erfolg der Säuberungen und des dieses Programm ablösende Umsiedlungsprogramm am Widerstand des vietnamesischen Volkes scheiterte, war die nächste Stufe die Strategie des psychischen Terrors und der planmässigen Ausrottung der Zivilbevölkerung, die in ihrem vollen Umfang mit dem Amtsantritt McNamaras (1961) einsetzte. Der Untersekretär der Luftwaffe im Pentagon, Townsend Hoopes bringt die Logik imperialistischen "Pazifismus" auf eine kurze Formel indem er erklärt, "daß die Rebellen den Westen, der unüberwindliche militärische Macht besitzt, dazu auffordern, seine strategische Logik bis zur logischen Konsequenz, dem Völkermord fortzusetzen."

Bis Ende 1964 kontrollierten die US-Truppen und die Söldnertruppen dennoch nur noch einen geringen Teil Vietnams, das Pazifizierungsprogramm war gänzlich zusammengebrochen. Die darauf einsetzende weitere Eskalation, nämlich die Ausweitung des Bombenkrieges auf die DRV, Laos und Kambodscha war nicht länger zu verheimlichen. Um ihren verbrecherischen, völkermörderischen und aggressiven Charakter zu verschleiern, war daher eine umso intensivere Propagandatätigkeit notwendig. Johnson gab sich plötzlich verhandlungsbereit.

---

(1) In seinen Memoiren schätzte Eisenhower, daß bei Wahlen in Vietnam mindestens 80% der Stimmen an den Viet Minh gegangen wären.

In den folgenden dreieinhalb Jahren entwickelten seine Emissäre eine extensive Reisetätigkeit. Unter großem propagandistischem Klamauk sollten sie den "Feind", die Vietnamesen endlich zur Aufgabe "ihrer" Aggression überreden. - Geschickt sabotierte Johnson jedoch immer dann die Gespräche oder eskalierte die Bombardements, wenn tatsächlich feste Verhandlungstermine zustande kamen, eine Erscheinung, die sich konsequent bis zu den Bombardements auf die DRV im Dezember 1971, also während der "Geheimverhandlungen" über und kurz vor der Veröffentlichung des Nixonschen 8-Punkte-Vorschlags, durchzieht.

Was dahinter steckt, beweisen eindeutig die "Pentagon-Papiere": 1964/1965 wurde vom Pentagon die "Strategie der Provokation" entwickelt. "Mit diesem Memorandum des Führungsstabs trat zum ersten Mal die "Strategie der Provokation" in Erscheinung, die am 7. September auf der Sitzung im Weißen Haus zur Diskussion stehen sollte. Um es mit den Worten der Pentagon-Studie auszudrücken, handelt es sich dabei "um vorsätzliche Versuche, die Volksrepublik Vietnam zu Maßnahmen zu provozieren, die dann mit einer systematischen Bombenattacke beantwortet werden können." (2) oder konkreter "Es muß(durch Provokationsprogramme) erreicht werden, daß Nord-Vietnam sich zu Gegenschlägen herausgefordert sieht und seinerseits mit Aktionen antwortet. Diese militärischen Aktionen Nord-Vietnams müssen als Begründung für eine Eskalation unserseits dienen können, falls wir die Eskalation wünschen." (3 und "Sollten Verhandlungen zu einem für uns ungelegenen Zeitpunkt unumgänglich werden, so müssen die USA eine Verhandlungsposition besiehen, die für die Kommunisten unannehmbar ist. Auf diese Weise besteht die Möglichkeit, daß eine derartige Konferenz nach kurzer Zeit abgebrochen wird, so daß wir, um den Druck zu verstärken, mit unseren militärischen Aktionen fortfahren können." (4)

Die kapitalistische Hetzpresse steht den Imperialisten notwendig zur Seite, bzw. läßt nichts unversucht, den wahren Charakter der US-Aggression zu verschleiern. Zwar gab es kurzfristig Aufschreie der moralischen Entrüstung in liberalen Zeitungen, z.B. bei Bekanntwerden der Existenz der Tigerkäfige oder der Veröffentlichung der Pentagon-Papiere, aber schon bei den späteren Meldungen über den beschleunigten Bau zahlreicher anderer Tigerkäfige durch amerikanische Baufirmen blieb selbst der moralische Protest aus.

So erleben wir auch jetzt nach Veröffentlichung des "8-Punkte-Programms" nur eine Neuauflage des altbekannten Theaters. In dem Londoner "The Sun" heißt es:"Entweder erkennen die Kommunisten in Hanoi nicht den Sinn von Wörten, oder sie möchten den Krieg fortsetzen - in Laos und Kambodscha ebenso wie in Vietnam. Indem er seine Friedensinitiative in die Öffentlichkeit brachte, hat Präsident Nixon den Frieden nicht näher herangeführt. Aber er hat nun klar gezeigt, bei wem die Schuld zu suchen ist." (5) und in den New York Times: "Diese Vorschläge "verdienen Unterstützung von allen Schichten der amerikanischen Öffentlichkeit und eine positive Antwort von der anderen Seite." (6)

Tatsächlich wird in dem 8-Punkte-Programm, wie bei allen von den Imperialisten angebotenen Verhandlungen nur die Unterwerfung des vietnamesischen Volkes zum Verhandlungsgegenstand gemacht. Die Fortsetzung der imperialistischen Abhängigkeit soll gewahrt bleiben, verhandelt wird nur noch über ihre Form.

NIXONS "8-PUNKTE-FRIEDENSANGEBOT"

Im 7-Punkte-Programm von 1971 legt die Provisorische Revolutions-Regierung die Minimalvoraussetzungen fest, die erfüllt sein müssen, b e v o r Verhandlungen überhaupt beginnen können, Voraussetzungen, die nicht zur Debatte stehen und die nichts weiter als die Anerkennung der Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker Süd-Ostasiens beinhalten. Alles weniger bedeutet einen faktischen Sieg der Imperialisten (wie z.B. bei den Verhandlungen in Genf von 1954)
Unter Punkt 1 des Programms der PRR heißt es:

"Die US-Regierung muß dem Aggressionskrieg in Vietnam ein Ende setzen, die Politik der "Vietnamisierung" des Krieges beenden, aus Südvietnam alle Truppen, alles Militärpersonal, alle Waffen und alles Kriegsmaterial der USA und der anderen Länder im US-Lager abziehen und alle US-Stützpunkte in Südvietnam abbauen, ohne Bedingungen irgendwelcher Art zu stellen.
Die US-Regierung muß einen endgültigen Termin für den Abzug aller US-Streitkräfte und aller Truppen der anderen Länder im US-Lager festsetzen. Wenn die US-Regierung für den Rückzug der gesamten Streitkräfte der USA und der Truppen der anderen Länder im Lager der USA aus Südvietnam einen endgültigen Termin im Jahr 1971 festsetzt, werden die betroffenen Seiten sich über die Modalitäten einigen"..
und unter Punkt 2:die USA müssen "die Unterstützung für die kriegslüsterne von Nguyen Van Thieu geführte Gruppe die gegenwärtig die Saigoner Verwaltung innehat, aufgeben und alle Manöver, einschließlich der Wahlmanöver, die darauf hinauslaufen, die Marionette Nguyen Van Thieu zu halten, beenden."
Also, Einstellung der Kriegshandlungen, Abzug aller Invasionstruppen und Militärpersonals, aller Waffen und Kriegs-

(2)+(3)+(4) vgl. die Pentagon Papiere S.308f
(5) vgl. Südd.Zeitung v. 28.1.1972
(6) vgl. Der Spiegel v. 31.1.1972

Rote Robe

Organ des Südwestdeutschen Referendarverbandes

Inhalt der Nr. 1/72 vom 21. Februar 1972:

- Die objektiven Grundlagen der zweiten Verfolgungswelle
- Ministerpräsidenten beschließen Säuberung
- § 129 - ein brauner Faden in der Geschichte
- Antikommunismus und KPD-Verbot (2.Teil)
- Arbeitszwang durch einstweilige Verfügung
- Meinungsfreiheit und Bundeswehr
- Betriebskrise und Arbeiterinteressen
- Prozeß gegen Johann von Rauch
- u.v.a.

Die rote Robe kostet 1.50 DM, im Jahresabonnement 8.-DM. Bestellungen an: Rote Robe Verlagsgesellschaft 69 Heidelberg, Werrgasse 7

materials, Aufgabe der US-Stützpunkte in Südvietnam, Beendigung der Strategie der Vietnamisierung des Krieges- o h n e Bedingungen irgendwelcher Art. Dazu vorherige Festsetzung eines endgültigen Abzugstermins. Aufgabe aller Versuche, die Wahlen zu kontrollieren. Lauter Voraussetzungen für die Beendigung der imperialistischen Herrschaft.

Die Imperialisten offerieren stattdessen:

1. Abzug aller Amerikanischen Truppen und ihrer Verbündeten innerhalb von sechs Monaten nach einer Friedensvereinbarung. Und unter 3. freie und demokratische Präsidentschaftswahlen in Südvietnam innerhalb von sechs Monaten nach der Vereinbarung - damit verbunden der Rücktritt von Präsident Thieu und seines Stellvertreters einen Monat vor dem Wahlgang. (7)

Der Abzug der imperialistischen Truppen soll also 6 Monate nach "e i n e r" Friedensvereinbarung erfolgen. Die Bedingungen für eine Friedensvereinbarung werden noch nicht einmal genannt. Wahlen sind bestenfalls zu gleichen Termin wie der Abzug der imperialistischen Truppen vorgesehen. Vorbereitung der Wahlen - auch wenn unter internationaler Aufsicht - noch bei voller Existenz des Herrschaftsapparates der Imperialisten und ihrer Marionetten. Hierzu ist auch der zivile Herrschaftsapparat zu rechnen, der die Kontrolle Thieus sichern soll, auch wenn er "formal" vier Wochen vor den Wahlen zurücktritt. Die Vorstellung von "freien, demokratischen Wahlen" in Südvietnam, wie sie im '8-Punkte-Programm" vorgesehen sind, werdem am Beispiel der Wahlfarce von Oktober 1971 klar, auch wie der Herrschaftsapparat der Marionetten und der USA das Ergebnis der Wahlen bestimmen möchten.

THIEUS PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IM OKTOBER 1971

Ausschaltung der Konkurrenz: Als Konkurrenz waren die Generäle Duong Van Minh und Nguyen Cao Ky angetreten. Der Oberste Gerichtshof hatte über die Kandidaturen zu befinden. Nachdem bei der ersten Entscheidung Ky auf eine Rüge von Thieu hin von der Liste gestrichen wurde, feuerte das Gericht bei der Neuauflage des ersten Beschlusses Ky erneut und schrieb an Thieu einen Brief, wonach dieser aufgefordert wird, selber zu entscheiden, ob er nun mit oder ohne Ky als Gegenkandidat in die Wahlen gehen wolle.
Um sich gegen einen möglichen, von Ky darauf angedrohten Putsch noch abzusichern, wurden schnell 28 Generäle befördert und einer von Thieus Kreaturen die Leitung der 120 000 Mann starken Polizeitruppe übergeben. Unter den beförderten Generälen befand sich Ngo Dzu, Kommandant der Militärregion II und einer der führenden Heroinhändler in SO-Asien.

Einschüchterung der Bevölkerung: Wie Minh bei seinem Rücktritt von der Kandidatur auffliegen ließ, war über die Polizei eine Direktive an die Provinzchefs (auch von Thieu selbst ernannt) ergangen, wonach die "Polizei am besten dafür eingesetzt werden kann, Konfusion zu schaffen und die Opposition einzuschüchtern." In jeder Provinz wurden besondere Polizei-Wahl-Kampfeinheiten gebildet, die für den Ausgang verantwortlich waren. Wenn Oppositionsverdacht bestand, sollten Beamte versetzt oder vorübergehend in Gefängnisse gebracht werden.
Auf Spruchbändern wurde den Wählern klargemacht, daß Boykott der 1-Mann-Wahl einen Verstoß gegen die Verfassung bedeute. In Saigon marschierten Truppen auf. Während der Wahl wurde zudem gegen Laos mit ca. 10.000 Marionettentruppen und US-Luftunterstützung ein Angriff durchgeführt, wahrscheinlich um bestimmte Einheiten zu binden und abzulenken. An Thieu-Anhänger waren sogen. "Mehrfach-Wahlkarten" ausgegeben worden.

Die Alternativen dieser "freien und demokratischen Wahl" für die Bevölkerung bringt ein Vietnamese zum Ausdruck durch seine Antwort auf die Frage eines Journalisten: "Ich fürchte mich, wählen zu gehen, weil so viele Soldaten in den Straßen sind. Aber ich fürchte mich noch mehr, eingesperrt zu werden, wenn ich nicht wählen gehe."

Ursprünglich sollten die Wahlen auch eine Show zur Unterstützung von Nixons Politik für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Herbst 1972 sein. Die Wahl zwischen Thieu, Minh und Ky wäre der US-Bevölkerung vertraut gewesen, unterscheidet sie sich doch kaum von der zwischen Nixon, Humphrey und Wallace. Thieu hatte die Show jedoch durch seine Manöver bei der Vorbereitung und durch die Wahlergebnisse, in einigen Distrikten war die Stimmenzahl für Thieu höher als die Gesamtzahl der Stimmberechtigten, vermasselt und in der US-Öffentlichkeit die Forderung nach Streichung der US-Hilfe für Thieu hervorgerufen. Nixon klärte jedoch die Protestierenden über richtiges imperialistisches Demokratieverständnis auf: "Im Augenblick unterstützen wir militärisch und/oder wirtschaftlich 91 Länder der Erde. Ich habe die Führer der Regierungen geprüft und festgestellt, daß nur 30 davon aus Wahlen hervorgingen, die wir im weitesten Sinne als "fair" ansehen würden. Tatsächlich müßten wir die Hilfe an 2/3 der Länder der Welt, denen wir im Augenblick Hilfe gewähren, einstellen, in Afrika, in Lateinamerika, in Asien, wenn wir Standards anlegen, wie sie einige auf Südvietnam angewendet wissen wollen." (8)

Würden sich Vertreter der FNL einer solchen Wahl entsprechend den 8-Punkten Nixons stellen, so wäre das mit Sicherheit der Anfang von Liquidierungsversuchen, wie sie in Indonesien gelungen und in Kambodscha versucht wurden und am spontanen Volksaufstand gescheitert sind.

DIE DOMINOTHEORIE

Die Einheit der Konterrevolution in SO-Asien wird in der Dominotheorie zum Ausdruck gebracht, wie sie aus den folgenden Zitaten deutlich wird.
Eisenhower erklärte 1954 als Begründung dafür, weshalb Indochina verteidigt werden müsse: "You had a row of dominoes set up, and you knocked over the first one, and what would happen to the last one was the certainty that it would go over very quickly. So you could have a beginning of a disintegration that would have the most profound influences." (9)
oder von Nixon 1953, damals Vizepräsident: "Warum geben die USA hunderte von Millionen Dollar für Unterstützung der Armeen der Französischen Union aus, die gegen den Kommunismus kämpfen"..."Wenn Indochina verloren geht, gerät Thailand in eine vollkommen unmögliche Position, gleichermassen Malaysia mit seinem Kautschuk und Zinn. Mit Indonesien geschieht das gleiche. Wenn das ganze Südostasien unter die Herrschaft oder den Einfluß des Kommunismus gerät muß Japan sich unausweichlich, da es mit diesem Gebiet Handel treibt und aus Gründen seiner Existenz Handel treiben muß, auf den Kommunismus hin

(7) vgl. Südd. Zeitung v.27.1.1972
(8) Nixon am 16.9.71 auf einer Pressekonferenz
(9) New York Times v.8.4.54

orientieren". (10)
Daß daran sich nichts geändert hat, geht aus dem folgenden Zitat von Henry Cabot Lodge vom 28.2.1965, damals Botschafter in Saigon hervor:"He who holds or has influence in Vietnam can affect the future of the Philippines and Formosa to the east, Thailand and Burma with their huge rice surpluses to the west, and Malaysia and Indonesia with their rubber, ore and tin to the south. Vietnam thus does not exist in a geographical vaccuum - from it large storehouses of wealthand population can be influenced and undermined." (11)

Die Dominotheorie ist der Ausdruck der permanenten Notwendigkeit für die imperialistischen Metropolen zu expandieren. Die imperialistische Konkurrenz und die ungleichzeitige Entwicklung der imperialistischen Metropolen zwingt sie zur extensiven Kontrolle der Rohstoff-, Absatz- und Arbeitskräftemärkte. Da die zukünftige Entwicklung nicht antizipiert werden kann, muß notwendig die Expansion und Kontrolle auch über solche Gebiete erfolgen, aus denen unmittelbar nur geringer Profit zu ziehen ist. Notwendig bedeutet jede erfolgreiche Befreiung vom Imperialismus in einem Lande die Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz und einen Ansporn für den Befreiungskampf der anderen Völker. Die riesigen Ölfunde der letzten Jahre erhöhten zudem die reale Bedeutung Südvietnams enorm.

ÜBER DIE BEDEUTUNG DES ERDÖLS IN SÜDOSTASIEN (12)

Nach einer Reihe verschiedener Quellen wird für die nächsten Jahrzehnte Erdöl der wichtigste Energielieferant für die Industrieländer bleiben, neben Kohle und Erdgas. Die Bedeutung der Atomenergienutzung wurde in den letzten Jahren weit überschätzt. Die Wichtigkeit der Erdölförderung wird in den nächsten Jahrzehnten zunehmen. Diese Tatsache wird dadurch deutlich daß über das Jahr 2000 hinaus mit durchschnittlichen Zuwachsraten von 4-4,5% (manche Quellen bis zu 7%) gerechnet wird. Die British Petrol (BP) zum Beispiel erwartet für das laufende Jahrzehnt einen Weltverbrauch von insgesamt 33 Mrd. Tonnen. Dieser Verbrauch entspricht genau der Menge, die von Beginn der Mineralölwirtschaft im Jahre 1859 bis zum Jahr 1970 abgesetzt wurde. Hervorzuheben gilt es in diesem Zusammenhang, daß die nachgewiesenen und geschätzten Erdölvorräte von Geologen auf 2,6 Billionen Tonnen beziffert werden, womit also die Möglichkeit besteht, diese Ressourcen auszuschöpfen, ohne innerhalb der nächsten Jahrzehnte für die Monopole aufwendige Vorinvestitionen unternehmen zu müssen um neue Möglichkeiten der Energiegewinnung zu erschließen.
Bis 1970 stammten 85% der Ölexporte der gesamten Welt aus den in der OPEC (13) zusammengeschlossenen Ländern (Algerien, Libyen, die 6 arabischen Golfstaaten, Indonesien, Venezuela) Deren Verhandlungsmacht wächst (14)(15), was sich auch darin widerspiegelt, daß Nixon für US-Ölmonopole bei den Preisverhandlungen mitden Ölländern zum ersten Mal offiziell die Anti-Trust-Bestimmungen aufhob und gemeinsame Preisverhandlungen der Monopole unterstützte. Angesichts dieser Tatsache ist weiterhin in der BP-Studie (16) von großer Bedeutung, daß sie eine Steigerung der Welterdölförderung aus Schelfgebieten bis 1980 um 10 auf 30 Prozent voraussagt.
Eine der riesigsten, bisher kaum erschlossenen Erdöllagerstätten der Welt (Indonesien produziert bereits 1,5 Millionen barrel pro Tag, zum Vergleich - der Iran 3,8 Millionen barrel) ist der gesamte Schelfsockel zwischen Indonesien im Süden, der Indochinahalbinsel und der VR-China im Westen, den Philippinen, Taiwan und Japan im Osten. Gerade auf diesen ganzen ost- und südostasiatischen Raum ist das Interesse der Erdölmonopole neuerdings zunehmend konzentriert. Wenn man bedenkt, daß über 70 % aller amerikanischen Investitionen in den Ländern der Dritten Welt für Öl vorgenommen werden, wird verständlich warum es den imperialistischen Metropolen allen voran den USA darum gehen muß, "feindliche", d.h. einheimische Kontrolle über Territorien in dem gesamten Raum zu verhindern und eigens eingesetzte Marionettenregimes um jeden Preis zu stützen. (17)

Ob Nixon vorgibt die Freiheit, d.h. den Kapitalismus gegen den Kommunismus zu verteidigen oder Kriegsminister Helmut Schmidt auf seiner Reise im vergagenen Dezember in verschiedene südost-asiatische Länder in Thailand öffentlich erklärt, daß Frieden und Sicherheit in SO- und Ostasien im Interesse der BRD liegen, aus der zunehmenden Abhängigkeit der imperialistischen Metropolen vom Erdöl der Dritten Welt ist es offensichtlich, daß für sie die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die unentwickelt gehaltenen Länder in diesem Raum um jeden Preis notwendig ist. (17/1)
22 internationale Erdölgesellschaften bemühen sich um Bohrkonzessionen in den Küstengewässern Südvietnams, ebenso groß ist der Andrang der Monopole um Konzessionen in Thailand, Kambodscha, Malaysia, Indonesien. Große Teile des Südchinesischen Meeres sind schon in Konzessionsgebiete bis zu 200.000 qkm Größe unter zahlreiche internationale Ölmonopole aufgeteilt. Von besonderer Bedeutung für die Monopole ist außerdem das Öl Südostasiens deswegen, weil das schon geförderte Erdöl Indonesiens einen sehr geringen Schwefelgehalt auf-

(10) entfällt
(11) Boston Globe, 28.2.1965
(12) nach Frankfurter Rundscha v.28.1.72 und Südostasien Korrespondenz v. Dezember 1971
(13) Organisation der Erdöl exportierenden Länder
(14) Das zeigt sich z.B. in der Verstaatlichung der Gulf Oil in Bolivien 1969 oder von BP in Lybien. Der durch die Verstaatlichung bewirktenVerminderung der Konkurrenzfähigkeit versuchen die Monopole durch Erweiterung ihrer Fördergebiete entgegenzuwirken.
(15) nach "International Socialist Review, Mai 1971 lieferten 1968 Nordafrika und der Mittlere Osten 68,1% der Ölexporte derErde (inkl.derer der sozialistischen Länder). Dieses Gebiet lieferte 90% des Ölverbrauchs Japans, 70% Groß Britanniens, 80% Frankreichs, 90% Westdeutschlands, fast 95% Italiens. Erdöl ist die Ursache für fast 50% des gesamten internationalen Seehandels, bezogen auf die Schiffstonnage.
(16) FR v.28.1.72
(17) entfällt

weist (Schwefel im Erdöl ist eine der Hauptursachen für die fortschreitende Vergasung der Luft, sein Fehlen bringt erhebliche Kosteneinsparungen). Es wird angenommen, daß die noch unerschlossenen Ressourcen ganz Südost- und Ostasiens von ähnlicher Qualität sind. (18)
Ein weiterer wichtiger Faktor ist, daß man sich erhofft, durch die neuerschlossenen Gebiete die Konkurrenzsituation unter den Rohstoffländern zu verschärfen, um die Profite steigern zu können. Indonesiens Ausbrechen aus der OPEC beim Kampf um höhere Anteile an den Profiten spiegelt die Macht der Monopole und korrupte Abhängigkeit der Kompradorenregimes wider (19).

Das zunehmende Interesse internationaler Monopole an SO-Asien findet seinen Niederschalg in der Art der Entwicklung periferer kapitalistischer Gesellschaften. Mit zunehmender Integration in das imperialistische System wird den Völkern SO- und Ostasiens jegliche eigenständige Entwicklung verunmöglicht, jegliche Veränderung der Wirtschaftsstruktur diktieren die Interessen der Monopole. Dazu einige Beispiele:

- Singapour wird zum größten Raffineriezentrum Asiens neben dem Nahen Osten. Darüber hinaus existieren Pläne zur Errichtung einer petrochemischen Industrie. Ein aufgeblähter Dienstleistungs-, Wartungs- und Ersatzteilzuliefersektor entsteht, der völlig auf die Bedürfnisse der Ölindustrie ausgerichtet ist. Maschinenfabriken für Ersatzteile, Werften, Flughäfen werden gebaut. Ein Heer von zT ausgebildeten billigen Arbeitskräften steht zur Verfügung. Singapour verfügt über den viertgrößten Handelshafen der Welt, von besonderer Bedeutung als Stützpunkt und für die Versorgung der 7. US-Flotte.

- In Indonesien sind von den Erdölkonzernen bis 1980 Investitionen von über 400 Millionen US-Dollar vorgesehen. Damit die Entwicklung Indonesiens auch Interessengemäß verläuft, arbeiteten Amerikaner selbst einen Entwicklungsplan für die Jahre 1969 bis 1973 aus, nachdem zuvor mit Hilfe des CIA Sukarno stürzt worden war (1965). Entsprechend "liberal" - d.h. offen für die imperialistische Ausbeutung - sind die Investitionsgesetze. "Dabei dürfte es zur Zeit wohl kaum ein anderes Land geben, in dem den kapitalistischen Staaten gelungen ist, ihre Interessen so vollkommen durch nationale Gesetze abzusichern, wie es in der Form des indonesischen Investitionsgesetzes geschehen ist " (20)(21), Steuerfreiheit auf 10 Jahre, billiges Bauland, keine Importbeschränkung, keine Beschränkung für ausländisches Personal, Zollfreiheit für Ausrüstungsgüter, und vor allem die Erlaubnis der vollkommenen Gewinntransferierung zum jeweiligen Tageskurs. Unter diesem Gesetz wurden bis Anfang 1970 Investitionsprojekte von ca. 200 Firmen mit einer Gesamtinvestitionssumme von über 2 Mrd. US-Dollar genehmigt. (22)

- Dieses Beispiel, von dem auch der Spiegel schwärmt, hat Schule gemacht, von Thieu heißt es, daß sein Investitionsgesetz von 1970 "mindestens ebenso konkurrenzfähig ist, wie das Indonesiens." Die ganze Korruption von Kompradorenregimen kommt darin zum Ausdruck, wie sie gegeneinander um die Ausbeutung buhlen.

- Thailand, dem US-Hauptquartier in SO-Asien soll ebenfalls einen kompletten Olwirtschaftskomplex erhalten, außerdem Pipelines über die Landenge in Süden Malaysias, was die Liquidierung der zwischen Malaysia und Thailand operierenden Guerilla voraussetzt. Außerdem kooperieren Thailand und Kambodscha in der Aufteilung der Konzessionsgebiete in den benachbarten Küstenzonen. Die FUNK berichtet, daß die Sirik Matak-Lon Nol-Clique die Aneignung eines Teils des Festlandsockels durch US- und thailändische Gesellschaften akzeptiert hat.

- In Malaysia ist eine eigens von den Ölmonopolen finanzierte Universität zur Ausbildung von Ingenieuren errichtet worden.

Der erhöhte Umsatz in diesem Gebiet bringt jedoch nichts weiter als eine erhöhte Nachfrage nach einheimischen Arbeitskräften, die aber absolut gesehen trotzdem nur gering ist. Bekanntlich ist die Olindustrie kapitalintensiv, auf den gut bezahlten Positionen sitzen Ausländer.

Zur Zeit gibt die Olindustrie ca. 7,25 Mrd. US-Dollar jährlich lediglich für die Erforschung neuer Erdöllager aus. Davon wird ein beträchtlicher Teil in SO- und Ostasien ausgegeben. Die Ölsuche verursacht hohe Kosten, die Erträgen stellen sich erst nach etlichen Jahren ein.

---

(18) Weitere Vorteile sind die günstige geographische Lage, besonders für Japan, da die Durchfahrt durch die Straße von Malacca auf technische Schwierigkeiten stösst. Die billigere Arbeitskraft wurde bereits erwähnt.

(19) David Rockefeller, Vorsitzender der Chase Manhatten Bank, New York wässerte auf einem asiatischen Finanzforum in Singapour 1970 die Mäuler der anwesenden Marionetten und Parasiten-Kapitalisten mit der Vorhersage, daß in den nächsten 12 Jahren von den Ölmonopolen ca. 35 Mrd. US-Dollar in Asien und im westlichen Pazifik investiert würden, der größte Teil davon in Südostasien. (vgl. Südostasien Korrespondenz Dezember 1971)

(20) Südostasien Korrespondenz, Dezember 1971

(21) In den Botschaftsmitteilungen der Republik Indonesiens in Bonn vom April 1971 werden die Marionetten mit: "Politische Stabilität versetzt die Regierung in die Lage, die Entwicklungsprogramme plangemäß durchzuführen." Die verschärfte Ausbeutung wird deutlich an: "Seit Indonesien 1967 das Gesetz über ausländische Kapitalinvestierungen und 1968 das Gesetz über inländische Kapitalinvestierungen erlassen hat, wuchs die Nutzung der Forste mit großer Schnelligkeit. ...1966 betrug der Export von Forsterzeugnissen 1,9 Millionen Kubikmeter und erreichte 1970 7,6 Millionen Kubikmeter.
Die Erdölausbeutung stieg von 170 Millionen barrel 1966 auf 301 Millionen 1970, bis Ende 1971 rechnet man mit 360-370 Millionen barrel.
"Die von der indonesischen Regierung während dieses Zeitraumes (1970) genehmigten ausländischen Kapitalinvestitionen umfassen 351 Projekte mit einem Gesamtbetrag von US-Dollar 1 440 899 419. Sie kommen u.a. aus den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan, Niederlande, Bundesrepublik Deutschland, Australien, usw."

(22) Die Südostasienkorrespondenz vom Dezember 1971 berichtet, daß in einem Investitionsförderungsvertrag im März 1971 mit der BRD die Sicherung deutscher Kapitalanlagen zusätzlich geregelt wurde. Unter den Investoren wie Bayer, Hoechst, VW, Daimler, Siemens befindet sich auch eine Waffenfabrik, die von der Fa. Werner, Industrieausrüstungen GmbH. gebaut wurde, die Muttergesellschaft gehört zu 90% dem Bund.

Da der Ölindustrie nur langfristig das Erzielen von Profiten möglich ist, muß sie ihre Investitionen in Gebieten von der politischen "Stabilität" abhängig machen. Das Zusammenspiel von Staat und Monopolen wird deutlich am Beispiel der USA. Gabriel Kolko erklärt dies folgendermassen:
"Da der Prozeß der Entwicklung der Ölwirtschaft in neuen Gebieten, von der Erforschung bis zur kommerziellen Produktion, gewöhnlich eine Dekade oder länger dauert, haben die US-firmen in der letzten Zeit in keinem Gebiet massive Investitionen vorgenommen, wenn ihnen Washington nicht zu allererst zugesichert hatte, daß ihre oft riesigen Investitionen langfristig ertragreich sein würden." (23)

Dies zeigt deutlich, daß die US-Aggression in Indochina notwendig langfristig geplant sein muß und daß mit zunehmenden Investitionen der Olmonopole in SO-Asien die Kontrolle über dieses Gebiet von gleichermaßen zunehmender Wichtigkeit ist.
Die Befreiungsbewegungen haben deshalb mit einem langen Kampf zu rechnen. Die neokolonialen Regimes werden weiter den Ausverkauf der natürlichen Ressourcen betreiben und die Ausbeutung der Völker organisieren helfen. Dabei wird die Zukunft der Völker aufs Spiel gesetzt, da diese für ihre eigene Industrialisierung wegen des Fehlens von Kohle auf die Erdölreserven angewiesen sind.
Falls So-Asien bis zum Jahre 2000 einen pro-Kopf-Verbrauch an Öl erreicht wie Japan 1968, wird der tägliche Bedarf der für diese Zeit geschätzten Bevölkerung 700 bis 800 Mio. Tonnen betragen. Nach Caldwell ist das etwa 1/3 der 1968 geschätzten Gesamtreserven SO-Asiens.

DIE NIXON-DOKTRIN

Wie Johnson vor ihm, ist Nixon im Wahlkampf um die Präsidentschaft als Friedenskandidat aufgetreten, mit dem Versprechen, den Krieg in Indochina zu beenden. Was das konkret heißt, hat er später ausgedrückt, nämlich einen "amerikanischen Frieden", einen Frieden der die unbefristete Besetzung Vietnams bedeutet und die unverminderte Fortsetzung des Vernichtungskrieges gegenüber den Völkern Indochinas.

Programmatisch begann diese neue "Friedensära" mit der Verkündigung der Nixon-Doktrin im Juli 1969 auf einer Pressekonferenz in Guam, womit nach Nixon seine "neue pazifische Ära" und seine "neue Politik gegenüber Asien" eingeleitet werden sollte. Das Neue an der Nixon-Doktrin ist, daß die alte Dominotheorie (24) und die darin ausgedrückten imperialistischen Ziele einen neuen Namen haben und durch eine neue Taktik versucht wird, stärker als bisher die anderen imperialistischen Metropolen und die Marionettenregierungen in Südostasien aktiv in die Strategie der Konterrevolution einzubezeihen. Er will das realisieren, wovon Dulles nur phantasierte, nämlich Asiaten gegen Asiaten unter der Regie der Imperialisten kämpfen zu lassen. Bei Nixon heißt das "die Hände von Asiaten sollen die Zukunft Asiens gestalten". Z.B. waren die thailändischen Söldner recht gelehrig im Erwerb der Fähigkeit, ihr eigenes Land mit Erntevernichtungs- und Entlaubungsmitteln zu verwüsten. - Dem Wunsche nach sollten die amerikanischen Truppen nur noch die atomare und logistische Unterstützung leisten müssen.

Neben der offiziellen Propaganda herlaufende Statements über die wahren Absichten dienen der Beruhigung der Marionetten und Satelliten und zeigen, daß die US-Imperialisten kein Risiko eingehen werden: "Vorallem anderem werden die USA alle ihre vertraglichen Verpflichtungen einhalten. Wir sichern jeder mit uns verbündeten Nation Schutz zu, wenn eine Atommacht (gemeint ist besonders die VR-China (HL)) sie bedroht, oder erweitern diesen Schutz auch auf Nationen, "deren Überleben wir für unsere eigenen Interessen für Lebenswichtig erachten." (25) Unter dem gleichen Vorwand wurde durch die Gründung der SEATO 1954 Kambodscha und Südvietnam in die "Verteidigungssphäre" dieses antikommunistischen Waffenbundes einbezogen, ohne Rücksicht auf die Neutralität der Länder, und zuletzt die Invasion in Kambodscha durchgeführt.
Für den Fall, daß andere Formen der "Aggression" vorliegen (daß Völker sich gegen ihre Ausbeuter erheben) sieht die Nixon-Doktrin militärische und wirtschaftliche Hilfe vor. "Wir werden jedoch darauf achten, daß die bedrohten Nationen die Hauptverantwortung für die zur Verfügungstellung der "manpower" (des Kanonenfutters - HL) für die Verteidigung aufbringen." - Darüberhinaus ist die Möglichkeit der direkten militärischen US-Intervention in jedem beliebigen südostasiatischen Land durch eine Reihe von "Verteidigungs-" und "Hilfs-"abkommen sichergestellt (26), denn, so tönt Nixon in seinem imperialistischen Idealismus:"We are a Pacific Power" und "both, our interests and our ideals propel us westward across the Pacific".

---

(23) In diesem Zusammenhang ist auch bezeichnend, daß Groß Britannien zwar seine Basen im Mittleren Osten aufgegeben hat, nicht jedoch in Ost- und SO-Asien.

(24) Im November 1969 verkündete Nixon:"Drei amerikanische Präsidenten haben die großen Einsätze erkannt, die in Vietnam auf dem Spiel stehen und gewußt, was zu tun ist....Wir glauben selber fest daran und denken nicht daran, das aufzugeben.
Ich bin der Ansicht, daß die Aufgabe dieser Anstrengungen einen Zusammenbruch nicht nur Südvietnams bedeuten, sondern ganz SO-Asiens. Deshalb werden wir bleiben."

(25) Der Kommandierende der 7.US-Flotte, Vizeadmiral William Mack erklärte dazu: "Hauptaufgabe der 7.Us-Flotte in Asien sei es künftig, den verbündeten Ländern Nuklearschutz und, wenn erforderlich, logistische und taktische Unterstützung zu gewähren. Niemand dürfe den amerikanischen Rückzug aus Vietnam als ein Zeichen der Schwäche auslegen. Eine der Hauptaufgaben der amerikanischen Flotte in Asien sei es, den Verbündeten zu zeigen, daß die Vereinigten Staaten weiterhin dort anwesend sein werden."..."Die amerikanische Marine sucht in Japan und anderen SO-asiatischen Ländern nach neuen Stützpunkten "von denen aus die 7.Flotte gegen jeden Aufstandsversuch eingreifen könne."
-Flottenstärke: 95 Einheiten, u.a. 3 Flugzeugträger, 25 Zerstörer 250.000 Marinesoldaten. (nach Indochina Story, NY 1970, und SZ 8./9. Jan. 1972) Nach neusten Zeitungsmeldungen soll die 7.Flotte um einen weiteren Flugzeugträger verstärkt werden.

Nach SZ v.11.2.72 wurde außerdem eine weitere Staffel von 15 B-52-Bombern zum Einsatz in Indochina beordert.

(26) Die wichtigsten imperialistischen Bündnisse zur Sicherung der Herrschaft in SO-und Ostasien sind: ANZUS-Pakt: Militärbündnis, umfaßt Australien, Neuseeland, USA - gerichtet allgemein gegen "Aggressionen" im Pazifik. Im Rahmen dieses Pakts →

Auch Japan wird die alte Rolle (27) zugedacht: "Japans Partnerschaft mit uns wird der Schlüssel zum Erfolg in Asien sein". Es soll entscheidend dazu beitragen, daß die bisherige imperialistische Politik und ihre Konsequenzen, die permanente Abhängigkeit und Unterentwicklung der Länder Asiens gesichert bleibt.

Durch das stärkere Engagement Japans in SO-Asien erhofft man sich, die sich aus der ungleichmässigen, d.h. rascheren Entwicklung des japanischen Imperialismus ergebende Verschärfung der Konkurrenz und die Widersprüche zum US-Imperialismus durch monopolistische Aufteilung der Einflußsphären vorübergehend zu entschärfen (28) (29), andererseits übernimmt Japan einen Teil der amerikanischen militärischen Lasten zur Niederhaltung der Völker im Rahmen der Counterinsurgency.

Im Außenhandelsdienst der Bank für Gemeinwirtschaft vom 1.12.1971 liest sich das folgendermassen: "Japan soll in größerem Umfang als bisher zum Wachstum der internationalen Wirtschaft beitragen, indem es sich für eine sinnvolle internationale Arbeitsteilung einsetzt und energische Anstrengungen für einen freien weltweiten Güter- und Kapitalaustausch unternimmt." Um die Freiheit des internationalen Handels zu erhalten, solle es eine "Bewegung gegen den Protektionismus" auslösen und sich aktiv an der Erschließung von Rohstoffvorkommen im Ausland beteiligen.

Das heißt, Japan müsse endlich seine volle Rolle als imperialistische Macht übernehmen, neben der Unterdrückung und Ausbeutung im Innern nun auch in verstärktem Masse die nach Außen, der militärischen Sicherung des imperialistischen Weltsystems. "Wachstum der internationalen Wirtschaft" heißt vorallem die territoriale Expansion des Imperialismus und die Intensivierung der Ausbeutung der Rohstoffe und Arbeitskräfte in den unterentwickelt gehaltenen Ländern, hierdurch ist auch gleich die "internationale Arbeitsteilung" bestimmt. Die "weltweite Bewegung gegen den Protektionismus" schließlich ist der Versuch der Sammlung der imperialistischen Mächte einerseits und der konterrevolutionären Marionettenregierungen andererseits gegen die revolutionären Kräfte der Länder und gegen die sozialistischen Staaten, besonders die VR-China, die Nixon nach wie vor hofft, in diese "Weltfamilie der freien Nationen" heimzuholen.

Dazu soll vorallem die Aufrüstung Japans zu einer aggressiven Militärmacht vorangetrieben werden. In einer koreanischen Zeitschrift (30) ist zu lesen: "Heute gehen die wiedererstarkten Militaristen soweit, die Linie von südlich von Alaska bis nördlich der Straße von Malacca über Süd-Korea, Taiwan und Südvietnam als ihre "Verteidigungslinie" zu beanspruchen." Dazu wird die Wiederaufrüstung in ungeheuer beschleunigtem Tempo betrieben. Der Plan der japanischen Imperialisten sieht vor, in den siebziger Jahren eine Militärmacht aufzubauen, die in der Lage ist, "Operationen großen Stils" durchzuführen. In dem Plan

---

→ Anm. 26

befindet sich in Vorbereitung seit 1971 ein Verteidigungsbündnis zwischen GB, Australien, Malaysia, Neuseeland und Singapour; es soll die bilateralen britischen Verpflichtungen ersetzen.

SEATO: Gegründet 1954 nach dem Genfer Abkommen für Indochina. Ziel: gemeinsame Verteidigung, ständige Konsultationen, Bekämpfung "kommunistischer Infiltrationen", gemeinsame Manöver zum Schutz der SO-asiatischen Gebiete. Mitglieder: USA, Australien, Frankreich, GB, Neuseeland, Pakistan, Philippinen, Thailand - Kambodscha und Südvietnam gehören zur Verteidigungssphäre.

ASEAN (Südostasien Gemeinschaft): Am 8.8.1967 vereinbarten in einer 7-Punkte-Deklaration Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapour, Thailand engere Kooperation, vorallem in Fragen der Sicherheit. Die Mitgliedstaaten fordern (nach SZ vom 27.11.1971) die weitere Stationierung von US-Truppen bei Schaffung einer Zone "des Friedens, der Freiheit und der Neutralität." In Thailand werden inzwischen die Militärbasen, Flugplätze und Nachschublager für die dorthin verlegten US-Truppen ausgebaut. Thailand und Kambodscha schließen ein Sicherheitsabkommen, das engere militärische Zusammenarbeit im Grenzgebiet vorsieht. (SZ 15.1.72)

(27) "Eine von Japans größten Möglichkeiten für einen ausgeweiteten Handel liegt in einem freien und sich entwickelnden Südostasien. ... In einem Land gibt es großen Bedarf an Rohstoffen, im anderen nach Industriegütern. Die beiden Regionen ergänzen sich ausgezeichnet. Indem man Vietnam stärktund die Sicherheit des Süd-Pazifiks und SO-Asiens zu sichern hilft, entwickeln wir allmählich das große Handelspotential zwischen dieser Region...und dem hochentwickelten Japan zum Vorteil beider. Auf diese Weise wird die Freiheit im West-Pazifik sehr gestärkt." (Eisenhower am 4.4.1959 - nach IST,S.239)

(28) Der Präsident der Weltbank, McNamara hat die grundsätzliche Zusicherung Japans bei der Finanzierung des Wiederaufbaus von ganz Indochina nach Beendigung des Vietnamkrieges erhalten. Die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank, die USA und Japan sollen sich in die "Kosten" teilen. (nach SZ v.9.11.71)

(29) Die Verschärfung der Konkurrenz wurde deutlich an der Weigerung der USA die 10% Importsteuer aufzuheben und der Japans, den Yen aufzuwerten. Die Aufwertung (später mit 6% doch durchgesetzt) soll das Import/Export-Ungleichgewicht ausgleichen.
Für die US-Imperialisten war der Yen 20-25% unterbewertet. In der Entwicklung dieses Handels-Ungleichgewicht wird auch die Auswirkung des Indochinakrieges auf die imperialistische Konkurrenz deutlich. 1960 betrugen die US-Gesamtexporte nach Japan 1,447 Mrd. US-Dollar, die Importe 1,149 Mrd., es blieb ein US-Handelsaktivum von 298 Mio Dollar, 1965 betrugen die US-Exporte 2,08 Mrd. und die Importe 2,414 Mrd. Dollar, aus dem Aktivum wurde ein Surplus Japans von 334 Mio Dollar. 1968 war der japanische Überschuß auf 1,1 Mrd. und 1969 auf 1,398 Mrd. gestiegen (nach "Statistical Abstracts of the United States"). 1970 stiegen die japanischen Exporte weiter. Von 1965 bis 1971 hatte Japan einen Handelsüberschuß von über 6 Mrd. US-Dollar erzielt. Die 10% Importsteuer sollten die japan. Wirtschaft ernsthaft benachteiligen. Das japan. Handelsministerium rechnete daraus mit einem Verlust von 1,67 Mrd. Dollar an Exporten in die USA und weiteren 710 Millionen an Exporten in die übrigen Länder, deren Devisenreserven durch die 10%-Steuer reduziert werden. Die angelaufenen Dollar-Forderungen der Exportindustrie werden durch eine Aufwertung außerdem reduziert.
Die Kämpfe um Aufwertung, Stützungskäufen etc. spiegeln die Verschiebungen im Kräfteverhältnis der verschiedenen Imperialismen wider.

schlagen sie vor, den jährlichen Militärhaushalt auf mehr als 5,5 Mrd.Dollar festzulegen oder mehr als das vierfache des gegenwärtigen Betrags, mit dem Ziel... eine westpazifische "Eindämmungsmacht" vorzubereiten, die Flugzeugträger, U-Boote mit Atomantrieb, Bomber und Jagdbomber einschließt. - Im letzten 5-Jahresplan für die Verteidigung ist die Anschaffung von 19 mit Helikoptern ausgerüsteten Zerstörern der 3000-to-Klasse, 14 Raketen-Träger-Schiffe und weiteren 61 Seefahrzeugen vorgesehen, die Schiffstonnage der japanischen Marine wird dadurch von 144.000 auf 247.000 erhöht. Die Luftwaffe soll auf 1740 Flugzeuge aufgestockt werden, 76 F-4 Phantom-Jäger, 90 sogen."supersonic jet trainers" und 830 andere Flugzeuge sind zur Anschaffung vorgesehen. In der Armee sollen die Panzer auf 990 erhöht werden, personell soll sie von 180.000 auf 271.000 Soldaten anwachsen.

Was die Wirtschaft betrifft, wird über den japanischen Imperialismus geschätzt, daß in nur vier Jahren 40% aller südostasiatischen Importe aus Japan kommen werden; zur Zeit sind es knapp 28". Die Handelsbilanz Japan-Südostasien beträgt 2:1 für Japan. Südkorea importiert mehr als sechs Mal soviel von Japan wie es dorthin exportiert (41% Import aus Japan). Japan seinerseits schützt sich durch massive Handelsbarrieren. Singapour importiert 4,5 Mal soviel wie es dorthin exportiert, Ceylon vier Mal soviel, Thailand fast drei Mal soviel. Japan ist der Hauptlieferant der VR-China, Indonesiens, Malaysias, der Philippinen, Burmas, Taiwans (52% aller Importe). Andererseits hat Japan einen ungeheuer hohen Rohstoffbedarf, es hat weder Erdöl noch Kohlevorkommen. Die japanischen Auslandsinvestitionen stiegen von 1969 auf 1970 um 100%. In Thailand sind fast die Hälfte aller Auslandsinvestitionen aus Japan, 150 Betriebe und Niederlassungen japanisch. In Indonesien ist der japanische Anteil an den ausländischen Firmen 50%. (31)

DER INDOCHINAKRIEG IST TEIL DER STRATEGIE DER KONTERREVOLUTION IN GANZ SO-ASIEN

Der Indochinakrieg war nicht nur über die Dominotheorie und die exemplarische Verteidigung ganz SO-Asiens mit den übrigen Ländern verbunden, vielmehr waren in allen Ländern SO-Asiens während des 2. Weltkrieges aus dem Widerstand gegen die ehemalige Kolonialmacht und dann die japanischen Besatzungstruppen starke nationale Bewegungen entstanden, meist unter kommunistischer Führung. Ähnlich wie in Vietnam verfolgte der US-Imperialismus die Strategie, durch die Unterstützung der Forderung nach formaler Unabhängigkeit eine aus der rascheren Entwicklung des US-Imperialismus notwendig gewordene Neuverteilung der imperialistischen Einflußsphären zu erreichen und den alten Konkurrenzmächten, Frankreich, Groß Britannien, Holland ihre Kolonien abzujagen. Voraussetzung war die Etablierung einer kollaborationsbereiten Marionettenschicht und die Liquidierung der progressiven, für tatsächliche Unabhängigkeit kämpfenden Volksbewegungen unter kommunistischer Führung. Wo das nicht sofort gelang, entwickelten sich langdauernde Kriege wie in Korea und Südvietnam. Im Falle der linkspopulistischen Systeme in Kambodscha und Indonesien wurden geschickt über militärische und organisatorische CIA-Unterstützung der pro-amerikanischen konterrevolutionären Teile der herrschenden Klasse Attentate und Putsche inszeniert, verbunden mit Repressalien auf internationaler Ebene (z.B. der Wirtschaftsblockade Kambodschas 1956, provokative Grenzverletzungen etc.). Diese Aggressionen wurden fortgesetzt bis zum Sturz der Regierungen, 1965 in Indonesien und 1970 in Kambodscha, begleitet von systematischen Massakern unter den kommunistischen Bevölkerungsteilen oder als solche verdächtigte. In Indonesien wurden so eine halbe Million Menschen umgebracht, über eine viertel Million in Konzentrationslagern bis heute festgehalten. Der Versuch, der Konterrevolution durch die gleichen Massaker auch in Kambodscha zum Sieg zu verhelfen scheiterte am spontanen Aufstand der Bevölkerung (32).

---

(30) vgl. die Publikation des Südostasien-Komitee, Bonn 1971

(31) vgl. SZ v. 11.6.1971

(32) Kurzer Exkurs auf die Konterrevolution in SO-Asien außerhalb Indochinas:
In Korea konnte die Revolution durch die Absicherung der Marionettenregierung in Seoul 1953 vorläufig aufgehalten werden.

Die Herrschaft über die Philippinen erlangte die USA 1898 durch die Niedermetzelung des damaligen Volksaufstandes und der Revolutionsregierung. Hunderttausende der Bewohner wurden umgebraucht, nach bewährtem Muster: "Ich will keine Gefangenen, Ihr sollt töten und brennen. Je mehr ihr brennt und je mehr ihr tötet, desto besser gefällt es mir." Diese Aufforderung des damaligen US-Generals Jakob Smith an seine Truppe unterscheidet sich nicht von denen, die wie zahlreiche amerikanische Soldaten berichten, heute in Indochina von den Offizieren an die Mannschaften ausgegeben werden.
1945 war es der HUK-Guerilla gelungen, fast die gesamte Insel Luzon, auf der über die Hälfte der Bevölkerung der Philippinen lebt, zu befreien. Aber wieder verhinderte die USA einen Sieg - diesmal konnte sich erst 1954 eine pro-amerikanische Marionettenregierung behaupten.

Auch in Malaya hatte eine von der Kommunistischen Partei geführte Volksbewegung erfolgreich die japanischen Besatzer vertrieben. Nach dem 2. Weltkrieg versuchte der britische Imperialismus mit Hilfe des US-Imperialismus die alte Kolonialherrschaft wieder zu errichten, war dann jedoch gezwungen, die formale Unabhängigkeit unter einem Marionettenregime zu erteilen, um den Widerstand zu spalten, die eigene Kontrolle im Hintergrund soll durch eine rassistische Verfassung (Malayen majorisieren grundsätzlich die chinesische Bevölkerung) gesichert sein. Mit Hilfe des später in Südvietnam erfolglos angewendeten "strategic village programm" gelang es von 1948 an bis etwa 1954 die Befreiungsbewegung auf eine noch heute im Norden operierende Resttruppe von wenigen tausend Kämpfern zu reduzieren.

In Indonesien setzte sich die Konterrevolution vorübergehend mit dem Putsch von 1965 durch, wo das pro-amerikanische Suharto-Regime durch den Sturz der linkspopulistischen Sukarno-Regierung und die Liquidierung großer Teile der KP Indonesiens (500.000 an die Macht kam, über 1 Million befinden sich teilweise heute noch in Konzentrationslagern und Gefängnissen). Die KP Indonesiens hatte 1965 drei Millionen Mitglieder, mit Nebenorganisationen annähernd 15 Millionen. Der US-Imperialismus hatte zuvor systematisch den Widerspruch zwischen Armee und Regierung vorangetrieben und die organisatorische und militärische Unterstützung vorberei- →

DIE VIETNAMISIERUNG UND DIE PROPAGANDA DER DEESKALATION

Zwei Monate nach der Verkündigung der Nixon-Doktrin, am 3.9.1969 posierte Nixon mit seinem Vietnamisierungsprogramm, "um dem Wunsch der Nation nach Beendigung des Krieges" in SO-Asien nachzukommen.
Tatsächlich ziehen die USA laufend Truppen aus Vietnam ab, auch die anderen "verbündeten" koreanischen, thailändischen, australischen, neuseeländischen, philippinischen Kontingente. Wenn man diese Reduktionen jedoch genauer betrachtet, wird klar, daß sie vorallem um propagandistische Effekte zu erzielen, durchgeführt werden. So wird der Abzug der gekauften Söldnertruppen der Marionetten- und Satellitenstaaten stets als Zeichen des Friedenswillens angepriesen. Tatsächlich sind diese "verbündeten" Hilfstruppen von geringem militärischem Nutzen, ihre Anwesenheit sollte nur den verbrecherischen Angriffskrieg des US-Imperialismus decken helfen. Als 1969 herauskam (33), daß diese Truppen wie die meisten ihrer "legitimen" Regierungen samt und sonders gekauft sind, waren sie auch propagandistisch wertlos, im Gegenteil, ihr Abzug konnte als "Kompromiss" auf die Forderungen der Kriegsgegner dargestellt werden. - Ein weiterer Grund für die Anwesenheit dieser Truppen in Südvietnam war die Möglichkeit, sie für die Inszenierung ähnlicher Counterinsurgency-Massaker in ihren eigenen Ländern auszubilden. Da inzwischen in diesen Ländern selbst die progressiven Kräfte stärker und militanter geworden sind, ist ihnen die Aufgabe übertragen, ihre Liquidierung zu organisieren. Wie wir aus der Presse erfahren können, hat Thailand in den letzten Wochen bereits damit begonnen.

Die Reduktion der imperialistischen Truppen ist auch wegen der wachsenden Kriegsopposition in der Armee selber notwendig geworden, da sie, besonders unter den Bodentruppen die Kampfbereitschaft soweit beeinträchtigt, daß sie zu einer Gefahr für das imperialistische System der USA selbst wird. Durch die Reduzierung auf wenige Tausend Bodentruppen, hauptsächlich Berater, Ausbilder und Spezialeinheiten, die Luftwaffe und Artillerie hoffen die Imperialisten die im Einsatz befindliche Armee auf den "zuverlässigen" Kern zu reduzieren; durch die Umwandlung in ein Berufsheer wollen sie zudem eine allen psychischen Belastungen imperialistischer Massaker gewachsene Killertruppe schaffen.

Die Truppenreduzierung verringert vorübergehend zudem die wirtschaftlichen Probleme der USA (Zahlungsbilanzdefizit, Inflationsrate etc.) und, so hoffen die Imperialisten, beruhigt die gesellschaftlichen Auswirkungen und bewirkt die Spaltung der anti-Kriegsbewegung, die erst ganz geringe Ansätze von klassenspezifischem Protest in den Unterstützungen durch die Arbeiterklasse zeigt. Zumindest den Kapitalfraktionen in der Kriegsopposition geht es nur um die erneute Erhöhung der Profitraten, die in den letzten Jahren rapide gesunken sind. Wenn Nixon in der Lage ist, die Widersprüche in den USA, in sozialer und ökonomischer Hinsicht wieder für die Kapitalisten "manipulierbar" zu machen, kann er mit ihrer vollen Unterstützung für die Fortsetzung der Besetzung Südvietnams rechnen. (34) So schreibt die Los Angeles Times am 28.2.71: "Zugegeben...daß Mr. Nixons Ehrgeiz für ein nicht-kommunistisches Südvietnam und ein nicht-kommunistisches Laos und Cambodscha an sich ein wünschenswertes Ziel ist. Die entscheidende Frage bleibt jedoch: ist die Durchsetzung dieses Ziels den Preis wert, den der President zu zahlen bereit zu sein scheint, und die Risiken, die er einzugehen bereit zu sein scheint?" Der Vorsitzende der Leitung der "Bank of Amerika", der größten Privatbank der Welt, D. Lundberg erklärte vor dem "Foreign Relations Committee" des US-Senats, daß für die Kapitalisten in den USA die Beendigung des Krieges von Vorteil wäre. Die größten US-Monopole "did far better between 1962 and 1965 than during the "escalation period" of 1965-1969". Es gäbe genügend Zahlen die zeigen könnten, daß die Eskalation des Krieges die US-Wirtschaft ernsthaft beeinträchtigt habe. Die Inflationsrate wurde verschärft, Ressourcen, die sonst dringend gebraucht würden seien abgezweigt worden. Die Folge sei das Sinken der Wachstumsrate der Profite, sowohl vor als auch nach der Besteuerung. In den vier Jahren vor der Eskalation des Krieges "corporate profits after taxes rose 71 percent; from 1966 through 1969 corporate profits after taxes rose only 9,2 percent."

→ Anm. 32

tet. Daß damals der westdeutsche Bundesnachrichtendienst in die Verfolgung der Militärgegner eingriff durch militärische Unterstüzung durch Waffen und Ausbilder, brachte der Spiegel erst in seiner Ausgabe vom 31.5.71 an die Öffentlichkeit. "Ein Kommando von BND-Männern bildete...in Indonesien militärische Geheimdienstler aus und löste die von der antiamerikanischen Propaganda hart bedrängten Kollegen des CIA ab..." Scheel, Eppler, Gerstenmaier, General Maizieère, Koschnik, Kühn und eine Reihe anderer, zuletzt Kriegsminister Schmidt gehören zu den Vertretern des deutschen Imperialismus, die dem "sympathischen" und "vom Volk geliebten" Führer Suharto (ZDF vom 30.3.71) bisher ihre Unterstützung zusagten. Erscheint gar Abs in Indonesien, bekommen, wie die Zeit berichtet, "offizielle Indonesier...glänzende Augen.." wenn sein Name blos erwähnt wird. Abs sitzt im Aufsichtsrat folgender am Indonesiengeschäft interessierter Firmen: Shell, Siemens, Daimler, KHD, BASF, Lufthansa, Phoenix Gummi, Deutsch-Asiatische Bank. Die staatliche Kapitalkredite der BRD haben sich nach der Machtübernahme der Konterrevolution etwa verdoppelt, allein für 1971 waren 137 Millionen DM vorgesehen (vgl. SO-Asien-Korrespondenz, März 1971)

(33) Ende Juni 1970 wurde im US-Senat bekanntgegeben, daß die USA an Thailand von 1966 ab ca. 200 Mio. US-Dollar zahlte für die Entsendung der symbolischen Hilfe von 10.000 Söldnern. 1968 wurden zusätzliche 30 Mio. Militärhilfe gezahlt und darüberhinaus Raketen und andere Waffen geliefert. 42.000 US-Truppen in Thailand pumpten weitere 200 Millionen jährlich in die thailändische Konsumentenwirtschaft. An einem Duzent amerikanischer Universitäten wird seit Jahren unter Regie des Pentagon Counterinsurgency-Forschung zur Pazifizierung Nordthailands betrieben, hauptsächlich gedeckt durch das AID-Programm (Agency for International Devé lopment).

(34) Diese begrenzte Opposition gegen den Krieg, die aus den Interessen der Kapitalisten natürgemäß begrenzt sein muß, kommt auch in der Reaktion einer der Führer der Kriegsopposition im Senat, (Hugh Scott) zum Ausdruck. Auf die Aufnahme der VR China und das Ausscheiden Taiwans aus der UNO reagierte er mit: "I think we are going to wipe off some of the smiles from the faces we saw on television during the United Nations voting the other night."

Nixon bleibt jedoch bei seinem Leitspruch: "Krieg ist Frieden und Frieden ist Krieg" und ist entschlossen, ohne Aufgabe der Kriegseskalation die Widersprüche und Kämpfe im System des US-Imperialismus zu managen, durch Deficit-spending, wie der letzte Haushalt 1971/72 zeigt. Er schließt mit dem größten Defizit der Nachkriegszeit, 38,8 Mrd.Dollar, für das kommende Finanzjahr sind weitere 25,5 Mrd. Schulden vorgesehen. Gesteigert werden vorallem die Rüstungsausgaben.

Einsparung der Ausgaben für die Soldaten sieht die Nixon-Doktrin durch die "Asiatisierung" des Krieges vor. Nach Clark Clifford, Kriegsminister nach McNamara, kostet ein asiatischer Soldat etwa 1/15 eines amerikanischen.

Die Folge ist Truppenerhöhung in Thailand, Kambodscha (35, Indonesien, größere US-Militärhilfe, mehr US-Militärberater, mehr direkt in den USA ausgebildete Marionettensoldaten. Davon versprechen sich die Imperialisten größeren direkten Einfluß des Pentagon und des CIA auf die Politik im innern der Länder. Als z.B. bekannt wurde daß die AID-Gelder (Agency for International Development) anstatt als zivile Hilfe für militärische CIA-Aktivitäten benutzt wurden, wurde vorgeschlagen, in Zukunft den AID-Fond offiziell dem Pentagon zu unterstellen. (36)

Die weitere Folge ist der beschleunigte Ausbau von Polizei und Geheimdiensten und aller anderer interner Unterdrückungs- und Kontrollmechanismen. (37)

Auch die tatsächliche Kriegsentwicklung seit Nixons Amtsantritt und seit Anlaufen der Truppenabzüge zeigt, daß alle Massnahmen nicht auf die Reduzierung der Feuerkraft und des militärischen Kontrollapparates abzielen.

Neben der Erhöhung der Marionettentruppen erhofft man sich einen Ausgleich durch die Einführung technologischer Neuerungen. So erklärte General William C.Westmoreland Oberkommandierender der US-Armee am 14.10.1969, also nach Ankündigung des Vietnamisierungsprogramms, daß der Vietnamkrieg zwar nicht das "ruhmvollste" Kapitel amerikanischer Geschichte gewesen sei, dafür sei er jedoch in anderer Hinsicht produktiv gewesen. "No more than ten years should separate us from the automated battlefield." Er sagte Sensoren voraus, die die "Feindbewegungen" registrieren, taktische Komputer, die die Fülle der Informationen auswerten und "heavy firepower", die sofort und automatisch auf diese "Nachrichten" reagieren. "Ich sehe Schlachtfelder oder Kampfgebiete, die rund um die Uhr in jeder denkbaren Art kontrolliert werden können. "Ich sehe Schlachtfelder, auf denen wir alles was wir lokalisieren durch unmittelbare Kommunikation und beinahe augenblicklichen Einsatz "of highly lethal firepower" vernichten können."

Mit wachsender Begeisterung für diese Welt der Zukunft schildert Westmoreland den Triumph der angewandten Wissenschaft der imperialistischen Epoche: "Auf dem Schlachtfeld der Zukunft werden Feindkräfte beinahe im gleichen Augenblick lokalisiert, verfolgt und angegriffen mit Hilfe von "datalinks, computer-assisted intelligence evaluation and automated firecontrol". Durch eine "Killwahrscheinlichkeit" beim ersten Beschuß von fast 100% und durch Beobachtungsgeräte, die den Feind permanent verfolgen können, werden größere Kräfte für die physische Kontaktaufnahme mit dem Gegner immer bedeutungsloser."

DER AUTOMATISIERTE VÖLKERMORD HAT IN INDOCHINA BEREITS BEGONNEN

Mit dem Einsatz von automatischen Sensoren wurde in Vietnam bereits begonnen, an weiteren neuen Waffen kamen lt. Berichten in der Tagespresse die mit Laserstrahlen ausgerüsteten "smart-bombs" zum Einsatz, die automatisch Unterstände, Höhlen und Bunker ansteuern sollen. Im Dezember 1971 berichtete die Presse über den Einsatz der sog. "Cheeseburger" oder "Daisy Cutter", Bomben, deren Sprengkraft nur noch durch Atombomben übertroffen werden. Sie werden kurz über dem Boden gezündet, werfen somit keine Krater auf, vernichten jedoch auf der Stelle im Umkreis von 1 km alles Leben und bis in mehrere Meter Erdtiefe jedenWurm. Zwei amerikanische Naturwissenschaftler berichteten bei der Rückkehr von Untersuchungen in Südvietnam, daß mit dieser Bombe bereits 750.000 acres, d.h. 1,5% Südvietnams weggesprengt wurde.

Der Plan, im Norden entlang dem 17. Breitengrad bis hin zum Mekong quer durch Laos einen Sperrgürtel zu legen, wie er 1966 "als Alternative zur Bombardierung Nord-Vietnams" von 47 Wissenschaftlern empfohlen wurde, "unter Einsatz modernster Mittel" (38), scheint trotz des missglückten ersten Versuchs bei der Laos-Invasion 1971 noch nicht fallengelassen zu sein. Die vernichtende Niederlage der Invasionstruppen, wobei um 40% der südvietnamesischen Elitetruppen aufgerieben worden waren, hatte die Durchführung des Plans zur Errichtung einer elektronischen Barriere verhindert.

Im Zusammenhang damit berichteten die New York Times vom 11.1.1971 vom Bekanntwerden von Plänen, die die Deportation von mehreren Millionen Bauern aus den nördlichsten Provinzen Südvietnams in "dünner besiedelte" Provinzen im Süden vorsahen. Über einen Zeitraum von 3 Jahren sollen ca. 3 Millionen Menschen davon betroffen sein, also über 1/6 der Gesamtbevölkerung Südvietnams. Finanziert wird das Projekt selbstverständlich durch die USA (der Haushalt Südvietnams wird offiziell zu 75% von den USA getragen, die kostenlose Stellung aller Waffen und Kriegsmaterial nicht gerechnet).

---

(35) 1970, dem ersten Jahr der US-Hilfe betrug diese 185 Mio.US-Dollar Militärhilfe und 70 Mio. "zivile" Hilfe. Damit wurde die Armee von 30.000 im April 1970 auf 183.000 erhöht. Für 1971/72 wurde dem Kongress ein Kambodscha-Hilfsprogramm über 200 Mio.US-Dollar Militärhilfe und 110 Mio. Wirtschaftshilfe unterbreitet. Dazu kommen noch 15 Mio.landwirtschaftliche Hilfe und Lieferungen von Kriegsmaterial über den Etat der US-Armee.Bis Mitte 1973 soll die reguläre Marionettentruppe 256.000 Söldner bis 1977 über 300.000 umfassen, die paramilitärischen Streitkräfte sollten bis Mitte 1973 auf 200.000 und bis 1977 auf über 500.000 anwachsen.Das bedeutet, daß nach Lon Nols Wunschvorstellung bis dahin die Hälfte der männlichen Bevölkerung Kambodschas in der Söldnertruppe organisiert sein soll. Dahinter steckt die Absicht, wie in Vietnam die männliche Bevölkerung in der Armee und in Lagern unter Kontrolle zu bekommen.

(36) Hier wird ein weiteres Mal der Abbau demokratischer Rechte deutlich indem durch diese Maßnahme jedwede Kontrolle über die "zivilen" Hilfsgelder verunmöglicht wird.

(37) In Thailand werden z.B. 50% der sogen."Zivilhilfe" der USA für die Erweiterung der Polizei und des Geheimdienstes ausgegeben.

(38) Die Pentagon Papiere S.484

Die Migration sollte nach Franklin Stewart, dem Direktor des "Kriegsopferprogramms in Vietnam" "freiwillig" sein. Diese Freiwilligkeit erinnert an die "freiwilligen" Konzentrationslager, allgemein als "strategic villages" bekannt, in denen bereits große Teile der Bevölkerung leben. Den grenzenlosen Zynismus "ehrbarer" Berufskiller und "legaler" Volksvertreter bringt Saigons Innenminister Phan Quang Dan, der dem Projekt auf südvietnamesischer Seite vorstehen soll, zum Ausdruck:"Wir wissen von den Erfahrungen in Kambodscha, daß die Bauern rennen werden, wenn sie Gelegenheit erhalten, neues Land zu besitzen." - Um sie zum rennen zu bringen, werden in Kambodscha wie in Vietnam Hunderte umgebracht, die Dörfer und Städte mit Bombenteppichen belegt und das Land vergiftet.

Mitte Januar berichtete die westliche Tagespresse vom Anlaufen der Deportationen, entsprechend dem Plan hätten sich ca. 250.000 Bauern "freiwillig" um ihre Umsiedlung bemüht. Die Vertretung der PRR in Paris meldete daß bereits I Millionen von der Zwangsumsiedlung betroffen sind. Die amerikanische Sonderunterstützung dabei, wird an den weiter unten angeführten Zahlen über das Ausmaß des Kriegs seit Nixons Amtsantritt deutlich. (39)
Wie Nugyen Van Tien, Vertreter der PRR in Paris ebenfalls bestätigte, dienen die Umsiedlungen dem Zweck, in Vietnam taktische Atomwaffen einzusetzen. Diese Wahrscheinlichkeit nimmt gerade mit der Veränderung der amerikanischen Kriegsführung und dem Zusammenbrechen des Vietnamisierungsprogramms zu. Daß die Imperialisten keine Skrupel haben, Atomwaffen einzusetzen, unterscheiden sie sich doch höchstens in der Effektivität von den sonst üblichen völkermörderischen Waffen, haben sie bereits am Ende des 2. Weltkriegs in Japan bewiesen. Auch 1954 hatten die US-Imperialisten geplant, trotz der Niederlage bei Dien Bien Phu die Genfer Waffenstillstandskonferenz überflüssig zu machen durch den Einsatz von Atomwaffen. Der Plan scheiterte nur am Einspruch des britischen Premierministers Eden (40) . Auch Nixon hat bereits verkündet, daß er von der kapitalistischen Humanität erfüllt ist und schnelles und effektives Killen langen Auseinandersetzungen wenn möglich vorzieht. Als Vizepräsident Eisenhowers brachte er 1954 diese Ansicht zum Ausdruck: " Es ist idiotisch, davon auszugehen, daß die im Falle eines Krieges im Pazifik zum Einsatz kommenden Waffen auf die konventionellen Waffen des Korea- und des 2.Weltkrieges beschränkt bleiben würden. Unsere Streitkräfte können wenn sie es wollen einen effektiven Krieg nicht führen mit diesen Sprengstoffarten. Taktische Atomwaffen sind jetzt konventionell und werden gegen die militärischen Ziele jeder Aggressiven Macht eingesetzt werden."

Daß als Ziele und Aggressoren alle Völker angesehen werden können, die sich vom imperialistischen Joch befreien wollen, hat Nixon ebenfalls weder in seinen Erklärungen noch in seiner konkreten Politik bestritten.

Auch Zahlenbeispiele über den quantitativen Umfang der Verbrechen seit Nixons"Deeskalation" zeigen den wahren Charakter seiner Lügenpropaganda.

Seit dem Amtsantritt Nixons fielen auf Indochina mehr Bomben als während des gesamten zweiten Weltkriegs überhaupt oder der Korea-Aggression.

Diesen Luftangriffen fielen alleine bis Mitte letzten Jahres mindestens 325.000 Zivilpersonen zum Opfer.

Nach einer UNO-Veröffentlichung haben die US-Truppen zwischen Januar 1969 und Juni 1970 in Südvietnam durch Anwendung chemischer Kampfstoffe 1,9 Millionen Hektar Reisland - und andere Pflanzungen vernichtet, 900.000 Menschen trugen dabei gesundheitliche Schäden davon.

Ein Vergleich zeigt weiterhin, daß seit Ankündigung der Deeskalation die Bombardierungen in Südvietnam zwar zurückgegangen sind, in Ostlaos und Kambodscha jedoch weiter eskalieren. Nirgends jedoch wurden unter 200.000 Tonnen Bomben pro Monat abgeworfen, der Schnitt für Indochina liegt zwischen 1969 und 1970 zwischen 800.000 und 1,4 Millionen Tonnen. (41)

Die monatlichen Angriffsflüge auf die DRV haben sich im Monatsdurchschnitt von 650 im Jahr 1969 auf 1602 im Jahr 1971 verdreifacht, gegenüber 1970 sogar verfünffacht. Nach Laos erfolgten von Mai 1964 bis 1968 pro Tag 100 bis 300 Angriffsflüge, von 1970-1971 pro Tag 800 bis 1000. Bis zum 8.2.1971 wurden über Laos insgesamt 1600 US-Flugzeuge abgeschossen, bis zum 29.5.71 2200 US-Flugzeuge.

Und diese Angaben beziehen die Ende letzten Jahres darüberhinaus erfolgte Eskalation noch nichteinmal ein. So wurden zB bei den neuen Angriffen alleine an einem einzigen Tag auf ein einzelnes Ziel, einer vermuteten Raketen-Abwehrbasis bei Da Nang, in sechs Angriffswellen 560 Tonnen Bomben abgeworfen. (42)

Die Kosten für die Munitionslieferungen an die US-Armee betrugen 1969 1,73 Mrd. Dollar, 1970 1,13 Mrd und 1971 stiegen sie wieder auf 1,57 Mrd. Dollar., davon der größte Teil für Indochina. Die Reduktion ist also ebenfalls eine taktische gewesen.
Die Gesamtkosten für den Krieg erreichten mit 28,8 Mrd. US-Dollar im Jahr 1969 ihren Höhepunkt. 1970 sanken sie auf 23,1 Mrd. und 1971 stiegen sie wieder auf 15,3 Mrd. US-Dollar. Also auch hier die gleiche Erscheinung.

Die Gesamtkosten für den Krieg erreichten mit 28,8 Mrd. Dollar im Jahr 1969 ihren Höhepunkt. 1970 sanken sie auf 23,1 Mrd. und 1971 auf 15,3 Mrd. Für das Jahr 1972 sind jedoch wieder höhere Ausgaben vorgesehen. Weniger als 1/5 davon wird durch die Saigoner Truppe ausgegeben, d.h. der Krieg wird im wesentlichen ein von den US-Imperialisten finanzierter und geführter Krieg bleiben. (43) Auch hier wird wieder bestätigt, worum es geht.

"Ich werden die US-Streitkräfte in Vietnam auf eine Zahl reduzieren, die das amerikanische Volk akzeptieren wird,und diese Kräfte werden dazu eingesetzt werden, die gegenwärtige Südvietnamesische Regierung für die kommenden Jahre an der Macht zu halten."
'Nixons Erklärung kann ergänzt werden durch seinen "secretary of army", der die Hoffnung der Imperialisten zum Ausdruck bringt als er im Oktober 1969 vor dem Kongress die Einschätzung der US-Regierung bei der Einleitung der Vietnamisierung wiedergibt:

"Die Zeit arbeitet für uns und deshalb glaube ich, daß wenn wir in den USA durch diese periodischen progres-

(39) SZ 14.6.1972
(40) Horlemann/Gäng, Vietnam, Genesis eines Konflikts, ed.Suhrkamp, Nr.173
(41) Antiimperialistisches Informations Bulletin Jan71
(42) SZ v. 11.2.1972
(43) G.Kolko in "Le Monde Diplomatique" vom 31.10.71

siven Truppenabzüge Zeit gewinnen können und das amerikanische Volk etwas mehr Geduld und Entschlossenheit entwickelt hat, wir das hier (den Krieg -HL) zu einem erfolgreichen Abschluß bringen können."

Wie oben gezeigt wurde, hat sich nichts daran geändert, daß der US-Imperialismus erlittene Niederlagen auch weiterhin durch Eskalation seiner völkermörderischen Vernichtungsmaschinerie zu beantworten gedenkt. Er will und kann die imperialistischen Ansprüche nicht aufgeben, Verhandlungsfrieden bedeutet deshalb notwendig stets einen Kompromiss, der die Weiterexistenz eines Marionettenregimes sicherstellen soll. Da die Völker Indochinas das nicht akzeptieren, wird unter "Residual Forces"
die imperialistische Okkupation weiterdauern. Damit wird zudem die Möglichkeit geschaffen, unter dem Vorwand, diese Restarmee vor Angriffen schützen zu müssen, in jedem Augenblick erneut größere Kontingente von amerikanischen Bodentruppen nach Indochina zu bringen. Spätestens nach den Präsidentschaftswahlen ist konkret damit zu rechnen. (44)

Das bisherige Ziel eines militärischen Sieges scheiterte nicht nur an den ständigen Siegen der Befreiungsfronten, Nixon wurde spätestens durch die Veröffentlichung der Pentagon Papiere von dieser Notwendigkeit um die Stimmen der konservativen Wähler für die Wahlen zu gewinnen befreit. Dieses Ziel des militärischen Sieges sollte erreicht werden durch die Strategie der Counterinsurgency, die darauf abzielt, dem "Gegner", den bewaffneten und aktiv Widerstand leistenden Teil der Bevölkerung alles zu nehmen, womit er sich reproduzieren kann, die Menschen, die Verstecke, die Nahrungsmittel, die Tiere. Dabei wurde die Zivilbevölkerung, die bei der Pazifizierung nicht umgebracht wurde, in Konzentrationslager und Gefängnisse oder als Flüchtlinge in die Slums der Städte getrieben. Das nicht kontrollierbare Land wurde zur "Free Fire Zone" erklärt, wo die Imperialisten jetzt davon träumen, alles Leben automatisch vernichten zu können. Aber die Völker Indochinas haben den Aggressoren in jeder einzelnen Phase des Krieges eine vernichtende Niederlage bereitet, am deutlichsten in der Tet Offensive 1968, den Invasionen in Kambodscha und Laos, wo sich auch das Scheitern bereits der ersten Stufe des Vietnamisierungsprogramms zeigte. Die Niederlagen der zahlen- und ausrüstungsmässig weit überlegenen Söldnertruppen sind auch Ausdruck der Zwangsrekrutierung und mangelnden Bereitschaft für die Imperialisten und die Thieu-Clique gegen die Volksarmeen zu kämpfen. Die Überlegenheit der Volksarmeen hat die Imperialisten und ihre Marionettentruppen immer mehr in den Städten eingesperrt, von wo sie ihre Ausfälle unternehmen.
Die Vernichtungs- und Deportationsstrategie hat nun zu einer zunehmenden Verstädterung geführt. Die Einwohnerzahl der Region Saigon zum Beispiel wuchs von 1962 von 2 Millionen auf 4 Millionen 1968, über 2 Millionen leben in den Saigoner Slums und Konzentrationslagern. In ganz Südvietnam lebten, nach Angaben des Vietnam Tribunals (45), von den 18 Millionen Einwohnern Südvietnams 8 Millionen in Lagern. 1969 gab es 4 Millionen Flüchtlinge, davon lebten in der Stadt Saigon 1968 eine halbe Million und 1970 1,3 Millionen.
Das gleiche gilt für Laos, z.B. war die Ebene der Tonkrüge von ca. 150.000 Laoten besiedelt, im Januar 1970 wurden bei einem CIA-Projekt die letzten noch dort überlebenden 30.000 Laoten evakuiert. Bis Februar 1970 wurden ca. 600.000 Laoten zu Flüchtlingen gebombt. Auch in Kamboscha wird die gleiche Strategie verfolgt.

Das bedeutet, daß der entscheidende Kampf in Indochina, der um die Städte,noch geführt werden muß. Zwar deutet alles darauf hin, daß die Befreiungsarmeen jederzeit in der Lage sind, die Städte zu erobern, zumindest im Falle Pnom Penhs und Vientiane, den Hauptstädten Kambodschas und Laos, dürfte daran kein Zweifel bestehn, die brutale Entschlossenheit des Imperialismus, im Falle der Befreiung der Städte auch diese auszuradieren (46), was zahlreiche Städte bereits erfahren mußten, dürfte die Ursache dafür sein, weshalb die Befreiungsarmeen den entscheidenden Kampf um die Städte noch nicht führten. Der entscheidende Kampf muß deshalb auf dem Land und in den Städten gleichzeitig stattfinden, durch den Aufstand auch der städtischen Massen.
US-Beamte fürchten nun bereits, daß es in den Lagern und Slums in und bei Saigon und im Mekong-Delta zu militanten Aufständen kommt. Sie versuchen, erfolglos, mit Programmen wie das im Juli 1971 empfohlene 200-Millionen-US-Dollar-Programm zur Verbesserung der Lebensverhältnisse das Aufbrechen der Widersprüche zu verhindern. Nach Erklärungen eines aus Saigon geflohenen Journalisten ist bis spätestens in einem Jahr mit der Bewaffnung auch der bisher nicht mit der FNL sympathisierenden Bevölkerungsteile zu rechnen.

Auch in den übrigen Ländern SO-Asiens, wo nach dem 2. Weltkrieg die Konterrevolution die Befreiungskräfte liquidieren oder integrieren konnte, hat das Beispiel des ungebrochenen Kampfwillens des vietnamesischen Volkes und der anti-Kriegsbewegung in den Metropolen zu spontanen Protesten unter den Studenten und einem neuen Organisationsprozeß in der linken Opposition ausgehend von den Studenten geführt. In Manila, der Hauptstadt der Philippinen wird zB seit den Demonstrationen von 1970 der Palast Präsident Marcos ständig von 5000 Söldnern bewacht, auch in Malaysia und Thailand wird verstärkt gekämpft, wie die Tagespresse der letzten Wochen berichtet. In Südkorea wurden durch eine Regierungsverordnung die letzten Reste bzw. Anfänge demokratischer Freiheiten durch die Verhängung eines permanenten Ausnahmezustandes liquidiert, "alle Elemente der Unruhe werden ausgeschaltet", so die Erklärung. (47)

Hat sich so zwar einerseits der Widerstand gegen die imperialistischen Mächte und ihre Kompradoren in den Ländern Süd-Ost-Asiens verschärft und verbreitert, so haben die US-Imperialisten darauf mit dem Versuch einer Einheitsfront der imperialistischen Mächte durch stärkere direkte

---

(44) Nach IST sind 1969 in Südost und Ostasien stationiert: in Japan 40.000 US-Soldaten, in Süd-Korea 56.000, Okinawa 45.000, Taiwan 10.000 Philippinen 30.000, Thailand 47.000, Guam 14.000 Pazifische Flotte 250.000

(45) Das Vietnam Tribunal, Erscheinungsjahr 1968

(46) Die Washington Post berichtete z.B. am 21.11.1971 "Letztes Wochenende eroberten die Kommunisten die Bahnstation von Toul Leap (10 Meilen von Pnom Penh) wobei sie ein ganzes kambodschanisches Bataillon aufrieben. Die Bomber und Artillerie fing darauf an zu arbeiten und der Feind wurde vertrieben. Aber es gibt auch keine Stadt mehr."

(47) SZ v. 7.12.1971

militärische und wirtschaftliche Einbeziehung der Satelliten und Organisierung der Kooperation der Marionetten untereinander in der Counterinsurgency gegen ihre Völker reagiert. Da die Widersprüche zwischen den imperialistischen Metropolen jedoch nicht aufgehoben werden können, sondern nur vorübergehende Absprachen möglich sind, die in der nächsten Phase verstärkt wieder aufbrechen, was z.B. bereits jetzt in der Befürchtung des Handelskriegs zwischen Japan und den USA zum Ausdruck kam, und andererseits die Imperialisten notgedrungen als Marionetten nur die reaktionärsten und veränderungsfeindlichsten Schichten der Bevölkerung gewinnen können und so die sozialen Gegensätze sich auch durch Kooperation der Marionetten nicht beheben lassen und sich weiter verschärfen werden, bleibt den Imperialisten als Alternative zum Eingeständnis der Niederlage, was ausgeschlossen ist, nur die Eskalation der Gewalt, des Terrors und der Völkervernichtung.

Die Ölfunde in Süd-Ost-Asien in den letzten Jahren haben den Willen zur Herrschaft um jeden Preis nur weiter bestärkt. Die bereits getätigten Investitionen und die Situation der Rohstoffmärkte läßt die Kontrolle über Süd-Ost-Asien auch als eine "existenzielle" Frage für den Imperialismus erscheinen, insofern als der Verlust eine ungeheure Verschärfung der Widersprüche in und zwischen den imperialistischen Metropolen bedeuten würde.

Die geschilderte Entwicklung zur immer größeren Mordstrategie bedeutet eine immer offenere Aufgabe aller vorgegebenen Werte und Normen bürgerlicher Vorstellungen von Demokratie und Freiheit - wo gerade die jüngste Entwicklung zeigt, daß die Veröffentlichung der Verbrechen, des Bruchs der internationalen Abkommen, der Menschenrechte, UN-Charta etc. und des permanenten Betrugs und der permaneten Lüge gegenüber den eigenen Völkern der Metropolen nicht zu einer Stärkung der Demokratie, sondern zu einer immer offeneren Militarisierung und Faschisierung nach innen geführt haben.

Ein ganz unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Kampf der Völker Indochinas und der Entwicklung der Widersprüche in und zwischen den Metropolen und somit auch der Entwicklung und der Bedingungen für die Entwicklung der Klassenkämpfe in den Metropolen ist somit gegeben.

Daraus ergibt sich die unmittelbare Notwendigkeit der Unterstützung des Kampfes der Völker Indochinas durch die verstärkte Aufklärung und Agitation über den Charakter und Umfang der Verbrechen des Imperialismus, um der Demagogie und den Lügen der Imperialisten entgegenzuwirken und gerade dadurch zu versuchen, breites Bewußtsein über den imperialistischen Charakter des Krieges zu schaffen und Einfluß auszuüben auf die Grenzen der eingesetzten Vernichtungsmittel, die nach kapitalistischer Logik bestimmt sind durch die "sozialen Kosten" für die Herrschaft der Kapitalisten, (wie auch Zitate weiter zeigen) : dadurch, daß die gesellschaftlichen und Klassenwidersprüche sich in den Metropolen so zuspitzen, daß das imperialistische System selbst gefährdet erscheint. Der Imperialismus hat gezeigt, daß er nicht vor der Vernichtung ganzer Völker zurückschreckt und auch nicht vor dem Einsatz von Atomwaffen.

Die intensive Agitation und Aufklärung über den imperialistischen Krieg in Indochina ist deshalb eine Tagesaufgabe für die antiimperialistische Bewegung in den Metropolen, die bei der Arbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen ständig mit einbezogen werden muß und die eine direkte Unterstützung des Kampfes der Völker Indochinas darstellt.

H.L.

Der Weg der ägyptischen Bourgeoisie zur »friedlichen Lösung«

Vorbemerkung

Solidarität mit den arabischen Befreiungsbewegungen!

Der folgende Aufsatz von Sami Khaldun wurde als Referat auf einer Veranstaltung der Antiimperialistischen Woche an der Universität Heidelberg am 24.1.1972 vorgetragen. Genosse Khaldun analysiert hier am Beispiel der Klassenkämpfe in Ägypten die wachsenden Widersprüche, in die sich die arabischen Regimes kleinbürgerlicher Herkunft verwickelt sehen, nachdem sie sich als moderne Form der Herrschaft der Bourgeoisie im arabischen Raum konsolidiert haben. Die herrschenden Cliquen der arabischen Republiken versuchen ihre Macht heute auf doppelte Art zu sichern: durch den Ausbau eines vielfältigen Bündnissystems und durch immer offenere Unterdrückung der Volksmassen.

Bündnisse suchen die Bürokraten, die sich auf die politische Tradition des Nasserismus berufen, in der Zusammenarbeit mit den Supermächten USA und UdSSR (wobei sich das Verhältnis immer mehr zu gunsten des US-Imperialismus verschiebt, dem immer schamloser die Märkte des Nahen Ostens geöffnet werden ...), im Versuch zur "friedlichen Regelung" des Konflikts mit der imperialistischen Agentur Israel , in der engen Zusammenarbeit mit den Horden der arabischen Reaktion Saudi-Arabien und Jordanien, in der "Union Arabischer Republiken", deren erklärter Hauptzweck die Sicherung der jeweiligen Regimes vor Bedrohungen im Inneren ist und in der immer engeren Verschmelzung mit den traditionellen herrschenden Klassen der Kompradoren und Großgrundbesitzer, gegen die der Nasserismus seine Politik des nationalen kapitalistischen Aufbaus ursprünglich durchsetzen mußte.

Hauptzweck dieser Bündnisse ist die Eindämmung und

Unterdrückung der Befreiungsbewegung der arabischen Völker, die einen neuen Aufschwung genommen hat, nachdem die Unfähigkeit der Staatsbourgeoisien zur Lösung der nationalen und ökonomischen Pro bleme der arabischen Unabhängigkeit vom Imperialismus offen zutage getreten ist.

Gen. Khaldun beschreibt die Massenkämpfe in Ägypten, in denen sich der Beginn einer neuen revolutionären Phase ausdrückt. Die Hoffnungen, die diese Kämpfe wec ken, dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Szene zur Zeit noch beherrscht wird von den Schlägen, die die arabische vereinte Reaktion der antiimperialistischen Bewegung versetzt. Erinnert sei an die Massaker an der palästinensisch-jordanischen Widerstandsbewegung im September 1970 und im Juli 1971 und an die Repression, der die demokratische Arbeiter-und Studentenbewegung in Ägypten ausgesetzt ist.

Auch die Repression gegen die sudanesische Arbeiterbewegung im Anschluß an einen Putsch oppositioneller Offiziere gegen Numeiri muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. Denn unabhängig von den machtpolitischen Interessen, die die sowjetische Führung mit der Unterstützung des Putsches verfolgen wollte, und unabhängig vom revisionistischen Charakter eines Teils der sudanesischen KP-Führung, bedeutet die physische Liquidierung der antiimperialistischen und demokratischen Massenbewegung, zu der der Offiziersputsch den Vorwand bot, eine Verschiebung des Kräftegleichgewichts zugunsten der Bourgeoisie, gegen deren "nationale Einheits"-Bestrebungen sich die Politik der KP des Sudans vor allem richtete, und zum Nachteil der nationalen Befreiungsbewegung. Das deutete sich im Jubel des Kommunistenfressers Ghaddafi über das Massaker im Sudan an und erweist sich heute bereits im gemeinsamen Vorgehen des von israelischen und amerikanischen Beratern unterstützten äthiopischen und des von sowjetischen Beratern unterstützten sudanesischen Regimes gegen die nationale Befreiungsbewegung in Erithrea.
Bis heute hat die Neubelebung des antiimperialistischen Widerstands vor allem ein Schließen der Reihen der arabischen Bourgeoisien und Reaktion bewirkt. Die palästinensisch-jordanische Widerstandsbewegung als Vorreiterin der arabischen nationalen Befreiung soll entweder korrumpiert oder zerschlagen werden. Nach ihrer Schwächung in Jordanien wird vor allem die Demokratische Volksfront Palästinas FPDLP systematisch Schikanen und Verfolgungen auch in den arabischen Republiken ausgesetzt. Damit soll eine Organisation unterdrückt werden, die als einzige unter den palästinensischen Organisationen in der Lage ist, das Versagen der arabischen Regimes im antiimperialistischen Kampf aus ihrem Klassencharakter zu erklären, und die arabischen Massen in einen konsequenten Kampf gegen die Kapitulanten zu führen. Systematisch wird versucht, die FPDLP von ihren Verbindungen mit den Massen und von ihren materiellen Reproduktionsmöglichkeiten abzuschneiden. So wurden z. B. kleine Läden und Manufakturen, die die FPDLP zur Sicherung einer ständigen Finanzierung ihrer Arbeit eingerichtet hatte, in mehreren arabischen Staaten, darunter Syrien, "verstaatlicht", während gleichzeitig die Wirtschaft dieser Länder in großem Umfang ausländischem Kapital neu eröffnet wird.
All diese Repressalien haben dazu geführt, daß die FPDLP in eine ernste Notlage geraten ist, die ihre gesamte Propaganda-und Agitationsarbeit gefährdet.
Das Sozialistische Palästinakomitee Heidelberg hat deshalb in Nr. 13 seiner Zeitschrift AL-DJABHA/DIE FRONT einen Aufruf zur Unterstützung der Demokratischen Volksfront veröffentlicht. Genosse Taysir Al-Khalid stellt in diesem Aufruf fest:" Gerade in der Phase, in der sich die Konterrevolution auszubreiten versucht, ist jede Unterstützung der Befreiungsbewegungen eine internationalistische Pflicht."
Das Sozialistische Palästinakomitee wird im kommenden April in Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Gruppe (NRF) und der Kommunistischen Hochschulgruppe (NRF) eine Kampagne auf nationaler Ebene zur Unterstützung der Demokratischen Volksfront einzuleiten versuchen. Wir fordern die demokratischen und kommunistischen Organisationen in der BRD schon jetzt auf, diese Kampagne zu unterstützen, Kontakt mit uns aufzunehmen und eigene Initiativen zu ergreifen. Spenden zugunsten der Demokratischen Volksfront können auf das Konto 5012 der Heidelberger Volksbank (AL-DJABHA) überwiesen werden.

Red.

Die kleinbürgerlichen Initiatoren und Führer der Revolution vom Juli 1952 in Ägypten hatten mit wenigen Ausnahmen keinen politischen Parteien angehört. Sie handelten ohne eine entwickelte Theorie und waren an keine damals bestehende Organisation gebunden, außer an ihre eigene, den Bund der "Freien Offiziere". Sie glaubten unparteilich zu sein und stellvertretend für das gesamte ägyptische Volk zu handeln. Sie fühlten sich dazu berufen, alle inneren und äußeren Feinde dieses Volkes zu liquidieren. Sie standen nicht nur der britischen Kolonialmacht, der herrschenden Feudalklasse mit der Königsfamilie an der Spitze und, wenn auch in einer milderen Form, der nationalen Bourgeoisie feindlich gegenüber, sondern auch allen politischen Parteien und Organisationen, die an der Spitze der nationalen Befreiungsbewegung zwischen 1946 und 1952 gestanden hatten. Zu dieser letzteren Gruppe gehörten auch die fortschrittlichen Intellektuellen und das Industrieproletariat. Die neuen Machthaber glaubten an sich selbst und an den Mythos vom "Volk", und sie sympathisierten mit dem ausländischen Kapital, vornehmlich mit dem amerikanischen, von dem sie eine massive Unterstützung beim Aufbau des "neuen" Ägypten erhofften.

Für diese politische Orientierung sind die ersten Maßnahmen des neuen Regimes charakteristisch: drei Tage nach dem Staatsstreich wurde König Farouk abgesetzt; vier Tage danach am 30. Juli, wurde der zulässige Anteil des ausländischen Kapitals an allen Neuinvestitionen, der durch die Saadisten-Partei, die Partei der nationalen Bourgeoisie, im Jahre 1947 auf 49% festgesetzt worden war, auf 51 % heraufgesetzt; zwei Wochen später, am 13. August, erfolgte der erste blutige Schlag des neuen Regimes, nicht gegen die Kolonialisten, Feudalherren oder Kapitalisten, sondern gegen zwei Arbeiter der Texilwerke von Kafr El-Dawwar, Mustafa Khamis und Mohammad Hassan El-Bakari, die während eines Streiks und einer Massenkundgebung die Forderung der versammelten Arbeiter und Bauern nach einer echten sozialen Volksrevolution und nach echten demokratischen Freiheiten stellten. Sie wurden verhaftet, vor ein Militärtribunal gestellt, und gleich am nächsten Tag als "Vaterlandsverräter" und "Agenten" des israelischen Geheimdienstes hin-

gerichtet. Am 9. September erfolgte mit dem Gesetz über die "Agrarreform" ein friedlicher Schlag gegen die Großgrundbesitzer. Ebenfalls friedlich wurden die politischen Parteien am 16. Januar 1953 aufgelöst. Und auf dem friedlichen Weg der Verhandlungen einigte sich das neue Regime im Januar 1954 mit Großbritannien auf den Abzug der britischen Truppen und unterstützte währenddessen eine Partisanenbewegung in der Kanalzone, um eine stärkere Verhandlungsposition zu gewinnen.

Zwischen 1952 und 1954 versuchten alle politischen Kräfte, von den Moslem-Brüdern bis zu den Kommunisten, die Etablierung einer Militärdiktatur zu verhindern. Durch ihre organisatorische Festigkeit und ihre terroristischen Methoden war die Moslem-Bruderschaft die stärkste Gefahr für das neue Regime. Sie gingen gegen Polizisten militant vor und initiierten Zusammenstöße mit Kommunisten. Als sie ein Attentat auf Nasser versuchten, nutzte das Regime unverzüglich die Gelegenheit, um ihre Liquidierung einzuleiten. Ihre Organisation wurde aufgelöst und sechs ihrer Führer wurden hingerichtet. Zuvor waren die Kommunisten verhaftet und ihre Presseorgane beschlagnahmt worden. Mit der Zerschlagung der "Extremisten" von rechts und links glaubte das Regime nun, der Beweis für seine Klassenneutralität und Überparteilichekeit geliefert zu haben. Die nationale Befreiungsbewegung, die 1946 wieder ausgebrochen war, einige demokratische Freiheiten erzwungen und die besitzende Klasse in die Enge getrieben hatte und in der die Gewerkschaften und das marxistisch orientierte "Nationalkommitee der Arbeiter und Studenten" bei der Organisierung der Massenaktionen und bei der Formulierung der politischen und sozialen Forderungen eine zunehmend beherrschende Rolle gespielt hatten, konnte erst am Ende des Jahres 1954 liquidiert werden.

Die Sympathien der USA und - wenn auch mit einigem Mißtrauen - der nationalen Bourgeoisie für das neue Regime waren von Anfang an offensichtlich. Die USA übernahmen im Weltmaßstab die Führungsrolle im imperialistischen Lager und waren nicht nur an der Verdrängung des britischen Einflusses, sondern auch an der Ablösung der veralteten Herrschaftsverhältnisse interessiert, die einerseits an die britischen Kapitalinteressen gebunden und andererseits unfähig waren, der Verbreitung kommunistischer Ideen und dem zunehmenden Einfluß revolutionär-proletarischer und demokratischer Organisationen entgegenzuwirken. General Nagib, der erste Vorsitzende des Revolutionsrates, betonte nach seiner Absetzung durch Nasser in seinen Memoiren den gemeinsamen Glauben, der ihn mit Nasser verband, "den gemeinsamen Glauben an die ägyptische Revolution, deren Ziel die Beseitigung der Ursachen für den Kommunismus war." Die Notwendigkeit der Agrarreform wurde von Saied Mariy, dem Landwirtschaftsminister im Revolutionskabinett, ebenfalls mit dem Hinweis auf die Gefahr des Kommunismus begründet, u.z. in Übereinstimmung mit einer Empfehlung, die ein amerikanisches Komitee im März 1951 an die Entwicklungsländer gerichtet hatte. Darin hieß es: " Die Agrarreform in den Entwicklungsländern muß unterstützt werden... In bestimmten Ländern dürfte es unmöglich sein, Hunger und Sozialismus anders als mit einer Lamdreform zu bekämpfen."

Die nationale Bourgeoisie hatte sich im Kampf mit dem britischen Imperialismus und mit den herrschenden feudalen und halbfeudalen Klassen entwickelt. Trotz der sprunghaften Entwicklung der nationalen Industrie während und nach dem zweiten Weltkrieg vermochte die nationale Bourgeoisie nicht, die Basis für eine umfassende Industrialisierung des Landes zu errichten. Sie strebte ausschließlich nach der Erweiterung ihrer bereits vorhandenen Unternehmen. Die Folge war eine monopolistische Entwicklung, die einer umfassenden Industrialisierung im Wege stand. Dies brachte sie nach dem Staatsstreich auch allmählich in den Gegensatz zum neuen Revolutionsregime, das seinerseits die umfassende Industrialisierung in der bürgerlich-ökonomischen Kategorie des Aufbaus einer "Schwerindustrie" begriff und bis heute noch begreift. Diese Vorstellung war weniger durch den Willen zur revolutionären Umwälzung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse des ägyptischen Volkes motiviert, sondern vielmehr durch den kleinbürgerlich-chauvinistischen Traum von einem zivilisierten Industrieland, in dem die wirklichen Probleme der Massen nicht gelöst sondern verdeckt werden. Die nationale Bourgeoisie verhielt sich zum neuen Revolutionsregime abwartend, aber nicht feindlich. Einen Tag vor dem Staatsstreich erschien ein Presseorgan, die Tageszeitung "Al-Akhbar" mit einer Großaufnahme eines ihrer prominentesten Vertreter, Hussein Sirri, und der schreienden Aufschrift: "Wir brauchen eine starke Regierung, die wieder Ruhe und Ordnung bringt - Wir sind diese Regierung nicht - Wir brauchen eine neue politische Kraft."

Die Lage des Volkes unter dem Nasserismus

Die Nachricht vom Staatsstreich wurde im ganzen Land mit stürmischer Begeisterung empfangen. Die ersten Schritte des neuen Regimes schienen auf die Beseitigung der Symbole der Unterdrückung abzuzielen. Die Absetzung Farouks, die Abschaffung der Titel Pascha, Bey, seine Hoheit u.ä. und die Ankündigung der Agrarreform ließen die "Freien Offiziere" als revolutionäre Patrioten erscheinen, die ihr Leben für die Beseitigung der jahrhunderte alten Unterdrückung, für die Befreiung ihres Volkes vom Joch der Kolonialisten und der Feudalherren einsetzten. Die Massen, vor allem die des Landproletariats und der armen Bauern, hatten jedoch keine politische Organisation, die dem neuen Regime eine revolutionäre, an den Bedürfnissen der unterdrückten Massen orientierte Linie hätte verleihen oder gar die Macht an sich reißen können. Sie waren zuvor von der Wafd-Partei enttäuscht und von den Kommunisten im Stich gelassen worden, eine Tatsache, die die Kommunisten selbst zur Isolation und schließlich zum ideologischen und organisatorischen Bankrott verurteilen sollte. Als die Gewerkschaften zum Streik in Kafr El-Dawwar aufriefen, solidarisierten sich die armen Bauern und das Landproletariat spontan mit den Arbeitern. Das darauf von den Machthabern veranstaltete Massaker sollte die Industriearbeiter und die unterdrückten Dorfmassen einschüchtern und zugleich die organisierten Arbeiter von der breiten Masse des Volkes isolieren. Von der darauffolgenden Konfrontation des neuen Regimes mit den Arbeitern und Studenten, die sich auf die Städte konzentrierte und das städtische Kleinbürgertum erfaßte, blieben die Massen der armen Bauern und des Landproletariats weitgehend unberührt. In ihrem Kampf gegen die Feudalherren, die ihre Hochburgen auf dem Land hatten, blieben sie sich selbst und einer korrupten Bürokratie überlassen, die mit der Durchführung der Agrarreform beauftragt war. Die Verteilung von 645 642 Feddan (1 Feddan = 0,4201 ha), die gegen hohe Entschädigungssummen "enteignet" wurden, auf 226 000 landlose Bauernfamilien, die den Kaufwert an den Staat in einem Zeitraum von 30 Jahren mit einem jährlichen Zinssatz von 3% und einem zu-

sätzlichen Zinssatz von 15% auf den Gesamtwert ableisten sollten, aber noch mehr die außenpolitischen Erfolge des neuen Regimes seit 1955, vor allem die Verstaatlichung des Suez-Kanals im Juli 1956, drängten die proletarischen Dorfmassen und die armen Bauern, aber auch allmählich die Arbeiter und das städtische Kleinbürgertum in die Rolle eines politischen Publikums und damit in eine politische Passivität, die praktisch bis zur Niederlage vom 5. Juni 1967 dauerte.

In dieser Periode entwickelte sich das, was von den bürgerlichen Ökonomen als "sozialistische" Entwicklungsplanung und von den Revisionisten als "nicht kapitalistischer" Entwicklungsweg bezeichnet wird. Wir können von der Phase der "Staatsbourgeoisie" oder des "Nasserismus" sprechen. Eine ausführliche Behandlung der Entwicklung dieser Phase würde zu weit führen. Daher beschränken wir uns auf die Erörterung ihrer Hauptaspekte, die für das Verständnis der gegenwärtigen Situation unerläßlich sind.

Die größte Masse der Bevölkerung, etwa drei Millionen Kleinbauern mit weniger als fünf Feddan Besitz pro Familie, von denen etwa zwei Millionen weniger als ein Feddan besitzen, und daher ihre Arbeitskraft zusätzlich verkaufen müssen, um ihr Existenzminimum zu sichern, die also dem Halbproletariat zugerechnet werden müssen, und 15 Millionen besitzlose Landarbeiter blieben vom gesamten Entwicklungsprozeß unberührt. Noch mehr: das pro Kopf Einkommen der letzteren Klasse, das zwischen 1914 und 1958 von 6,7 auf 3,5 Pfund im Monat gesunken war, blieb auch nach der zweiten Agrarreform von 1961 und nach dem zweiten Fünfjahresplan im Jahr 1965 bei 3,5 Pfund stehen. Weder die Industrialisierungspläne noch die Agrarreformen vermochten also die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen von 72% der Gesamtbevölkerung Ägyptens aufzuhalten.

Es gibt auch keine Anzeichen dafür, daß das pro Kopf Einkommen der oberen Schicht der Großgrundbesitzer (über 20 Feddan), die 1% der Landbevölkerung ausmachen, zurückgegangen wäre. Es war zwichen 1914 und 1958 von 470 auf 773,3 Pfund gestiegen und erreichte 1960 die Höhe von 790. Die Besitz- und Einkommensverhältnisse der mittleren Landbourgeoisie, der Familien mit einem Besitz zwischen 5 und 20 Feddan verzeichnen nur eine geringfügige Steigerung. Diese Klasse macht heute 15% der Landbevölkerung aus, während ihr Anteil zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung im Jahr 1914 53% betragen hatte. Der Anteil der versteckten Arbeitslosen wird in der Landbevölkerung auf 47% geschätzt, der registrierten Arbeitslosen in der städtischen Bevölkerung mit 37% angegeben. Damit sind 42% der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung praktisch arbeitslos oder unproduktiv. Die Hälfte der Gesamtwerte der landwirtschaftlichen Produktion, die von 17 bis 18 Millionen Landarbeitern und armen Bauern produziert werden, wird nach wie vor von etwa 150 000 Großgrundbesitzern legal oder illegal angeeignet.

Das Schwergewicht der Industrialisierung liegt nach wie vor und entgegen allen erklärten "sozialistischen" Vorsätzen des Regimes auf der Produktion von Konsumgütern, die nur dem Konsumbedarf der wohlhabenden Schichten der Bourgeoisie, der oberen Staatsbeamten und der Landaristokratie dienen. Dieser Sektor machte 78% aller Investitionen im industriellen Investitionsplan des Jahres 1965 aus. Trotz aller Industrieprojekte lag die Zahl der Industriearbeiter Ende 1971 noch unter einer Million. Damit machen die Industriearbeiter lediglich 10% aller registrierten Beschäftigten aus.

Dagegen sind im parasitären Sektor des Staatsdienstes und der anderen Dienstleistungen 32% beschäftigt, die 44,6% des Nationaleinkommens verschlingen (Statistik von 1964/65). Über die Verteilung dieses den unmittelbaren Produzenten enteigneten Reichtums auf die verschiedenen Schichten dieses Sektors im einzelnen schweigen die Statistiken. 1958 betrug das Durchschnittseinkommen pro Kopf der städtischen, d.h. der industriellen Bourgeoisie 845,8 Pfund im Monat. Sie machten drei Prozent der städtischen Bevölkerung aus, und ihre Profite betrugen 34% des nichtagrarischen Einkommens. Seit 1958 schweigen die Statistiken hier ebenfalls über die weitere Entwicklung. Es darf angenommen werden, daß mit den Verstaatlichungsgesetzen von 1961 und 1963 der Widerspruch zwischen der Staatsbourgeoisie und der Kapitalistenklasse sich zugespitzt hat, wenngleich der neue Weg des Akkumulationsprozesses sie in ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis gebracht hat, und daß dieser Widerspruch im wesentlichen ein Konkurrenzkampf ist, ein Kampf um politische Machtpositionen und zugleich um verschiedene Legitimationsformen der Bereicherung, d.h. der Aneignung des gesellschaftlich produzierten Mehrwerts. Darauf werden wir noch zurückkommen.

"Arabischer Sozialismus"

Der nasseristische Staat bezeichnete sich selbst als sozialistischen. Seine Ideologen waren sich nicht ganz einig in der Frage, ob es in Ägypten überhaupt Unterschiede zwischen verschiedenen Klassen gäbe. Nasser selbst sprach ständig von der Hauptaufgabe der ägyptischen Revolution, die Unterschiede zwischen den Klassen zu "verschmelzen". Der militante antikommunistische Flügel, zu dessen Hauptexponenten Abdel Kader Hatem, der jetzige erste Vizepremier und Minister für Information und Volksbildung, und Anwar El Sadat, der jetzage Staatspräsident gehören, konnte an sich die entgegengesetzte Ansicht nie offen aussprechen, denn sonst würde er den Sinn für die "soziale Revolution", mit der das neue Regime seine Herrschaft legitimierte, in Frage stellen. Er bezeichnete Ägypten als eine "Familie", griff die Klassentheorie des "marxistischen Sozialismus" an, die die Existenz Gottes leugnet und das Privateigentum bekämpft, griff auch die "kommunistischen Experimente" an, die "ganze Generationen mit brutalem und unzeitgemäßen Methoden" geopfert hätten und stellte diesem "kommunistischen" Konzept den "arabischen Sozialismus" entgegen, der die höchsten kulturellen Werte, Gott und das Privateigentum respektiert und schützt. Hatem, in dessen Hände heute sämtliche Kommunikationsmedien, Verlagshäuser und alles öffentlich Gesagte in Wort, Ton und Bild befindet, schrieb 1959 ein Buch "Über die sozialistische Theorie", in dem er, so die Einleitung, diejenigen von ihren Irrtümern erlösen wollte, die glaubten, daß Marx, der geborene Jude, der wahre Begründer des Sozialismus sei. Sadat war derjenige, der 1958 das Ultimatum an die Kommunisten richtete mit der Aufforderung, die gerade gebildete einheitliche "Kommunistische Partei Ägyptens" unverzüglich wieder aufzulösen und sich in die "Nationale Union" aufzulösen. Auf die Ablehnung durch die Mehrheit der Kommunisten folgte ihre Verhaftung. Sie saßen

von 1959 bis 1964 in den Konzentrationslagern. Als Staatspräsident erklärte Sadat in seiner Rede am 1. Mai 1971 in Heluan, das ägyptische Volk, auf das er vor der ganzen Welt stolz sei, sei eine einzige große Familie. Gott habe immer diese Familie gesegnet, denn er schenkt ihr immer mehr Erdöl und reichere Ernte. Er versprach jedem Mitglied dieser Familie eine Altersrente; das Gesetz darüber habe er bereits ausgearbeitet. Am 23. Juli drohte er in seiner Rede vor dem Kongreß der ASU, er werde, solange er lebe, keinen "Klassenhaß" dulden und forderte die Versammelten auf, auch nach seinem Tod an diesem Prinzip festzuhalten.

Die Repressalien des nasseristischen Regimes gegen die Kommunisten waren nur unter der Bedingung möglich, daß diese von den Arbeitern und den armen Bauern isoliert waren. Gegen die Arbeiter mußte das Regime andere Methoden anwenden. Nach dem Massaker von Kafr El-Dawwar vom August 1952 solidarisierten sich die Arbeiter und Studenten und veranstalteten fast täglich Demonstrationen und Kundgebungen, in denen Nasser, der einmal zufällig durch die Menge fuhr aufgehalten und beschimpft und Abdel Latif Boghdadi sogar verprügelt wurde. Wegen ihrer Isolation von der Landbevölkerung waren jedoch diese Aktionen zum Scheitern verurteilt. Doch dem Regime wurde eine Lektion erteilt, aus der es bald die Konsequenzen zog. Es verfolgte eine zweigleisige Linie zur Liquidierung der Arbeiterbewegung: Auf der einen Seite versuchte es, die Gewerkschaften unter seine Kontrolle zu bringen und damit ihre organisatorische und ideologische Selbständigkeit zu unterminieren; zum anderen machte ihnen das Regime einige Zugeständnisse, die allerdings immer an die Bedingung geknüpft waren, die Forderung nach dem Streikrecht zurückzustecken. Die Zugeständnisse begannen bereits im Dezember 1952 als die Regierung die Kollektivverträge in den Betrieben einführte, der Bildung von Schlichtungs- und Schiedskomittees, die vornehmlich die willkürliche Entlassung von Arbeitern verhindern sollten, zustimmte und den Landarbeitern die Bildung von Gewerkschaften erlaubte. Die Landarbeiter sollten damit offensichtlich zersplittert und über die zahlreichen gewerkschaftlichen "Sektionen", die auf Dorfebenen errichtet wurde, systematisch kontrolliert werden. Wegen ihres tief verwurzelten Mißtrauens gegenüber jeder staatlichen Initiative blieben die Landarbeiter diesen "Sektionen" fern. Bis 1965 gab es 4089 solcher Sektionen mit nicht mehr als 367 655 Mitgliedern (etwa 2% der Landarbeiter).

Die Zugeständnisse an die Arbeiter erreichten in den Jahren 1961/62 ihren Höhepunkt, gleichzeitig mit der Verstaatlichungswelle. Sie sollten 25% der erzielten Gewinne in jedem Betrieb erhalten, wovon allerdings nur 10% an sie ausbezahlt und die restlichen 15% für soziale Leistungen verwendet werden sollten. Die wöchentlichen Arbeitsstunden wurden auf 42 herabgesetzt. Ein weiteres Gesetz sicherte den Arbeitern und den Angestellten je einen Sitz im Verwaltungsrat, der allerdings aus (nur) 7 Mitgliedern bestehen durfte.

Eine Sozialversicherung für Krankheit und Arbeitsunfähigkeit wurde eingeführt. Schließlich sicherte die "Nationalcharta" den Arbeitern und Bauern mindestens die Hälfte aller Sitze in den gesetzgebenden Organen des Staates zu. Die Wirklichkeit über die Duchführung dieser Gesetze brachten die Arbeiter selbst unmittelbar nach der Verkündung des ersten Gesetzes ans Tageslicht. Es waren wiederum die Arbeiter von Kafr El-Dawar, die selbst die Verteilung der Arbeitsstunden organisierten und nach sieben Stunden pünktlich Feierabend machten. Als die Polizei einrückte, setzten sie eine Werkshalle in Brand. Die Regierung reagierte diesmal mit einer behutsamen Besänftigung, mit weiteren Versprechen und mit langwierigen Diskussionen mit den Arbeitern über die Notwendigkeit der nationalen Einheit. Dies war der erste Zusammenstoß mit dem Regime seit 1952.

Diese Reihenfolge in der Haltung der Arbeiter zum Regime verdient eine besondere Beachtung. Denn als sie all diese Rechte nicht hatten, war ihre Haltung zum Regime offensichtlich positiv. Seit der Verstaatlichung des Suezkanals im Juli 1956 bis zur Gründung der VAR im Jahr 1958 stand das Regime in einem offenen Kampf gegen den Imperialismus. Die Arbeiter waren also nicht passiv, sondern sie solidarisierten sich mit dem antiimperialistischen Regime. Sie gaben dem antiimperialistischen Kampf den absoluten Vorrang vor ihren eigenen Interessen und bewiesen damit, daß sie die ersten sind, die die nationale Einheit mit aller Kraft unterstützen, wenn sie wirklich und nicht nur demagogisch dem Kampf gegen den Imperialismus dient. Das Bezeichnende an der neuen Aktion von Kaffr El-Dawwar ist die Tatsache, daß die Arbeiter sich nicht von den massiven Zugeständnissen der Regierung täuschen ließen, sondern, daß die Verfolgung der Kommunisten, die Auflösung ihrer Organisationen und die gewaltsame Vereinheitlichung der Gewerkschaftsorganisation unter staatlicher Kontrolle in Ägypten und Syrien seit 1959 den antikommunistischen, d.h. den grundsätzlich arbeiterfeindlichen Charakter des Regimes enthüllt hatten und daß die Arbeiter die erste Gelegenheit wahrnahmen, um ihre Solidarität mit den verfolgten und verhafteten Kommunisten, ihren Protest gegen den Antikommunismus des Regimes und zugleich ihre Kampfentschlossenheit zu demonstrieren, ungeachtet der Tatsache, daß diese Gelegenheit selbst ein umfangreiches Paket von sozialen und ökonomischen Verbesserungen ihrer eigenen Lage war.

Auf die weitere Entwicklung des Verhältnisses der Arbeiterklasse zum Regime kommen wir gleich zurück. Wir wollen zunächst festhalten, daß die Industrialisierungspläne der Regierung die Probleme des Volkes nicht gelöst und an den Besitzverhältnissen nichts geändert haben, daß die Arbeiterklasse dennoch sich mit dem Regime in seiner Konfrontation mit dem Imperialismus solidarisierte und die nationale Einheit bewahrte, daß sie nach der Selbstentlarvung des Regimes während der Vereinigung mit Syrien sich von ihm wieder abwendete und daß das Regime aber jene nationale Einheit ausnutzte, um die Arbeiterbewegung zu liquidieren und das Proletariat von den breiten Massen des Volkes zu isolieren. Hierauf ist auch die Tatsache zurückzuführen, daß die spontanen Protestaktionen der Arbeiter und Studenten bis zur Niederlage von 1967, vor allen ein blutiger Zusammenstoß mit den Behörden in Dumiat und ein Streik in Port-Said im Jahr 1965, wirkungslos blieben.

WIDERSPRÜCHE IN DER ÄGYPTISCHEN BOURGEOISIE

In der Phase des "Nasserismus" bildete sich die Klasse, die wir heute Staatsbourgeoisie nennen. Es handelt sich hauptsächlich um die Gruppe der "Freien Offiziere" und eine Schicht der oberen Staatsbeamten und Militärs, zu denen allmählich eine Gruppe von fachqualifizierten Technokraten und Managern hinzukam. Die Entwicklung dieser Gruppen zur "Staatsbourgeoisie" vollzog sich mit

der Bildung des " öffentlichen Sektors", der die zwischen 1956 und 1963 verstaatlichten Betriebe, Banken, Handels- und Versicherungsgesellschaften umfasst. Ökonomisch gesehen folgt dieser Prozess den Gesetzen der kapitalistischen Akkumulation: Das Kapital haftet nicht bedingungslos an denjenigen, die es besitzen, sondern pflegt immer dorthin zu wandern, wo seine Akkumulation gesicherter ist. Die nationale Bourgeoisie stand auf Grund ihres Monopols sich selbst und der weiteren ökonomischen Entwicklung des Landes im Weg. Eine Gruppe von Kleinbürgern, die von ihrem Klassenstandpunkt aus im Widerspruch zu den imperialistische und den nationalen Kapitalisten steht, die aber in ihren Zielvorstellungen am kapitalistischen Entwicklungsweg der westlichen Gesellschaften orientiert ist, " enteignet " die Monopol besitzenden Klassen. Da sie dies mit Hilfe des Staatsapparates tut, den sie zuvor mit militärischer Gewalt erobert hatte, nennt sie es " Verstaatlichung " und suggeriert damit in ihrer demagogischen Sprache das Mittel als Zweck. Sie gerät daraufhin in einen offenen Konflikt mit dem Imperialismus und der nationalen Bourgeoisie, den sie nur mit Hilfe der antiimperialistischen und antikapitalistischen Massen überstehen kann, deren Ausbeutung sie jedoch nicht aufheben, sondern in die eigene Hand nehmen wollte. Sie gewinnt die Unterstützung einer " sozialistischen " Großmacht, der Sowjetunion, die ihr nicht nur den Rükken in ihrem Konflikt mit dem Imperialismus deckt, sondern ihr auch die revolutionären wirklichen oder potentiellen Kader der Massen neutralisieren hilft. Sie nimmt den Massen jede politische Initiative und alle demokratischen Freiheiten, aber die Massen bleiben eine ungeheuere und unberechenbare Kraft, die zwar ohne führende revolutionäre Organisation ist und nicht im einzelnen ihren Weg zur Selbstbefreiung sieht, die aber täglich am eigenen Leib erfährt, was Ausbeutung und Imperialismus sind. Die neue Bourgeoisie, von den Massen isoliert und verhaßt, bricht vor der ersten imperialistischen Gegenoffensive zusammen. Die Massen greifen zur Aktion und versuchen, die Fortsetzung des Kampfes zu erzwingen. Doch die neue Bourgeoisie fürchtet sich gerade vor diesen Massen. Sie sucht daher die Versöhnung mit dem Sieger.

Das ist, kurz, der Weg der ägyptischen Bourgeoisie zur " friedlichen Lösung ". Die Frage, ob der Widerspruch mit Israel und dem Imperialismus gelöst werden muß durch einen revolutionären Krieg, d.h., ob er ein antagonistischer Hauptwiderspruch ist, oder mit friedlichen Mitteln, d.h. ob er ein nicht antagonistischer Nebenwiderspruch ist, ist längst keine Streitfrage über die richtige oder die falsche Taktik im Kampf gegen den Imperialismus. Sie ist das Schlachtfeld geworden, auf dem das Lager der Imperialisten und die herrschende Klasse auf der einen Seite und die revolutionären, ausgebeuteten Massen auf der anderen Seite sich feindlich und unversöhnlich gegenüberstehen.

Für das Verständnis der gegenwärtigen Ereignisse ist zunächst eine Analyse der verschiedenen Gruppen innerhalb der ägyptischen Bourgeoisie erforderlich, die natürlich in diesem Rahmen nicht ausführlich sein kann.

Die oben genannten Gruppen, die die Staatsbourgeoisie bilden, sind ursprünglich keine Besitzer von Produktionsmitteln, keine Kapitalisten. Sie lösten aber, nachdem sie an die Macht gekommen waren, auch stellvertretend für die nationale Bourgeoisie gewaltige Probleme, die diese nicht lösen konnte: sie liquidierten die Herrschaft der alten Feudalklasse ; sie liquidierten alle die nationale Befreiungsbewegung tragenden politischen Gruppen und Organisationen; sie verdrängten den erdrückenden Einfluß der britischen Kolonialbourgeoisie ; sie verwandelten durch die Ausstrahlung ihrer Bewegung in der arabischen Welt die alte Hoffnung der nationalen Bourgeoisie, den arabischen Markt zu erobern, in eine mögliche und allmählich auch beginnende Wirklichkeit; und sie zerbrachen die einseitige Abhängigkeit Ägyptens vom westlichen imperialistischen Markt durch intensive Beziehungen zu den sozialistischen Staaten. Sie reagierten auf die Versuche des westlichen Imperialismus, sie in seine Einflußsphäre zu bringen, mit Kredit- und Rüstungsabkommen mit dem Osten und sicherten Ägypten so eine weitgehend unabhängige und starke Position.

Aber sie waren nicht am sozialistischen, sondern am kapitalistischen Entwicklungsweg orientiert. Sie wollten sich nicht vom imperialistischen Weltmarkt lösen, sondern sich in ihm eine stärkere Position schaffen. Mit anderen Worten: sie wollten auf einem Entwicklungs-Umweg in den imperialistischen Weltmarkt zurückkehren.

Die Geschichte des Betriebsverfassungsgesetzes - Geschichte der Unterdrückung der Arbeiterklasse

Erschwerter Kampf für die Interessen der Arbeiter und Angestellten im Betrieb unter den Bedingungen des neuen Betriebsverfassungsgesetzes

Inhalt

Gesetzestexte (neues und altes BetrVG)

Broschüre 7o Seiten

Preis DM 2.--

Erhältlich bei

Vertrieb der KG(NRF) MA/HD

Hans Walla,

69 Heidelberg

Karlstr.22

Aber das Wesentliche an der Staatsbourgeoisie ist ihr besonderes Verhältnis zum Produktionsprozess. Ihre Abhängigkeit von den Auslandskrediten wuchs ständig in dem Maß, in dem sich ihr Entwicklungsweg als unfähig erwies, die nationalen Reichtümer sinnvoll zu nutzen und die Produktivkräfte zu entfalten. Sie baute mit Hilfe dieser Kredite und auf der Basis der verstaatlichten Betriebe einen Produktionssektor auf und tritt den Arbeitern dieses Sektors faktisch als eine Kapitalistenklasse entgegen. Sie eignet sich den von den Arbeitern produzierten Mehrwert an, aber mit neuen Methoden, die einiges gemeinsam haben mit den Mitteln der ursprünglichen Akkumulation.

Die Staatsbourgeoisie eignet sich den Mehrwert mit legalen und illegalen Mitteln an. Sie setzt selbst die Höhe ihrer Gehälter und Prämien und Zuschläge fest, sie haust in luxuriösen Dienstvillen oder - Wohnungen, sie benutzt luxuriöse Dienstautos, fast immer mit Chauffeur, sie läßt all ihre Urlaubsreisen in Europa und Amerika als Geschäftsreisen finanzieren, das sind nur einige bekannte Beispiele. Darüber hinaus sind Bestechungen und Unterschlagungen keine seltenen Fälle. Die Öffentlichkeit wurde häufig erregt über geheimnisvolle Reichtümer und Unterschlagungsaffären einiger der prominentesten Vertreter des Regimes, die dann, um das Volk zu beruhigen und schnell die Affären vergessen zu machen, vorübergehend verhaftet wurden, oder einfach sang- und klanglos von der politischen Bühne verschwanden. Zu ihnen gehört Abdel Kader Hatem, der jetzige erste Vizepremier und Minister für Information und Volksbildung, der das erste riesige Neulandgewinnungsprojekt, das "Tahrir-Projekt", im Jahr 1953 leitete und fast das gesamte Budget des Projekts verschwinden ließ. Zu ihnen gehören auch Ahmad Hassan Elbakuri, Abdel Latif El-Boghdadi, El-Lethi Abdel Nasser (der Bruder von Nasser) und später auch in einem noch ungeklärten Fall Ali Sabri.

Die Staatsbourgeoisie kann darüber hinaus den Investitionsplan in die Richtung lenken, wo Waren produziert werden, die hauptsächlich ihren Konsumbedürfnissen dienen. Sie dient damit auch den Konsuminteressen aller wohlhabenden Klassen einschließlich ihrer Herkunftsklasse, der oberen Schichten der Kleinbourgeoisie . Aus diesen Klassen setzt sich auch in ihren Begriffsvorstellungen das ägyptische "Volk" zusammen. Als Kamal Eddin Hussein einmal von den Studenten gefragt wurde, wozu eigentlich Autos produziert werden, antwortete er: " für das Volk".

Weil die Staatsbourgeoisie das Privateigentum als heilig betrachtet, gewährte sie den Kapitalisten auch die volle Entschädigung ihres verstaatlichten Eigentums. Diese ist also nicht ärmer geworden, sie bekam lediglich einen Konkurrenten, der den Akkumulationsprozeß, der z.Z. des Staatsstreiches stagniert hatte, wieder entfesselte. Wegen der massiven Kapital- ,Rüstungs- und technischen Hilfe, die das Regime durch die neue Außenpolitik sicherte, geriet die nationale Bourgeoisie in ein besonderes Verhältnis mit der Staatsbourgeoisie, das in sich sowohl einen Widerspruch als auch eine gegenseitige Abhängigkeit trägt. Durch die gegenseitige Abhängigkeit und durch die fortschreitende Selbstbereicherung der Staatsbourgeoisie fügten sich beide Gruppen zu einer Klasse zusammen, die "die neue Bourgeoisie" genannt werden kann. Der dieser Klasse inne wohnende Widerspruch trieb jedoch die beiden Gruppen sowohl in ihrem innenpolitischen Kurs als auch in ihrem Verhältnis zu den Großmächten auseinander. Es entstand der sog. "linke" oder prosowjetische Flügel, die Gruppe der Staatsbourgeoisie, die ihre Position hauptsächlich der sowjetischen Unterstützung verdankt, und der sog. "rechte" oder proamerikanische Flügel.

Aus drei Gründen verschob sich das Gleichgewicht seit den Verstaatlichungsgesetzen von 1961 tendenziell und unaufhaltsam zugunsten der proamerikanischen Gruppe: der allgemeine kapitalistische und antikommunistische Charakter des Entwicklungsweges, der verstärkte Druck des US-Imperialismus zugunsten des proamerikanischen Flügels und die Zersetzung der Staatsbourgeoisie selbst, von der eine beachtliche Gruppe in traditionellen guten Beziehungen mit der nationalen Bourgeoisie und mit den USA gestanden hatten. Zu dieser Gruppe gehören u.a. Mohieddin, Elboghdadi, Kamal Eddin Hussein, Abdel M. El-Kaissuni, M. Hassanein Haikal, Seied Marei und nicht zuletzt Sadat, der nach einer stürmischen Diskussion mit Chruschtschow im Jahre 1961 in Moskau über das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus zur proamerikanischen Richtung tendierte und der für seine besondere Bewunderung für das Nazi-Deutschland bekannt ist und auch einmal wegen seiner Verbindungen mit den Nazis im Jahre 1942 von den Engländern verhaftet wurde.

Die Niederlage der "Linken"

Nasser konnte ein gewisses Gleichgewicht zwischen beiden Gruppen sanktionieren. Er hatte eine sehr gute Beziehung mit der Sowjetunion und war in den Augen der Massen ein antiimperialistischer und antiamerikanischer Held. Solange er an der Macht war, saß die prosowjetische Gruppe fest im Sattel.

Nach der Niederlage brachten ihn die Massen mit ihrer eindrucksvollen Aktion wieder an die Macht und verhinderten die Machtergreifung durch die proamerikanische Gruppe und damit die totale Unterwerfung unter den US-Imperialismus. Aber diese Massendemonstration trieb die beiden Gruppen schnell wieder zusammen. Ihre Hauptaufgabe sahen sie in der Aufrechterhaltung ihres Herrschaftssystems und in ihrem festen Zusammenhalt, um die zuvor nicht vorausberechnete drohende Gefahr der Massen abzuwenden. Sie erkannten, daß sowohl die Bewaffnung des Volkes als auch eine weitere Niederlage mit einer regulären Armee den gesamten Herrschaftsapparat wegfegen würde.

Die Massen waren zwei Tage lang Herr der Lage. Aber sie konnten zum bestehenden System keine revolutionäre Alternative bieten. Sie konnten nur eine der bestehenden Alternativen innerhalb des Systems durchsetzen: Nasser oder Mohieddin.

Als Nasser starb, standen sich plötzlich die beiden Gruppen unmittelbar gegenüber, hinter ihnen der Druck zweier entgegengesetzter und einander unversöhnlich gegenüber stehender Lager, dessen Intensität ständig wuchs: die revolutionären Massen, nicht nur in Ägypten, sondern auch in der gesamten arabischen Welt, die besonders durch die palästinensische Widerstandsbewegung ermutigt wurden, und der Druck des US-Imperialismus, der nur darauf wartete, die Früchte des Sieges für sich und seine zionistischen Schützlinge zu ernten.

Nach der erneuten Massendemonstration beim Begräbnis Nassers konnten sich die beiden Gruppen der neuen Bourgeoisie wiederum keine Streitigkeiten leisten. Sie einigten sich auf Sadat als vorübergehende Notlösung. Der sog. "linke" Flügel erkannte aber sofort seine Schwäche. Er scharte sich um die "Arabische Sozialistische Union" (ASU) und versuchte, aus ihr eine

wirkungsvolle Massenpartei zu schöpfen. Ihre Vertreter traten zunehmend mit eigenen politischen Standpunkten in der Öffentlichkeit auf (das war zu den Zeiten Nassers nicht möglich), sie forderten die Verwandlung der ASU von einer Allklassen-Organisation in eine eindeutig "sozialistische" Partei, sie verwandelten das Presseorgan der ASU, Al Gumhuria, in ein Kampfblatt, in dem gezielte Angriffe gestartet wurden gegen die Politik der friedlichen Lösung und vor allem gegen die Beiträge von Haikal in der "Ahram", deren Wiedergabe im Rundfunk, die bis dahin immer im Wortlaut war, sie auf eine kurze Zusammenfassung reduzierten, und sie bestanden auf der Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.

Sie hätten auch damit Erfolg gehabt, wenn die Massen ihre berüchtigte Vergangenheit vergessen hätten und wenn sich nicht einige Vertreter des Regimes, was noch schwerwiegender war, zu ihnen gesellte, die in den Augen der Massen den faschistischen Terror des Innenministeriums und des Geheimdienstes symbolisierten, deren Absetzung die Arbeiter und Studenten während der blutigen Zusammenstöße mit dem Regime im Februar und November 1968 gefordert hatten. Es sind vor allem Schaarawi Gumaa, Ahmad Kamel und Sami Scharaf. Damals forderten die Arbeiter von Heluan und die Studenten von Kairo eine harte Bestrafung der Verantwortlichen für die Niederlage und eine "Änderung" des Herrschaftsapparates, ohne jedoch im einzelnen dieser Forderung einen konkreten Inhalt zu geben. Das war im Februar. Im November erstreckten sich die Aktionen auf mehrere Städte. In Kairo kam Haikal knapp mit dem Leben davon und Sadat, damals Präsident der Nationalversammlung, wurde in seinem Büro in äußerst scharfer und beleidigender Form angegriffen. In Alexandria wurden sämtliche Polizeistationen zertrümmert. Es fielen nach offiziellen Angaben über 20 Tote. Die Studenten hielten die mathematische Fakultät drei Tage lang besetzt. Als Mamduh Salem, der Gouverneur von Alexandria und jetziger Vizepremier und Innenminister, mit ihnen verhandeln wollte, hielten sie ihn als Geisel fest, worauf ihre Forderung nach Freilassung der Verhafteten und nach Einstellung aller gerichtlichen Verfahren gegen sie unverzüglich erfüllt wurde. Sie eroberten einen Wasserwerfer der Polizei und konnten mit ihm die Polizei während der Besetzung auseinandertreiben.

Am 15. Mai 1971 setzte Sadat Ali Sabri, das Haupt der Gruppe der ASU, ab. Als seine Gruppe geschlossen zurücktrat, ließ Sadat sie samt einiger Hundert Anhänger verhaften und beschuldigte sie des Verrates und der Verschwörung. Damit setzte er einem Prozeß der offenen Auseinandersetzungen ein Ende, der in seiner Konsequenz die Öffentlichkeit immer mehr in die politische Diskussion einbezogen und damit eine gewisse Form bürgerlicher Demokratie eingeleitet hätte.

Der Kurs des Regimes nach dieser sog. "Bewegung des 15. Mai" ist gekennzeichnet durch erhebliche Begünstigungen des privaten Kapitals, die mit der Gründung einer "Ägyptischen Internationalen Entwicklungsbank" unter der Leitung des prowestlichen Ökonomen El-Kaissouni begann, die den gesetzlichen Bestimmungen des Landes nicht unterliegt und beliebig im ganzen Land "freie Zonen" mit freiem Verkehr von Kapital und Waren sowie freiem Transfer errichten kann. Die Gründung dieser Bank war begleitet von einer weltweiten Kampagne zur Gewinnung des Vertrauens des privaten inländischen und ausländischen Kapitals und von einer Reihe von Gesetzen, die dieses vor jeglichen zukünftigen staatlichen Eingriffen schützen sollten. Als das Gesetz über die Gründung dieser Bank dem "Volks"rat (Parlament) zur Verabschiedung vorgelegt wurde, konnten selbst regimetreue Mitglieder ihr Unbehagen nicht verbergen. Ein Jurist wies darauf hin, daß es völlig ungewöhnlich ist, in einem Land eine Bank zuzulassen, die den Gesetzen dieses Landes überhaupt nicht unterliegt und jenseits jeder staatlichen Kontrolle operiert. Ein anderer äußerte sein Befremden darüber, daß die Regierung bereits den Gründungsetat festgelegt und weltweite Verhandlungen mit interessierten Unternehmen aufgenommen hätte, noch bevor das Gesetz über die Gründung dieser Bank überhaupt vom Volksrat verabschiedet worden wäre. Der Präsident des Volksrates ließ jedoch keine Diskussion über diese Bedenken zu und forderte sofort zur Abstimmung auf.

Damit erhielt der private Sektor einen enormen Antrieb, der in letzter Konsequenz ein vernichtender Schlag gegen den von den Revisionisten viel gefeierten staatlichen Sektor bedeutet. Der Trend im Zuwachs der beiden Sektoren war ohnehin niemals zugunsten des staatlichen Sektors, eine Tatsache, die der anhaltende Lärm um die Größe und den "sozialistischen" oder "nicht kapitalistischen" Charakter dieses Sektors systematisch vernebelt hatte. Im Haushaltsjahr 1962/63, d.h. beim Abschluß der letzten Verstaatlichungen betrug der Gesamtwert des Bruttosozialproduktes 1,633 Millionen Pfund, davon entfielen 1,074 Millionen auf den privaten und 559 300 auf den staatlichen Sektor. Im Jahr 1964/65, also zwei Jahre später, entfielen von einem Gesamtwert von 1,912 Mill. 1,538 Mill. auf den privaten und lediglich 375 700 auf den staatlichen Sektor.

Die Sowjetunion beeilte sich unmittelbar nach der Entmachtung der Gruppe der ASU, ihre Interessen in Ägypten gegenüber weiteren Machtverschiebungen abzusichern. Sie schloß mit der Regierung einen Freundschaftsvertrag ab und machte damit ihre Interessen von der Herrschaft dieser oder jener Gruppe unabhängig. Das Regime sicherte sich damit seine weitere Manövrierfähigkeit sowohl bei der Verfolgung des wirtschaftlichen Kurses als auch bei den Verhandlungen über die friedliche Lösung, als auch bei der weiteren politischen und ideologischen Entmachtung der Anhänger der ASU-Gruppe, denen es nun einer ihrer stärksten propagandistischen Waffen beraubte.

"Friedliche Lösung"

Danach ging Sadat zu einer Politik der eisernen Hand über, die er als die Epoche des Aufbaus des modernen ägyptischen Staates verkündete. Unter zahlreichen Slogans wie Demokratie, Freiheit für alle "ehrenhaften" Bürger, Herrschaft des Gesetzes, Zerschlagung der "Machtzentren" und nicht zuletzt eiserner Zusammenhalt der "inneren Front" wurde die Bevölkerung in einer Reihe von Wahlen und Abstimmungen eingespannt und mit ununterbrochenen Maßnahmen überhäuft, die angeblich dem Aufbau des "modernen Staates" dienten sowie der Vorbereitung der "inneren Front" für die unmittelbar bevorstehende Schlacht mit Israel. Sadat ging sogar soweit, den Termin für den Beginn dieser Schlacht öffentlich und wiederholt auf das Ende des Jahres 1971 anzusetzen. Am 23. Juli 1971 erklärte er, er werde unter keinen Umständen zulassen, daß das Jahr 1971 zu Ende ginge, ohne daß der Konflikt mit Israel entweder friedlich oder mit militärischer Gewalt "entschieden" wäre.

Doch die beiden Alternativen blieben im Rahmen der friedlichen Lösung. Denn das Regime erklärte immer wieder, daß ein Aufflammen der Kämpfe im Rahmen einer poli-

tischen Strategie bleiben wird, und daß die Resolution des Weltsicherheitsrates und die darauf folgenden "Friedens"-Initiativen die Grundlage dieser Strategie sind. Die militärische Gewalt würde also dem strategischen Ziel dienen, Israel zur Durchführung der Resolution des Weltsicherheitsrates zu "zwingen". Diese Strategie kommt einer Kapitulation vor Israel und dem Imperialismus gleich, wenn man bedenkt, daß die genannte Resolution all die vorherigen israelischen Forderungen nach sicheren Grenzen, nach freier Durchfahrt, nach Beendigung des Kriegszustandes und nach Anerkennung durch die arabischen Staaten ohne jede Änderung seines imperialistischen und rassistischen Charakters erfüllt. Keinen glorreicheren Sieg hätten die israelische Bourgeoisie und der Imperialismus erträumen können als gerade diese Strategie der ägyptischen Bourgeoisie. Es ist heute die ägyptische und nicht mehr die israelische Bourgeoisie, die für die Erfüllung dieser Forderungen "kämpfen" will.

Die gefährlichste arabische Kraft, die der friedlichen Lösung im Wege stand, war die palästinensisch-jordanische Widerstandsbewegung. Kurz nach der Annahme des Rogers-Planes durch Ägypten war mit dem September-Massaker die Liquidierung der Widerstandsbewegung mit stillschweigender, wenn auch bedingter Zustimmung des ägyptischen Regimes eingeleitet worden. Auf dem Boden Jordaniens standen sich das reaktionärste Regime der arabischen Welt und die revolutionärste Widerstandsbewegung unmittelbar gegenüber, die beiden unversöhnlichen Vortrupps im Schlachtfeld der friedlichen Lösung. Es bestand trotz aller Widersprüche zwischen dem ägyptischen und dem jordanischen Regime und der unterschiedlichen Einstellung zur Widerstandsbewegung doch ein gemeinsames Interesse an einer Liquidierung mindestens der konsequent revolutionären Organisationen und Gruppen der Widerstandsbewegung, die sowohl durch ihre klare und hartnäckige Linie jeden Schritt zur friedlichen Lösung entlarven und vereiteln als auch durch die Durchsetzung der Doppelherrschaft in Jordanien den arabischen Massen auch in Ägypten den Weg zur Selbstbefreiung weisen könnten. Den Zustand der Widerstandsbewegung nach Nassers Tod, d.h. nach dem September-Massaker, bezeichnete Haikal, der eifrigste Verfechter der friedlichen Lösung und prominente Exponent des proamerikanischen Flügels der ägyptischen Bourgeoisie, als das beste Stadium, das die Widerstandsbewegung im Laufe ihrer ganzen Geschichte je erreicht hätte.

Die Phase der Vorbereitung des Massakers war gekennzeichnet durch das gemeinsame Wirken aller Kräfte der friedlichen Lösung, jeweils vom eigenen Interessenstandpunkt aus und im Rahmen der eigenen Strategie. Auf die öffentliche Ablehnung der Politik Nassers durch die Widerstandsbewegung nach der Annahme des Rogers-Planes reagierte das ägyptische Regime mit der Einstellung ihrer Rundfunksendungen aus Kairo, der Schließung ihrer Büros und der Verhaftung und Ausweisung ihrer Mitglieder und aktiven Sympathisanten. Die USA intensivierten ihre Waffenlieferungen an Jordanien. Das jordanische Regime betrieb eine systematische rassistische Politik, die in der Armee auf eine Verketzerung der Widerstandsbewegung und in der Bevölkerung auf ihre Isolierung abzielte. Es machte sich dabei die nationalistische Politik der rechten El-Fatah-Führung zunutze, die ständig den "palästinensischen" Charakter der Revolution betont hatte. Die kurze Erfahrung der Demokratischen Volksfront zur Befreiung Palästinas (FPDLP) in der revolutionären Praxis hatte ihr noch nicht ermöglicht, die historischen und ökonomischen Bedingungen der unterschiedlichen Klassenverhältnisse von Jordaniern und Palästinensern genau zu analysieren und der innerhalb der Gesamtbewegung dominierenden chauvinistischen Ideologie der El-Fatah-Führung radikal entgegenzuwirken.

Während der Kämpfe selbst intervenierte die Sowjetunion auf diplomatischem Wege und zwang Syrien zum Abzug seiner Truppen aus Nord-Jordanien, die auf Betreiben des fortschrittlichen Flügels der Baath-Partei um General Djedid zugunsten der Widerstandsbewegung in die Kämpfe eingegriffen hatten.

Die arabische Gipfelkonferenz, die nach dreitägigem Schweigen in Kairo stattfand, erzwang ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Hussein und Arafat. Wegen der schwankenden Haltung der El-Fatah-Führung und der anderen rechten Organisationen verlor dieses Abkommen bald die taktische Bedeutung, die es für die Widerstandsbewegung hätte haben können. Die Differenzen zwischen dem jordanischen und dem ägyptischen Regime in der Haltung zur Widerstandsbewegung wurden allmählich auf die gemeinsame Formel "geglättet", saubere, d.h. von den Linken gereinigte Partisanenverbände zuzulassen, die sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jordaniens enthalten und sich ausschließlich dem rein militärischen Kampf gegen Israel widmen sollten. Diese Formel wurde später die Grundlage für eine ägyptisch-saudiarabische "Versöhnungs"initiative, nach dem es dem jordanischen Regime im Juni des vergangenen Jahres in einem mörderischen Feldzug gelungen war, die militärischen Basen der Widerstandsbewegung in Jordanien vollständig zu zerschlagen. Im Verlauf der Verhandlungen in der saudiarabischen Stadt Djidda, gegen deren Zustandekommen die Demokratische Volksfront, die FPLP (Arabische Nationalisten), zahlreiche Massenoragnisationen und selbst die Mehrheit in der El-Fatah heftig protestiert hatten und an denen die Führungen von El-Fatah, der Befreiungsarmee und der Saika teilnahmen, wurde das Abkommen von Kairo faktisch suspendiert zugunsten der Anerkennung der Souveränität des jordanischen Regimes und seines Alleinvertretungsanspruches für das gesamte jordanisch-palästinensische Volk.

Die oppositionelle Haltung Syriens gegen die friedliche Lösung hatte, zusammen mit der Haltung der Widerstandsbewegung, dem ägyptischen Regime in den Verhandlungen über die Auslegung der Resolution des Weltsicherheitsrates als Druckmittel gedient. Mit dem Rogers-Plan waren diese Verhandlungen vorübergehend abgeschlossen und damit verlor die syrische Haltung ihre Funktion. Mit diesem Funktionsverlust und mit der Intervention der Sowjetunion gegen die Politik des fortschrittlichen Flügels der Baath-Partei verschob sich das Gleichgewicht zwischen diesem und dem sog. "Flügel des Militärs" um General Assad zugunsten des letzteren. General Assad riß die Macht gewaltsam an sich und erklärte sich sofort mit der ägyptischen Politik solidarisch. Er behielt zwar die prinzipielle Ablehnung der friedlichen Lösungsinitiativen bei, verkündete jedoch eine "flexible" Politik, die auch einer "erfolgreichen" friedlichen Lösung offen stehen würde.

"Arabische Einheit"

Damit hatte die ägyptische Bourgeoisie einen weiteren Verbündeten. In Libyen und im Sudan waren bereits nasseristische Regimes an der Macht. Unbeachtet aller Widersprüche, auf die in diesem Rahmen nicht eingegangen werden kann, und auf der Basis des gemeinsamen Antikommunismus und des gemeinsamen Willens, die Massen und ihren Widerstand gegen die Versöhnung der Herrschenden mit dem Imperialismus

niederzuhalten, beschlossen Ägypten, Libyen und Syrien die Bildung der "Dreier-Union". Wegen der noch unbewältigten Probleme des Numeiri-Regimes im Sudan mit der starken kommunistischen Partei sollte der Beitritt des Sudan später erfolgen. In den Grundsätzen dieser Union wird der Zusammenhalt und die Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung bei der Konfrontation eines der drei Regimes mit einer "inneren" Gefahr betont. Die Unterstützun g soll selbst dann erfolgen, wenn die Regierung des betreffenden Staates eine entsprechende formale Forderung nicht stellt bzw. daran gehindert wird.

Der Widerstand gegen die Bestimmungen dieses Einheitsprojektes war der günstige Anlaß zur Liquidierung der Gruppe der ASU. Sie hatte in diesem Projekt offensichtlich eine Gefahr für ihre ohnehin schwache Position erkannt, denn es lief auf die Zementierung der bestehenden Machtverhältnisse hinaus. Selbst wenn es unwahrscheinlich wäre, daß die anderen Mitgliedsstaaten bei einem gewaltsamen Machtwechsel in Ägypten wirksam eingreifen könnten, bliebe doch die Gefahr einer gewissen Isolation, eines wirtschaftlichen Boykotts oder die unberechenbaren Gedankengänge des hitzköpfigen Antikommunisten und abenteuerlustigen General Ghaddafi von Libyen bestehen. Die Gruppe der ASU meldete ihre Bedenken und mobilisierte ihre Anhänger. Sadat nutzte sofort die Chance, die sie für sich selbst hatte nutzen wollen, und verteufelte sie nun als Feinde der arabischen Einheit.

Die ersten Früchte der Union zeigten sich im Juli 1971 im Sudan. Dort führten fortschrittliche Kräfte in der Armee einen Staatsstreich, verhafteten General Numeiri und gaben allen von der KP gegründeten und von Numeiri verbotenen Gewerkschaften und anderen demokratischen Massenorganisationen ihre vollen Freiheiten zurück. Unverzüglich, aber mit verschiedenen Mitteln, griffen das ägyptische und libysche Regime ein. Libyen verhaftete zwei Führer des neuen Regimes, darunter den Vorsitzenden des Revolutionsrates, während sie auf dem Flug von ihrem bisherigen Exil in England den libyschen Luftraum passierten. Ägypten paktierte über seine im Sudan stationierte Militärbasis mit reaktionären Generalen und bereitete mit direktem militärischem Eingreifen dem jungen progressiven Regime ein blutiges Ende. Numeiri startete eine wütende Jagd auf alle Kommunisten. Die führenden und fähigsten Genossen der KP und der Gewerkschaften, die erwiesenermaßen nicht am Putsch beteiligt waren, sowie die fortschrittlichen Offiziere der Armee wurden hingerichtet. Es war ein gezielter Schlag gegen die stärkste, reifste und am besten organisierte KP in der arabischen Welt.

Am Tag des faschistischen Gegenputsches erklärte Sadat: "Unsere Feinde werden ab jetzt wissen, daß unsere Union mit Zähnen geboren wurde ... Alle diejenigen, die daran denken, uns nochmals anzutasten, werden diese Zähne erleben. Und sie werden sehr scharf sein."

Unter dem Druck der ägyptischen Arbeiter verurteilte der ägyptische Gewerkschaftsbund die Hinrichtungen im Sudan. Die Gewerkschaftsführer wurden von Sadat zu einem Gespräch eingeladen, in dem er ihnen scharfe Rügen erteilte. Einen Monat später zeigte sich jedoch, daß die Arbeiter bereits mit der Selbstorganisierung begonnen und sich von der opportunistischen und der direkten Kontrolle des Regimes unterworfenen Gewerkschaftsführung gelöst hatten.

Der Widerstand des Volkes erwacht

In einer in Planung und Durchführung bestechenden Präzision besetzten etwa 30.000 Arbeiter von Heluan mehrere Betriebe. Das Zentrum der Aktion war das Stahlwerk. Mehrere Tage lang waren die Betriebe und die Produktion in den Händen der Arbeiter. Alle Versuche der Polizei, in die Betriebe einzudringen und auch alle Beschwichtigungsversuche der Regierung und der Gewerkschaftsführung schlugen fehl. Die Forderungen der Arbeiter waren radikal und bewiesen ein revolutionäres und im Verhältnis zu früheren Aktionen ausgereiftes Bewußtsein. Neben der Forderung nach einer Lohnerhöhung um 25% forderten sie eine wirkliche und nicht nur formale Arbeiterkontrolle in den Betrieben, die Beteiligung der Arbeiter an der gesamten nationalen Wirtschaftsplanung sowie Rechenschaftsberichte der Verwaltungsdirektoren und der höheren Angestellten über ihre zahlreichen "Geschäftsreisen" und sonstigen "Geschäftsausgaben". Praktisch liefen diese Forderungen auf eine vollständige Revision des Entwicklungsweges und in letzter Konsequenz auf die Enteignung der besitzenden Klassen und der Staatsbourgeoisie hinaus.

Die Regierung erfüllte die Lohnforderung und versprach, die anderen Forderungen nach sorgfältigem Studium in Etappen zu erfüllen. Wenn es auch dem Regime gelungen ist, diese Aktion so zu beenden, so haben die Arbeiter damit doch ihre Kampfentschlossenheit, ihre Fähigkeit zum selbstständigem, bewußten und organisierten Handeln demonstriert und auch ihrerseits ihre "scharfen Zähne" gezeigt.

Gleichzeitig ereigneten sich in verschiedenen Provinzen mehrere Bauernaufstände, vor allem anläßlich der Neuwahlen zur ASU, die Sadat nach der Verhaftung ihrer früheren Führung anordnete. Auf das kleine Dorf Kamschisch wurde der Belagerungszustand verhängt. Kamschisch ist in Ägypten bereits zum Inbegriff des Bauernwiderstandes gegen die Herrschaft der alten "Kulaken" und die korrupte Staatsbürokratie geworden, seit der revolutionäre intellektuelle Dorfbewohner Salah Hussein, der mehrere Aufstände der Dorfbewohner gegen die Willkür der Großgrundbesitzer und ihrer Handlanger im Staatsdienst geleitet hatte, von der Söldnertruppe einer "Kulaken"-Familie im Juni 1966 getötet wurde. In der Kreisstadt Abu Kbir schoß die Polizei in die Menge, als die armen Bewohner gegen die Kandidatur eines von Sadat persönlich empfohlenen alten Gouverneurs demonstrierte. Es fielen 4 Tote. Die schnell verbreitete Nachricht löste die Empörung der armen Bauern und der Bewohner der ganzen Provinz aus, die aus allen Ecken in die Stadt strömten, um mit den Verbrechern abzurechnen. Das Regime handelte schnell, riegelte das Gebiet ab, strich die Kandidatur des alten Gouverneurs und versprach die härteste Bestrafung der verantwortlichen Polizisten. Die Bewohner überwachten danach selbst die Durchführung der Wahlen.

Mit der Drohung Sadats an Westeuropa, an Amerika und an die ganze Welt, er werde die "Schlacht" mit Israel bis Ende des Jahres 1971 "entscheiden", wollte er offensichtlich mehrere Ziele erreichen. Doch in den zwei Hauptzielen erwies sich dieses taktische Manöver als sein gefährlichstes Abenteuer. Die Politik des "Druckes" auf die USA zur Durchsetzung der Resolution des Weltsicherheitsrates endete mit dem verstärkten Gegendruck der USA zur Durchsetzung einer vom gesamten Komplex abgeschnittenen Lösung der Suez-Kanal-Frage. Nasser hatte ständig die Parole wiederholt; "Jerusalem vor Sinai". Sadat konnte die Abkehr von diesem Grundsatz der nasserschen Linie nicht verbergen, als er seine "Initiative" vorlegte, die doch den Abzug aus dem westlichen Teil der Sinai als ersten Schritt vorsah. Er konnte dies jedoch immer damit rechtfertigen, daß er diesen Teilabzug nur im Rahmen der Gesamtlösung, d.h. als ersten Schritt zum Abzug aus allen besetzten

Gebieten akzeptieren würde. Er manövrierte sich selbst in eine Sackgasse hinein, als am Ende des Jahres 1971 die USA nichts mehr von einer Gesamtlösung wissen wollten und ein neues Waffenlieferungsabkommen mit Israel bekanntgaben.

Das zweite taktische Ziel war offensichtlich die Gewinnung einer Atempause, um unter dem Vorwand der Vorbereitung der "inneren Front" für den Krieg seinen Herrschaftsapparat zu festigen und jede sichtbare Opposition organisatorisch zu liquidieren oder mindestens solange zu neutralisieren. Diese Atempause wurde jedoch zu einer Frist, die ihm die Massen gewährten, um die Wahl zwischen dem Befreiungskrieg oder dem Zusammenbruch seines Herrschaftsapparates zu treffen.

Das Jahr 1971 endete ohne "Entscheidung". Erst am 13. Januar 1972 erklärte Sadat verlegen und schauspielerisch, er hätte tatsächlich den Befehl zum Angriff am 9. Dezember gegeben, doch der indisch-pakistanische Krieg hätte einen "Nebel" in der weltpolitischen Atmosphäre verursacht, der ihn zu neuen strategischen Berechnungen veranlaßt hätte. Amerika hätte eine Niederlage im indisch-pakistanischen Krieg erlitten (?) und wäre jetzt, um sein verlorenes Ansehen wieder aufzupolieren, in den Krieg mit uns eingetreten. Das wäre eine neue Situation, denn wir hätten uns nur auf einen Krieg mit Israel vorbereitet. Er bezeichnete sich selbst dabei als ein Genie, nicht nur in politischen, sondern auch in militärischen Fragen.

Unmittelbar nach der Rede Sadats besetzten die Studenten der Universität Kairo das Gebäude der mathematischen Fakultät, veranstalteten ununterbrochen teach-ins und verabschiedeten eine Reihe von Resolutionen, die folgende Forderungen enthielten:

- Die Ablehnung der Resolution des Weltsicherheitsrates, des Rogers-Planes und der ägyptischen Initiative.
- Die unverzügliche Wiederaufnahme des Kampfes gegen Israel.
- Die Bewaffnung und Organisierung des Volkes für den Volkskrieg und die Bildung der Volksmiliz.
- Die Unterstützung der palästinensischen Widerstandsbewegung.
- Die Freilassung der inhaftierten vier Widerstandskämpfer, die den jordanischen Ministerpräsidenten Wasfi Tell erschossen hatten.
- Die Aufhebung der Notstandsgesetze, die praktisch seit 1952 herrschen.
- Die Verfolgung einer harten Politik gegen das Regime in Jordanien.
- Die Pressefreiheit im Dienste einer offenen Diskussion und Information und die Entfernung von Haikal.
- Boykott aller amerikanischen Kapitalien und Waren.
- Erfüllung der Forderung der Arbeiter von Heluan, die sie während der Besetzungsaktion gestellt hatten.

Als das Regime diese Forderungen ignorierte und Sadat auch ein Gespräch darüber ablehnte, erklärten die Studenten die Besetzung sämtlicher Gebäude der Universität für unbestimmte Zeit. Dem Regime war jedoch offensichtlich gelungen, die Aktion im Rahmen der Universität zu halten und sie von der breiten Masse der Bevölkerung zu isolieren, die lediglich von der Presse über einen normalen "Studentenkongreß zur Beratung über die Vorbereitung der inneren Front für den Krieg" informiert wurde.
In der Nacht zum 24. Januar drangen starke Polizeieinheiten in das Gelände der Universität ein und verhafteten 950 Studenten. Die überraschten Studenten, die am frühen Morgen vor einer stark abgeriegelten Universität standen, gingen spontan in einer Demonstration durch die Straßen, verteilten Flugblätter und forderten die Herstellung demokratischer Freiheiten.

Sadat war der erste, der am 25. Januar die Öffentlichkeit über diese Aktion "informierte". Danach ging die Initiative vom "Komitee zur Unterstützung der palästinensischen Revolution" aus. Er beschuldigte die Initiatoren, sie wären eine verschwindend geringe Zahl von Unruhestiftern und "Agenten", die den Plan des Feindes durchführten, den Zusammenhalt der "inneren Front" zu sprengen. Die Aktion wäre völlig gegenstandslos, da bereits alle erhobenen Forderungen von der Regierung selbst beschlossen worden seien. Trotz ihrer Bedeutung als Anzeichen der Krise des ägyptischen Regimes braucht man sich über den Stellenwert dieser Studentenrevolte keine großen Illusionen zu machen. Erst dann, wenn die Arbeiter die Aktionen führen, kann man von einer wirkungsvollen Bewegung sprechen, die das Regime zu Konzessionen zwingt. Und erst dann, wenn die Arbeiter von einer konsequent revolutionären, marxistisch-leninistischen Partei geführt werden, kann man von einer Alternative zum kapitalistischen Entwicklungsweg sprechen, die die Herrschaft der Bourgeoisie gefährdet. Und erst dann schließlich, wenn die Masse der Landarbeiter und der armen Bauern hinter der Arbeiterklasse und ihrer Partei steht, kann man von einem revolutionärem Aufstand sprechen. Bis dahin ist noch ein langer Weg.

Sadat befürchtet jetzt einen Aufstand der Arbeiter. Diese Angst wird ihn zwingen, ihren Forderungen und denen der Studenten Rechnung zu tragen und vielleicht einen härteren Kurs gegenüber dem Imperialismus einzuschlagen. Damit werden die Widersprüche der ägyptischen Bourgeoisie noch schärfer hervortreten. Denn sie wird sich selbst und den Massen noch klarer veranschaulichen, daß ihr Entwicklungsweg sie in eine hoffnungslose Abhängigkeit vom Imperialismus gebracht hat, die ihre Manövrierfähigkeit immer mehr einschränkt. Die Bourgeoisie kann sich nur noch begrenzt einen etwas härteren Kurs leisten, der nicht von langer Dauer sein wird. Ihre nächste offene Krise kann sie um einige Monate hinausschieben, aber nicht verhindern. Und die Massen werden diesmal wiederum zwischen verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie zu wählen haben, ohne eigene Alternative zu bieten. Aber die Ereignisse seit der Niederlage von 1967 zeigen, daß die Massen immer bewußter werden, nicht nur in Ägypten, sondern in der gesamten arabischen Welt. Nach der Liquidierung der Widerstandsbewegung in Jordanien, der Zerschlagung der kommunistischen Partei im Sudan und der Niederwerfung der Arbeiterbewegung in Ägypten ist die arabische Revolution um große und wertvolle Erfahrungen reicher geworden.

Sie wird in jedem arabischen Land aus den Millionen ausgebeuteten Arbeitern und Bauern neue Kräfte sammeln. Sie wird neu entstehen, aber diesmal bewußter, kräftiger, einheitlicher und kompromißlos. Dieser Prozeß hat gerade erst begonnen.

Sami Khaldun

KUNENE UND CABORA BASSA

Zeichen der neuen portugiesischen Siedlungspolitik

"Die Siedlungspolitik ist eine der fundamentalen Waffen in dem Kampf, den wir in Afrika führen. (...) Wenn wir tatsächlich Angola und Mozambique zu den Säulen der portugiesischen Welt machen wollen, so müssen wir sie besiedeln, d.h. wir müssen ohne Verzögerung und in einem möglichst schnellen Rhythmus den Auswanderungsstrom aus Portugal dorthin lenken und zugleich die Tausende junger Männer benutzen, die dort für unsere Sache kämpfen."
Erklärung eines hohen portugiesischen Beamten (1)

Nach offiziellen Schätzungen (2) wird die Regulierung des Kunene es erlauben, zusätzlich 500.000 Menschen im Süden Angolas anzusiedeln, ähnlich wie durch das Cabora Bassa-Projekt in Mozambique Siedlungsmöglichkeiten für 1 Mio. Menschen geschaffen werden. Diese zwei Großprojekte sind jedoch keine Einzelunternehmen, sondern Teil einer bestimmten, von Portugal verfolgten Kolonialpolitik, zu deren Hauptzielen die Durchführung von Entwicklungsprojekten gehört, die die Voraussetzungen für die Ansiedlung von Portugiesen in den Kolonien schaffen. Wenn wir diese Zielsetzung im Auge behalten, so wird es uns möglich, Bedeutung und Tendenz der wirtschaftspolitischen Maßnahmen Portugals in den Kolonien richtig zu bewerten.
Es ist somit sinnvoll, nicht nur das Kunene- bzw. das Cabora Bassa-Projekt in seinen Einzelheiten zu analysieren (3), sondern auch den Gesamtrahmen zu betrachten, in dem sie konzipiert wurden. Im folgenden soll daher auf die portugiesische Siedlungspolitik in den Kolonien eingegangen werden.

1. Die Entwicklung der Siedlungspolitik

Anders als die traditionelle portugiesische Emigration, die nach Brasilien gerichtet war und fast ausschließlich auf privater Initiative beruhte, gestaltete sich die Emigration in die afrikanischen Kolonien von Anfang an als sowohl private wie auch staatsgelenkte Auswanderung. Der Hauptmotor für die Auswanderung aus eigener Initiative lag und liegt auch heute noch an den rückständigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Portugal, das nicht in der Lage war, den Industrialisierungsprozeß der anderen europäischen Länder nachzuvollziehen. Ein extrem niedriger Lebensstandard und chronische Arbeitslosigkeit treiben die Portugiesen auf der Suche nach einer minimalen Existenzmöglichkeit in andere Länder. Die Intervention des Staates in den Prozeß der Emigration in die Kolonien ist schon von diesem Gesichtspunkt aus erklärlich, beruht jedoch noch auf weiteren Momenten.
Die mangelnde Industrialisierung Portugals hat bis heute zur Folge, daß der sekundäre und tertiäre Wirtschaftssektor nicht in der Lage sind, dem Arbeitskräfteüberschuß aus dem primären Sektor (besonders der Landwirtschaft) Beschäftigung zu bieten. In einer solchen Situation sieht der Staat in der Förderung der privaten Auswanderung einen Weg, soziale Konflikte zu vermeiden, die eine chronische Arbeitslosigkeit unweigerlich mit sich bringen würde. Von seiten der Kolonien aus betrachtet bedeutet dies, daß die Metropole (+) von ihnen die Erfüllung einer bestimmten Funktion, nämlich die der Absorbierung der portugiesischen Arbeitslosigkeit, erwartet.
Innen- und außenpolitische Gründe veranlaßten Portugal jedoch, sich nicht allein auf die Förderung der "privaten" Auswanderung zu beschränken, sondern selbst die Initiative zu ergreifen und durch die Organisierung der "kollektiven", vom Staat gelenkten Auswanderung die portugiesische Präsenz in Afrika zu stärken. Und zwar mußte Portugal einerseits den Forderungen der Berliner Konferenz (1885) nach effektiver Besetzung der Kolonien als Bedingung für den Kolonialbesitz nachkommen, während sich andererseits die herrschenden Klassen in Portugal darüber klarwurden, daß angesichts der mangelnden Entwicklung der Metropole die Beibehaltung der Kolonien für die portugiesische Wirtschaft lebenswichtig war, solange man nicht bereit war, eine Änderung der bestehenden sozioökonomischen Ordnung in Portugal in Kauf zu nehmen. Voraussetzung für die Bindung der Kolonien an die Metropole war die Intensivierung der Anwesenheit von Portugiesen in den Kolonien, die sowohl eine politische, wie auch eine wirtschaftliche Kontrolle dieser Gebiete erlauben würde. Im Zuge der allgemeinen "Assimilationspolitik" steigerte Lissabon seit der Gründung des "Estado Novo" durch Salazar zu Beginn der dreißiger Jahre seine Bemühungen um die Annäherung der Kolonien an die Metropole.
Bis zum Ende der vierziger Jahre waren die siedlungspolitischen Maßnahmen Lissabons jedoch nicht sehr erfolgreich, wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist.

---

(1) Beitrag von Hermes de Araújo Oliveira zu dem "Kongreß für Siedlungspolitik und soziale Förderung" (Congresso de Povoamento e Promoçao Social) 1970 in Luanda; s.ders., Povoamento e Promoçao Social em Africa, o. Erscheinungsort, 1971, S.26 und 32

(2) III Plano de Fomento para 1968 - 1973, hrg. Presidencia do Conselho, Bd. III, Lissabon 1968, S. 341

(3) Für Kunene-Projekt, siehe Cunene Dam Scheme, hrsg. World Council of Churches, Genf, 1971 und
Eduardo Ferreira, Namibia (Südwestafrika): Deutsche Kolonie - Mandat Südafrikas - Beute des internationalen Kapitals, in: Neues Rotes Forum 2/71, Heidelberg 1971

(+) Metropole ist der offizielle Ausdruck für Portugal im Gegensatz zu den Kolonien. Er wird im folgenden in diesem Sinne angewandt.

Tabelle 1: Entwicklung der weißen Bevölkerung 1930-1950 in 1.000

Jahre	Angola	Mozambique
1	2	3
1930	30,0	19,8
1940	44,1	27,4
1950	78,8	48,2

Quelle: III Plano de Fomento para 1968-1973, hrsg. Presidência do Conselho, Lissabon 1968, Bd. IV
Anuário Estatistico 1959, hrsg. Repartiçao de Estatistica Geral, Luanda

2. Die aktuelle Siedlungspolitik

Der Druck externer Faktoren führte gegen Ende der vierziger Jahre zu vermehrten Bemühungen des portugiesischen Staates um eine wirkungsvollere Durchführung der Siedlungspolitik. In dieser Zeit setzte die internationale antikolonialistische Bewegung ein und drohte sich auf die portugiesischen Besitzungen auszuweiten. Dies veranlaßte die portugiesische Regierung, mit allen Mitteln die "Einheit der Nation" zu stärken (4), unter anderem durch umfassende Förderung der Emigration in die Kolonien. Gleichzeitig war aufgrund des ständig steigenden Kaffeepreises in den Jahren 1951-1960 bei der portugiesischen Bevölkerung eine erhöhte Bereitschaft zur Emigration festzustellen. Die folgende Tabelle 2 zeigt im Vergleich mit Tabelle 1 diese vermehrte Auswanderung von Portugiesen in die Kolonien.

Tabelle 2: Entwicklung der weißen Bevölkerung 1950-1960

	Angola	Mozambique
1960 in 1.000	172,0	97,2
Zunahme seit 1950 in %	119	102

Quelle: III. Recenseamento Geral da Populaçao 1960, hrsg. Repartiçao de Estatistica Geral, Luanda 1964, 1. Band
Anuário Estatistico 1964, hrsg. Direcçao Provincial dos Serviçoa de Estatistica Geral, Lourenço Marques 1966

Eduardo de Sousa Ferreira:

PORTUGIESISCHER KOLONIALISMUS ZWISCHEN SÜDAFRIKA UND EUROPA

enthält folgende Artikel, die auch schon im Roten Forum und im Neues Roten Forum erschienen sind:

- Namibia und das Cunene Projekt in Angola
- Die Hintergründe der Invasion in die Republik Guinea
- Der Dialog oder : Südafrika als Nebenmetropole

u.a.

erscheint in deutsch, englisch und französisch
Bestellungen an: Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg im Breisgau, Lorettostraße 20a
zum Subskriptionspreis von DM 5.- (bis 15.März 72)
BfG Freiburg Nr.1 022 623 3, PschA Karlsruhe Nr. 1 482 39, PschA Basel Nr. 40-358 99

Entscheidender als die internationale antikolonialistische Bewegung wirkte sich jedoch der Beginn des bewaffneten Aufstandes in den Kolonien - 1961 in Angola und 1964 in Mozambique - auf die Siedlungspolitik Portugals aus. Nach der panikartigen Rückkehr einiger Siedler nach Portugal und einer Unterbrechung der Emigration im Jahre 1961 unternahm die portugiesische Regierung beträchtliche Anstrengungen zur Förderung der Ansiedlung von Portugiesen in den Kolonien, um so den Widerstand gegen eine Expansion der Befreiungsbewegungen zu garantieren. Das Resultat dieser Initiative läßt sich aus Tabelle 3 ablesen, beispielsweise erreichte die Auswanderung nach Angola 1962 eine Spitze mit 28.047 Auswanderern.

Tabelle 3: Offizielle Auswanderung in die Kolonien 1937-1969

Jahre	Gesamtauswanderung in die Kolonien	Angola	Mozambique
1937	4.896	2.235	1.882
1940	5.988	2.714	2.535
1950	19.409	12.369	5.610
1951	20.144	12.611	5.700
1952	25.593	16.871	6.420
1953	23.665	15.586	5.846
1954	24.004	16.062	5.758
1955	27.593	18.764	6.450
1956	27.848	17.764	7.991
1957	27.301	17.458	7.682
1958	31.673	19.896	9.368
1959	34.771	21.886	10.319
1960	32.028	17.714	11.170
1961	23.099	12.448	8.177
1962	40.653	23.047	9.649
1963	34.493	21.146	10.134
1964	37.202	23.652	10.788
1965	39.395	24.493	11.276
1966	36.196	24.309	8.605
1967	30.322	20.980	6.330
1968	35.352	24.464	7.574
1969	31.171	21.050	7.231

Quellen: Anuário Demográfico 1958, hrsg. Instituto Nacional de Estatistica, Lissabon
Anuário Estatistico 1968, Bd. 1, hrsg. Instituto Nacional de Estatistica, Lissabon 1969
Estatisticas Demográficas 1969, hrsg. Instituto Nacional de Estatistica, Lissabon 1970

Diese Tabelle sowie die anhand der Tabelle gezeichnete Figur 1 geben gleichzeitig einen Eindruck über die Auswanderung in die Kolonien seit der Mitte der dreißiger-Jahre. Der Tiefpunkt 1961 zeigt die erste Reaktion auf den Ausbruch des bewaffneten Aufstandes in Angola. Ab 1962 läßt sich deutlich ein Anwachsen der Emigration erkennen. Die Auswanderung nach Mozambique leidet allerdings noch immer unter den Auswirkungen des bewaffneten Aufstandes Ende 1964; seit 1965 sinkt sie von ihrem früheren Niveau ab.
Für 1970 wird die Zahl der weißen Bevölkerung in Angola auf 350.000 und in Mozambique auf 150.000 geschätzt.

(4) Silva Cunha, Administraçao e Direito Colonial, Bd. IV, Vorlesungen 1957/58 in der juristischen Fakultät Lissabon, Lissabon 1958, S. 43 und 45

3. Die Siedlungspolitik als Waffe gegen die Befreiungsbewegungen

Die Bedeutung der Siedlungspolitik geht aus dem "Grundgesetz für die Überseeprovinzen" (Lei Orgânica do Ultramar) vom Jahre 1953 hervor, das die Richtlinien für die Kolonialpolitik festlegt. Dort ist in Artikel LXIX verankert:

"1. das Wirtschafts- und Sozialleben der Überseeprovinzen wird im Einklang insbesondere mit den folgenden (Zielen) geregelt und koordiniert:
a. methodische Ausbeutung der Ressourcen und natürlichen Möglichkeiten des Gebietes
b. Besiedlung des Gebietes, und zwar besonders durch die Förderung der Ansiedlung von nationalen (d.h. portugiesischen - d.Verf.) Familien mittels Regulierung der Auswanderung der Arbeitskräfte sowie mittels Disziplinierung und Schutz von Emigration und Immigration."

Das Kunene- und das Cabora Bassa-Projekt sind in diesem Rahmen einer intensiven Siedlungspolitik zu sehen. Wenn bis in die 50er Jahre die Ansiedlung von Protugiesen in den Kolonien als eine notwendige Folge der Unterbeschäftigung in der Metropole anzusehen war, so trifft das für Kunene und Cabora Bassa nicht mehr zu: von 1950 bis 1970 wanderten ca. 1,5 Millionen portugiesische Arbeitskräfte ins Ausland aus.(5) Ein solcher Emigrationsstrom aus einem Land mit 8,5 Millionen Einwohnern (6) brachte Protugal ohne Zutun jeglicher Beschäftigungspolitik an die Grenze der Vollbeschäftigung und führte in einigen Wirtschaftsbereichen sogar zu Arbeitskräftemangel, wie dies im Dritten Entwicklungsplan festgestellt wird.(7)

Aus dieser Situation läßt sich ableiten, daß die Ansiedlung von Portugiesen im Zuge der Kunene- und Cabora Bassa-Projekte keineswegs mehr als Konsequenz der Unterbeschäftigung in der Metropole gewertet werden kann. Diese Unternehmen sollen die Voraussetzungen schaffen für die Sicherung der portugiesischen Kolonialpoltik auf lange Sicht, womit dann in anderen, zukünftigen Konjunkturlagen die Garantie gegeben sein soll, daß die Kolonien weiterhin ihre traditionellen Funktionen erfüllen als geschützte Märkte für ein internationales nicht konkurrenzfähiges Portugal und - durch den Export ihrer Reichtümer - als Devisenlieferanten für die Metropole.

Der Dritte Entwicklungsplan ist hier sehr deutlich: "... es werden zwei allgemeine Richtlinien aufgestellt, die sich aus den Grundsätzen der nationalen Politik ableiten. Erstens erwartet man von der im Programm enthaltenen Intensivierung der Produktion (in den Kolonien - d.Verf.) als wichtigstes Ergebnis die spontane Besiedlung, die anschließend durch Maßnahmen zur Förderung von Produktion und Handel stimuliert werden muß. So wird eine der Forderungen der portugiesischen Präsenz in Afrika erfüllt..." (8)

Drei Faktoren stützen die These, daß die geplante Ansiedlung von Portugiesen im Rahmen des Kunene- und des Cabora Bassa-Projektes nicht unmittelbar auf wirtschaftlichen Erwägungen beruht, sondern primär den politischen Zielen der Aufrechterhaltung der Herrschaft über die Kolonien und der Bekämpfung der Befreiungsbewegungen dienen soll: Dies ist erstens der Versuch der portugiesischen Regierung, die in die europäischen Länder ausgewanderten portugiesischen Arbeiter zur Emigration in die Kolonien zu bewegen, wie auf dem Kongreß für Siedlungspolitik in Luanda erneut von Überseeminister Silva Cunha und anderen hohen Beamten betont wurde.(9)

Als zweiter Faktor sind die Bemühungen Lissabons anzusehen, ehemalige Soldaten, die ihren Militärdienst in den Kolonien geleistet haben, dort anzusiedeln. Diese Politik des "Soldaten-Siedlers" wird schon seit langem verfolgt, ist aber bisher immer ohne Erfolg geblieben. - So klagte der Generalgouverneur von Angola darüber, daß sich von 1961 bis 1967 nicht mehr als 4.800 Soldaten in der Kolonie niedergelassen hätten. (10) Intensiviert wurden die Maßnahmen in dieser Richtung, seit 1969 das "Ansiedlungsbüro der Provinz" in einem 2jährigen Kurs ehemalige Soldaten als "Sozialarbeiter" (Cursos de educadores sociais) auszubilden begann mit dem Ziel, die Soldaten zur Ansiedlung zu ermuntern. Die Kandidaten müssen fünf Jahre der höheren Schule absolviert haben, bekommen pro Monat 3.200 Escudos (1000 Escudos = ca. 125 DM) und werden nach Abschluß des Kurses automatisch im Büro für Ansiedlung beschäftigt. Das Büro will die neuen "Sozialarbeiter" in seinen "serviços de acçao social" und in "mobile teams for community development" einsetzen. (11) Deutlicher wird der Verfasser eines Aufsatzes über die auf dem genannten Kongreß über Siedlungspolitik behandelte Thematik, der seine Gedanken auf eine Rede des Überseeministers gründet:"Eine Verdichtung des Polizeinetzes und der Austausch militärischer Einheiten durch Spezialeinheiten können die definitive Ansiedlung von Soldaten und ihren Familien erleichtern. (...) Im Zusammenhang mit der Armee stellt sich außerdem das Problem der "strategischen Ansiedlung". Hier sind unsere eigenen sowie die von anderen Ländern gewonnenen Erfahrungen wichtig, damit die beste Lösung im Sinne einer aktiven Verteidigung gegen die Subversion erreicht wird." (12)

Als dritter Faktor hat der geringe Erfolg, der bisher sowohl bei der Gewinnung der portugiesischen Arbeiter im Ausland als auch bei der Ansiedlung ehemaliger Soldaten in den Kolonien zu verzeichnen war, dazu geführt, daß sich die portugiesische Regierung in letzter Zeit bemüht, andere europäische, nicht portugiesische Siedler für die Kolonien zu gewinnen. Im Juni 1971 besuchte eine italienische Delegation unter Führung von Silvano Fanton Angola, wo sie von zivilen wie militärischen Behörden empfangen wurde und neben dem Abschluß eines Handelsvertrages über den Import angolanischer Bananen Verhandlungen über die Ansiedlung von italienischen Familien im Kunene-Tal führte.(13) Sie besichtigte das Tal und die Baustelle des dort entstehenden Staudammes Gove. Es handelte sich um ehemalige Siedler

---

(5) Schätzung anhand von Statistiken des Instituto Nacional de Estatistica, Lissabon, und des Office National d'Immigration, Paris

(6) Ergebnis der Volkszählung von 1970

(7) III Plano de Fomento, Bd. I, S. 348

(8) ebd., Bd. IV, S. 60

(9) J. F. Nunes Barata, Política de Povoamento, in: Fomento - Técnica e Economia Ultramarinas, Vol. 8, no. 4, Lissabon 1970, S. 307 und H. de Araújo Oliveira, a.a.O. S. 82

(10) L'Angola, hrsg. CONCP, Algier 1969, S. 21

(11) UNO-Dokument A/7623/Add. 3 vom 25.9.1969, S.59

(12) J. F. Nunes Barata, a.a.O. S. 307

(13) UNO-Dokument A/8398/Add. 1 vom 6.12.71, S. 71

aus Lybien, die das Land wegen der dortigen Nationalisierungswelle verlassen hatten. (14)

4. Die weißen Siedlungen

Die staatsgelenkte Ansiedlung von Portugiesen in den Kolonien vollzieht sich hauptsächlich mittels sogenannter "colonatos" (Siedlungen), von denen über 50 bereits eingerichtet werden oder geplant sind. (15) Die Siedler (colonos) bekommen vom Staat Land zur Verfügung gestellt und einen Startkredit bewilligt. In diesem Zusammenhang ist der Rechtfertigungsversuch der Lissaboner Regierung interessant, die Siedlungskolonien Angola und Mozambique seien sehr groß, hätten nur eine sehr geringe Bevölkerungsdichte und deshalb gehe die Anwesenheit der Portugiesen nicht auf Kosten der Afrikaner. Eine Betrachtung der Kolonien zeigt jedoch, daß der bebaubare Boden relativ begrenzt ist: so sind in Angola die Gebiete, die östlich der parallel zur Küste verlaufenden Plateaulinien liegen, nicht bebaubar. In vielen Gegenden nehmen die Landkonzessionen an Weiße bereits große Teile des bebaubaren Landes ein. "Portugiesen, die sich in Kleinstädten und Ackerbaugebieten, besonders in den Kaffeeanbauzonen im Norden, ansiedelten, eigneten sich das Land an, gleichgültig, ob es bereits kultiviert wurde oder nicht; damit zwangen sie die Afrikaner, sich neue Anbaugebiete tief im Landesinneren zu suchen. Von 727.000 ha Land des angolanischen Distriktes Cabinda sind 639.000 ha im Besitz weißer Siedler." (16) So läuft die planmäßige Kolonisierung in vielen Fällen auf eine Beraubung der einheimischen Bevölkerung hinaus, wie ein UNO-Dokument berichtet. Heute sind 60% des bebaubaren Landes in Angola-Großfarmen, die fast ausschließlich Europäern gehören. (18)

Im Verlauf der Durchführung des Cabora Bassa-Projektes werden von der portugiesischen Firma CODAM 25.000 Afrikaner umgesiedelt, so wie für die Durchführung des Kunene-Projektes die eingeborene Bevölkerung in "strategische Dörfer" gebracht wird, wo sie den Siedlern als Arbeitskräftereservoir dienen soll. (18)

Um ein Bild von den Arbeits- bzw. Verdienstverhältnissen in einem "weißen" Betrieb zu geben, seien hier als Beispiel einige Daten einer repräsentativen Kaffeeplantage in Angola genannt: Das Einkommen des weißen Personals schwankt zwischen 5.000Esc. und einem Minimum von 2.300 Esc. pro Monat, ein afrikanischer Unteraufseher bekommt 300Esc. und ein afrikanischer Arbeiter 400 Esc. im Monat. wobei der Verdienst des Arbeiters sich aus dem Geldlohn und Naturalleistungen zusammensetzt, der eigentliche Geldlohn beträgt 200 Esc. (=ca.25DM) pro Monat. (19)

Die Priorität, die die portugiesische Regierung der Siedlungspoltik einräumt, findet ihren Niederschlag in den hohen Beträgen, die in den mehrjährigen Entwicklungsplänen für direkt oder indirekt mit der Siedlung zusammenhängende Projekte ausgegeben werden. Diese Pläne dienen fast ausschließlich entweder der Förderung des Exports oder der Schaffung von Infrastrukturen für die Ansiedlung von Portugiesen. Hinzu kommen darüber hinaus die Kosten für die Ansiedlung selbst, die sich nach Angaben des Vize-Präsidenten des Überseerates auf ca. 300.000 Esc. (=36-37.000 DM) pro Familie belaufen. (20) Eine Studie des portugiesischen Überseeinstituts stellt klar und deutlich den Zusammenhang her zwischen den Plänen für die Entwicklung der Kolonien und der weißen Besiedlung: "Es scheint daher, daß man schließlich zu dem Ergebnis gelangen kann, diese Bevölkerung (die weiße - d. Verf.) siedele sich vornehmlich in Gegenden an, deren natürliche Bedingungen bereits durch Kapitaleinsatz verändert wurden, d.h. in denen Verkehrsverbindungen geschaffen, Energiequellen ausgenutzt, Bewässerungssysteme angelegt sowie die Agrarwirtschaft und die Ausbeutung der Bodenschätze rationalisiert wurden. Es ist daher damit zu rechnen, daß das erwartete Wachstum der Bevölkerung mit europäischer Zivilisation auch in Zukunft dort zu finden sein wird, wo bereits Investitionen getätigt wurden oder inzwischen getätigt werden, und daß es deshalb in der einen oder anderen Form von Kapitalinvestitionen abhängig ist." (21)

In diesem Licht müssen die portugiesischen Entwicklungsprojekte Cabora Bassa und Kunene gesehen werden.

Eduardo Ferreira

Dieser Aufsatz wurde für das internationale Treffen über das Cunene-Projekt in Arnoldsheim Ende Februar geschrieben, wo er in englischer und französischer Sprache vorgelegt wird.

(14) Aquino de Bragança, Etranges Italiens en Angola, in: AfricAsia no. 49, Paris 1971, S. 18 und Vitória ou Morte, Organ der MPLA, August 1971

(15) Financial Times vom 19.7.71

(16) Américo Boavida, Angola, Frankfurt 1970, S. 44

(17) UNO-Dokumente A/5160, S. 105 - 106 und A 4978, S. 106 - 110, zitiert in Philippe Comte, Problemes economiques dans les provinces portuguaises d'Afrique continentale, in: La Revue Tiers-Monde, Vol. V, no. 18, Paris 1964, S. 202 und Financial Times vom 19.7.1971

(18) Aquino de Bragança, Angola - Un barrage contre les hommes, in: AfricAsia, Vol 52, Paris 1971, S. 20

(19) J. C. Mesquitela, Determinaçao do Custo da Produçao do Café, zitiert in: Hermann Pössinger, Landwirtschaftliche Entwicklung in Angola und Moçambique, München 1968, S. 232 - 235

(20) Aquino de Bragança, Angola ... a.a.O., S. 20

(21) Vasco Fortuna, Estruturas econômicas de Angola, in: Angola, hrsg. Instituto Superior de Ciências Sociais e Politica Ultramarina, Lissabon o. Datum, S. 485

»IL MANIFESTO« Versuch einer Überwindung des Reformismus.

EINIGE BEMERKUNGEN ZUR POLITISCHEN ENTWICKLUNG VON IL MANIFESTO. EINE REPLIK AUF DEN ARTIKEL IN NRF 5/71.

KONTROVERSE UM IL MANIFESTO

Wir drucken im folgenden eine Entgegnung auf unsere Kritik an der Il Manifesto-Plattform ab. Der Artikel enthält viele Informationen. Wir meinen allerdings, daß er unsere Kritik an Il Manifesto nicht widerlegen kann. Diese Kritik bezieht sich vor allem auf den theoretischen Ansatz der Plattform (Spätkapitalismus, "Theorie der Produktivkräfte", falsche Behandlung der Partei-, Räte- und Gewerkschaftsfrage) und den daraus resultierenden Ökonomismus und Spontaneismus. Manchmal scheint uns der Verfasser eine illusionäre Position gegenüber den Gewerkschaften und eine Vernachlässigung der Räte zu unterschieben. Darum kann es nicht gehen: Die Räte sind entweder erfolgreiche Instrumente des Aufstandes und der proletarischen Machtausübung oder sie degenerieren; die Gewerkschaften fesseln die Arbeiter an die Bourgeoisie, aber sie können dies gerade, weil die gewerkschaftliche Organisation für die ökonomischen Kämpfe notwendig ist. Solange eine große Zahl der Arbeiter in den Gewerkschaften organisiert ist, muß der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Sozialismus auch in den Gewerkschaften geführt werden, und muß auf der Ebene des Kampfes um die richtige Gewerkschaftslinie ansetzen.

Red.

* *

Vorbemerkung:

In dem Redaktionsartikel im Neuen Roten Forum 5/71 über die Manifesto-Gruppe wird versucht, anhand der "Thesen" und sonstiger in deutscher, englischer und französischer Sprache vorliegender Publikationen von Il Manifesto eine Kritik an der politischen und theoretischen Arbeit dieser Gruppe zu üben.
Der vorliegende Artikel will versuchen nachzuweisen, daß einige der im Neuen Roten Forum erhobenen Vorwürfe gegen Il Manifesto entweder falsch sind, oder aber auf gravierenden Mißverständnissen beruhen.
Zur methodischen Kritik an dem Manifesto-Artikel im NRF sei hier bemerkt, daß er in den gleichen Fehler verfällt, der auch z. B. an der unkorrekten Publikationsstrategie des Merve-Verlags zu kritisieren ist, nämlich bei der Herausgabe der Texte bzw. ihrer Kritik fast gänzlich darauf zu verzichten, den historischen Stellenwert der Texte in der Situation der italienischen Klassenkämpfe und der im Zusammenhang damit entwickelten theoretischen und politischen Diskussion klarzumachen. Konkret gesagt meine ich, daß es nicht angeht, ausgehend von der eingangs des Artikels auch zugegebenen weitgehenden Unkenntnis der Praxis von Manifesto, der italienischen Linken und allgemein der Entwicklung der Klassenkämpfe in Italien die Falschheit von Manifesto-Positionen an eben jener Praxis erweisen zu wollen, wie dies im letzten Abschnitt des NRF-Artikels geschieht.
Mir scheint die weitgehende Abstraktion von der historischen Entwicklung der Klassenkämpfe in Italien, im Kontext derer die Entstehung und Entwicklung von Il Manifesto allein richtig zu beurteilen ist, der Hauptgrund dafür zu sein, daß einige (1) der grundlegenden Positionen von Il Manifesto nur verkürzt oder unrichtig wiedergegeben werden.
Diese Hypothese wäre im einzelnen zu belegen an der Behandlung der Rätefrage, des Verhältnisses von politischem und ökonomischem Kampf, der Stellung von Il Manifesto zu den Gewerkschaften und zur KPI, seinem vorgeblichen

(1) Ich sehe in dem Artikel weitgehend davon ab, auf eine Reihe von grundsätzlichen Divergenzen zwischen il Manifesto und der Redaktion des NRF einzugehen, soweit sie sich nicht auf die Situation der italienischen Klassenkämpfe beziehen, weil dies eine Analyse erforderte, die weit über die bloß kontingenten Differenzen der beiden Gruppen von il Manifesto und der KG/KHG Hd (NRF) hinausgehen, so auf die Frage der marxistisch-leninistischen Position, die Diskussion um den demokratischen Zentralismus, auf die Internationalismusdiskussion etc.; diese Diskussion muß geführt werden, aber, wenn in Bezug auf il Manifesto, unter Miteinbeziehung anderer Manifesto-Publikationen, dies ist offensichtlich an dieser Stelle nicht möglich. Ich verzichte auch darauf, die mir unbegründet erscheinenden Vorwürfe des NRF gegenüber il Manifesto Punkt für Punkt und in extenso zu widerlegen, etwa wenn behauptet wird, die Politik von il Manifesto müsse "an der Arbeiterbewegung und ihren revolutionären Aufgaben vorbeigehen" (S.5), oder daß für il Manifesto der Kampf der Studenten mit dem der Arbeiter in eins falle, oder die unsinnige Hypothese, die Gruppe theoretisiere, im Stile Packards, die "Überflußgesellschaft" etc., oder schließlich, daß aus der Interpretation des Verhältnisses vonpolitischem und ökonomischem Kampf die "Vernachlässigung des Klassenkampfes" folgen müsse.

Spontaneismus sowie der These von der "abstrakten Negation" der Arbeiterbewegung usw.
Dieser Artikel will dazu beitragen, 1. einige Mißdeutungen von Positionen von Il Manifesto durch die Redaktion zu klären, 2. einige objektive theoretische Unterschiede zwischen den NRF und Il Manifesto darzustellen, 3. einige zusätzliche Materialien zur Einschätzung von Il Manifesto vorzulegen, vor allem im Hinblick auf das Verhältnis zur KPI und zu den Gruppen der außerparlamentarischen Linken sowie zur Einschätzung der Gruppe selbst von der Phase der innerparteilichen Opposition in der KPI bis hin zur Herausgabe der Tageszeitung. Eine gewisse Schärfe der Polemik gegen die Manifesto-Gruppe in dem NRF-Artikel scheint mir primär gar nicht gegen die Gruppe selbst gerichtet zu sein als gegen eine bestimmte Form der selektiven Rezeption und Interpretation durch bestimmte Kreise der westdeutschen Linken, die il Manifesto als Kronzeuge für ihre antileninistischen Positionen zitieren. Es erhebt sich die Frage, ob die eindeutig einseitige Interpretation der Gruppe durch die Redaktion des NRF nicht selbst negativ dem Vorverständnis verhaftet bleibt, mit dem diese Gruppen an Il Manifesto herangehen.
Kritisiert werden muß auf jeden Fall, daß es die Autoren nicht für notwendig gehalten haben, inhaltlich auszuweisen, worin der positive Unterschied zwischen den vom NRF kritisierten westdeutschen Gruppen und den Konzeptionen von Il Manifesto besteht, dessen politische Praxis, obwohl man sie gar nicht kennt, der der deutschen Gruppen weit überlegen sei.
Der Artikel ist in zwei Teile untergliedert: Einen allgemeinen historischen, der einen kurzen Abriß der Entwicklung von Il Manifesto enthält, und einen zweiten, in dem die Rätefrage, die Gewerkschaftsfrage sowie das Verhältnis von politischem und ökonomischen Kampf behandelt werden.

Die Entstehung und Entwicklung von il Manifesto als politische Gruppe

Die Stellung von "Il Manifesto" zur KPI muß im Rahmen der Diskussion innerhalb der Parteilinken um Ingrao gesehen werden, die dieser nach dem Tode Togliattis, nach 1964 also, zusammen mit Magri, Rossanda, Reichlin u.a. bildete.
Die Linke um Ingrao hebt vor allem auf folgende Punkte ab (ohne jedoch je einen entscheidenden Einfluß auf die Parteiführung geschweige denn auf die Basis der Partei zu gewinnen):
Insistenz auf der "Priorität der Legislative und der sie vermittelnden Instanzen, der parlamentarischen Funktionalität gegenüber dem "Autoritarismus" der Exekutive, der pathetischen Verteidigung der Lokalautonomien und der zweideutigen Berufungen auf die direkte Demokratie", als Momente, "die auf das kohärenteste die pluralistische Akzentuierung der Togliattischen Linie darstellen" (3).
Magri stellt selbstkritisch zum Scheitern der KPI-Linken, der er ja auch selbst angehörte, fest: "Die Linke, an der wir damals in voller Verantwortung teilhatten, trug zu ihrer eigenen Niederlage bei, indem sie die Auseinandersetzung spät und schlecht führte. Spät, weil sie, infolge ihrer Unreife und mangelnden Koordination, die erste Gelegenheit der frontalen politischen Konfrontation, zu Beginn der 60-er Jahre (die Straßenkämpfe gegen die Regierung Tambroni, Neubeginn von massenhaften Kämpfen der Arbeiter) und des Centro-Sinistra (politische Krise vom Sommer 1963), ungenutzt verstreichen ließ, um einen frontalen Zusammenstoß zu vermeiden, zudem sie sich dann im allerungünstigsten Augenblick dann doch gezwungen sah (1964-65, in den Jahren der rückläufigen Bewegung). Und sie führte sie auch schlecht, nicht nur, weil sie ihre strategische Revision des entscheidenden Punktes, nämlich der Kritik des Togliattischen Gradualismus und damit die Betonung des außerinstitutionellen, "gewaltsamen" Charakters des revolutionären Vorstoßes, nicht konsequent zu Ende führte, sondern auch, weil sie ihre eigene Perspektive nicht unter Bezug auf die Massenbewegung und deren Entwicklung vorantrieb." (4)
Die Unfähigkeit der Parteilinken, die Partei zu zwingen, sich entschieden an die Spitze der gewaltigen Massenkämpfe in der ersten Halfte der 60iger Jahre zu stellen, leitet Magri aus der durch die massive Gegenoffensive des Kapitals erzwungenen Defensivposition der Partei ab, der sich auch die Linke nicht habe entziehen können.
Auf dem 11. Parteikongreß, dem ersten nach dem Tode Togliattis, wird die endgültige Niederlage der Linken besiegelt, die von nun an kaum mehr als ein Schattendasein in der Partei führt und die ihr Überleben innerhalb der Partei nur gewissen Rücksichten der Demonstration innerparteilicher Demokratie nach außen verdankt.
Die Einsicht in die Unmöglichkeit, innerhalb der zu Beginn der massenhaften Kämpfe von 1968 schon fast liquidierten Linken operieren zu können, ist der eigentliche Anstoß für die späteren Führer von "Il Manifesto", mit der Herausgabe der Zeitschrift, deren erste Nummer im Juni 1969 erscheint, den Versuch einer Formierung einer neuen Linken in der Partei zu unternehmen.
Ein entscheidender Impuls für die mit der Zeitschrift anvisierte Überdenkung einiger grundsätzlicher strategischer Positionen waren für die Initiatoren von Il Manifesto die Erfahrungen der Studentenbewegung gewesen. Sowohl Magri als auch R. Rossanda hatten in einigen Veröffentlichungen einen wichtigen Beitrag zur Diskussion um die Studentenbewegung geleistet. (5)
Hinter der theoretischen Auseinandersetzung mit der Studentenbewegung stand die Absicht, nicht nur dazu beizutragen, der in den letzten Jahren stark zurückgegangenen Jugendorganisation (FGCI) neue Impulse und neue Mitglieder zu vermitteln, um so auch die zunehmende Überalterung der Partei zu kompensieren, sondern auch die traditionellerweise von der FGCI ausgehende Kritik am Rechtskurs der Partei und der zunehmenden Bürokratisierungstendenzen zu stärken, zugleich auch über die Werbung von Studentenführern für die Partei die zuweilen antikommunistischen und arbeiterfeindlichen Tendenzen in der Studentenbewegung in den Griff zu bekommen.
Sowohl Magri als auch R. Rossanda betonten den Massencharakter der neuen Bewegung, die schon früher und entschiedener als die westdeutsche Studentenbewegung, eben infolge ihrer Genese innerhalb eines weitgehend von der Tradition der Arbeiterbewegung geprägten Kontextes, die Arbeiterklasse als Protagonisten des antikapitalistischen Kampfes verstand und die es deshalb in einer kommunistischen Perspektive, d.h. für Rossanda und Magri zu diesem Zeitpunkt innerhalb der KPI, zu organisieren galt.

---

(2) entfällt
(3) C. di Toro, A. Illuminati "Prima e dopo il Centro-Sinistra" Rom 1970, S. 194
(4) L. Magri, "Il PCI degli anni 60", Il Manifesto II, 10-11, S. 8
(5) vgl. L. Magri "Considerazioni sui fatti di maggio" (zum Teil übersetzt in "Gegen den Dogmatismus in der Arbeiterbewegung" S. 42-71, Wagenbach, Berlin 1970 u. R. Rossanda "L'anno degli studenti", De Donato, Bari 1968

Die Fähigkeit der KPI zu einer elastischen und nicht radikal ablehnenden Haltung zur Studentenbewegung, die nicht zuletzt auf die Vermittlungsfunktion von führenden Parteimitgliedern wie Magri und Rossanda zurückzuführen ist fand ihre Grenzen in der traditionellen Strategie der KPI gegenüber oppositionellen Kräften, die darin bestand, Opposition, soweit sie sich innerhalb der Partei artikulierte, dadurch zu entschärfen, daß diese oppositionellen Elemente ihres Einflußes auf ihre jeweilige Basis dadurch beraubt wurden, daß man sie in der Parteihierarchie aufsteigen ließ und mit "verantwortlichen Aufgaben" betraute, die jedoch jede weitere Verfolgung früherer Positionen unmöglich machten und zugleich , eben wegen des damit verbunden Vertrauensbeweises, die ideologische Bindung an die Partei und die führende Linie festigten.(So wurden z.B. zu radikale Arbeiterkader mit irgendwelchen Administrativfunktionen in der Gewerkschaftsspitze betraut, als Zeichen des Vertrauens, das es nun nicht zu verletzen gelte; desgleichen wurden Studentenführer auf irgendwelche Posten in der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie abeschoben, die ihnen jede Artikulation von oppositionellen Meinungen unmöglich machte).

Die weitere Entwicklung, vor allem seit Mitte 1969, sollte zeigen, daß der KPI weniger darangelegen war, die von der Studentenbewegung ausgehenden Impulse zu rezipieren, und daß ihr Verhalten dieser gegenüber vorwiegend von der Erfordernis bestimmt war, die Bewegung unter ihre Kontrolle zu bekommen, vor allem ohne deren radikaldemokratische Momente und den radikalen Kampf gegen den Klassencharakter der italienischen Schule voll zu unterstützen, um ihre wahltaktischen Manöver mit den anderen Parteien über die Schulreform nicht zu gefährden.

Das Erscheinen der Zeitschrift ist der erste organisatorische Ansatz eines Versuches, eine Reihe von Themen, die bislang in der Partei weitgehend tabuiert waren, oder aber in die Niederungen einer folgen- und praxislosen Parteihistoriographie abgesunken waren (Chinafrage, Internationalismusdiskussion, revolutionäre Tradition der italienischen Arbeiterbewegung, v.a. von 1919-21) aufzuarbeiten, um so eine politische Diskussion in Gang zu setzen, die die in der Partei zweifellos, aber nur diffus vorhandene Opposition ansatzweise zu strukturieren vermochte, dies vor allem in Hinblick auf die schon Anfang 1969 in verstärktem Maße losgebrochenen Massenkämpfen der Arbeiter, die die gesamte traditionelle Gewerkschaftsstrategie der Partei radikal in Frage stellten.

Von daher ist auch der Stellenwert des Beitrags der Manifesto-Gruppe in der ersten Phase ihres Auftretens, dh. vom Juni bis Oktober 1969, zu bestimmen : Adressat der Zeitschrift ist die Parteilinke sowie der engagierte kommunistische Intellektuelle (innerhalb und außerhalb der Partei), der seine Vorbehalte gegenüber dem reformistischen Kurs der Partei in dieser nicht entfalten und artikulieren kann.

Bis Oktober 1969 stand die Gruppe um "Il Manifesto" , angesichts der mit der Herausgabe der Zeitschrift verfolgten begrenzten Zielsetzung, innerhalb der Partei nur eine bestimmte Diskussion in Gang zu setzen und vorsichtige oppositionelle Positionen zu artikulieren, vor der Schwierigkeit, sich eine minimale organisatorische Struktur zu geben, ohne sich dem Vorwurf des Fraktionismus auszusetzen, wenngleich dann der Ausschluß eben aus diesem Grunde erfolgte.

Die Partei erkannte schon sehr bald die Gefahr, die während der akuten Phase der Arbeitskämpfe im heißen Herbst von einem Publikationsorgan und deren Mitarbeitern ausgehen mußte, die auf Grund einer sehr objektiven Darstellung und Analyse der Kämpfe selbst und der daranbeteiligten politischen Kräfte und Gruppen die Grenzen und Fehler der Gewerkschaften und der KPI unverhüllt bloßlegte und die nicht in die hemmungslose Verteufelung der Intervention der außerparlamentarischen Gruppen, der extremen gewerkschaftlichen Linken und der neuen Arbeiteravantgarden , wie sie die KPI betrieb, mit einstimmte.

Die in den ersten Artikeln der Zeitschrift geschilderte reale Entwicklung der Klassenkämpfe, die bloße Feststellung, daß die Kämpfe der Arbeiter sich weitgehend unabhängig von oder gar gegen die Direktiven der Partei und der Gewerkschaften entwickelt hatten, die an diese Festellung geknüpfte zaghafte Hypothese, daß an der von Potere Operaio und Lotta Continua vertretenen Hypothese der "Arbeiterautonomie" etwas dran sein müsse, all dies machte der KPI-Führung deutlich, daß die Zeitschrift -trotz aller anderslautenden Beteuerungen ihrer Herausgeber - zu einer wirklichen Gefahr für die ideologische Einheit und Geschlossenheit der Partei auf der Grundlage eines konsequenten reformistischen Kurses zu werden drohte, die um so schwerer zu bekämpfen war, als sich die Manifesto-Redakteure bewußt auf die Tradition der Partei beriefen und den Vorwurf des Fraktionismus entschieden von sich wiesen.

Entscheiden ist, daß sich il Manifesto durch dieses Vorgehen in der ersten Phase seines Bestehens der Möglichkeit beraubte, selbst aktiv in die Kämpfe einzugreifen, und sich auf diese Weise der Möglichkeit beraubte, sich eine Massenbasis zu schaffen und Kader zu rekrutieren. Dies ist auch der objektive Grund dafür, daß die Gruppe sich dem sicher richtigen Vorwurf der linken Gruppen aussetzte, seine anspruchsvollen theoretischen Analysen nicht in die Praxis umzusetzen.

Nach dem Ausschluß der Mitglieder des Manifesto aus der Partei im Oktober 1969 fällt es der Gruppe zunächst ziemlich schwer, eindeutige Konsequenzen zu ziehen : ihre Fixierung an das Postulat der Vordringlichkeit des innerparteilichen Kampfes kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Sympathisanten der Gruppe anfangs aufgefordert werden, weiterhin in der Partei zu bleiben und zu versuchen, dort eine Diskussion über die alternativen Positionen von il Manifesto zu erzwingen, in der z.T. nicht unrichtigen Annahme (und unter Berufung auf die Leninsche und Gramscische Kritik an der unkorrekten Durchführung der Spaltung der sozialistischen Partei Italiens von 1921, aus der sich ein zu schmaler linker Flügel als KPI abgetrennt habe), daß in dieser Phase der Versuch einer Abspaltung einer Minderheit kaum Erfolgschancen haben dürfte.

Die (später selbstkritisch zugegebene)Unfähigkeit der Gruppe (7), die Divergenzen zur Rechten (v.a. Amendola) scharf herauszutreiben und vor allem die Basis in diese Auseinandersetzung zu verwicklen, hat verschiedene Ursachen:

1. die entscheidende Schwäche der Parteilinken, die nicht einmal den Versuch unternommen hat, die Perspektive eines über die Intervention in den Fabriken vermittelten radikalen und außerinstitutionellen Kampfes voranzutreiben, obgleich ein großer Teil der KPI-Basis noch immer einer strategischen Konzeption verpflichtet war, die die KPI bis Mitte der 50iger Jahre durch eine aktive Betriebsarbeit und die Betonung der Betriebszellen schlecht und recht vertreten hatte, und die sich ab 1967 verschärfenden Arbeitskämpfe ein wichtiges Vehikel zur Durchsetzung dieser Perspektive hätten werden können.
2. der nur abstrakt-ideologische und intellektualistische

(6) vgl. "Per un movimento politico organizzato", il Manifesto III, 3-4, S.5

Bezug der Manifesto-Gruppe auf die autonomen (und hier soll unter "autonom" nichts weiter verstanden werden, als nicht von den Gewerkschaften und den Parteien geführt) Massenkämpfe der italienischen Arbeiter, die die Gruppe erst veranlaßten, ihre Kritik an der gesamten Parteistrategie zu radikalisieren und zugleich ihre Hypothese von den veränderten Bedingungen des Klassenkampfes in Italien als Folge der Umstrukturierung des italienischen Kapitals zu formulieren.

Die Illusion der Manifesto-Genossen bestand zu diesem Zeitpunkt (Herbst 1969) in der Annahme, es genüge, die innerparteiliche Demokratie voranzutreiben , um die neuen Inhalte der Kämpfe des heißen Herbstes der Parteiführung aufzuzwingen, wo es offensichtlich war, daß die KPI die radikaleren Tendenzen der Basis zwar nicht rundweg unterdrücken, aber ihnen doch ihre vehement antikapitalistische, antireformistische und oft insurrektionale Spitze abbrechen würde.

Die weitere Entwicklung der Arbeitskämpfe im Verlauf des Jahres 1970 , die unverhüllte Instrumentalisierung dieser Kämpfe für die Durchsetzung des ohnehin schon sehr bescheidenen Reformprogramms der KPI und der Gewerkschaften auf parlamentarischer Ebene, der steigende Unmut der Arbeiter , zumal der während des heißen Herbstes entstandenen Arbeiter-Avantgarden, vertiefen die Kluft und die Spannungen zwischen der KPI und il Manifesto, das nunmehr, auch diesmal in Überschätzung der eigenen Möglichkeiten und Kräfte, seine Agitation daraufrichtet , einen großen Teil der KP-Basis aus der Partei herauszubrechen und auf Manifesto-Positionen zu ziehen.

Dieser Versuch ist jedoch nur zum Teil erfolgreich. Zum ersten , weil zu dieser Zeit die Manifesto-Gruppe noch kaum selbst in die Kämpfe eingreift, nur in Rom und in Bologna eine etwas größere Basis hat, und sich immer noch in großem Maße an linke Intellektuelle wendet, denengegenüber sie mit dem Anspruch auftritt, wissenschaftliche-marxistische Analsysen der italienischen und internationalen Klassenkämpfe zu liefern.

Immerhin gelingt es il Manifesto doch, auch wegen ihrer Unterstützung der Kämpfe der außerparlamentarischen Linken, bei Häuserbesetzungen, antiimperialistischen und Anti-Nixon-Demonstrationen etc. sich zumindest als Komponente der "Klassenlinken"(7a)zu qualifizieren; mehr und mehr lokale Sektionen der KPI, die aus verschiedenen Gründen mit der Partei in Konflikt geraten, erblicken nun in Il Manifesto einen organisatorischen Bezugspunkt, der ihnen ermöglicht aus der Partei auszutreten oder die innerparteilichen Konflikte so weit voranzutreiben, daß sie ausgeschlossen werden.

So kann il Manifesto Ende 1970 folgende Bilanz ziehen: "Die innerparteiliche Krise hat sich verschärft, vor allem in den lokalen Organisationen, aus denen neue Gruppen von IL Manifesto entstanden sind und es haben sich die schon bestehenden Zentren verstärkt; in wenigsten drei Zentren (Bergamo, Novara, Verbania) hat diese Krise das Ausmaß eines Bruches in der Parteiorganisation erreicht, der mit dem Übertritt der besten Kader auf allen Ebenen zu uns endete. In anderen Zentren (Venedig, Genua,Turin, Rom, Neapel) sind eine große Anzahl von Genossen, auch aus der nationalen Führungspitze , ausgetreten und haben kollektive politische Dokumente unterzeichnet.In einigen anderen Provinzen(Savona,Ravenna,Rimini,Ancona, Prato, Macerata) sind einige Genossen ausgetreten oder ausgeschlossen worden, die zusammen mit Linken anderer politischer Herkunft neue Zentren des Manifesto gegründet haben...All dies in wenigen Wochen und ohne "Vorausplanungen". Aber das wesentliche daran ist, daß all dies nicht als Prozeß der Disgregation aufzufassen ist, sondern Ergebnis einer politischen Entscheidung aufgrund einer neuen Perspektive ist, und anderen Militanten, die nicht der Partei angehörten und verstreut arbeiteten , die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit unserer Arbeit und eines politischen Engagements bietet.

Sicher es handelt sich hierbei nicht um ein allgemeines Phänomen auf nationalerEbene und mit Massencharakter. Und wir sind noch weit davon entfernt, die innerhalb der Basis der KPI bestehende Opposition nach einem präzisem Konzept organisieren zu können. ...Wir halten diese Entwicklung der letzten Wochen nicht für ein Anzeichen einer sich rasch beschleunigenden Krise..dies ist wichtig , weil sich zeigt, daß die Kompaktheit der Arbeiterbasis zu zerbröckeln droht...Auch im PSIUP, dessen Basis zur gleichen Zeit mit der Organisation der Partei gebrochen hat,sind führende Kräfte bereit, eine gemeinsame Anstrengung zum Aufbau einer neuen politischen Kraft zu unternehmen."(6)

Und über die politische Arbeit der Gruppe heißt es im gleichen Artikel:

"Noch wichtiger war der Kampf gegen den "decretone" (ein von der KPI halb unterstütztes Gesetz, das beträchtliche Preiserhöhungen beinhaltete ,U.H.). Wir denken hier nicht nur an den obstruktionistischen Kampf und seinen politischen Stellenwert als Demystifikation der KPI-Linie und als Experiment einer neuen antiinstitutionellen Umfunktionierung des Parlaments; sondern in erster Linie,daß es uns im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den "decre-

---

(7) "Es wäre falsch, unsere Fehler und subjektiven Schwächen zu verschweigen. Der erste Fehler ist zeitlicher Natur: d.h. wir haben zu spät einen kompromißlosen Kampf innerhalb der KPI aufgenommen, wir haben ihn vor allem nach dem Kampf während des XI.Parteitags fallen lassen. Wenn il Manifesto mit seinem politischen Konzept schon während der aufsteigenden Phase des Kampfes interveniert wäre, im Anschluß eines mehr auf die Basis bezogenen Kampfes, wäre unsere Intervention effektiver und einschneidender gewesen. Der zweite Fehler, der sich jedoch aus der Notwendigkeit ergab, eben diese Verspätung aufzuholen, die Auseinandersetzung zu beschleunigen, war , daß wir unseren Vorschlag der "Aggregation" zu eklektisch zu realisieren versuchten, daß wir voreilig alle möglichen Leute umuns scharten, daß wir lokale Aktionsbündnisse geschlossen haben, ohne eine ausreichende Übereinstimmung unserer Linie mit der jeweiligen Praxis zu gewährleisten. Ein dritter Fehler war - wenngleich erklärbar aus der Furcht, eine neue sektiererische, minoritäre, von der Bewegung "getrennte" Organisation zu gründen - das Problem einer organisatorischen und v.a. politischen Selbstbestimmung ,als Gruppe die eine "Aggregation" vorschlägt, aber mit einer genauen politischen Konzeption.. zu sehr auf die lange Bank geschoben zu haben" (aus "Per un movimento politico organizzato", Il Manifesto, III,n.3-4,1971 , S.5)

7a) Der Begriff "Klassenlinke" geht auf einen besonderen Sprachgebrauch der italienischen Linken der 60er Jahre zurück (Quaderni Rossi, Classa Operaia, Potere Operaio etc.), der das Attribut "di classe" immer im Sinne von "der Arbeiterklasse ", als Gegenteil von "interclassista", d.h. "klassenneutral" auch in anderen Zusammensetzungen verwendet (z.B. "giornale di classe" im emphatischen Sinn als "Zeitung der Arbeiterklasse" etc.). Der Begriff "sinistra di classe" ist als polemischer gegen die KPI, PSIUP etc. gerichtet, d.h. gegen deren reformistischen, "klassenversöhnlerischen" Kurs, und umfaßt im Gunde alle Gruppen links von KPI und PSIUP.

tone" gelungen ist, eine breite Massenpropaganda zu entfalten, Diskussionen in den Fabriken zu inszenieren, großangelegte Flugblattaktionen zu starten und in einigen Fällen die Insubordination des Volkes zu organisieren, um den Nulltarif durchzusetzen..durchaus in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen." (8)

In dem Maße, als il Manifesto bzw. seine Gruppen den Versuch unternehmen, selbst in den Arbeitskämpfen und bei Massendemonstrationen etc.zu intervenieren, qualifiziert es sich auch als Aggregationspunkt der verschiedenen linken Organisationen, sowohl der KPI, des PSIUP, als auch der ACLI, der linskatholischen Metallgewerkschaft FIM, sowie auch der verschiedenen außerparlamentarischen Gruppen. Die propagierte Disponibilität für alle Kräfte der "Klassenlinken" und der prononcierte Antidogmatismus von il Manifesto ermöglichen es dieser Organisation binnen kurzem zahlreiche neue Mitglieder und Sympathisanten zu gewinnen.
In dem Maße , als sich il Manifesto jedoch gezwungen sieht, auch selbst, um sich als Moment der Aggregation der außerparlamentarisch en Linken zu qualifizieren, unmittelbar in die Massenkämpfe einzugreifen, verändert sich auch die Strategie gegenüber der KPI und den außerparlamentarischen Gruppen. Es muß einsehen, daß sein ambitiöses Projekt,ohne eine reelle Massenbasis eine tiefgreifende Spaltung innerhalb der KPI voranzutreiben, notwendig scheitern mußte - ungeachtet der verhältnismäßig zahlreichen Übertritte von ehemaligen KP-Mitgliedern, und richtet sein Augenmerk in verstärktem Maße auf die Gruppen der revolutionären Linken, die angesichts des Rückflusses der spontanen Massenbewegung zugleich auch einen Teil ihrer Massenbasis verlieren. Dies ist im wesentlichen der Sinn der Perspektive der sog."Aggregation" , des Zusammenschlusses verschiedener Gruppen der außerparlamentarischen Linken, wo möglich unter Führung von il Manifesto.
Die Aufgabe der illusorischen Perspektive , durch Kritik von außen die latenten Widersprüche in der Partei zum Ausbruch zu bringen und auf diese Art eine Kursänderung der Partei zu erzwingen,verstärkt die Notwendigkeit für il Manifesto, eine minimale Organisation ihrer Mitglieder und Sympathisanten aufzubauen und um künftigen Dissidenten der KPI und des PSIUP eine organisatorische Perspektive bieten zu können.
Diese Organisation, die vorwiegend im Aufbau von lokalen Zentren besteht, die jedoch in ihrer internen Struktur sowie in ihrer politischen Arbeit weitgehend unabhängig sind, bleibt jedoch noch lange Zeit recht informell; die Koordinierung der Politik der einzelnen Gruppen auf nationaler Ebene erfolgt über die Bestimmung von Delegierten, die auf ersten nationalen Delegiertentagungen und regionalen Kongressen gemeinsame Richtlinien erarbeiten.
Die Mängel dieser sehr losen Organisationsstruktur sind evident und ermöglichen auch die Entstehung von ideologis ch sehr heterogenen Positionen innerhalb von Il Manifesto.
Zum anderen scheut sich il Manifesto, die organisatorische Vereinheitlichung zu beschleunigen, weil es fürchtet, auf diese Weise den Zusammenschluß mit anderen Gruppen zu erschweren.
Die Veröffentlichung der "Thesen" im Herbst 1970 leitet insofern eine neue Etappe von il Manifesto ein, als inzwischen deutlich geworden war, daß die rückläufige Tendenz der spontanen Massenbewegung anhielt und damit auch die Möglichkeit eines verstärkten Aufbaus von Massenorganisationen als Vorstufen von möglichen Rätestrukturen sich verringerte und die weitgehende Aktionseinheit der linken Gruppen in der Phase des Rückflusses der Bewegung mehr und mehr durch ideologische Querelen ersetzt wurden, und schließlich dadurch, daß die neugegründeten Delegiertenräte sich mehr und mehr zu organisatorischen Anhängseln der Gewerkschaften entwickelten.
Der Anspruch der Thesen bestand in erster Linie darin, eine Vereinheitlichung der politischen Diskussion der Gruppen einzuleiten (was den Thesen nur in einem sehr beschränkten Maße gelungen ist) und sanktionierte zugleich das Scheitern des Versuches, die Spaltung der KPI und des PSIUP herbeizuführen, ungeachtet der zahlreichen individuellen und kollektiven Parteiaustritte und -ausschlüsse.
Sicher haben die Thesen ihr eigentliches Ziel, die Vereinheitlichung der politischen Diskussion der Linken , nur in sehr beschränktem Umfange erreicht; in den wenigsten Fällen fand ein organisatorischer Zusammenschluß mit anderen Gruppen oder Fraktionen explizit auf der Grundlage der "Thesen" statt; zum anderen ist schwer einzuschätzen, wieweit sie in den Zentren von il Manifesto selbst und in sympathisierenden Gruppen gelesen, diskutiert worden sind. Auf jeden Fall sind sie für den der Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung nicht ganz Unkundigen eine nützliche Orientierungshilfe und liefern einige nützliche systematische Gesichtspunkte zur Einschätzung der italienischen Arbeiterbewegung, während der allgemein theoretische und internationale Teil der Thesen , wie die Autoren des NRF-Artikels zu recht kritisieren,einiges zu wünschen übrig läßt. Man sollte jedoch nicht vergessen, daß die Thesen primär für italienische Leser bestimmt sind, die die Aussagen über die KPI ganz anders einzuschätzen wissen, als der deutsche Leser.
Die entscheidende Schwäche der Thesen leitet sich m.E. vorwiegend aus 3 Ursachen ab:
1. aus der Erwartung, mit einem "Instrument der Meinugnsbildung" die Dissolutionstendenzen innerhalb der Parteien (KPI,PSIUP) entscheidend vorantreiben zu können,
2. aus der Erwartung, die Massenbewegung werde sich weiterhin spontan und autonom entwickeln,
3. aus dem daraus resultierenden Verzicht, sich selbst, d.h. den eigenen Mitgliedern eine straffe Organisation zu geben.
In diesem Sinne ist der Vorwurf der NRF-Redaktion gegenüber von il Manifesto, sich zu diesem Zeitpunkt attentistisch verhalten zu haben, nicht unbegründet.
Dies ändert jedoch nichts ander Tatsache, daß von allen nationalen Gruppen der links von der KPI stehenden Linken, die alle sich selbst als das Zentrum einer neuen Partei oder Massenorganisation sehen, il Manifesto wohl am ehesten in der Lage ist, eine korrekte Kritik der KPI zu liefern und die partiell richtigen Ansätze der verschiedenen Gruppen in die eigene Analyse und das eigene Organisationskonzept miteinzubringen. Hierin liegt zweifellos die Gefahr des Eklektizismus begründet (die il Manifesto in seinem letzten Organisationsdokument auch zugibt und die sich vordergründig an der Rezeption von Themen wie der "Ablehnung der Arbeit" von Potere Operaio, die jedoch von il Manifesto auf das Konzept des Kampfes gegen die kapitalistische Arbeitsordnung reduziert wird , oder die Thematik der Appropriation von P.O. und Lotta Continua belegen ließe). Zum anderen erscheint mir das Anliegen , eine vereinheitlichende Diskussion über die originären Ansätze der verschiedenen Gruppen einzuleiten, mit denen il Manifesto zusammenzuarbeiten gewillt ist, prinzipiell legitim, und daran ändert auch die Tatsache nichts, daß diese Diskussion de facto durch die Thesen nicht eingeleitet wurde.

(8)aus "iL Manifesto", II.n.10-11, S.3

Nach Veröffentlichung der Thesen war trotz gewisser Vorbehalte der beiden Organisationen eine gewisse Bereitschaft von Potere Operaio und Lotta Continua festzustellen, mit il Manifesto über Schritte zu einer organisatorischen Vereinheitlichung zu diskutieren, die über ein blosses Aktionsbündnis, das ohnehin in den meisten Kämpfen von 1970 bestand, hinausginge.
In dem Maße, wie jedoch il Manifesto die Notwendigkeit einer strafferen Organisation betonte und seine Kritik an der Strategie des Hinterherlaufens hinter der Spontaneität der Massen verschärfte, entfielen auch zunehmend die Voraussetzungen für eine organisatorische Konvergenz mit Lotta Continua, das dem Konzept einer straffen Avantgarde-Organisation ablehnend gegenüberstand.
Mit Potere Operaio ging der jedoch der Prozeß der organisatorischen Vereinheitlichung rasch voran, zumal Potere Operaio, etwas überraschend angesichts seiner spontaneistisch-syndakalistischen Tradition, in seinen theoretischen Publikationen entschieden die Notwendigkeit des Parteiaufbaus (und zwar unter Berufung auf Lenin) betonte.
Augenfällig ist die Konzeption des politischen Komitees, auf die sich Potere Operaio und il Manifesto auf ihrem gemeinsamen Kongreß im Januar 1971 einigen, nur schwer mit dem Leninschen Parteikonzept zu vereinbaren. Immerhin bedeutet dieser Kongreß einen entscheidenden Fortschritt auf dem Weg zur Überwindung der spontaneistischen Tendenzen in beiden Organisationen.
Die politischen Komitees sind nach M. Serafini, der das Grundsatzreferat auf dem gemeinsamen Kongreß der beiden Organisationen hielt, "ein Organ der permanenten Koordinierung der in einer bestimmten Fabrik, in einem bestimmten Wohnviertel, oder Zone bestehenden wirklichen Avantgarden, das eine konkrete Kampfsituation ausdrückt und das versucht, diese nach einer präzisen Plattform und nach einer präzisen Perspektive zu lenken. Es handelt sich dabei nicht einfach um ein Basiskomitee, weil es den nur auf den Betrieb fixierten, tradeunionistischen Charakter überwindet, und sich nicht nur als Organ der Spontaneität in der akuten Phase des Kampfes darstellt." (9)
Aber im Gegensatz zu Potere Operaio, das in den politischen Komitees die Keimform der künftigen Partei erblickt, die zugleich im wesentlichen alle Momente des gewerkschaftlichen Kampfes in sich vereinigen sollte, meint Serafini: "Aber es - das politische Komitee - ist auch nicht die Basisinstanz der neu zu bildenen Partei, weil sie direkter Ausdruck eines gegebenen sozialen Kontextes ist und keine Übereinkunft über eine strategische Linie erfordert, und auch nicht die Disziplin gegenüber einer nationalen Organisation, sondern nur eine vollkommene Übereinkunft über einige präzise Kampfentscheidungen, die mit der jeweiligen Situation zusammenhängen. Wenn es uns gelingt, ein ausgedehntes Netz derartiger Organe aufzubauen, so werden wir anfangen, eine Organisationsstruktur aufzubauen, die eine nicht nur eine episodische Leitung der Kämpfe gewährleistet und die die Bewegung nach ganz bestimmten Konzepten und Terminen aufbauen kann." (10)
Wenig später wird jedoch die Negation der Rolle der politischen Komitees als Aufbauinstanzen der Partei relativiert: "Es handelt sich augenfällig um eine provisorische Organisationsform, jedoch die einzig mögliche in einer Phase, in der weder eine revolutionäre Partei noch eine wirkliche Rätestruktur besteht. Das politische Komitee birgt in sich beide Perspektiven: einerseits die praktisch-organisatorische Vorwegnahme einer neuen Partei, andererseits vorwärtstreibendes Moment für die Schaffung einheitlicher und von der Klasse gelenkter Organe." (11)
Unklärt bleibt in diesem Zusammenhang das Verhältnis zwischen den schon bestehenden und auch schon zum Teil in den Betrieben verankerten lokalen Zentren von il Manifesto und diesen Komitees, die bei P.O. wie auch il Manifesto mehr als nur die militanten Mitglieder der jeweiligen Organisationen umfassen sollen.
Im Verlauf von 1971 sollte sich zeigen, daß man die Schwierigkeiten beim Aufbau der neuen Organisationsform, den politischen Komitees unterschätzt hatte. Die Ursachen hierfür und dafür, daß nur in wenigen Situationen, v.a. bei Fiat-Mirafiori, in Porto-Marghera und in einigen kleineren Fabriken solche Komitees bestanden und auch funktionierten, liegt wohl darin, 1. daß außer Potere Operaio und il Manifesto keine der linken, in den Betrieben präsenten Gruppen die politischen Komitees als organisatorische Perspektive akzeptierten, vor allem Lotta Continua nicht, das an der Konzeption der politischen Komitees vor allem kritisierte, daß sie primär die Avantgarden organisieren sollten, und sich damit die Möglichkeit nähmen, Massenorganisationen zu werden (dieser Vorwurf richtete sich in erster Linie gegen die Konzeption von Potere Operaio, und weniger gegen il Manifesto, das den Komitees, die Funktion zuwies, sowohl Massenorganisation zu sein, als auch die Avantgarden zu erfassen); 2. in der Schwierigkeit, in den bestehenden, außerhalb der Gewerkschaften operierenden Basisorganisationen (vor allem den CUBs) signifikante Mehrheiten zu erzielen; 3. in der verschärften Repression, der die in den CUBs und politischen Komitees vertretenen Avantgarden seitens des Kapitals und des Staates (mit stillschweigender Billigung der KPI) ausgesetzt waren.

Die Schwierigkeiten beim Aufbau der politischen Komitees, das Mißtrauen vieler linker Gruppen gegenüber il Manifesto veranlaßten die Gruppe, die Organisation der eigenen Mitglieder und Sympathisanten in den Vordergrund zu schieben, und angesichts der Zersplitterung und teilweisen Auflösung der linken Gruppen, die sich zunehmend aus den Betrieben zurückzogen, angesichts der verstärkten Divergenzen mit Potere Operaio über die Funktion der politischen Komitees (P.O. betonte in zunehmendem Maße deren Funktion, die unmittelbare, bewaffnete Konfrontation mit dem Staat zu organisieren und leitete die Notwendigkeit der "Militarisierung" aus der verstärkten Repression gegen die Kader der außerparlamentarischen Linken ab) konzentrierte sich il Manifesto nun mehr auf die ideologische und organisatorische Diskussion innerhalb der Gruppe und ging dazu über, eine verbindliche politische Linie aufzustellen und eine scharfe Trennung zwischen Sympathisanten und Mitgliedern zu ziehen.
Die nächste Phase der organisatorischen Entwicklung von il Manifesto war von der Gründung der Tageszeitung bestimmt; ursprünglich war die Tageszeitung als Moment der bislang eher rückläufigen politischen Vereinheitlichung mit Potere Operaio und Lotta Continua, aber auch der extremen katholischen Linken gedacht, nachdem der Prozeß der organisatorischen Vereinheitlichung mit Potere Operaio über die Zusammenarbeit in einigen politischen Komitees nicht hinausgekommen war.
Die neue Tageszeitung (11a), die ursprünglich allen linken

(9) M. Serafini, "Relazione al Convegno Operaio", il Manifesto III, 1-2, S. 33
(10) ebda
(11) ebda
(11a) Der Versuch, die Tageszeitung gemeinsam mit Potere Operaio und il Manifesto herauszugeben, scheiterte u.a. an der Weigerung von il Manifesto, jeder der beiden anderen

Gruppen links von der KPI Gelegenheit zur Darstellung ihrer politischen Erfahrungen und Strategien und der Berichterstattung über die weiterhin anhaltenden Arbeits- und Klassenkämpfe in den Fabriken, im Süden etc. bieten sollte, stellte sich die Aufgabe, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen, die von der Unità und der gesamten bürgerlichen Presse über die weitergehenden Arbeitskämpfe errichtet worden war, einer breiten Massen von Lesern eine kontinuierliche Information über diese und die politischen Perspektiven der daran beteiligten Gruppen zu geben, um so über die jeweils auf die eigene Intervention der begrenzte Berichterstattung der verschiedenen Zeitungen der "Klassenlinken" hinauszukommen.
Dieses Ziel, d.h. eine umfassende, möglichst detaillierte und erschöpfende Berichterstattung über die Arbeitskämpfe vom April 1971 (dem Gründungsdatum der Zeitung) bis heute, hat die Zeitung in sehr hohem Maße erfüllt; man erreicht, was zuvor der in ihren Analysen recht zuverlässigen , was zuvor der in ihren Analysen rechtzuverlässigen Zeitschrift "il Manifesto" nicht gelungen war, sich nämlich eine sehr breite Vertrauensbasis auch unter den Arbeiterkadern und- avantgarden zu schaffen, die bislang il Manifesto mit einigem Mißtrauen gegenübergestanden hatten.
Die Bedeutung der Tageszeitung (auf die der Artikel im Neuen Roten Forum mit keinem Wort eingeht) kann man nur angesichts der politischen Degeneration der Tageszeitung der KPI, der Unità, ermessen, die nicht nur systematisch die linken Avantgarden und auch die radikalen Exponenten der Metallarbeitergewerkschaften diffamiert, des Abenteurertums und gar des " Gangsterismus" beschuldigt, in manchen Fällen die Intervention der Staatsmacht, d.h. der Polizei fordert (z.B. im Falle von Reggio Calabria und bei den rezenten Häuserbesetzungen in Rom und Mailand), im Zeifelsfalle immer Partei für die Gewerkschaftsrechte und gegen die revolutionären Kräfte ergreift, die tagtäglich ihren Lesern, d.h. einem großen Teil der immer noch sehr großen Arbeiterbasis der KPI, die Ideologie des Kampfes um die Reformen, der Einheit aller "wahrhaft demokratischen Kräfte" (einschließlich der DC) einhämmert, deren Sportberichterstattung genauso faschistische Züge trägt wie die der bürgerlichen Presse (12), deren kommerzielle Werbung, die sich in nichts mehr von der der bürgerlichen Presse unterscheidet, von den Unità-Redakteuren noch als positives Moment der Entwicklung der Produktivkräfte legitimiert wird, die dem Sumpf der bürgerlichen Unterhaltungskultur genauso unkritisch und oft gar apologetisch gegenübersteht wie die bürgerlichen Zeitungen....
Der Fortschritt, den die Tageszeitung von Il Manifesto gegenüber der traditionellen Linkspresse (Unità und Avanti) darstellt, liegt auf der Hand, wegen:
1. des extrem niedrigen Preises (50 lire, ca.27 Pfennige, gegenüber 90 lire der bürgerlichen Tageszeitungen einschließlich Unità.)
2. des vollkommenen Verzichts auf kommerzielle Werbung (es sei denn, für linke Verlage) und auf Sportberichterstattung, und der radikalen Kritik der bürgerlichen Kul-
3. der verhältnismäßig hohen Auflage von 70 bis 75 tausend Exemplaren pro Tag, der selbstverständlich eine sehr viel höhere Anzahl von Lesern entspricht, da die Zeitung im Durchschnitt von mindestens 3 bis 4 Leuten gelesen wird;
4. der Beschränkung auf die wesentlichen Momente der politischen Berichterstattung im In- und Ausland.
Die Tageszeitung weist unter einigen Gesichtspunkte einige gravierende Mängel auf:
vom typographischen und zeitungstechnischen Gesichtspunkt: aus Ersparnisgründen ist il Manifesto gezwungen, seine gesamten Informationen auf 4 Seiten unterzubringen; das erschwert in vielen Fällen die Lesbarkeit der Zeitung; außerdem wird auf jegliche graphische Auflockerung (Fotos, Karikaturen etc.) verzichtet.
vom publizistischen Gesichtspunkt: die Auslandsberichterstattung, sowie die allgemeine Berichterstattung über politische Tagesthemen ist infolge des ebenfalls aus Sparnotwendigkeiten bedingten Mangels an In- und Auslandskorrespondenten sehr oft unvollständig; so bekommt der Leser von il Manifestoz.B. über die letzten Arbeitskämpfe in Westdeutschland entweder verspätete oder recht tendentiöse Informationen, weil sich il Manifesto offensichtlich mit den Informanten begnügen muß, die sich ihm anbieten); dies findet seinen Ausdruck in zahlreichen Fehlinformationen beziehungsweise in der Tendenz einer vereinfachenden Aufpolierung von Nachrichten, die der bürgerlichen Presse entnommen sind.
Der aus finanziellen Notwendigkeiten bedingte Verzicht auf eine Errichtung eines umfassenden Korrespondentennetzes hat jedoch auch eine positive Seite, insofern als damit der Form der militanten Berichterstattung durch die einzelnen Avantgarden , auch von anderen Gruppen, ein breiter Raum in der Zeitung eingeräumt wird, und dies hat zweifellos eine wichtige erzieherisch-politische Funktion, eben weil die lokalen Gruppen gezwungen werden, die Analyse ihrer spezifischen Erfahrungen aus der Perspektive nicht ihres lokalen Horizontes, sondern in einem allgemeineren politischen Kontext darzustellen um die Relevanz dieser Erfahrungen auch Außenstehenden zu vermitteln. Dies gelingt jedoch nicht immer, und die Beiträge der lokalen Gruppen geraten oft zu lokalistischen, selbstverklärenden und selbstüberschätzenden Berichten, oder bleiben in der bloßen Aneinanderreihung von Fakten stecken.
Die Tageszeitung hat außerdem einige ihrer führenden Mitglieder beauftragt, im Zuge von politischen Auslandsreisen, einige ad-hoc Analysen über Klassenkämpfe und wichtige politische Situationen in den jeweiligen Ländern zu erstellen, so z.B. die guten Analysen von R.Rossanda über Chile, vonL.Castellina über Jugoslawien usw., die zwar den mangelhaften Informationsprozeß aus dem Ausland nicht kompensieren können, aber zumindestens einige methodische Hinweise für eine korrekte Auslandsberichterstattung geben. Il Manifesto , das sich der unzulänglichen Auslandsberichterstattung durchaus bewußt ist, versucht auch in der letzten Zeit über eine verstärkte Zusammenarbeit mit ausländischen linken Gruppen den Informationsfluß zu aktivieren, und hier tritt die Notwendigkeit eines entschiedenen Vorantreibens einer praktischen internationalistischen Arbeit der europäischen revolutionären Linken klar zu Tage.
Ein weiterer Kritikpunkt an der Zeitung ist, daß sie den kurz vor ihrer Gründung erhobenen Anspruch, dieses Organ zum Sprachrohr und politischen Forum aller Gruppen der "Klassenlinken" zu machen, nur in begrenztem Umfange eingelöst hat.D.h. die Mehrzahl der Beiträge in der Tageszeitung stammt von Mitgliedern oder Sympathisanten,

(12) Es sei nur nebenbei bemerkt, daß die Montagsausgabe der "Unità" mindestens 8 Seiten dem Sport widmet und daß sie z.B. versucht , die Möglichkeit einer sozialistischen Perspektive des Profisportes dadurch herauszustellen sucht, daß sie die gewerkschaftliche Organisation der Fußballprofis, eine Fußballergewerkschaft fordert.

wenn prinzipiell auch Beiträge von anderen Gruppen, unter Kenntlichmachung der Provenienz der jeweiligen Artikel, abgedruckt werden. Die Möglichkeit der Intervention und Einflußnahme von anderen Gruppen auf die allgemeine Linie der Zeitung ist nur in sehr geringem Umfange gegeben, und dies erweist die Aufforderung von L.Pintor, anläßlich seiner Vorstellung der Zeitung in Mailand vom 15.3.71, an die "Unione,m.l." und andere Gruppen, sich aktiv ander Erarbeitung der politischen Linie der Zeitung zu beteiligen, im Falle ihrer politischen Fehlentwicklung ,"nicht einfach anzugreifen", sondern"anzugreifen, indem man hineingeht", als ziemlich illusionär.
So erklärt sich auch eine gewisse perspektivische Verzerrung in der Darstellung der Klassenkämpfe, insofern ganz zwangsläufig, die Situationen , wo il Manifesto selbst nicht präsent ist, oft etwas zu kurz kommen und so der Eindruck entsteht, daß der Klassenkampf in Italien weitgehend von il Manifesto geführt werde.

Wie schon angedeutet, bedeutete die Veröffentlichung der Tageszeitung einen qualitativen Fortschritt in der Geschichte von il Manifesto und beeinflußte nachhaltig die bisherige Organisationsstruktur der Gruppe. Dies heißt, daß die Führungsspitze, die ohnehin zu einem großen Teil in Rom konzentriert ist und dort noch durch ihre parlamentarische Arbeit, die sie nicht unterschätzt, stark in Anspruch genommen ist, weitgehend durch die publizistische Arbeit ausgelastet ist. Dies hat nun zwei erlei Folgen : einerseits hat dadurch die Führungsspitze weniger Zeit und Gelegenheit in die unmittelbare und praktisch-organisatorische Arbeit der einzelnen Zentren und lokalen Gruppen einzugreifen, die so gezwungen werden (und auch die Chance haben), eigene Konzepte zu entwickeln und die anfangs sehr starke ideologische Abhängigkeit von der Führungsgruppe zu überwinden, und die Bildung von intermediären Kadern auf Provinzial- und Regionalebene voranzutreiben, aus denen sich dann auch neue Kader der Führungsgruppe rekrutieren können. Insofern als dadurch die Arbeitsüberlastung der Führung gemildert wird und damit zugleich ein gewisses Monopol der politischen Meinungsbildung innerhalb der Gruppe durch die ursprüngliche Kerntruppe der Zeitschrift abgebaut wird, ist diese Entwicklung als positiv zu beurteilen, zumal dadurch die Kommunikation zwischen Basis und Führungspitze verbessert werden kann, und die lokalen Zentren nicht mehr auf die periodisch stattfindenden nationalen Tagungen angewiesen sind, an die jedes Zentrum entsprechend der jeweiligen Größe und Relevanz (d.h. Arbeiterzentren mehr als Studentenzentren) eine bestimmte Anzahl von Delegierten entsenden, um auf die allgemeine Liniendiskussion Einfluß zu nehmen.
Auf der anderen Seite liegt in der starken Inanspruchnahme der Führungsgruppe durch die Zeitung die Gefahr begründet, daß eben infolge der - bis vor kurzem zumindest starken ideologischen und organisatorischen Abhängigkeit der lokalen Gruppen von der Führung, die Diskussion um die politische Linie ins Stocken gerät, und daß die Zentren in den gravierenden Fehler verfallen, den sie sehr zu Recht an der Unità kritisieren, nämlich, die Agitation der Mitglieder ganz auf die Propaganda und den Vertrieb der Zeitung zu konzentrieren; diese Gefahr wird noch dadurch verstärkt, daß die erheblichen finanziellen Schwierigkeiten , die aus der rigorosen Anwendung des Grundsatzes der Eigenfinanzierung unter Verzicht auf die lukrativen Werbeeinnahmen, dazu zwingen, möglichst viele Zeitungen an den Mann zu bringen, und für diese Arbeit einen großen Teil der Mitglieder abzustellen. Wenn sich diese Tendenz verstärken sollte, riskiert il Manifesto ein Anhängsel seiner Tageszeitung zu werden , anstatt daß diese das Sprachrohr der "Klassenlinken" und besonders der Gruppe von il Manifesto wird.
In dieser Tendenz liegt auch noch eine weitere Gefahr begründet, daß sich il Manifesto mehr und mehr auf die Funktion beschränkt, die politischen Ereignisse nur zu kommentieren, ohne selbst praktisch und propagandistisch in diese einzugreifen, mit anderen Worten, die Gefahr, zu einem Vehikel der Spontaneität der Massen zu werden, anstatt diese Spontaneität selbst zu organisieren.
Damit soll nicht bestritten werden, daß der aktive Einfluß sowohl der Zeitung als auch der Gruppe selbst sehr stark ist , und zweifellos hat der Einfluß von il Manifesto seit der Herausgabe der Tageszeitung erheblich zugenommen; und fraglos ist il Manifesto seit einigen Monaten die stärkste und am meisten unter den arbeitenden Massen und Studenten verankerte Gruppe in Italien - neben Lotta Continua.
Die Möglichkeit der angedeuteten Gefahren darf deshalb nicht unterschätzt werden,weil sich für il Manifesto in den letzten Wochen die Perspektive der Parteigründung infolge der politischen Entwicklung Italiens nach den Präsidentschaftswahlen und der darauf folgenden Regierungskrise vor allem im Hinblick auf die Möglichkeit von vorverlegten Parlamentswahlen wegen der vorzeitigen Auflösung des Parlaments mit einiger Dringlichkeit stellt.
Die Entscheidung für die Teilnahme an den vorverlegten Parlamentswahlen wird folgenreiche Auswirkungen auf die Arbeit oder gar das Bestehen der Gruppe haben.
Damit soll nicht gesagt sein, daß die Gruppe ähnlich wie die Unione eine erbärmliche Wahlniederlage erleiden werde - es wäre im Gegenteil mit einem ziemlichen Wahlerfolg zu rechnen,durch den sich der Anteil der Manifesto-Abgeordneten beträchtlich erhöhen dürfte; sondern vielmehr,daß die Entscheidung für eine Wahlbeteiligung auf den heftigen Widerstand eines Teils von il Manifesto, vor allem der von der außerparlamentarischen Tradition herkommenden Mitglieder auslösen würde,der auch zu massenhaften Austritten oder gar einer Abspaltung eines kompakten Teils der Gruppe führen könnte.Sicher ist,daß eine Wahlbeteiligung die grundsätzliche politische Diskussion über die Phasen der Parteigründung,über das Verhältnis von parlamentarischer Arbeit und unmittelbare Intervention in den Arbeitskämpfen etc. über die Frage des demokratischen Zentralismus,das Bündnis mit den anderen Organisationen usw. verfälschen und verkürzen müßte,und es ist schwer vorstellbar wie il Manifesto trotz seiner relativen quantitativen und qualitativen Stärkung in den letzten Monaten in der Lage sein will, einen mit Sicherheit sehr aufwendigen Wahlkampf zu durchstehen,ohne alle Mitglieder und Sympathisanten samt und sonders für diesen Wahlkampf zu mobilisieren,und es ist dann schwer vorstellbar,wie il Manifesto für die im Herbst anstehenden Tarifverhandlungen,die es zurecht als das eigentliche Terrain der Auseinandersetzung mit dem Kapital und dem Reformismus ansieht, für eine solche Kraftprobe gewappnet sein wird.

Die Frage ist nicht so sehr, ob il Manifesto prinzipiell an Parlamentswahlen teilnehmen soll oder nicht - denn ich meine,daß diese Frage nach der jeweiligen politischen Situation und nicht a priori beantwortet werden kann- sondern vielmehr, ob il Manifesto durch die Teilnahme an den Wahlen sich nicht die Massenbasis für die Gründung der neuen revolutionären Partei,die ja eben nicht eine weitere Arbeiterpartei neben den schon bestehenden sein soll,entzieht und vor allem die sogenannte "Aggregation" unmöglich macht,d.h. das Zusammengehen mit anderen politischen Gruppen der "Klassenlinken" nach einem - vorläufig ins

Stocken geratenen - langwierigen Prozeß der ideologischen und organisatorischen Vereinheitlichung, der über intermediäre Etappen ablaufen wird. (13)

Zur politischen Arbeit von il Manifesto

Die Schwerpunkte der politischen Arbeit von il Manifesto sind:
1. die Intervention in den Betrieben,
2. die Intervention in der Schule und in der Universität,
3. die Arbeit in den Wohnvierteln,
4. die publizistische Tätigkeit und
5. die parlamentarische Arbeit der 6 Abgeordneten.

ad 1. Über die effektive Verankerung von il Manifesto in den Betrieben - in Form von Betriebszellen, "nuclei", politischen Komitees, in den Delegiertenräten, in den CUBs, in den Gewerkschaften, v.a. in der FIM - sind im Augenblick keine genauen Angaben möglich. Fest steht, daß es in all diesen Organisationen über eine in den letzten Monaten beträchtlich gestiegene Basis verfügt, und daß die von il Manifesto aufgestellten Plattformen immer mehr von nicht in der Manifesto-Gruppe organisierten Arbeitern unterstützt werden.
Essoll hier vor allem auf die von der Gruppe propagierten Forderungen und Plattformen eingegangen werden.
Die Inhalte dieser Forderungen setzen an den während des heißen Herbstes entwickelten Plattformen an, die z.T. damals auch von den Gewerkschaften vertreten wurden; die Inhalte dieser Forderungen wurden dann aber im weiteren Verlauf der Arbeitskämpfe von den Gewerkschaften preisgegeben oder verfälscht - so z.B. die Forderung nach der generellen Absicherung der 40-Stunden -Woche, die trotz anderslautender tarifvertraglicher Bestimmungen von den Gewerkschaften faktisch aufgegeben wurde. Die wesentlichen Inhalte der Forderungen von 1969 waren : Abschaffung des Akkord- und Leistungslohns, Absicherung der 40-Stunden-Woche bzw. der 36-Stunden-Woche in einigen Betrieben wie bei Montecatini in Potro-Marghera, Abschaffung der Überstunden, gleiche Lohnerhöhungen für alle, Reduzierung der Lohnstufen ("categorie") auf höchstens zwei, Kampf um die Reduzierung bzw. "Selbstbestimmung" des Arbeitstempos Der entscheidende Unterschied bei der Aufstellung dieser Forderungen im Vergleich zu den Gewerkschaften - abgesehen vielleicht vom linken Flügel der FIM, mit dem il Manifesto in einigen Situationen auch eng zusammenarbeitet - , ist die ausdrückliche Ablehnung, diese Forderungen von ihrer Vereinbarkeit mit den Produktivitätserfordernissen der jeweiligen Betriebe und des Wirtschaftsplanes abhängig zu machen.
Die Forderung nach Abschaffung des Akkords und des Leistungslohns wird zwar auch von den Gewerkschaften erhoben; die Ende 1970 abgeschlossenen Tarifverträge bei Alfa Romeo, Innocenti, Italsider haben jedoch gezeigt, daß die Gewerkschaften den Kampf gegen den Leistungslohn nicht radikal zu Ende zu führen bereit sind, trotz der massiven Bereitschaft der Arbeiter für dieses Ziel zu kämpfen; so ist es zum Beispiel nicht gelungen , im Betriebstarif vertrag von Alfa Romeo , trotz des massiven Drucks der Belegschaft, die Abschaffung des Individualakkords durchzusetzen, sondern nur eine Neufestsetzung der Akkordsätze durchzusetzen, die entgegen den Angaben keine spürbare Reduzierung der Anreizfunktion des Akkordes bewirkte;

In der gegenwärtigen Phase wird nach Ansicht von il Manifesto eine generelle Abschaffung des Akkords nicht durchzusetzen sein; immerhin ist es möglich, den Kampf um eine progressive Reduzierung des Leistungslohnanteils und dessen Übernahme in den Grundlohn voranzutreiben. Ein entscheidendes Instrument hierbei sei die Strategie der sog."Selbstbeschränkung der Produktion" und der "Selbstbestimmung des Arbeitstempos " als Aspekte der Strategie ,die il Manifesto etwas euphorisch "Fabrikguerilla" nennt. Immerhin ist die Bereitschaft der Arbeiter diese Instrumente des Arbeitskampfes einzu setzen seit den Kämpfen des Herbstes 1969 ungebrochen und dies zeigt sich auch an der Unfähigkeit des italienischen Kapitals , das Produktivitätsniveau von vor dem Herbst 1969 wieder zu erreichen. (14)
"Die Lohnforderungen können jedoch nicht, in einer Phase der Wirtschaftskrise, nur als quantitatives Problem gesehen werden. Es wird wesentlich darum gehen, daß die politische Dimension der Lohnfrage..., wie sich schon 1969 in der Forderung nach gleichem Lohn für alle zum Ausdruck kam, weiter entwickelt wird. Das heißt einerseits den Kampf gegen die Inflation aufzunehmen, durch die Perspektive der Durchsetzung von Mechanismen der automatischen Angleichung des Lohns an die Lebenshaltungskosten , die wirksamer sind und rascher funktionieren als das System der mystifizierenden gleitenden Lohnskala, andererseits die egalitäre Thematik voll zu entwicklen , derart, daß sie über die jeweilige Lohngruppe und Branche hinausgeht. Die eigentliche Absurdität der italienischen Lohnstruktur liegt in der Tat in den uneinheitlichen und willkürlichen Lohnniveaus..,.. willkürlich im Hinblick auf die Indikatoren der beruflichen Qualifikationsstruktur und Arbeitsproduktivität, die das System erfordert." (aus der Tageszeitung vom 2.-3.,11.72).
In diesem Zusammenhang stellt il Manifesto die Forderung nach einer drastischen Arbeitszeitverkürzung, deren Zusammenhang mit dem Problem der Arbeitslosigkeit es der Arbeiterklasse ständig zu vermitteln gelte , ohne anzunehmen , daß die schon jetzt ab und zu erhobene Forderung nach Einführung der 30-Stunden-Woche ein politisches Nahziel sein könne; " andererseits kann die Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen in den nächsten Tariverhandlungen eine besondere Relevanz bekommen, wenn man sie an bestimmten Bedingungen festmacht : 36 h Woche für alle gesundheitsschädlichen Arbeiten, für alle,diejenigen, die außerhalb wohnen, und hohe Fahrtkosten haben. Auf diese Art können Proble-

---

(13)Ein solches Vorgehen stünde auch im Gegensatz zu der von L.Pintor im Sommer 1970 feierlich bekräftigten Überzeugung von il Manifesto : "Zu oft haben wir wiederholt, als daß wir es jetzt noch einmal ausdrücklich bestätigt werden müßte, daß der Prozeß der Bildung einer neuen politischen Kraft - einer neuen P a r t e i - ...nicht von einer vereinzelten Gruppe in die Wege geleitet werden kann." (L.Pintor, "Ad un anno dal "Manifesto" verso un movimento politico", il Manifesto,11,1970,7-8,S.7)

(14) "Die Kämpfe um die Selbstbestimmung des Arbeitstempos sind nicht zahlreich. In einigen Fällen, wie bei Ducati, hatten sie negativen Ausgang. Aber das Phänomen ist in Wirklichkeit viel verbreiteter,wie auch die Unfähigkeit des Kapitals beweist, zu den Produktionsniveaus von vor 1969 zurückzukehren. Dies bedeutet, daß dieser Kampf sich nicht in den gewerkschaftlichen Plattformen niederschlägt, sondern als diffuse Haltung der Weigerung der Arbeiter wirksam ist." Serafini, a.a.O., S.29
(15) entfällt

me wie die der gesundheitsschädlichen Arbeiten, des öffentlichen Verkehrs und vor allem der Ausbildung direkt in die Auseinandersetzungen um die Tarifverträge hineingetragen werden, und damit käme der Kampf gegen das Arbeitstempo, gegen die Gesundheitsschäden und vor allem der sehr schwierige Kampf gegen die Berufshierarchie und die Qualifikationsstruktur auf ein höheres Niveau.

Die größte Gefahr , denen die Arbeiter dieses Mal gegenüber stehen, ist nicht , daß die Gewerkschaften sie von Anfang an in Stich ließen. Sie besteht vielmehr in einer scheinbar fortschrittlichen Plattform, die jedoch die Arbeiter nicht zu mobilisieren vermag, in sich uneinheitlich ist, und die der Führung der Gewerkschaftsspitze allein überlassen bleibt, was dann zu einer geringen Beteiligung der Basis und Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse führen könnte (Nichtbeteiligung der Angestellten, getrennte Abkommen für die kleine Industrie, Ausschluß der süditalienischen Arbeitervon den Tarifverhandlungen). Es gilt dieser Gefahr schon jetzt vorzubeugen. Entscheidend ist , wie die Arbeiterklasse auf die Verträge vorbereitet ist. Erforderlich ist deshalb:

a) die ständige und massenhafte Beteiligung an der Diskussion um die Aufstellung der Plattform und zur Klärung ihrer politischen Implikationen;

b) die Entwicklung von fortgeschrittenen Fabrikkämpfen, die die gegenwärtigen Konflikte in einer einheitlichen Perspektive des Kampfes vereinheitlichen und vorantreiben;

c) die organisierte Arbeit in der kleinen Industrie, bei der Heimarbeit, und über all da, wo die Drohung der Arbeitslosigkeit am stärksten ist, unter Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen dieser Sektoren.

d) eine von der Basis ausgehende rechtzeitige Koordinierung der Plattformen und derKampfformen, die rechtzeitige Vereinheitlichung dieser Plattformen zwischen den verschiedenen, an der Tarifrunde beteiligten Sektoren...;

e) Vereinheitlichung von Plattformen..., die auch andere sozialen Gruppen ... in den Kampf miteinbeziehen können....

Es ist von vorneherein ausgeschlossen , daß ein solches Programm insgesamt von den Gewerkschaften realisiert werden könne. Die Gewerkschaften könnten zwar in diese Richtung arbeiten, aber in der gegenwärtigen Situation können und wollen sie die Führung eines solchen Kampfes nicht übernehmen. - Deshalb ist es wichtig, daß vor der Tarifrunde schon mehr oder minder formalisierte und koordinierte Organisationsformen bestehen, die eine gemeinsame Linie verfolgen und diese auch voranzutreiben versuchen. Die schon vor einiger Zeit vonuns propagierten politischen Komitees ..., als Organe der Koordinierung der wirklichen Avantgarden ... entsprechen dieser Notwendigkeit. .. Die Linie, die wir vorschlagen, wird sich nicht in einem Tag durchsetzten, es ist jedoch wichtig, daß die Kämpfe des Herbstes 1972 so geführt werden, daß sie einen neuen Zyklus von Kämpfen einleiten können. ..Dieser Prozeß wäre für lange Zeit unterbrochen, wenn die kommenden Kämpfe mit rückständigen Plattformen geführt würden, oder , was auf das gleiche hinausläuft, wenn sie mit einer Niederlage enden würden." (Tageszeitung, il Manifesto, 2.3.,11.,1972, S.4)

ad 2.: Ein großer Teil und in bestimmten Orten die Mehrheit der Mitglieder und Sympathisanten von il Manifesto rekrutiert sich aus Schülern, Studenten und Lehrern. Die politische Auseinandersetzung an den italienischen Schulen und Universitäten ist in den letzten Jahren nicht rückläufig gewesen, zumal der Zusammenhang zwischen dem antikapitalistischen Kampf der Arbeiter und dem Kampf der Schüler gegen die berufliche Dequalifikation, gegen die Funktion der Schule als Auffangbecken der Arbeitslosigkeit, gegen den auch in der Organisation des Schulsystems sehr viel manifesteren Klassencharakter des Ausbildungssektors als z.B. in Westdeutschland sich auch praktisch in Solidaritätskundgebungen von Arbeitern für den Kampf der Schüler (vor allem in den Schulen der Arbeiterviertel)als auch umgekehrt der Schüler und Studenten für die Arbeitskämpfe der Arbeiter niedergeschlagen hat. Welches ist die politische und organisatorische Perspektive von il Manifesto für ihre Intervention im Ausbildungssektor?

"Es sind vor allem die Kämpfe voranzutreiben, die günstige Voraussetzungen für die Massenorganisation der Schüler und Studenten schaffen. Angesichts der Unmöglichkeit einer effektiven Reform des Schulssystems innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, gilt es politische Strukturen zu schaffen, die die Schule und ihre Inhalte ständig in Frage stellen, die Machtverhältnisse innerhalb der Schule verschieben und Voraussetzungen für ein verbreitetes antikapitalistisches Bewußtsein der Schüler und Studenten schaffen. Um dies zu erreichen ist notwendig, daß die Schüler und Studenten sich der Zweideutigkeit ihrer sozialen Rolle (als aktuelles Privileg und zukünftiger Dequalifikation) bewußt werden, diese Rolle leugnen und diese in einem Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die dieser Zweideutigkeit zugrunde liegt, überwinden. ... Aber infolge der zitierten Zweideutigkeit der Studenten besteht auch die Gefahr eines Rückfalls in begrenzte und korporativistische Kämpfe, die die eigenen Privilegien nur absichern sollen. Aus dieser zwiespältigen Situation können die Schüler und Studenten, auf sich allein gestellt, nicht herauskommen, und hieraus erklärt sich auch die Schwierigkeit einer gänzlich autonomen Studenten- und Schülerbewegung. Dieser Zwiespalt ist nur in einer wirklichen und nicht nur solidaristischen und aktivistischen organisatorischen Verbindung mit der Arbeiterklasse aufzuheben; durch die konkrete Kritik an der Gesellschaft, die ihre widersprüchliche Situation durch die Arbeitsteilung erzeugt; ... dies setzt voraus, daß der politische Kampf als Grundlage des Wissens, als Element einer realen Kritik an den Inhalten und Methoden der bürgerlichen Wissenschaft, als materielle Grundlage für die Schaffung eines neuen Wissens konzipiert wird. Dies, meinen wir, wenn wir behaupten, daß die Schule ein Arbeiterproblem ist, daß sie unter einer Arbeiterführung stehen muß, daß Schüler und Lehrer konkret ihre Rolle leugnen müssen .

Wenn wir diese Linie konkretisieren wollen , so können wir sagen, daß in der Schulausbildung der 3 bis 14jährigen der Kampf gegen die Mechanismen gerichtet sein muß, die die Privilegien in der kapitalistischen Gesellschaft mitkonstituieren (Kampf gegen die Selektion, gegen die Benotung, gegen das Sitzenbleiben) und die zugleich die Inhalte der bürgerlichen Ideologie vermitteln. (Kampf gegen den Autoritarismus, gegen die Inhalte und Methoden der bürgerlichen Kultur). Auf diesem Niveau muß der Kampf mit externen Avantgarden geführt werden, durch öffentliche Versammlungen und unter Führung von Arbeiter-Studenten-Kollektiven ... , zum Beispiel der Kampf gegen das Lehrbuch (aber auch gegen die Stundenpläne, gegen eine bestimmte Art der Disziplin, die Art der Fächeraufteilung etc...) und nicht der Kampf für das unentgeltliche Lehrbuch...;

der intermediäre Schulbereich (16 bis 18 Jahre) muß abgeschafft werden und der Kampf um seine Umwandlung in

Richtung Universität für alle aufgenommen werden; .. wir machen folgende organisatorische Vorschläge : Bildung von Schüler-Lehrer-Arbeiter-Kollektiven für die Ausbildungsphase der 3 bis 14jährigen, öffentliche Versammlungen als Ort des politischen Kampfes gegen die Schule; Klassen- und Schulkollektive, die durch öffentliche Versammlungen, an denen auch Studentenkollektive und betriebliche Avantgarden teilnehmen koordiniert werden...: wichtig ist die Verbindung mit den betrieblichen Avantgarden, ... damit die Einsicht in die eigene Situation als potentielle und latente Arbeitslose ... keine Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt in einer momentan schwierigen Beschäftigungssitation erzeugt.
Diese Forderungen müssen mit dem Kampf um die Arbeitszeitverkürzung der Arbeiter verbunden werden, sowie um die Erhöhung der Beschäftigungsquote, unabhängig davon, ob sie mit dem System vereinbar sind, gemäß einer "proletarischen Rationalität." (aus "Per un movimento politico organizzato", il Manifesto (Zeitschrift), 1971, 3-4, S.19-21)

ad 3.: Der Kampf gegen die Wohnungsmisere (zusammen mit dem Kampf gegen die katastrophalen öffentlichen Verkehrsmittel) wurde 1970/71 in einem entscheidenden Maße von der revolutionären Linken, einschließlich il Manifesto geführt, nachdem die traditionelle Linke (KPI, PSIUP, Gewerkschaften) die Ansätze zu einer massenhaften Generalisierung der radikalen Inhalte in diesem Bereich durch die Abschiebung der ganzen Wohnungs- und Mietenfrage auf parlamentarische Ebene zu zerschlagen versuchte.

Trotzdem hat sich die Bewegung in den beiden letzten Jahren beträchtlich ausgeweitet, vor allem infolge der massiven Agitation und Intervention von Lotta Continua, das bekanntlich den Schwerpunkt seiner politischen Arbeit zunehmend von der Fabrik auf den Reproduktionssektor und in den Süden Italiens verlagerte und im Zusammenhang mit den Kämpfen im Wohnungssektor mit Hausbesetzungen und Mietstreiks usw. sein Konzept des "Nehmen wir uns die Stadt" und die Strategie des "exemplarischen Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung" entwickelte. In dieser Perspektive des exemplarischen Kampfes liegt jedoch die Gefahr des Abenteuertums begründet, insofern, als bei einer Reihe von Hausbesetzungen z.B. die Notwendigkeit der Demonstration und Anprangerung der brutalen Repression des Staates und der Polizei (Vertreibungen der Hausbesetzer durch die Polizei) der Erfordernis einer entsprechenden Vorausplanung und präventiven Verteidigung der angeeigneten Wohnungen auf der Grundlage einer massenhaften Solidarisierung übergeordnet wurde. Hier lag auch eine der entscheidenden Ursachen für Dissidenzen zwischen Manifesto und Lotta Continua, insofern als Lotta Continua il Manifesto vorwarf, eine zu legalistische Haltung in der Frage der Hausbesetzungen einzunehmen. In der letzten Zeit scheint jedoch die Zusammenarbeit von Lotta Continua und Il Manifesto auf diesem Gebiet einige Fortschritte gemacht zu haben, wohl auch, weil in einigen Fällen il Manifesto auf die radikalere Position von Lotta Continua eingeschwenkt ist. (15)

Il Manifesto sieht jedoch zum anderen auch die Notwendigkeit, neben einer grundsätzlichen Umverteilung der Wohnungen (vor allem durch Besetzung der als Sozialwohnungen ausgegebenen aber viel zu teueren Appartements an der Peripherie Mailands, Roms und Turins) den Kampf um eine andere Wohnungsbaupolitik, um den Bau von mehr und menschenwürdigeren Wohnungen voranzutreiben, "ohne diesen Kampf an die normale institutionelle Praxis von öffentlichen Entscheidungen zu delegieren, die im Bausektor entscheidend sind. Wenn man auf dieser Ebene keine konkreten Erfolge erzielt, so wird man auf die Opposition der Bauarbeiter stoßen, und andererseits werden alle Erfolge bei der Mietpreissenkung und alle Hausbesetzungen zur Konkurrenz unter den wohnungslosen Proletariern führen. Diese Kämpfe können nicht ohne angemessene organisatorische Strukturen durchgeführt werden. Die einzig mögliche organisatorische Struktur ist hier durch den Aufbau von permanenten und einheitlichen Massenorganisationen gegeben,... in denen Arbeitergruppen und Fabrikräte unmittelbar vertreten sein müssen, die auf diese Art und Weise eine wichtige und konkrete politische Erfahrung machen können." (16)

ad 4.: Die Herausgabe der Tageszeitung bedeutete eine entscheidende Zäsur in der Geschichte von il Manifesto, insofern als sie die Möglichkeit der Vermittlung ihrer politischen Perspektive an einen viel größeren Kreis von Militanten und Avantgarden bot, die bislang nur episodisch oder gar nicht mit il Manifesto in Kontakt gekommen waren. Die Schwerpunkte der Zeitung sind schon kurz angedeutet worden, und reichen von der Berichterstattung über die Arbeitskämpfe in Italien und Westeuropa, über die Information über den antiimperialistischen Kampf der Völker der dritten Welt bis hin zur Analyse der politischen Entwicklung der Volksdemokratien. In einigen Fällen ist die Zeitung selbst als Initiatorin von politischen Aktionen aufgetreten, die sich nicht nur an die Mitglieder und Sympathisanten von il Manifesto richteten, sondern allgemein an die Basis der reformistischen Linken, so z.B. als sie im Zusammenhang mit der antifaschistischen Kampagne dem Führer der Neofaschisten (MSI), Almirante, nachwies, daß er während der italienischen Resistenza den Schießbefehl auf Partisanen erteilt habe und an zahlreichen Exekutionen von Widerstandskämpfern beteiligt gewesen war. Diese Art des antifaschistischen Kampfes geriet meines Erachtens in ein etwas zwiespältiges Licht, als die Hauptstoßrichtung des Angriffes gegen Almirante auf die Verurteilung des Faschistenführers im Parlament zielte und die Argumentation von il Manifesto in die Nähe einer Apologie der "bürgerlich-republikanischen Verfassung" geriet, in der Almirante kein Recht habe vertreten zu sein. Daß sich il Manifesto auch hier als Garant der von der KPI inzwischen aufgegebenen "antifaschistischen Volksfrontstrategie" gerierte (deren historische Überholtheit an anderer Stelle von il Manifesto theoretisiert wurde), ist auch an der Reaktion zahlloser ehemaliger Widerstandskämpfer

---

(15) Das findet seinen Ausdruck unter anderem auch darin, daß in der letzten Plattform von il Manifesto die Thematik der "Appropriation" auftaucht, die schon vorher von Potere Operaio und von Lotta Continua ("Nehmen wir uns die Stadt") entwickelt worden war.

(16) "Die Hausbesetzung als eine der möglichen, ja als die erste und mobilisierendste Form des Kampfes kann längerfristig geplant werden, kann andere Schichten mit in den Kampf hineinziehen, muß jedoch durch andere Formen eines ebenso direkten Kampfes ergänzt werden: vor allem durch die selbständige Senkung, die kollektive Aushandlung des Mietpreises, mit der öffentlichen Gewalt und mit den privaten Hausbesitzern..., in der Bemühung, spätere Phasen der Organisation eines umfassenderen Kampfes zu antizipieren und aufzubauen." (aus "Per un movimento.." a.a.O., S.16)

abzulesen, die sich öffentlich mit il Manifesto solidarisierten und zugleich das Verhalten der KPI als Verrat an seiner eigenen antifaschistischen Tradition kritisierten. Auch die Kampagne gegen A.Fanfani im Zusammenhang mit dessen Kandidatur bei den letzten Präsidentschaftswahlen, die gerechtfertigt war, insofern sie richtig die Gefahr einschätzte, die von diesem Politiker für die Entwicklung der Klassenkämpfe in Italien ausging, tendierte zuweilen - eben durch die Fixierung auf die Person Fanfani - aus den Augen zu verlieren, daß der Präsident der Republik in einem bürgerlich-kapitalistischen Staat immer ein Vertreter der herrschenden Klasse sein muß und auch ein Kandidat der Linken (Moro, Nenni, Demartino etc.), den il Manifesto forderte, kaum die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen dürfte.

ad 5.: Die parlamentarische Arbeit der 6 Abgeordneten beschränkt sich im wesentlichen auf die Kritik der Reformpolitik, wie sie in nicht grundsätzlich von einander abweichenden Varianten von der KPI, dem PSIUP und der DC betrieben wurde, hatte vorwiegend denunziatorischen Charakter, zielte jedoch weniger darauf ab, die Institution des bürgerlichen Parlaments als Interessenagentur der herrschenden Klasse zu entlarven, als vielmehr die politischen Manöver der in diesem Parlament vertretenen Parteien anzuprangern und näherte sich in einigen Fällen einer eindeutig reformistischen Politik. Die Haltung von il Manifesto zur parlamentarischen Arbeit ist ziemlich ambivalent und schwankt zwischen einer radikalen und theoretisch richtig hergeleiteten Parlamentarismuskritik und einer "realpolitischen" Perspektive des parlamentarischen Kampfes.

Das Verhältnis von Il Manifesto zu den Gewerkschaften

Im Gegensatz zu Gruppen wie Lotta Continua und Potere Operaio, die eine radikal antigewerkschaftliche Linie vertreten, ist die Haltung von il Manifesto zu den Gewerkschaften differenzierter :" Unsere Perspektive, ist heute und für absehbare Zeit, die Schaffung und Vorantreibung von autonomen organisatorischen Instrumenten der Klasse, die politisch und gewerkschaftlich zugleich sind und die für eine lange Zeit notwendig neben den Gewerkschaften bestehen, ihre Linie kritisieren, sie in die richtige Richtung zu lenken versuchen und ihre besten Militanten zu aktivieren versuchen...Wir erfinden hier übrigens nichts Neues : es handelt sich um dieselbe Räthematik, von der 1919, unter dem Druck der Massenbewegung und angeregt von der sowjetischen Erfahrung, die Gramscischen Analysen ausgingen." (17)

Il Manifesto geht von der Feststellung aus, daß sich von den Kämpfen von 1968/69 bis heute eine Situation des Arbeitskampfes ergeben habe, die die unmittelbare Dimension des rein gewerkschaftlichen Kampfes, als Kampf um die Verteidigung des Preises der Ware Arbeitskraft, transzendiere: das entscheidende Moment dieses Kampfes sei der Angriff auf die Kapitalistische Herrschafts- und Arbeitsordnung im Betrieb; die spezifischen Inhalte dieses Kampfes (z.B. der Kampf um die Kontrolle und Verminderung der Bandgeschwindigkeiten, der Kampf gegen die "Monetisierung" aller gesundheitsschädlichen Arbeiten, die egalitären Forderungen) seien zwar meist auf Lohnforderungen reduzierbar, d.h. somit auch dem gewerkschaftlichen Kampf zuzuordnen, aber wiesen in ihrer Kombination und in bestimmten Klassenkampfsituationen im Bewußtsein der Arbeiter je schon über die bestehende Herrschaftsordnung und über den einzelnen Betrieb sowie über die Art der Kampfführung der Gewerkschaften gegen die kapitalistische Arbeitsordnung hinaus. Il Manifesto leitet die tendentielle Unterordnung des Lohnkampfes der Gewerkschaften unter die vom Wirtschaftsplan der Regierung etablierten Entwicklungstendenzen (an deren Erarbeitung die Gewerkschaften z.T. selbst beteiligt waren), die Notwendigkeit eines Ausgleichs mit dem Staat (vgl. Situation in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung, ENI, IRI) als zwangsläufig aus der Strategie der Gewerkschaften und ihrer Rolle im entwickelten Kapitalismus ab, indem es von der massiven Unmöglichkeit des konsequenten Kampfes gegen die kapitalistische Herrschaftsordnung im Betrieb (der auch insofern politisch sei, als er die Interessenkonvergenz von Gewerkschaften und Staat angreife) innerhalb der Gewerkschaften ausgeht - auch nicht innerhalb der Gewerkschaftslinken, die, wie die letzte Entwicklung der Einigungsbewegung der Metallarbeitergewerkschaften gezeigt habe, immer wieder der Erpressung von rechts erliege und ihre Ansätze zu einer Politisierung der Arbeitskämpfe (deren Notwendigkeit sie z.T. einsehen, die sie jedoch nicht einfach an die Partei, d.h. die KPI delegieren könnten, zumal diese sich mehr und mehr aus den Betrieben zurückzieht) den Erfordernissen des Prozesses der gewerkschaftlichen Vereinheitlichung opfere.

Es hat jedoch den Anschein, als obdie grundsätzliche Kritik von il Manifesto an der Gewerkschaftslinken durchaus vereinbar sei mit einer entristischen Strategie gegenüber der Gewerkschaftslinken. So hat il Manifesto von Anfang an betont, daß es in bestimmten Situationen durchaus bereit sei vor allem mit der FIM, der ehemals katholischen Metallarbeitergewerkschaft, eng zusammenzuarbeiten, sowohl weil die FIM von jeher die organisatorische Autonomie der Delegiertenräte gegenüber den Gewerkschaften betonte, als auch, weil sie eine recht eigenartige Konzeption des Pansyndikalismus und der Politisierung der Gewerkschaft vertrat, und in einigen theoretischen Positionen den anfangs von il Manifesto vertreten Konzeption ziemlich nahestand. (18)

Die Existenz und das Weiterbestehen der Basisgruppenorganisationen, CUB, zahlreicher linker Fraktionen innerhalb der Delegiertenräten, der Assemblea Operaia Unitaria, der Arbeiterkollektive und -komitees, sowie der politischen Komitees, die insofern politisch sind, als sie in ihre Plattformen und Forderungen unmittelbar die Zerschlagung des kapitalistischen Systems miteingehen lassen, zeigen, daß das Bewußtsein um die Notwendigkeit eines nicht mehr rein tradeunionistischen Kampfes unter einem großen Teil der fortschrittlichen italienischen Arbeiter, auch nach dem heißen Herbst, immer noch sehr stark ist. Die Feststellung dieses Tatbestandes verführt il Manifesto jedoch nicht dazu, rundweg die Notwendigkeit einer Zerschlagung der Gewerkschaften zu propagieren oder jegliche Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften abzulehnen. Es sei hier nur beiläufig daran erinnert, daß einige führende Mitglieder der FIM dem Manifesto angehören und daß es diesem auch verschiedentlich gelungen ist, im ZK der FIOM Minderheitsmotionen durchzusetzen.

So heißt es in der Ausgabe der Tageszeitung vom 2./3.2. 1972 im Hinblick auf die zu entwickelnde Strategie in den

(17) M.Serafini, a.a.O., S.35

(18)"In der Tat versucht die Mehrheit der der wenigen Betriebszellen ("nuclei operai") von il Manifesto einen vorsichtigen linken Linienkurs in den Gewerkschaften zu steuern."(aus "Avanguardia Operaia", n.18, S.42)

Tarifkämpfen im Herbst 1972: "Die Auseinandersetzung ist zu umfassend , als daß eine politische Gruppe , oder auch die Gesamtheit der neuen Linken, ihre Führung übernehmen könnte; zumal die nationalen Tarifverträge die organisatorische Struktur und Interventionsformen erfordern, wie sie für die großen Industriegewerkschaften charakteristisch sind; aber aus demselben Grund wäre es absurd, den Kampf auf ein rein gewerkschaftliches Niveau herabzuschrauben, bzw. daß die grundlegenden Entscheidungen an die Gewerkschatsspitze delegiert werden."
Und an anderer Stelle heißt es:"In dieser Phase arbeiten wir vor allem daran, autonome politische Strukturen in den Fabriken aufzubauen, als organisatorische Träger einer alternativen Linie. Aber in welchem Verhältnis zu den Gewerkschaften? In dem wir von den mit uns kämpfenden Genossen verlangen, auf jeden Fall und überall aus den Gewerkschaften auszutreten und sich um jeden Preis gegen sie zu stellen? Nein, das muß klar sein, . . .man muß sich ernstlich das Problem stellen , bestimmte Delegiertenräte und bestimmte Gewerkschaftsorganisationen mit in den Kampf hineinzuziehen." (aus "Piattaforma per un movimento politico organizzato", Il Manifesto, III,n.3-4, S.15)
In seinem letzten organisatorischen Dokument vom Sommer 1971 betont il Manifesto erneut die Notwendigkeit der Schaffung von politischen Komitees, deren Hauptaufgabe darin bestehen solle,"überall , wo möglich, sich als Aggregationspunkt von Avantgarden zu konstituieren, die der Gewerkschaftsbürokratie die politische Leitung der Delegiertenräte zu entreißen suchen.Deshalb müssen wir, auf den Ebenen und in den Sektoren, wo uns dies möglich ist, ohne unsere Autonomie zu verlieren, eine Liniendiskussion innerhalb der Gewerkschaften durchsetzen. Dies ist ein schwieriges Unterfangen, denn es erlaubt keine Vereinfachungen und erfordert Einschätzungsvermögen, taktische Initiative und strategische Sicherheit." (ebenda,S.15)

Zur Rätediskussion innerhalb von il Manifesto

Die von il Manifesto in Italien eingeleitete Diskussion um die Aktualität der Räte ist auf scharfe Kritik von verschiedenster Seite gestoßen.
Auf der einen Seite kritisieren Ciafaloni (Quaderni Piacentini, n42) und V.Rieser (Il vento dell'Est, n.17)den Anspruch von il Manifesto, ohne über eine reelle Massenbasis zu verfügen, gewissermaßen über die Köpfe der Arbeiter hinweg, auf abstrakt-intellektualistische Weise eine schon historisch über holte Thematik wiederausgegraben zu haben und zu entwickeln. In der Behandlung der Räte-thematik, die im Stile "alter Kommunisten" geführt werde, spiegel ten sich wieder "die grundsätzliche Beschränktheit der Bestimmung des Verhältnisses zwischen Masse und Avantgarde, zwischen Erfahrungen der Massen und Bildung der revolutionären Theorie, die letzten Endes die ganze Phase des Marxismus-Leninismus (eben die Phase von Lenin und seinen Zeitgenossen) charakterisiere". (19)
Auf der anderen Seite bemängeln die sich auf die marxistisch-leninistische Tradition berufenden Gruppen (darunter auch das NRF), daß sich il Manifesto um die Mühe einer konkreten Mitarbeit beim Aufbau der neuen revolutionären, marxistisch-lenistischen Partei drücke, um vielmehr die spontaneistische und tendentiell organisationsfeindliche Perspektive der Räte zu verfolgen, die an die Stelle von Gewerkschaft und Partei treten sollten. (20)
Beide Kritiken treffen sich, obwohl sie sich direkt zu widersprechen scheinen, insofern die eine die unkritische Fixierung an der Leninschen Theorie, die andere die Aufgabe der Lehren des Marxismus-Lenismus rügen, an einem bestimmten Punkt, eben da, wo sie den Anspruch von il Manifesto in Frage stellen, als externe Gruppe, ohne reale Verankerung in den Massen, abstrakt über die Organisation von Räten zu theoretisieren und diese als alternative Organisationsform zu propagieren. Zweifellos trifft in diesem Punkt ihre Kritik an der damaligen Diskussion um die Räte in il Manifesto zu, und es ist später auch von Il Manifesto zugegeben worden, daß es ein Irrtum war, die entstehenden Delegiertenräte voreilig zu einer Art oder Vorform einer umfassendenRätestruktur hochzustilisieren (21),

(19) zitiert nach M.Salvadori,"Una risposta a Rieser", il Manifesto(Zeitschrift), II, 11-12, S.42

(20) P.Ingrao kritisiert an der Manifesto-Diskussion über die Räte, daß nicht klargestellt würde, ob sie als neue Kampforgane gegen die Ausbeutung und die kapitalistische Arbeitsordnung in der Fabrik anzusehen sind, oder ob, "sie sich ... als "sowjet", als Klassenorgane, entwickeln sollen, die tendenziell zur Struktur der neuen Staatsmacht werden sollen" (P.Ingrao in "La questione del "Manifesto". Democrazia e unità nel PCI", S.98-99. Magri faßt die Kritik von Ingrao wie folgt zusammen:"a) daß die Räte- oder Sowjetdemokratie eine historisch überholte Erfahrung darstelle, sowohl weil sie den Erfordernissen einer komplexen Gesellschaft wie der westlichen nicht entspreche, als auch weil sie von der späteren strategischen Konzeption von Gramsci und Togliatti überholt worden sei, b) daß sie die gesamte Thematik der sozialen Bündnisse und des Überbaus liquidiere, und auf ein notwendig zum Scheitern verurteiltes Kampfschema "Klasse gegen Klasse" hinauslaufe, c) daß sie zwangsläufig eine autoritäre und repressive Struktur der revolutionären Macht erzeuge und deshalb ihr eigentliches Ziel verfehlen müsse." L.Magri "Una riposta a Ingrao", II,1, S.36

(21) Die Delegiertenräte wurden bekanntlich von il Manifesto , zum Zeitpunkt ihres Entstehens, als neue Form der Arbeiterorganisation am Arbeitsplatz, verstanden als erste Anzeichen für die Entstehung neuer Rätestrukturen und lösten zugleich auch eine interne Diskussion über das Verhältnis von Räten, Gewerkschaften und Partei aus. In seinen Analysen zu bestehenden Delegiertenorganisationen , stellte il Manifesto, neben ihrem Kampf gegen die kapitalistische Arbeitsordnung, auch den Aspekt ihres gewerkschaftlichen Kampfes dar, wies jedoch zum anderen richtig nach, wie das Entstehen der Delegierten der Einsicht der fortschrittlichen Arbeiter in die Notwendigkeit der Überwindung eines rein trade-unionistischen Horizontes der Arbeitskämpfe und einer Koordination des Kampfes gegen die kapitalistische Arbeits- und Produktionsordnung entsprach.
Die zunehmende Entpolitisierung der Delegiertenräte im Lauf von 1970 und ihre tendentielle Unterordnung unter die Gewerkschaften, die die von Anfang erbitterte Kritik von Potere Operaio und Lotta Continua an diesen Organen als Anhängsel der Gewerkschaften bestätigte, ist jedoch nicht zuletzt, wie Ciafaloni im Kursbuch 26 hervorhebt, selbst auch zu einem großen Teil auf den Verzicht dieser Gruppen auf eine politische Intervention in den Delegiertenräten zurückzuführen. Auf der gemeinsamen Tagung ("Convegno") mit Potere Operaio im Januar 1971 gestand il Manifesto das Scheitern seiner Perspektive ein, die Delegiertenbewegung in eine Räteorganisation zu transformieren.
(Auf der anderen Seite übersieht die schematische Reduzierung der Delegiertenräte auf bloße Instrumente der Gewerkschaftspolitik, daß in vielen Fällen, auch nach dem Herbst →

wenngleich das Scheitern der Delegiertenräte als autonome Massenorganisationen in erheblichem Maße auf ihre radikale Boykottierung durch die damals stärksten Avantgardegruppen (Potere Operaio und Lotta Continua) zurückzuführen ist.
In verschiedenen späteren Publikationen hat il Manifesto seine Position zur Rätefrage insoweit korrigiert, als es postuliert : " Wir sind uns alle dessen bewußt, daß die Realisierung von Organen wie den Räten nur das Ergebnis einer spezifischen Phase des Klassenkampfes sein kann, der einen Grad der Reife erreicht haben muß, wie es heute sicher noch nicht der Fall ist. (Salvadori, "Risposta a Rieser", il Manifesto,II, 11-12, S.44), und an anderer Stelle wird die Notwendigkeit einer revolutionären Partei als Voraussetzung zur Entfaltung von funktionierenden Räten betont. Damit ist aber die grundlegende Frage nicht beantwortet, wie das Verhältnis von Avantgarden und Massen in einer vorrevolutionären Phase, in einer Phase der ersten Ansätze des Parteiaufbaus organisatorisch zu lösen ist.
Und hier stellt sich folgendes Dilemma ein : soll man angesichts der schon bestehenden, spontan entstandenen, diffus strukturierten und unbeständigen Massenorganisationen, die Arbeit in diesen Organen aufnehmen , sie vorantreiben, auch ohne die feste Lenkung durch die Partei? Mir erscheint die Aufforderung des Circolo Lenin von Apulien in der Zeitschrift "Nuovo Impegno", in diese Organisation hineinzugehen, mitzuarbeiten, in der Erwartung, daß sie mit der Entstehung der revolutionären Partei zwangsläufig in die Gewerkschaften aufgehen würden, unbefriedigend; für die einzig mögliche Perspektive halte ich in dieser Phase den Versuch der politischen Avantgarde in diesen Organisationen mitzuarbeiten, in der Absicht, die Richtigkeit der eigenen Position an der Praxis der Massenorganisation zu bemessen, und unter Verzicht darauf, diese, die sicher noch keine Räte sind, aber den Ansatz einer Koordinierung des Kampfes in der Fabrik und im Reproduktionssektor darzustellen, zu Austragungsorten der eigenen ideologischen Querelen zu degradieren, wie dies in sämtlichen Fällen geschehen ist. Il Manifesto hat solchen sektiererischen Neigungen mehr widerstanden als viele anderen Gruppen, zumal die ML-Organisationen, wie z.B. das sog. "Movimento studentesco" von Mailand unter der Führung von Capanna, das seine Zusammenarbeit mit anderen Gruppen von deren Haltung zur Stalin-Frage abhängig machte. Wen wundert es, daß unter solchen Umständen viele Arbeiter nach 2 oder 3 Malen den Massenorganisationen fernblieben, weil dort über alle möglichen enorm wichtigen Fragen diskutiert wurde, nur nicht über ihre konkreten Probleme.

An dieser Stelle möchte ich kurz auf einen Vorwurf eingehen, den die NRF-Redaktion (im Zusammenhang mit ihrer Kritik an der Räteposition von Il Manifesto) erhebt: daß sich Il Manifesto in abstrakter Negation zur "revolutionären Tradition der Arbeiterbewegung" bewege. Diese zweite Behauptung ist falsch; dies kann im einzelnen (sogar an den Thesen selbst) nachgewiesen werden - wenngleich ich zugebe, daß die Form der Thesen einem solchen Mißverständnis Vorschub leistet. In den verschiedenen Artikeln über die Rätefrage von Magri, Salvadori, Pintor, Collotti etc, und wo immer in der Zeitschrift die Räthematik behandelt wird, wird nachträglich Bezug genommen auf die originäre Rätetradition der italienischen Arbeiterbewegung, die Räte von Turin, und die theoretische und praktische Arbeit der von Antonio Gramsci gegründeten und geführten Gruppe des "Ordine Nuovo".

Ganz zweifellos ist die Propagierung des Rätegedankens durch Antonio Gramsci, lange vor der Gründung der Kommunistische Partei Italiens, Ergebnis der Rezeption der Erfahrungen der russischen Sowjets durch Gramsci, vermittelt durch die Lektüre der Leninschen Schriften, und dies wird von il Manifesto zu wiederholten Malen betont, Lenin hat selbst bei verschiedenen Gelegenheiten unmißverständlich erklärt, daß er die theoretische und politische Konzeption der Turiner Kommunisten um die Gruppe des "Ordine Nuovo" - die nebenbei bemerkt seinerzeit von der gesamten Linken Italiens als sektiererische und intellektuelle Gruppe mit gefährlichen Neigungen zum Anarcho-Syndikalismus heftig attaktiert wurde - für die einzig richtige und den Prinzipien der III Internationalen entsprechende Konzeption halte, und er verteidigte in diesem Zusammenhang entschieden das "Ordine Nuovo" gegen die Kritik Bordigas, den er später - und nicht Gramsci - in der "Linksradikalismusschrift" heftig attackierte.
Ich will damit nicht im einzelnen auf die Entwicklung der Rätekonzeption bei Gramsci, auf die von ihm selbst nach der Niederlage der Fabrikbesetzungen geübte Selbstkritik und die partielle Revision seiner Rätetheorie eingehen, die vor allem in die Erkenntnis mündete, daß eine Rätebewegung ohne die Führung der revolutionären Partei sich nicht voll entfalten kann - eine Einsicht, die sich in der letzten Zeit bei Il Manifesto durchzusetzen scheint.

Es sei hier nur soviel festgehalten, daß die Räthematik auch Bestandteil der Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung und des Leninismus ist, und daß sie mit der Entstehung der revolutionären Partei wieder auf der Tagesordnung stehen wird.

Es sei nur nebenbei bemerkt, daß ein durchgängiges Merkmal der Zeitschrift die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, zumal der italienischen, darstellt, und daß die Lektüre dieser Beiträge keinesfalls den Eindruck vermittelt, daß diese sich in abstrakter Negation zu ihrem Thema verhielten. Neben der grundsätzlich richtigen Kritik an der Entwicklung der KPI nach dem zweiten Weltkrieg, ist Il Manifesto immer bemüht, den authentischen und positiven Beitrag der KPI

→
1969 , die Delegierten den Arbeitskampf autonom, gegen bzw. unabhängig von den Gewerkschaften führten, und daß sie , nach Schätzungen von il Manifesto, ca.90% der Streiks organisierten.)
Es sieht nun so aus, als ob il Manifesto von einer ursprünglichen, mehr anarcho-syndakalistischen Konzeption, die die gewerkschaftliche und die politische Organisation in einer einzigen Räteorganisation aufgehen sah, endgültig abgerückt ist, und heute mehr ein organisatorisches Dreierkonzept von Gewerkschaft, Partei und Räten anvisiert, nachdem il Manifesto noch auf dem Kongreß vom Frühjahr 1971 von der "einzig möglichen Dialektik zwischen Partei und Räten" gesprochen hatte. "Wenn die Delegiertenräte sich nicht wie erwartet entwickelt haben, so deshalb, weil eine solche Entwicklung solange nicht möglich sein wird, alsnoch keine organisierte Avantgarde besteht, die die Rätestrategie zum Angelpunkt ihrer politischen Strategie macht, die inder Lage ist, die verschiedenen Sektoren der Bewegung zu vereinheitlichen. Man muß die spontaneistische Illusion bekämpfen, die sich oftin die Räthemaitk einnistet, und klären, daß im Gegenteil die Rätestrategie ein Maximum an Organisation , Klarsicht, Kadern und vorausplanender Fähigkeit erfordert." (M.Serafini, a.a.O., S.33)

zur Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung herauszustellen (Resistenza, Kampf der süditalienischen armen Bauern und Tagelöhner etc.). Die Bedenken gehen, wenn je, in die entgegengesetzte Richtung, d.h. die Frage ist, ob Il Manifesto nicht in viel stärkerem Maße der reformistischen Tradition der KPI verpflichtet ist, als es dies wahr haben will, und wie es im allgemeinen von der außerparlamentarischen Linken Italiens behauptet wird. (22)

Ich will hier kurz noch auf einige objektiv und nachweislich falsche Behauptungen der NRF-Redaktion eingehen: 1. daß die räteartigen Organisationen nach dem Herbst eingegangen seien, 2. daß die Kämpfe von 69 zu einer quantitativen Stärkung der KPI und der Gewerkschaften geführt haben, 3. daß es den revolutionären Gruppen nicht gelungen sei, "in relevantem Ausmaß... Zellen in den Betrieben aufzubauen".

ad 1. Die räteartigen Organisationen (Delegiertenräte) sind nicht eingegangen, sondern haben sich im Gegenteil verstärkt. Die Gewerkschaftslinke fördert sie bewußt, wobei der linke Flügel der FIOM und FIM (vor allem in Mailand und Turin) durchaus eine weitgehende organisatorische Autonomie der Delegiertenräte von der gewerkschaftlichen Provinzialverwaltung (d.h. direkte Wählbarkeit und Abberufbarkeit der Delegierten durch die Arbeiter) befürworten, wohingegen die CGIL entschieden für die Stärkung der Delegiertenräte unter Kontrolle der Gewerkschaften (Ernennung der Delegierten durch die Gewerkschaftsbürokratie) als Vehikel der organisatorischen Erneuerung und Vereinheitlichung der drei Gewerkschaftsorganisationen eintritt.

ad 2. Es trifft zu, daß die Gewerkschaften nach den Kämpfen von 69 eine kurzfristige quantitative Stärkung (d.h. in erster Linie Eintritt neuer Gewerkschaftsmitglieder in die Gewerkschaften) erfahren hat, wenngleich auch gegenläufige Tendenzen, vor allem nach dem kurzfristig beschlossenen Verzicht auf den Generalstreik im Juni 70 , um die Regierung zu retten, d.h. Austritte aus den Gewerkschaften festzustellen sind. (23) Dies trifft auf keinen Fall für die KPI zu, wenn man von den wenigen neuen Betriebszellen absieht, die die KPI Anfang 1970 in einigen Betrieben, auch bei Fiat, aufgebaut hat, die jedoch nie eine einigermaßen relevante Auswirkung auf die weiter andauernden Arbeitskämpfe hatten. Die Regionalwahlen von 1970 brachten der KPI keinen entscheidenden Stimmenzuwachs, obwohl die Agitation der KPI bzw. der Gewerkschaften in den Streiks vom Frühjahr 1970 eindeutig unter einer wahltaktischen Perspektive betrieben wurde: und schließlich steht die Anzahl der wenigen versprengten Überläufer aus den Gruppen der "Klassenlinken" in die KPI in keinem Verhältnis zu dem Aderlaß, den die Partei durch die massenhaften Übertritte in il Manifesto erlitt, die oft ganze Parteisektionen erfaßte. (24)

ad 3. Es sei den revolutionären Gruppen nicht gelungen, " in relevantem Ausmaß ... Zellen in den Betrieben auszubauen" (NRF, 5/71, S.11). Dies trifft weder für Avanguardia Operaia, noch il Manifesto, Potere Operaio zu- stellt sich die Frage, wieweit der Begriff "relevant" hier gefaßt wird. Wenn Lotta Continua sich nicht auf Betriebszellen berufen kann, so einfach deshalb, weil sie, aus welchen Gründen auch immer, die Organisationsform der Betriebszellen ablehnt, aber nicht deshalb, weil sie keine Arbeiter in den Betrieben organisierte - denn wo sollten wohl die 4 000 Arbeiter herkommen, die an dem letzten Kongress der Lotta Continua im Herbst 71 in Bologna teilnahmen.

Die drei Behauptungen dienen als Prämissen für die simplifizierende Schlußfolgerung , daß man nun an den Aufbau von "klassenbewußten Fraktionen" in den Gewerkschaften gehen müsse. Diese Aufforderung wird nun weder der Position von il Manifesto gerecht, das hier auf einen schlicht antigewerkschaftlichen Kurs festgelegt wird, ohne die differenzierte und begründete Einstellung von Il Manifesto zur Gewerschaftsfrage zu treffen, noch trägt sie der wirklichen Entwicklung jener Organisationen und Instanzen Rechnung (CUBs, AOU etc.), deren Entstehung und Weiterbestehen Ausdruck der Weigerung der Arbeiter ist - auch und gerade der zu keiner der Gruppen gehörenden Arbeiter, weiterhin in den Gewerkschaften zu arbeiten und zu agitieren.

---

(22) Während Gruppen wie das Movimento Studentesco von Mailand der Manifesto-Gruppe vorwerfen, ihre Kritk an der KPI und ihrer reformistischen Führung mit einer Kritik der Volksfrontstrategie stalinscher Provenienz zu verbinden und der Gruppe vor allem ihren Antistalinismus übelnehmen, zielt die Kritik von Avanguardia Operaia auf die zentristischen Tendenzen von i.M. ab. "Die zweideutigen Einschätzungen der Politik der KPI und der Gewerkschaften sind das zentrale Element für die Beurteilung von il Manifesto. Kurz gesagt, wir müssen feststellen, daß sich die Gruppe auf das zentristische Terrain der Ultrastalinisten , der Unione und der Gruppe Capanna (Studentenbewegung Mailand) begeben hat....Es ist augenscheinlich, daß die Analysen von i.M. über die wirtschaftliche und politische Situation zur Folge haben, Revisionisten und Gewerkschaften als mögliche Bündnispartner zu betrachten"; ("Contro i metodi banditeschi del Manifesto", in Avanguardia Operaia, n.18, S.40) Im weiteren Verlauf dieses zitierten Artikels kritisiert A.O. die intellektualistische Tendenz, die in einer bestimmten Phase in der Tat einen bestimmten Typus von Intellektuellen in die Gruppe gelockt hat, der selbst nur über eine sehr geringe Erfahrung der praktischen politischen Militanz verfügt und der entscheidend dazu beigetragen hat, die Gruppe bei vielen Organisationen der außerparlamentarischen Linken zu diskreditieren. Es hat jedoch den Anschein, daß il Manifesto gegenwärtig den Versuch unternimmt, den Einfluß dieser Intellektuellen in der Organisation zu neutralisieren, vor allem auch wegen der massiven Kritk der eigenen Arbeiterbasis an diesen Intellektuellen.

(23) Man wird in einigen Fällen auch von einer qualitativen Stärkung der Gewerkschaften reden können, insofern als es diesen gelungen ist, die meisten der neugegründeten Delegiertenräte unter ihre Kontrolle zu bekommen, sowie einige der in den Kämpfen von 1969 neu entstandenen Avantgarden für sich zu gewinnen. Aus dieser qualitativen Stärkung der Gewerkschaften kann jedoch nicht einfach der Schluß gezogen werden, daß damit alle Arbeiteravantgarden von den Gewerkschaften geschluckt, oder aber zerschlagen worden seien. Wichtig ist, hervorzuheben, daß auch nach den Kämpfen zahllose gewerkschaftsunabhängige Organe bestehen (CUB, AOU, pol. Komitees etc.) weiterbestehen, in denen diese Avantgarden arbeiten, oft oder meist , ohne einer politischen Gruppe angeschlossen zu sein.

(24) Hier liegt auch ein Hauptkritikpunkt der verschiedenen Organisationen der revolutionären Linken, die zu Recht daraufhinweisen, daß ein großer Teil dieser geschlossen zu il Manifesto übergetretenen KPI-Sektionen sich noch objektiv

Zum Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf in den italienischen Arbeitskämpfen

Die NRF-Redaktion stellt in ihrem Artikel richtig fest: "Das Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf ist keineswegs einfach Ausdruck des Standes der kapitalistischen Entwicklung, sondern Ausdruck der daraus resultierenden Klassenkämpfe" (S.5)

Was Il Manifesto - auch in seinen Thesen - nachweisen will, ist einfach dies: mit der Veränderung des italienischen Kapitalismus (25) und dem damit verbundenen "Sprung der Produktivkräfte" , verändern sich auch zwangsläufig die Bedingungen des Klassenkampfes; aus diesen neuentstehenden Bedingungen des Klassenkampfes folgt nicht zwangsläufig ein grundsätzlich verändertes Verhältnis, in dem ökonomischer und politischer Kampf zueinander stehen, sondern die Tendenz einer veränderten Strategie der Klassenauseinandersetzung, sowohl der Arbeiterklasse als auch der Bourgeoisie.

Die in den NRF-Artikel bestrittene politische Dimension der italienischen Massenkämpfe ist nachzuweisen:
1. an der zunehmenden Intervention des Staates als ideeller Gesamtkapitalist in die Arbeitskämpfe, sowohl in der staatlichen und halbstaatlichen Industrie (ENI, IRI) wie durch den massiven Einfluß auf die Führung der Tarifkämpfe (vgl. die Interventionen des Arbeitsministers Donat-Cattin), die dem italienischen Arbeiter ermöglichen, seinen Kampf gegen den Einzelkapitalisten mehr und mehr als Kampf gegen die gesamte Kapitalistenklasse zu begreifen;
2. Damit eng zusammenhängend die zunehmend politische Funktion der Gewerkschaften und der von den Gewerkschaften bewußt politisch geführte Arbeitskampf (26);

→ 24
in einer reformistischen Tradition bewege und die Ursache für den Parteiaustritt primär inder Rechtsentwicklung der Partei (vor allem nach dem "decretone") liege, der es diesen Genossen unmöglich erscheinen ließe die traditionelle Politik Togliattischer Prägung (Volksfrontstrategie, Kampf gegen DC und antimonopolistischer Kampf etc.) innerhalb der Partei weiterzuführen und daß die Führung sich der politischen Linie dieser Mitglieder, die einen sehr großen Teil der Manifesto-Basis ausmachen, anpassen müße. Die Gefahr liegt darin, daß ein Teil der KPI dissidenten aus einer rechten Oppostion heraus aus der Partei ausgetreten ist, und darin liegt einer der Gründe, die es der KPI erlauben vom Antikommunismus des Manifesto zu reden.

(25) Im Zusammenhang mit dem "Sprung der Produktivkräfte" entwickelt i.M. auch seine These von der Reife des des Kommunismus. Diese inder Tat unglückliche und überspitzte Formel muß, will man sie recht begreifen, vor dem Hintergrund der Polemik von il Manifesto gegen die KPI und die von dieser implizit vertretenen These von der "Nicht-Aktualität des Sozialismus" in Italien verstanden werden. Die KPI hatte ihren Verzicht auf den Kampf um die unmittelbare Durchsetzung des Sozialismus nach dem Krieg mit der Unreife und Rückständigkeit des italienischen Kapitalismus begründet, weshalb es die seit dem Risorgimento unvollendet gebliebene bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende zu führen gelte, bevor der Aufbau des Sozialismus beginnen könne. Die Entwicklung Italiens zu einem fortschrittlichen kapitalistischen Land ging einher mit einer tiefgreifenden technologischen Umstrukturierung, die im wesentlichen in der Einführung der Fließband- und massen- →

Anm. 25
haften Serienproduktion und der Halbautomation auf großer Stufenleiter bestand; diese Entwicklung führte auch zu einer radikalen Transformation der italienische Klassenstruktur, die gekennzeichnet war von einer zunehmenden Dominanz der unqualifizierten Arbeiter der Fließband- und Massenproduktion in der norditalienischen Industrie, die sich zu einem sehr großen Teil aus süditalienischen Proletariern rekrutierten, und von einer Krise der traditionellen Professionalität des qualifizierten Facharbeiters.
Angesichts des entscheidenden "Sprungs" des italienischen Kapitalismus geriet auch die These der KPI, daß der Sozialismus in Italien wegen der Rückständigkeit des italienischen Kapitlas noch nichtaktuell sei, in eine Krise, die auch deutlich wurde an der Unfähigkeit der KPI , dem italienischen Wirtschafstplan eine qualitativ alternative, glaubhafte Plankonzeption gegenüber zu stellen.
Berücksichtigt man diese Situation, so wird auch der Stellenwert dieser (vor allem wegen ihrer schematischen Generalisierung auf alle entwickelten kapitalistischen Länder fragwürdigen) Formulierung von der "Reife des Kommunismus" als polemisch gegen die KPI gerichtete These von der "Aktualität des Sozialismus in Italien" verständlich.
Der in der These 72 erwähnte "Sprung der Produktivkräfte" leitet einfach deshalb fürden Kampf um den Sozialismus eine qualitativ neue Situation ein, als er die Bedingungen des Klassenkampfes in Italien in den 60iger Jahren grundlegend verändert und endgültig die historischen Bedingungen überwunden hat, die der KPI zur Rechtfertigung ihrer Volksfrontstrategie dienten; die spontanen Massenkämpfe von 1962 und 1968/69 lassen sich aus der Unfähigkeit des italienischen Kapitals herleiten, seine Instrumente der politischen Disziplinierung der it. Arbeiterklasse (einschließlich der Gewerkschaften) soweit zu perfektionieren und der neuen Situation anzupassen, um den Ausbruch solcher Kämpfe zu verhindern.
Diesen Zusammenhang von Entwicklung der Produktivkräfte, Klassenstruktur und Bedingungen des Klassenkampfes hat il Manifesto sehr wohl immer gesehen, und daran ändern auch die falschen und mißverständlichen Formulierungen von il Manifesto nichts.
(26) "..es muß die Tendenz der Gewerkschaften in der imperialistischen Gesellschaft gesehen werden, in die Kollektiverhandlungen alle Aspekte der Arbeitsbedingungen und allgemein der sozialen Arbeitskraft einzubringen, von der Phase der Qualifikation, über den Verkauf und die Verausgabung der Arbeitskraft , bis hin zu den sozialen Existenz- und Reproduktionsbedingungen. In diesem Sinne trifft sich die Tendenz der Gewerkschaften mit der Erfordernis des Kapitals , die Konfliktbereitschaft der Arbeiter ("conflittualità operaia") innerhalb des jeweiligen institutionellen Bereichs zu organisieren. Außerdem, in dem Maße, als die Gewerkschaft nicht mehr nur innerhalb des Arbeitsmarkts operiert, sondern auch direkt das Verhältnis von Investitionen und Konsum beeinflußt, ist der Bezugspunkt der Gewerkschaft nicht mehr der einzelne Kapitalist, sondern das System in seiner Gesamtheit und seine Akkumulationsgesetze. Wir haben es mit anderen Worten mit einer notwendigen Akzentuierung des politischen Stellenwertes der Gewerkschaften und einer zunehmenden Einsicht in diesen Tatbestand zu tun. .. Was jedoch charakteristisch für die zunehmende Integration der Arbeiterorganisationen in das System ist, ist die Akzeptierung der kapitalistischen Arbeitsordnung durch diese." (Dieses Zitat aus dem Artikel "Lotte operaie e trasformazione del sindacato" der m.l.-Gruppe "Centro Carlo Marx di Pisa", findet sich in "Nuovo Impegno", 21, S.79/80)

ganz eindeutig wird dies an der Art,wie KPI und Gewerkschaften den Kampf um die Sozialreform im Frühjahr 1970 führten, indem sie Streiks und Massendemonstrationen als Druckmittel auf die parlamentarische Auseinandersetzung um die Sozialreformen einsetzten, und hierauf bezieht sich auch offensichtlich die NRF-Redaktion, wenn sie von "politischen Kämpfen" spricht, die der "reformistischen Führung unterworfen" sind.

3. An der vereinheitlichenden Funktion der egalitären Forderungen von 1969; diese egalitäre, klassenvereinheitlichende Potenz der Arbeitskämpfe wurde schon deutlich an dem Kampf gegen die Lohnzonen, für die gleichnäßige Erhöhung der Pensionen im Frühjahr 1969, sowie an der allgemeinen Forderung nach Durchsetzung der 40-Stunden-Woche für alle, nach gleichen Lohnerhöhungen für alle, nach der Einführung der 2. Lohnstufe für alle und nach arbeitsrechtlicher Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Herbst 1969.

Der Egalitarismus der Lohnforderungen von 1969, der im wesentlichen in der Forderung nach gleichen Lohnerhöhungen für alle, und nicht nur innerhalb eines bestimmten Produktionszweiges, und der Einführung der 2. Lohnstufe für alle bestand, zielte im wesentlichen auf die Überwindung der Fixierung der Arbeiter auf"ihren "Unternehmer, auf den Einzelkapitalisten ab. In dem Maße, wie die italienische Arbeiterklasse 1969 ihre egalitären Forderungen als Forderungen aller Arbeiter über die Grenzen des Betriebes und des einzelnen Produktionssektors hinaus, zu begreifen lernte, begriff sie sich auch als K l a s s e , die nicht mehr dem Einzelkapitalisten , sondern den Kapitalisten als K l a s s e gegenübersteht, und insofern war der egalitäre Kampf der italienischen Arbeiter im heißen Herbst eine "Bewegung, worin die Arbeiterklasse als K l a s s e der herrschenden Klasse gegenübertritt ... ein political movement" (Marx an Bolte).

Damit soll noch nicht behauptet werden, daß alle egalitären Forderungen schon a n s i c h politisch seien, sie sind es da nicht, wo sie sich auf bestimmte Arbeiterkategorien und Betriebe beschränken und sich nicht auf die gesamte Arbeiterklasse beziehen, und können auch jederzeit vom Einzelkapitalisten absorbiert werden; wichtig ist vielmehr, Mit diesen Feststellungen soll nicht der These eines Automatismus des Zusammenfallens von politischem und ökonomischen Kampf das Wort geredet, und der Unterschied von politischem und ökonomischem Kampf geleugnet werden; sondern es sollte nur gezeigt werden, daß unter bestimmten Bedingungen wie denen des heißen Herbstes von 1969 sich das Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf so ändern kann, daß in traditionell ökonomische Kämpfe eine entscheidende politische Dimension mit eingeht, die da , wo sie von den Gewerkschaften nicht radikal antikapitalistisch gewendet werden kann, alternative organisatorische Perspektiven erfordert.

Entscheidend ist, daß im Herbst 1969 die Dimension der Einheitlichkeit dieser Forderungen als solche der gesamten Arbeiterklasse von den italienischen Arbeitern sehr wohl erfaßt und in ihren Kämpfen und Plattformen artikuliert wurde; daran ändert auch nichts, daß es dem Kapital später ohne weiteres gelungen ist, durch betriebliche Lohnabkommen diese politische Dimension zu durchbrechen, ohne daß dadurch jedoch die Bereitschaft der Arbeiter , erneut für egalitäre Forderungen zu kämpfen, verschüttet worden wäre.

In dem Maße, als sich die Gewerkschaften nun gegen eine solche Perspektive des egalitären, die Klasse vereinheitlichenden Kampfes stellen (Trentin von der FIOM), ist es notwendig, die Bildung von Organisationen voranzutreiben die diesen Kampf zu initiieren, zu koordinieren in der Lage sind; und dies halte ich für den eigentlichen Sinn der Kritik von il Manifesto an den Gewerkschaften und ihrer Forderung nach Schaffung von politischen Komitees, ohne zu behaupten, daß andere Organisationen diese Funktion nicht auch wahrnehmen könnten.

4. an der Reaktion des Gesamtkapitalisten auf die Streiks , d. h. an der Art der staatlichen Repression, die vor allem die militanten Arbeiteravantgarden traf, und die auf diese Weise der italienischen Arbeiterklasse mit aller Deutlichkeit die Funktion des Staates klarmachte, im Interesse des Gesamtkapitals die Bedingungen einer "produktiven Normalität" wiederherzustellen. Dieser Zusammenhang wurde den italienischen Arbeitern angesichts der manifesten Zusammenarbeit und Kooperation von Polizei und den vom Kapital besoldeten faschistischen "squadracce", Straftrupps (sowie dem berüchtigten Fiat- Geheimdienst) bei Demonstrationen und Fabrikbesetzungen etc. besonders deutlich:

5. an dem Kampf gegen die "kapitalistische Arbeitsordnung"; dieser Kampf bedeutet im wesentlichen Ablehnung einer obsolet gewordenen beruflichen Hierarchie und Qualifikationsstruktur, die in Widerspruch steht zu der zunehmenden Austauschbarkeit grundlegender Tätigkeitsarten innerhalb der Produktion, die mehr und mehr auf die Qualität einfacher abstrakter Arbeit reduziert werden; die Ablehnung, gesundheitsschädliche Arbeiten zu "monetisieren", die Forderung nach Abschaffung und nicht nach Sonderbezahlung schädlicher Arbeit; die radikale Forderung nach Abschaffung des Leistungslohns und der Akkordarbeit unabhängig von den Produktionserfordernissen der einzelnen Betriebe. Hierbei handelt es sich um Forderungen, die nicht an sich schon politisch sind, die alle durch punktuelle Konzessionen des Kapitals ihrer politischen Dimensionen beraubt werden können, ja in einzelnen Fällen entsprechen sie den fortgeschrittenen Notwendigkeiten der Rationalisierung des kapitalistischen Produktionsprozesses.(27) Wichtig ist der Kontext, innerhalb dessen sie gestellt werden und der durch die genannten Aspekte von t e n d e n z i e l l politischen Forderungen konstituiert wird, der immer den Bezug auf die gesamte Kapitalistenklasse herzustellen tendiert.

Diese Entwicklung konnte noch dadurch gefördert werden, daß im Herbst 1969 die Tarifverhandlungen aller wichtigen Produktionszweige zusammenfielen und dadurch die Generalisierung bestimmter Forderungen in einer Perspektive des Kampfes der italienischen Arbeiterklasse als Klasse ermöglicht wurde.

Uwe H.

---

(27) Die Möglichkeit einer Umwandlung von egalitären Forderungen in Maßnahmen der Rationalisierung des kapitalistischen Produktionsprozesses zeigt sich z.B. an der tendentiellen Ersetzung der sog."job evaluation" durch das "job enlargement" , wo die ursprünglich aus einer egalitären Perspektive hergeleitete Forderung nach der "Rotation von Tätigkeiten" vom Kapitalisten , unter entscheidender Modifikation des egalitären Prinzips der "Rotation"als wesentliches Moment der Einführung des "job enlargement" umfunktioniert wurde.

Die objektiven Grundlagen der zweiten Verfolgungswelle

Seit einigen Jahren zeigen sich in der BRD neue Bewegungen in der Arbeiterklasse und im Volk, die die politische Friedhofsruhe der späten fünfziger Jahre und der frühen sechziger Jahre zunehmend stören. Gleichzeitig geht die herrschende Klasse mit großer Entschlossenheit gegen diese Bewegungen vor, versucht sie rechtzeitig zu zerschlagen und den Staat als ihr entscheidendes politisches Kampf- und Unterdrückungsmittel zu festigen. Dazu schafft sich die herrschende Klasse die gesetzlichen Möglichkeiten und führt die geeigneten administrativen Maßnahmen durch. Parallel zu diesen gesetzgeberischen und administrativen Aktivitäten führt die herrschende Klasse mit Hilfe ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen einen groß angelegten Propagandafeldzug gegen alle radikaldemokratischen und revolutionären Kräfte, um über den arbeiterfeindlichen und gegen das Volk gerichteten Charakter dieser Aktivitäten hinwegzutäuschen. Teil dieses Propagandafeldzuges ist auch die Jagd auf die sog. Baader-Meinhof-Gruppe, die als nützlicher Vorwand für Notstands- und Bürgerkriegsübungen dient.

Die entscheidenden gesetzgeberischen Aktivitäten der herrschenden Klasse zur Festigung ihrer Diktatur sind gewesen:
1.) Die Notstandsgesetze, die eine umfassende Überwachung aller Bewegungen im Volk und in der Arbeiterklasse legalisieren und den Einsatz der Bundeswehr in Streikkämpfen und gegen Massenbewegungen ermöglichen.
2.) Das Neubauersche Handgranatengesetz, das die Polizei als Bürgerkriegsarmee legalisiert.
3.) Das Bundesgrenzschutzgesetz, das den Bundesgrenzschutz nun auch offiziell in ein Bürgerkriegsinstrument verwandelt.

Neben diesen gesetzgeberischen Aktivitäten, die meist nur den Abschluß schon eingeleiteter administrativer Maßnahmen darstellen und deren Umfang auch nur teilweise offenlegen, verlaufen andere administrative Maßnahmen, die entweder auf bestehenden gesetzlichen Regelungen beruhen oder ohne solche getroffen werden: Die Zentralisierung des Polizeiapparats, die Schaffung zentraler Verfolgungsbehörden, die Effektivierung und Umstellung des Verfassungsschutzes, der Ausbau des Werkschutzes etc.

Außer diesen Vorbereitungen der bewaffneten Unterdrückung von revolutionären Bewegungen der Arbeiterklasse und des Volkes wird auch die alltägliche politische Unterdrückung verstärkt. Das deutlichste Beispiel dafür ist das neue BetrVG. In diesem Gesetz werden die politischen Rechte der Arbeiterklasse noch weiter eingeschränkt als im alten Adenauer-BetrVG. Es soll jede organisierte Interessenvertretung der Arbeiter im Betrieb ausgeschaltet werden. Friedenspflicht, Schweigepflicht und das Verbot politischer Betätigung für den Betriebsrat werden aufrechterhalten und noch verschärft. Nach dem neuen BetrVG muß der Betriebsrat alles unterlassen, was den Betriebsfrieden und den Produktionsablauf auch nur beeinträchtigt.

In den Notstandsgesetzen und im BetrVG kommt klar zum Ausdruck, wen die Bourgeoisie als revolutionäre Kraft letztlich fürchtet und gegen wen sich ihre Staatsgewalt vor allem richtet: gegen die Arbeiterklasse. Aber die Angriffe der Staatsgewalt gelten den fortschrittlichen Kräften im ganzen Volk. Das Ordnungsrecht und seine geplante Verschärfung an der Universität, das Beamtenrecht und seine extensive Auslegung durch den Hamburger SPD-Senat, der sich der Tradition der Adenauer-CDU würdig erweist, sprechen hier eine deutliche Sprache.

Wer fortschrittliche und revolutionäre Entwicklungen in der Arbeiterklasse und im Volk fürchtet, muß auch die Organisationen fürchten, die in diesen Entwicklungen eine führende Rolle übernehmen könnten. So ist es nur folgerichtig, daß alle linken Organisationen ständig mit Verbotsdrohungen verfolgt werden. Schon 1967/68 wurde der SDS, die Führung der antiimperialistischen und antifaschistischen Studentenbewegung ständig mit dem Verbot bedroht. Benda, der heutige Präsident des Bundesverfassungsgerichts und damalige Polizeiminister, war der Antreiber dieser Bemühungen. Der SDS Heidelberg, der den Verfall des SDS-Bundesverbandes überstanden hatte, wurde schließlich auf der juristischen Grundlage des KPD-Verbotes 1970 von der CDU-SPD-Regierung Baden-Württembergs verboten.

In der überregionalen Presse und vor allem in der Springer-Presse vergeht kein Tag, an dem nicht das Verbot aller kommunistischer Organisationen gefordert und mit Hilfe von Lügen propagiert wird. In der Löwenthal-Sendung ZDF-Magazin vom 26. Januar erreichte die publizistische Hetze ihren vorläufigen Höhepunkt.

Wir stehen heute am Beginn einer Verfolgungswelle, die die Diktatur der Bourgeoisie in unserem Land aufs Neue festigen soll, alle Ansätze von fortschrittlichen und revolutionären Regungen in der Arbeiterklasse und im ganzen Volk ersticken soll und alle Organisationen, die diese Regungen beeinflussen und vorwärtstreiben könnten, zerschlagen soll. Wenn wir uns gegen diese Verfolgungswelle wehren wollen, dann ist die erste Bedingung für eine erfolgreiche Abwehr die Einsicht in ihre Ursachen. Zuerst müssen wir uns klarmachen, daß die beginnende Verfolgungswelle von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten in der Bundesrepublik einen Vorläufer hat, und daß die erste Verfolgungswelle direkt mit der Entstehung der BRD selbst eingeleitet wurde. Viele wissen von der Entstehung der BRD wenig und sind gerade deswegen über die gegenwärtigen Entwicklungen erstaunt. Die Entstehung der Bundesrepublik war aber von vorneherein geprägt vom Kampf gegen die Arbeiterklasse und von der Unterdrückung aller demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Kräfte. In den Geschichtsbüchern der BRD wird diese Tatsache verschwiegen; wer aber die Quellen studiert oder sich mit älteren Arbeitern unterhält, stößt sofort auf diese historische Wahrheit: die Gründung und die Festigung der BRD sind Ausdruck des Sieges der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse. Und so ist die Geschichte der BRD von vorneherein die Geschichte der Verfolgung der fortschrittlichsten Teile der Arbeiterklasse und ihrer politischen Organisation, der KPD.

Diese Geschichte können wir nicht trennen von der Auseinandersetzung von Imperialismus und Sozialismus im Weltmaßstab und von der Sucht des US-Imperialismus nach der Weltherrschaft und nach Zerschlagung des Sozialismus. Der US-Imperialismus erkannte früh die Bedeutung Westdeutschlands für seine Pläne. Dazu Eisenhower: "Hier im Herzen Europas liegt ein 246000 qkm großes Gebiet mit einer Bevölkerung von annähernd 50 Millionen fleißigen und hochqualifizierten Arbeitskräften. Das an Bodenschätzen und Industrie reiche Westdeutschland erreicht allein die Hälfte der jährlichen Stahlproduktion der übrigen westeuropäischen Staaten zusammen. Die Kohlevorkommen des Ruhrgebiets und die Industriezentren, die es mit Energie versorgt, gehören zu den wichtigsten Gegebenheiten in Europa überhaupt. Als dem geographischen Zentrum Europas kommt Westdeutschland eine große strategische Bedeutung für die Verteidigung des Kontinents zu. Mit Westdeutschland auf unserer Seite werden die

NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden." (zit. Deutsche Geschichte 3, S.483)

Für diese Politik des US-Imperialismus kamen natürlich von vorneherein als Bündnispartner nur die übriggebliebenen Repräsentanten des deutschen Imperialismus in Frage, die alten Stützen des Faschismus, die Repräsentanten der Monopolbourgeoisie. Sie aber mußten mit allen Mitteln erst in den Sattel gehoben werden. Mit einigen Schwankungen hat sich der US-Imperialismus dieser Aufgabe mit Erfolg entledigt und den Widerstand des Volkes im Verein mit seinen deutschen Verbündeten erfolgreich niedergeschlagen. Spätestens mit Beginn des Korea-Krieges gab es kein Schwanken mehr in der Restauration des BRD-Imperialismus, der zum gefügigen Junior-Partner des US-Imperialismus werden sollte.

Die Festigung der Herrschaft der Kapitalistenklasse im Innern und die Integration in das imperialistische System verlangten die Beseitigung der Machtpositionen, die die Arbeiterklasse unmittelbat nach 1945 erworben hatte. Daran ging die BRD-Regierung zielstrebig. Mit Hilfe eines Regierungsbeschlusses vom 19.September 1950 wurde der Staatsapparat von allen fortschrittlichen Elementen und Sympathisanten der KP gesäubert. Schon vor diesen Maßnahmen, die ihr Vorbild in dem Nazigesetz "zur Wiederherstellung der Ehre des Berufsbeamtentums" hatten, wurde die Wiedereinstellung von alten Nazis forciert. Bezüglich des diplomatischen Dienstes z.B. rechtfertigte Adenauer das folgendermaßen: "Man kann doch ein Auswärtiges Amt nicht aufbauen, wenn man nicht wenigstens zunächst an den leitenden Stellen Leute hat, die von der Geschichte von früher her etwas verstehen." Kommunistenschnüffler Adenauer verlangte auch, mit der "Nazirieche-rei" Schluß zu machen: "Denn," so sagte er, "wenn wir damit anfangen, weiß man nicht, wo es aufhört".

Auf die Säuberung des Staatsapparats von fortschrittlichen Elementen folgten Schlag auf Schlag weitere Verfolgungs- und Verbotsmaßnahmen. 1951 wurde die FDJ verboten, weil sie sich an der angeblich verfassungswidrigen Volksbefragungsaktion gegen die Wiederaufrüstung beteiligt hatte. Schon im August 1950 wurden verschiedene KP-Zeitungen für mehrere Monate verboten. Am 28.November 1951, einen Tag nach der Billigung der EVG-Pläne zur Remilitarisierung Westdeutschlands, stellte die Adenauer-Regierung den Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht. Mit der Zerschlagung der KPD wartete sie allerdings keineswegs bis zum Spruch des Bundesverfassungsgerichts von 1956, sie wurde mit Hilfe des 1950 gegründeten Verfassungsschutzes und einiger zurechtgebastelter Gesetze, so vor allem dem 1. Strafrechtsänderungsgesetz vom 11.Juli 1951 sofort eingeleitet.

Aber die Maßnahmen der Bundesregierung richteten sich auch direkt gegen die Arbeiterklasse und nicht nur gegen ihre politischen Organisationen. Vor allem das BetrVG, das 1952 gegen großen Widerstand der Arbeiterklasse erlassen wurde, sollte die Positionen der Arbeiterklasse verschlechtern. Im Zusammenhang mit den BetrVG-Streiks wurde auch die Illegalisierung der Kampfmittel der Arbeiterklasse vorwärtsgetrieben, so durch die Briefe Adenauers an Böckler und Fette, in denen der politische Streik für illegal erklärt wurde.

All diese politischen Maßnahmen, die sich direkt oder indirekt gegen die Arbeiterklasse richteten, waren nichts anderes als die Kehrseite des sog. Wirtschaftswunders, d.h. des Wiederaufstiegs des westdeutschen Kapitalismus und seiner Einbeziehung in die Globalstrategie des US-Imperialismus. Der Wirtschaftsaufschwung im Gefolge der Währungsreform und des Korea-Krieges war ja zunächst mit Lohnstop und noch lange Zeit mit sehr geringen Lohnsteigerungen verbunden. Umso wichtiger war es, die Arbeiterklasse politisch niederzuhalten. Die Rückkehr des westeuropäischen Kapitalismus auf den Weltmarkt und in die Weltpolitik waren die objektiven Grundlagen der Remilitarisierung, des Aufbaus des staatlichen Unterdrückungsapparates und der ersten Verfolgungswelle gegen Demokraten und Sozialisten in der BRD. Diese Restauration des Kapitalismus und Aufbau des BRD-Imperialismus hatten nur deswegen durchschlagenden Erfolg, weil sie direkt von außen eingeleitet wurden und weil die SPD und die DGB-Führung trotz aller Opposition in einzelnen Fragen diese Politik unterstützten. In antikommunistischen Hetztiraden und Reden zur Verteidigung der westlichen Freiheit und Kultur standen sie hinter der CDU nicht zurück. Die Verfolgungsmaßnahmen billigten sie und unterstützten sie aktiv. Parallel zur Säuberung des Staatsapparates verlief im DGB eine Hinauswurf-Kampagne gegen alle linken und kommunistischen Gewerkschaftler. In Bremen z.B., aber auch in anderen Städten, mußte jedes Gewerkschaftsmitglied ein Revers unterschreiben, daß es nicht der KPD angehört. Nur deshalb, weil die SPD und die DGB-Führung politisch von vorneherein auf Seiten des BRD-Imperialismus standen, konnte die westdeutsche Kapitalistenklasse der Arbeiterklasse jene Niederlage bereiten, die der Aufbau der BRD wesentlich bedeutete.

Die gegenwärtige Verfolgungswelle ist also nichts Neues, sie vollzieht sich aber in einem gefestigten imperialistischen Staat, der bis vor kurzem gegen jede innere Unruhe gefeit schien. Was macht diese Verfolgungswelle notwendig für die herrschende Klasse? Nach unserer Meinung liegen dieser Verfolgungswelle zunächst ganz allgemein folgende Bedingungen zugrunde: einerseits eine wachsende Krise des imperialistischen Systems und andererseits das Bestreben des BRD-Imperialismus, diese Krise zu seinen Gunsten und im Sinne seiner Weltherrschaftspläne zu nutzen. Wie zu Beginn der BRD, als sich diese auf Grund des Koreakrieges zum Junior-Partner des US-Imperialismus mausern konnte, wurde auch die heutige Entwicklung durch einen Krieg des US-Imperialismus gegen eine nationale Befreiungsbewegung eingeleitet. Im Gegensatz zu damals geht es aber heute für den BRD-Imperialismus nicht um die ersten Schritte des Aufstiegs zu neuer Macht, sondern um die Festigung und den Ausbau längst errungener Machtpositionen auf dem Hintergrund der in Bewegung geratenen Machtkonstellation des imperialistischen Systems.

Die allgemeine Krise des Imperialismus und der Versuch, sie zugunsten einer Stärkung des BRD-Imperialismus zu überwinden, müssen notwendig zu einer Verschärfung des ökonomischen und politischen Drucks auf die Arbeiterklasse führen. Die Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz verringert den Spielraum des westdeutschen Kapitals für Lohnerhöhungen und sog. soziale Reformen. Im Zuge der Weltwährungskrise wurden schon jetzt die monetären Vorteile des BRD-Imperialismus beseitigt, die sich wie ein permanenter Standortvorteil ausgewirkt hatten und ihre Grundlagen letzten Endes in den die relativ geringen Lohnsteigerungen weit übersteigenden Wachstumsraten des westdeutschen Kapitals hatten. Aus der gegenwärtigen allgemeinen Krise des Imperialismus kann der BRD-Imperialismus nur dann gestärkt hervorgehen, wenn es ihm gelingt, durch Druck auf die Löhne bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität seinen Exportanteil zu halten und zu vergrößern. Das wird 1972/73 extrem schwieriger sein als 1966/67, weil es sich eben gegenwärtig um eine allgemeine Krise des Kapitalismus handelt, und weil die westdeutsche Arbeiterklasse seit 1966/67 nicht mehr so gefügig ist wie unmittelbar nach ihrer entscheidenden Niederlage zu Beginn der BRD. Wenn die westdeutsche Kapitalistenklasse ihre ehrgeizigen Pläne durchsetzen will, dann muß sie sich die Arbeiterklasse gefügig machen und sie zum Objekt ihrer langfristigen Lohnpolitik machen, die dahin tendiert, den Reallohn zu senken, und muß alle Regungen in der Arbeiterklasse, die diese Objektrolle in Frage stellen, entschieden unterdrücken. Dabei gerät die Kapitalistenklasse notwendig in Widersprüche. Sie kann den Klassencharakter der Gesellschaft und des Staates nicht mehr ohne weiteres hinter der Maske der Sozialpartnerschaft verstecken. Die Anstrengungen, die Krise zugunsten des westdeutschen Imperialismus zu überwinden, führen so notwendig zu Rissen in dem ideologischen Gefüge der BRD, hinter dem der Klassencharakter der Gesellschaft und des Staates lange verborgen bleiben konnten. Die Tatsache, daß dieses ideologische Gefüge durch den realen Klassenkampf in die Brüche geht, macht es auch verständlich, daß die relativ schwache kommunistische Bewegung in der BRD, die ja an sich noch keinerlei Gefahr für den BRD-Imperialismus bedeutet, zunehmender Verfolgung ausgesetzt wird. Mit ihrem hervorragenden Klasseninstinkt hat die Bourgeoisie erkannt, daß gegenwärtig in der BRD die Realität des Klassenkampfes zur marxistischen

Theorie drängt und daß deshalb die marxistische Theorie selbst vernichtet werden muß, wenn die Realität im Griff gehalten werden soll. Nur so ist der riesige publizistische und propagandistische Aufwand zu erklären, mit dem die herrschende Klasse gegen die schwache kommunistische Bewegung kämpft, und sind die Verfolgungsmaßnahmen zu erklären, die eingeleitet werden. Das erklärt auch, warum die Universitäten, dieser machtmäßig irrelevante Faktor, mit in den Mittelpunkt der Verfolgungen gerückt sind: weil hier die marxistische Theorie Fuß gefaßt hat und nur die marxistische Theorie der aufkeimenden Arbeiterbewegung Ziel und Richtung geben kann in den bevorstehenden Kämpfen. Insofern ist der "Bund Freiheit der Wissenschaft" tatsächlich ein wichtiges Instrument der Kapitalistenklasse und keineswegs schlicht eine Ansammlung von Spinnern; insofern sind die sich formierenden faschistoiden Stoßtrupps an der Universität ein wichtiger Faktor für die herrschende Klasse. Welchen zentralen Stellenwert die Kapitalistenklasse der propagandistischen Gegenoffensive zumißt, mögen zwei Dokumente des Deutschen Industrieinstituts belegen:

"Die Lage des Unternehmers in der Bundesrepublik Deutschland - Aufruf des Vorstandes des Deutschen Industrieinstituts Köln
Die Existenz des freien Unternehmertums ist gefährdet und damit auch der Bestand unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Von links außen nach links innen reicht die Front der Agitatoren, die den Unternehmer als böse Verkörperung des Privatkapitalismus zur Zielscheibe ihrer Angriffe gemacht haben. Linksextremismus auf der einen und dirigistische Beschränkung auf der anderen Seite sind tödliche Gefahren für uns alle.

Trotzdem übt sich die überwiegende Mehrheit deutscher Unternehmer noch immer in vornehmer Zurückhaltung, wenn es um die Verteidigung ihrer Freiheit geht. Und die Minderheit engagierter Unternehmer, die nicht erdulden, sondern mitgestalten will, ist geblieben, was sie war: eine Minderheit.

Wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, in einer Woge von Fanatismus, Ideologisierung und Reformutopien unterzugehen, müssen wir gemeinsam um unsere Existenz und unser Ansehen kämpfen.

DEUTSCHES INDUSTRIEINSTITUT
Direktor
5 Köln, den 6.Dez.1971

An die
Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

zwei Jahre sozial-liberale Koalition und Reformpolitik haben der Wirtschaft der Bundesrepublik Belastungen in bisher nicht gekanntem Ausmaß beschert. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen, auch wenn die Grenze der Belastbarkeit bereits überschritten ist und die Folgen sich abzeichnen.
Gleichzeitig sieht sich das freie private Unternehmertum mit der Tatsache konfrontiert, daß die Auseinandersetzung um die Zukunft unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an Schärfe deutlich zunimmt. Mehr noch: wenn man feststellen muß, daß bei Teilen der Jugend und der gutverdienenden Angestelltenschaft Unternehmerfeindlichkeit und die Verehrung roter Idole zum guten Ton gehören, dann ist dies ein Alarmzeichen.
Die Unternehmerschaft muß sich der Herausforderung stellen und den Kampf um die marktwirtschaftliche Freiheit aufnehmen, wenn sie nicht eines Tages als unterprivilegierte Minderheit enden will. Die Intensivierung gezielter und geduldiger Öffentlichkeitsarbeit aller Unternehmer ist die wirkungsvolle Waffe in diesem Kampf. Wir bitten Sie daher, um Ihre Beteiligung an der "Informations-Offensive" mit dem Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts - in Ihrem ureigensten Interesse.

Mit freundlichen Grüßen

DEUTSCHES INDUSTRIEINSTITUT

Dazu rufen wir Sie auf! Die wirkungsvolle Waffe für diese gesamtunternehmerische Öffentlichkeitsarbeit ist vorhanden: die Informationsoffensive des Deutschen Industrieinstituts. Ihr Ziel ist die Aufklärung und Aktivierung der schweigenden Mehrheit unserer Bevölkerung, deren Schweigen der Gefährdung unserer Wirtschaftsordnung Vorschub leistet. Zahlreiche Unternehmen und Verbände beteiligen sich seit langem an dieser Offensive und verhelfen ihr zum Erfolg. Ihre Beteiligung an der Informationsoffensive mit dem 'Unternehmerbrief' des Deutschen Industrieinstituts würde die Basis verbreitern und die Wirksamkeit steigern. Scheuen Sie nicht die vergleichsweise geringen Kosten für mindestens fünf Betreuungsabonnements. Sie investieren in Ihrem eigenen Interesse. Sie investieren in Ihre Zukunft.

Zielgruppe: Besonders ausgesuchte Empfänger, die durch Beruf oder Stellung zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen.

Informationsmittel: Der 'Unternehmerbrief' des Deutschen Industrieinstituts. Sein hoher Informationswert für Empfänger außerhalb der Wirtschaft macht ihn zum idealen Mittel unternehmerischer Öffentlichkeitsarbeit. Er bringt aktuelle Zahlen, kontert Angriffe, bietet Einblick in das interne Unternehmergespräch, legt unternehmerische Probleme dar und erzeugt dadurch Verständnis für den Unternehmer und seine Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft.

Welche Empfänger werden in der Zielgruppe beliefert: Schwerpunkt der Informationsoffensive sind die Bereiche Schule, Hochschule, Kirchen, Politik und Verwaltung. Z.B.: Nur ein Drittel der rd. 1800 Oberschulen (Gymnasien) und der 1400 Realschulen erhalten derzeit den Unternehmerbrief; von den etwa 5500 Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen können nur 5 % mit dem Unternehmerbrief beliefert werden. Auf Information vom Unternehmer warten außerdem z.B.: 40.000 WISO-Studenten und ihre rd. 3500 Hochschullehrer, ca. 35.000 Geistliche, 3000 führende Politiker, 7000 leitende Verwaltungsbeamte, 1400 Sozial- und Arbeitsrichter, 8,6 Millionen Schüler und ihre 294.000 Lehrer."

Zwei Gesichtspunkte in diesen Schreiben fallen vor allem auf. Einerseits, daß sich diese Kampagne nur höchst vermittelt an die Arbeiterklasse richten soll und sich vor allem auf die Mitglieder der neuen Mittelklasse konzentriert, und andererseits, daß die SPD-FDP-Regierung, dieses hervorragende Instrument der Kapitalistenklasse, mit in die Schußlinie gerät. Das zeigt: der Schwerpunkt der propagandistischen Offensive ist, die eigenen Reihen zu schließen, um den ideologischen und politischen Kampf gegen die kommunistische Bewegung und die Arbeiterbewegung voll führen zu können. Der Herrschaftsapparat und an seiner Spitze die gegenwärtige Regierung sollen noch mehr auf Vordermann gebracht werden, als dies ohnehin der Fall ist, um den Klassenkampf geschlossen zu führen und die Institutionen der Schöpfung und Verbreitung der bürgerlichen Ideologie sollen wieder fest an die Kandare genommen werden.

(Referat, gehalten am 27.1.72 auf einer Veranstaltung der Kommunistischen Gruppe (NRF) in der Heidelberger Universität)

RECHTSHILFE

volksbank - hd

9980

NEUES ROTES FORUM

erscheint 6mal im Jahr
Preis: 1.50 DM
Bestellungen an:
D.Hildebrandt
69 Heidelberg
Postfach 834

Im zweiten Jahrgang (1971) u.a. mit folgenden Beiträgen:

1/71 (Februar):
Der Bolschewismus und die Bauernfrage in der russischen Revolution
Die FPDLP über den jordanischen Bürgerkrieg
Zur Analyse der Studentenbewegung

2/71 (April):
Namibia (Südwestafrika) - Beute des internationalen Kapitals
Die Krise des britischen Kapitalismu
Zur Spaltung der Black-Panther-Party
Diskussion über die allgemeinen Bedingungen der Krise

3/71 (Juni):
Programmatische Erklärung der Gruppe Neues Rotes Forum
Sozialistischer und kapitalistischer weg in der Übergangsperiode zum Sozialismus
Alfred Sohn-Rethel: Die technische Intelligenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus

4/71 (Oktober):
Metalltarifrunde 71
Über die Kategorie "Arbeitslohn"
Südafrika als Nebenmetropole
Neue Mittelklassen und Proletariat
Naturerkenntnis und sozialistische Praxis (zu Alfred Sohn-Rethel)
Zur Gründung einer "KPD"

5/71 (November):
Kommunismus und "Spätkapitalismus" (zu "II Manifesto")
Die Kommunistische Partei Chinas in der Kulturrevolution
Angela Davis und der schwarze Befreiungskampf in den USA
Der Imperialismus in den 70er Jahren
Amilcar Cabral über Portugal
Rote-Punkte-Aktionen

6/71 (Dezember):
Zur Analyse des Metallarbeiterstreiks
Bemerkungen zur Faschismusdiskussion

HINWEIS

Das Neue Rote Forum wurde bisher in Handarbeit durch den Einsatz vieler Genossen fertiggestellt. Mit der stetig steigenden Auflage ist es aber notwendig geworden unser Herstellungsverfahren zu rationalisieren. Da nun der kostenlose Einsatz der Arbeitskraft der Genossen wegfällt, erhöhen sich die Kosten der Herstellung. Obwohl wir einen Preisvergleich mit ähnlichen Publikationen durchaus nicht zu scheuen brauchen, haben wir die jetzt anstehende Preiserhöhung lange hinausgeschoben. Da wir aber durch die gestiegene Auflage auch in der Organisation des Vertriebes vor Schwierigkeiten stehen, die wir nicht mehr wie bisher lösen können, ist eine Preiserhöhung ab der nächsten Nummer unumgänglich. Ab 2/72 kostet das Neue Rote Forum 2.-DM. Wir bitten unsere Abonenten bei der Überweisung daran zu denken.

Redaktion und
Vertrieb

AL DJABHA

DIE FRONT

NR. 13
Jahr: 1972

Preis: DM 1,--

ZEITSCHRIFT ZUR UNTERSTÜTZUNG DES KAMPFES DER VÖLKER DES NAHEN OSTENS

Herausgeber: SOZIALISTISCHES PALÄSTINAKOMITEE, Heidelberg

Inhalt u.a.:

Ekkehard Kleine: Der Staat als Hebel der ursprünglichen Akkumulation unter den Bedingungen des Imperialismus und der "arabische Sozialismus

Taysir Al-Khalid: Der Iran befindet sich in einer Übergangsphase

S. Berger: Entwicklung der "Friedens"-Gespräche im Nahen Osten

SUDAN: Die Partei des Genossen Mahgoub wird siegen

Die Arbeit der FDPLP in der Phase der Doppelherrschaft in Jordanien

Bergarbeiterstreik in England S.3 IG-Druck-Abschluss S.6 Berufsverbot S.11 Nord-Irland S.12

ARBEITER-ZEITUNG

Herausgegeben von der Redaktion des
Kommentar
der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim-Heidelberg

Nr. 2, März 1972 Preis: 30 Pf
Im Laden 50Pf.

Betriebsratswahlen

Das neue Betriebsverfassungsgesetz schreibt dem Betriebsrat eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kapitalisten "zum Wohle der Arbeitnehmer und des Betriebs" vor. Den Kapitalisten gina es dabei nicht um das Wohl der Arbeiter und Angestellten, sondern darum, daß die gewählte Arbeitervertretung ihre Forderung ausschließlich auf dem Verhandlungsweg und nicht über direkte Kampfmaßnahmen vertreten. Mit aller Schärfe wird deshalb dieser Grundsatz im neuen Betr.VG durch die Machtmittel des Staates abgesichert (Friedens- und Geheimhaltungspflicht).

Die Möglichkeiten des Betriebsrats, im Interesse der Arbeiter tätig zu werden, werden überall durch das Direktionsrecht der Geschäftsleitung und durch das Betr.VG selbstentscheidend eingeschränkt. So laufen z.B. die Einspruchsmöglichkeiten des Betriebsrats bei Kündigungen alle darauf hinaus, den Kapitalisten nachzuweisen, daß sie die gekündigten Kollegen doch noch profitabel einsetzen können.

Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit liegt nur im Interesse derjenigen, die schon alles haben, der Kapitalisten. immer dort, wo sie sich selbst stark genug fühlen, lassen sie die partnerschaftliche Maske schnell fallen. Die Schwierigkeiten, die das kapitalistische Wirtschaftssystem mit sich bringt, versuchen die Kapitalisten immer wieder auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der ganzen werktätigen Bevölkerung auszutragen; sei es nun über verschärfte Arbeitsnormen, höhere Preise oder die Verschärfung der Unterdrückung im Betrieb (BetrVG) und Gesellschaft (Verstärkter Ausbau des Polizei- und Militärapparats Bestrebungen zur Verschärfung des Haftrechts, Berufsverbot für Demokraten und Kommunisten im öffentlichen Dienst).

Der partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf
des Betriebs entspricht die Lohnleitlini
Ebene der gesamten Klasse. Die T
schaftsvertretern an der konzerti
über diese Lohnleitlinien diskut
kennung dieser Politik voraus
der letzten Zeit haben di
den Willen großer Tei
die Lohnleitlinien
schaftsspitze st
den Kapita

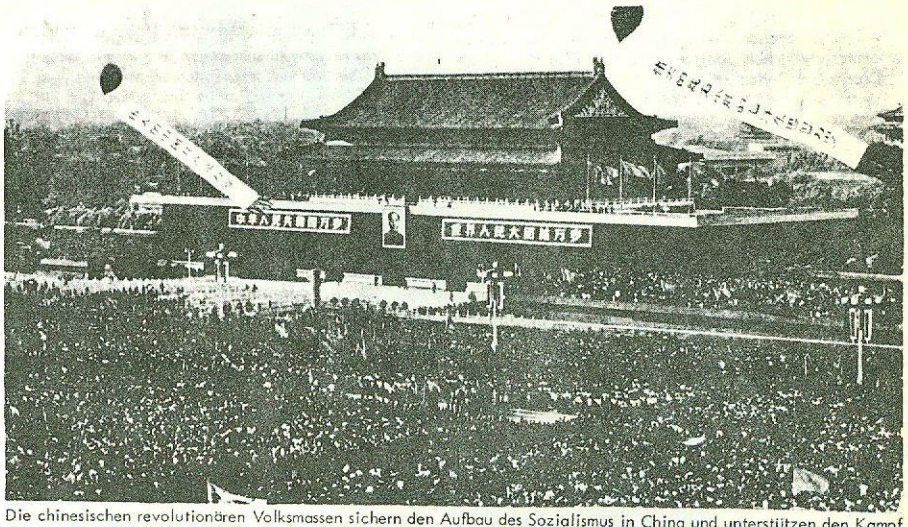
Die
veran
sammlu
24.3.,19

Wie kann
ten eine k
kämpft werd
Wie können w
proletarische L
schafts- und
bedeuten jet
verschärfter
um den Begi

SPD-WAHL

Der DGB-Vorsit.
gegen eine Partei
wandt. Dies steht
engen Verquickung
in Baden-Württemberg
SPD-Themen und SPD-Z
blik. Vetters Reden richte

(Fortsetz



Die chinesischen revolutionären Volksmassen sichern den Aufbau des Sozialismus in China und unterstützen den Kampf der unterdrückten Völker und des revolutionären Proletariats in der ganzen Welt gegen den Imperialismus.

Nixons Pekingreise - Eingeständnis einer Niederlage

esse kann sich

Charakter speziell in Südostasien nicht verloren. Aber er
nußte zähneknirschend seine Taktik gegenüber der VR Chi-
n ändern und eingestehen, daß die Herrschaft des Volkes
der VR China nicht mehr von außen vernichtet werden
n und daß China niemals mehr in eine Kolonie oder
kolonie des US-Imperialismus wird verwandelt wer-
önnen. Der US-Imperialismus muß sich mit dem sozia-
en China abfinden und ist gezwungen, seine Bezie-
zur VR China nach und nach zu normalisieren. Das
gehen, wenn er seine Truppen aus Taiwan zurück-
die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz
ändern verschiedener Gesellschaftsordnung an-
heißt, wenn er auf die chinesischen Vorschlä-
Die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz,
Tschou En-lai formuliert wurden und die
ung-Konferenz 1955 bestätigt wurden, lau-

chtung der territorialen Unverletzlichkeit
t
chtangriffspolitik
nteinmischung in die inneren Angele-

und
n in den Beziehungen.

ezwungen sein wird, diese fünf
Beziehungen zur VR China an-
h nur vorübergehend und aus
rundsätzlich kann der US-Im-
it nie ablegen, dann bedeu-
kontinuierlichen und ziel-
chon 1945, als die China-
genommen hatte, hat
ausgesagt:

edoch noch nicht sagen, ob sich
endlich die Politik der USA ändern, und
ie sich ändern wird. Mit Gewißheit können wir aber
sagen, daß diese von Hurley (dem damaligen US-Botschafter bei Tschiang-Kai-tschek) repräsentierte Politik, die die volksfeindlichen Kräfte in China unterstützt und einem so großen Volk wie dem chinesischen gegenüber feindselig

(Fortsetzung S. 14)

BESTELLUNG
an:
H. WALLA
69 HEIDELBERG 1
KARLSTR. 22

uszuhungern
ig reif zu machen.
mperialismus seinen aggressiven